

Stenographisches Protokoll

93. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 2. Dezember 1981

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982
 Beratungsgruppe I: Oberste Organe
 Beratungsgruppe II: Bundeskanzleramt
 Beratungsgruppe III: Äußeres

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 9165)

Tatsächliche Berichtigung

Bergmann (S. 9288)

Geschäftsbehandlung

Mitteilung des Präsidenten: Zurückziehung des Verlangens, den Antrag 137/A betreffend Pensionserhöhungsgesetz 1982 einer ersten Lesung zu unterziehen (S. 9165) — Zuweisung (S. 9165)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 9165)

Auslieferungsbegehren

gegen den Abgeordneten Rösch (S. 9165)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (900 d. B.)

Generalberichterstatte: Dr. Gradenegger (S. 9165)

Spezialdebatte

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe I: Kapitel 01: Präsidentenschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 05: Volksanwaltschaft, Kapitel 06: Rechnungshof

Spezialberichterstatte: Reicht (S. 9169)

Beratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Spezialberichterstatte: Dr. Stippel (S. 9170)

Redner:

Dr. Mock (S. 9171),
 Dr. Fischer (S. 9180),
 Dkfm. Bauer (S. 9188),
 Dr. Kohlmaier (S. 9198),
 Dr. Jolanda Offenbeck (S. 9202),
 Dipl.-Vw. Josseck (S. 9205),
 Dr. Taus (S. 9209),
 Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 9216),
 Czettel (S. 9219),
 Ing. Gassner (S. 9223),
 Dr. Schmidt (S. 9228),
 Burger (S. 9232),
 Fauland (S. 9235),
 Dr. Frischenschlager (S. 9239),
 Wimmersberger (S. 9243),
 Rechberger (S. 9247),
 Vetter (S. 9250) und
 Dr. Jörg Haider (S. 9254)

Annahme der Beratungsgruppen I und II (S. 9255)

Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres

Spezialberichterstatte: Egg (S. 9255)

Redner:

Dr. Ludwig Steiner (S. 9256),
 Marsch (S. 9264),
 Dr. Frischenschlager (S. 9269),
 DDr. Hesele (S. 9274),
 Dr. Ettmayer (S. 9278),
 Bundesminister Dr. Pahr (S. 9283 und S. 9293),
 Hochmair (S. 9286),
 Bergmann (S. 9288) (tatsächliche Berichtigung),
 Steinbauer (S. 9289)

Annahme der Beratungsgruppe III (S. 9293)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Dr. Stix, Dr. Frischenschlager betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Studienförderungsgesetz geändert wird (142/A)

Czettel, Dr. Schüssel, Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Entgeltfortzahlungsgesetz geändert wird (143/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Riegler und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Sonderaktion des Bundeskanzleramtes „Zur Stärkung entwicklungsschwacher Räume in Berggebieten Österreichs“ (1532/J)

Dipl.-Ing. Riegler und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Studie des Bundeskanzleramtes im Rahmen der Sonderaktion zur Stärkung entwicklungsschwacher Räume in Berggebieten Österreichs (1533/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Arbeitsleihverträge (1534/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Arbeitsleihverträge (1535/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Arbeitsleihverträge (1536/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Arbeitsleihverträge (1537/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Arbeitsleihverträge (1538/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Arbeitsleihverträge (1539/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für innere Angelegenheiten betreffend Arbeitsleihverträge (1540/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Arbeitsleihverträge (1541/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Arbeitsleihverträge (1542/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Arbeitsleihverträge (1543/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Arbeitsleihverträge (1544/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Arbeitsleihverträge (1545/J)

Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Arbeitsleihverträge (1546/J)

Ing. Gassner und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Arbeitsleihverträge (1547/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (1397/AB zu 1406/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen (1398/AB zu 1415/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen (1399/AB zu 1418/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (1400/AB zu 1425/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Steger und Genossen (1401/AB zu 1441/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Steger und Genossen (1402/AB zu 1443/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Hafner und Genossen (1403/AB zu 1448/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Ing. Murer, Frodl und Kriz.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1397/AB bis 1403/AB eingelangt sind.

Die Abgeordneten Dr. Schwimmer, Glaser und Kern haben das Verlangen, den von Ihnen gestellten Antrag 137/A betreffend Pensionserhöhungsgesetz 1982 einer ersten Lesung zu unterziehen, zurückgezogen.

Ich weise daher den gegenständlichen Initiativantrag dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich ebenfalls dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu, und zwar:

Antrag 140/A der Abgeordneten Egg und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Gewährung der Leistung der Betriebshilfe (des Wochengeldes) an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind, und

Antrag 141/A der Abgeordneten Dr. Schlüssel und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Entgeltfortzahlungsgesetz geändert wird.

Ich gebe bekannt, daß ich gemäß § 80 Abs. 1 der Geschäftsordnung das eingelangte Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Otto Rösch wegen § 111 Strafgesetzbuch dem Immunitätsausschuß zugewiesen habe.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (900 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen.

Generalberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Dr. Gradenegger. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Generalberichterstatte Dr. Gradenegger: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen.

Die Bundesregierung hat am 6. Oktober 1981 den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1982 dem Nationalrat vorgelegt. In der 87. Sitzung des Nationalrates am 14. Oktober 1981 gab Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher die einbegleitende Erklärung zu dieser Regierungsvorlage ab. In der 89. Sitzung am 11. November 1981 wurde die Vorlage in erste Lesung genommen und sodann dem Finanz- und Budgetausschuß zur Vorberatung zugewiesen.

Die Regierungsvorlage besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen; es sind dies: der Bundesvoranschlag (Anlage I) samt den Gesamtübersichten (Anlagen Ia bis Ic), der Konjunkturausgleichsvoranschlag (Anlage II) samt dessen summarischer Aufgliederung (Anlage IIa) sowie der Stellenplan (Anlage III); Anlagen zum Bundesvoranschlag in gesonderten Heften bilden der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Bundesfinanzgesetz

Der von der Bundesregierung vorgelegte Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1982 stimmt mit dem Text des in Geltung stehenden Bundesfinanzgesetzes weitgehend überein. Im besonderen wird zu den einzelnen Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes beziehungsweise zu Änderungen gegenüber dessen Wortlaut im Jahre 1981 folgendes bemerkt:

Artikel I Abs. 1 spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG aus. Abs. 2 enthält die Vorschrift

Dr. Gradenegger

ten für die Bedeckung des (Gesamtgebarungs-) Abganges. Diese Bestimmungen sind inhaltlich unverändert.

Artikel II Abs. 1 verpflichtet den Bundesminister für Finanzen, Ausgabenrückstellungen zu verfügen, um die Bedeckung von zusätzlich anfallenden, unabweisbaren Personalausgaben und Sachausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen sicherzustellen, die während des Finanzjahres zusätzlich anfallen; die Art und Weise, in der solche Rückstellungen durchzuführen sind, wird im Abs. 2 festgelegt. Auch dieser Artikel ist gegenüber dem Bundesfinanzgesetz des Vorjahres unverändert.

Im Artikel III Abs. 1 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, unter den dort normierten Voraussetzungen der österreichischen Volkswirtschaft zusätzliche Bundesmittel bis zu dem im Konjunkturausgleich-Vorschlag ausgewiesenen Gesamtbetrag von rund 5,3 Milliarden Schilling zuzuführen, um dadurch erforderlichenfalls auf die Konjunkturentwicklung stabilisierend oder belebend einzuwirken. Abs. 2 betrifft zusätzliche Kreditoperationen, Abs. 3 definiert das Kriterium des „Konjunkturrückganges“; im Abs. 4 wird festgehalten, daß sich der im Artikel I Abs. 1 ausgewiesene (Gesamtgebarungs-) Abgang in jenem Ausmaße erhöht, in dem von den Ermächtigungen gemäß Abs. 1 und 2 und Artikel VIII a Gebrauch gemacht wird. Diese Bestimmungen enthalten ebenfalls keine inhaltlichen Änderungen gegenüber dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981.

Artikel IV, dessen Wortlaut ebenfalls gegenüber dem geltenden Bundesfinanzgesetz keine Änderung erfahren soll, enthält alle Überschreitungsermächtigungen, bei denen die Bedeckung in Mehreinnahmen zu finden ist.

In Artikel V sind jene Überschreitungsermächtigungen enthalten, bei denen die Bedeckung vorwiegend in Ausgabenrückstellungen beziehungsweise Pauschalvorsorgen zu finden ist. Gegenüber dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 wurde die seit 1977 unveränderte Betragsgrenze in der Z. 8 des Abs. 1 (Ausgabenansätze für Hilfeleistungen in Katastrophenfällen im In- und Ausland, in Seuchen- und Epidemiefällen sowie für die Durchführung von Konferenzen, Tagungen und ähnliches) von sieben auf zehn Millionen Schilling angehoben.

Artikel VI enthält alle Bestimmungen, welche zwischen bestimmten Ansatzbeträgen die gegenseitige Deckungsfähigkeit vorsehen. Ein neuer Abs. 10 sieht vor, daß auch im Jahr

1982 im Interesse einer beweglichen und rasch reagierenden Arbeitsmarktpolitik Verzögerungen bei erforderlichen Mittelverlagerungen innerhalb der verfügbaren Förderungsbeträge vermieden werden. In Abs. 6 wurde die bisher im letzten Satz vorgesehene Umschichtungsmöglichkeit entbehrlich.

Artikel VII faßt die Form- und Verfahrensvorschriften zusammen; sein Wortlaut ist gegenüber dem geltenden Bundesfinanzgesetz unverändert.

Auf Grund der Bestimmung des Artikels VIII werden entsprechend dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung (Artikel 18 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz) die Voraussetzungen, Art und Umfang der Ermächtigungen des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung von Kreditoperationen festgelegt, die der Sicherstellung der Bedeckung des (Gesamtgebarungs-) Abganges dienen sollen. Das zulässige Höchstvolumen einer Kreditoperation im Einzelfall wurde auf 8 Milliarden Schilling angehoben, um von der nach der derzeitigen Marktsituation angezeigten Möglichkeit größerer Kreditoperationen erforderlichenfalls Gebrauch machen zu können.

Durch die Bestimmung des Artikels VIII a wurde ab dem Bundesfinanzgesetz 1978 der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, nach Abschluß entsprechender Verträge mit den Bundesländern Finanzschulden bis zu einem bestimmten Höchstbetrag einzugehen und über den Rahmen der jährlichen zweckgebundenen Bundesstraßenfinanzierungsmittel hinaus zum forcierten Ausbau von Bundesstraßen und Autobahnen zu verausgaben. Auch im Artikel VIII a des Bundesfinanzgesetzes 1982 ist somit eine dem geltenden Bundesfinanzgesetz analoge Bestimmung mit einem Umfang von 2,1 Milliarden Schilling enthalten. Der Abs. 2 hält ausdrücklich fest, daß die eingegangenen Verpflichtungen aus solchen Sonderfinanzierungsvereinbarungen mit Bundesländern samt den auf den Bund entfallenden anteiligen Zinsen letzten Endes die für den Ausbau und die Erhaltung von Bundesstraßen und Autobahnen zweckgebundenen Einnahmen belasten.

Die Bestimmungen der Artikel IX und X wurden im wesentlichen unverändert aus dem Vorjahr übernommen.

Die dem Bundesminister für Finanzen übertragenen Ermächtigungen zu Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen sind im Artikel XI, jene zu Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im Artikel XII festgelegt. Es bleibt aber dem Bundesminister für Finanzen unbenommen, im Rahmen die-

Dr. Gradenegger

ser Ermächtigungen aus Gründen der Verwaltungsökonomie die Durchführung dieser Verfügungen an das ansonsten zuständige Ressort zu delegieren. Diese Delegierungsbestimmungen des Artikels XI Abs. 9 und des Artikels XII Abs. 13 wurden im Interesse einer unmißverständlichen Auslegung ergänzt und präzisiert. Weiters wurde im Artikel XI die Erhöhung des Gesamtwertes der dem Bundesminister für Finanzen im Abs. 3 Z. 3 eingeräumten Veräußerungsermächtigung von 130 auf 150 Millionen Schilling durch die allgemein noch immer steigende Grundpreistendenz und den vermehrten Anfall von Veräußerungsanträgen erforderlich. Im ersten Satz des Artikels XII Abs. 11 wurde der Abs. 5 als zusätzliche Zitierung eingefügt.

Die Artikel XIII bis XVII entsprechen wörtlich denselben Artikeln des geltenden Bundesfinanzgesetzes.

Bundesvoranschlag

In nomineller Hinsicht weist das Bundesfinanzgesetz 1982 nachstehende Schlußsummen aus:

Bundesvoranschlag 1982 in Millionen Schilling:

Ausgaben 368 349, Einnahmen 309 134, Brutto-Gebärungsabgang 59 215, ab Finanzschuldtilgungen 27 652, verbleibt Netto-Gebärungsabgang 31 563, Bruttoinlandsprodukt (BIP) 1 128 000, Netto-Gebärungsabgang in Prozent des BIP 2,8.

Die Zuwachsrate der für 1982 geschätzten Einnahmen gegenüber den voraussichtlichen Budgeteinnahmen des Jahres 1981 in Höhe von 7,0% liegt infolge Vorsorge für die Steuer-senkung zum 1. Jänner 1982 unter der Sozialproduktzuwachsrate.

Der inlandwirksame Ausgabenüberschuß beträgt im Budgetentwurf 1982 rund 25,5 Milliarden Schilling.

Da nicht auszuschließen ist, daß im Jahre 1982 die wirtschaftliche Lage konjunkturbelebende Maßnahmen erfordert, ist auch im Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 ein entsprechendes Instrumentarium vorgesehen. Dem Bundesfinanzgesetz 1982 ist wie in den Vorjahren ein Konjunkturausgleich-Voranschlag mit einer Stabilisierungs- und einer Konjunkturbelebungsquote in der Größenordnung von 5,3 Milliarden Schilling angeschlossen.

Der Finanzschuldenstand wird bei Zutreffen der Schätzungen für 1981 mit Jahresende 1982 rund 320 Milliarden Schilling betragen.

Über die wesentlichsten Unterschiedsbeträge der Bundeshaushalte 1981 und 1982 ist noch zu bemerken:

Der Personalaufwand des Jahres 1982 sieht gegenüber dem Bundesvoranschlag 1981 Mehrausgaben von rund 6,8 Milliarden Schilling vor. Hievon entfallen 4,9 Milliarden Schilling auf den Aktivitätsaufwand und 1,9 Milliarden Schilling auf den Pensionsaufwand. Dieser Mehraufwand ist im wesentlichen bedingt durch eine Vorsorge für eine Bezugserhöhung der öffentlich Bediensteten sowie durch strukturell bedingte Kostenfaktoren und liegt, durch die Einsparungsmaßnahmen vor allem im Überstundenbereich und durch die Ausgliederung der Österreichischen Staatsdruckerei bedingt, um über 1 Milliarde Schilling unter der Steigerungsrate des Vorjahres.

Im Sachaufwand ist bei den Ansätzen für Gesetzliche Verpflichtungen gegenüber den Ansätzen des Bundesvoranschlages 1981 ein Mehrbedarf von 20,5 Milliarden Schilling gegeben.

Die Ansätze für Ermessensausgaben erfordern eine Ausweitung um insgesamt 6,0 Milliarden Schilling.

Im Bereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik wurden die Mittel für den Bundeshochbau um 0,5 Milliarden Schilling aufgestockt; nunmehr erhöhen sich die Aufwendungen infolge Umschichtungen im Bereich des Straßen- und Hochbaus gegenüber dem Vorjahr bei den Ausgaben auf Grund Gesetzlicher Verpflichtungen um 1,4 und bei den Ermessensausgaben um 4,0 Milliarden Schilling; hingegen verringern sich die Ausgaben für Gesetzliche Verpflichtungen bei den Förderungen um 3,6 und die Ermessensausgaben für Anlagen um 1,3 Milliarden Schilling.

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes

Der Wortlaut des Allgemeinen Teiles des Systemisierungsplanes der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes blieb gegenüber dem Jahr 1981 im wesentlichen unverändert. Es mußte lediglich durch Erhöhung der Betragsgrenze im Abs. 3 der Z. 6 auf 200 000 Schilling den zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen und durch Streichung der lit. d des Abs. 6 der Z. 6 den geänderten Bestimmungen des § 20 a EStG 1972 bzw. des § 16 a KStG 1966 Rechnung getragen werden.

Die Gesamtanzahl der im Plan der systemisierten Kraftfahrzeuge ausgewiesenen Fahrzeuge erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 975. Von diesem Mehrbedarf entfällt der wesentlichste Anteil auf den Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung (+ 938).

9168

Nationalrat XV. GP - 93. Sitzung - 2. Dezember 1981

Dr. Gradenegger

Bei den Wasserfahrzeugen erhöhte sich die Anzahl gegenüber dem Vorjahr von 295 auf 298. Hingegen blieb der Stand der systemisierten Luftfahrzeuge gegenüber 1981 mit 49 unverändert.

Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes

Der Wortlaut des Allgemeinen Teiles des Systemisierungsplanes der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes wurde gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Stellenplan

Dem Bundesfinanzgesetz 1982 ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen, der einen Allgemeinen Teil, das Planstellenverzeichnis und eine Aufstellung über die Planstellen der Österreichischen Bundesbahnen sowie der jugendlichen Bediensteten enthält.

Der Stellenplan für das Jahr 1982 sieht als Gesamtsumme 286 581 Planstellen für Bundesbedienstete und 4 670 Planstellen für jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte und Lehrlinge vor.

Für die Spezialdebatte wurde der Voranschlag und der Konjunkturausgleich-Voranschlag in 15 Beratungsgruppen gegliedert.

Spezialberichterstatte sind die Abgeordneten Reicht, Dr. Stippel, Egg, Dr. Lenzi, Dr. Fertl, Fister, Hochmair, Stögner, Kokail, Wanda Brunner, Tirnthal, Weinberger, Modl, Gärtner und Heigl.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1982 samt dessen Anlagen in der Zeit vom 17. November bis 27. November 1981 in Verhandlung gezogen. Im Laufe der Sitzungen des Ausschusses wurden Anträge gestellt. Zur Vorbehandlung dieser Anträge wurde ein Unterausschuß eingesetzt.

Die Debatte über den Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1982, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, den Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes sowie den Stellenplan fand gemeinsam mit jener über die Beratungsgruppe XI des Bundesvoranschlages in der Ausschußsitzung am 27. November 1981 statt.

Das Bundesfinanzgesetz wurde vom Ausschuß unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages des Abgeordneten Pfeifer mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Abänderungsantrag lautet: Abände-

rung zum Entwurf des Bundesfinanzgesetzes in 815 der Beilagen.

Am Ende des Art. V Abs. 1 Z. 9 des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1982 ist der Punkt durch einen Strichpunkt zu ersetzen und folgende Z. 10 anzufügen:

„10. bei Ausgabenansätzen für Aufwendungen zu geben, wenn geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Finanzjahr 1982 angeschafft werden und die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben durch Ausgabenrückstellungen bei Ausgabenansätzen für Anlagen innerhalb desselben Paragraphen bedeckt werden können.“

Das Ergebnis der Ausschußberatungen bezüglich des Bundesvoranschlages und des Konjunkturausgleich-Voranschlages ist den Berichten der Spezialberichterstatte zu entnehmen.

Der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes wurde unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes wurde unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Stellenplan wurde unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1982 mit der dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Abänderung sowie dessen

Anlage I — Bundesvoranschlag in der Fassung der Spezialberichte samt

Anlagen I a bis I c — Gesamtübersichten unter Berücksichtigung der sich aus den Spezialberichten ergebenden Änderungen zu den Beratungsgruppen,

Anlage II — Konjunkturausgleich-Voranschlag samt dessen summarischer Aufgliederung in der Anlage II a,

Anlage III — Stellenplan,

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes (Anlage zum Bundesvoranschlag) und

Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes (Anlage zum Bundesvoranschlag) (815 und Zu 815 der Beilagen)

wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Dr. Gradenegger

Herr Präsident, ich ersuche, in die Debatte einzugehen.

Präsident: General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Gemäß § 73 Absatz 2 der Geschäftsordnung werden die Debatte und Abstimmung über die Vorlage in Teilen — entsprechend der allen Abgeordneten vor Beginn der Vorberatung durch den Finanz- und Budgetausschuß zugegangenen Übersicht — durchgeführt.

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen I Oberste Organe und II Bundeskanzleramt mit Dienststellen des Bundesvoranschlages zusammengefaßt.

Spezialdebatte

Beratungsgruppe I

Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei

Kapitel 02: Bundesgesetzgebung

Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof

Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof

Kapitel 05: Volksanwaltschaft

Kapitel 06: Rechnungshof

Beratungsgruppe II

Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Präsident: Wir gelangen daher zunächst zur Verhandlung über die Beratungsgruppen I und II.

Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe I ist der Herr Abgeordnete Reicht. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Reicht:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen, Spezialbericht zu Beratungsgruppe I.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages für das Jahr 1982 in seiner Sitzung vom 26. November 1981 einer Vorberatung unterzogen.

Im Bundesvoranschlag 1982 sind bei den gegenständlichen Budgetkapiteln Gesamtaus-

gaben von 803,649 Millionen Schilling veranschlagt. Hievon entfallen 236,008 Millionen Schilling auf laufende persönliche und 503,733 Millionen Schilling auf laufende sachliche Ausgaben sowie 63,908 Millionen Schilling auf die Vermögensgebarung. Gegenüber dem laufenden Jahr ergibt sich eine Gesamterhöhung von 72,147 Millionen Schilling. An Gesamteinnahmen werden bei dieser Beratungsgruppe 16,395 Millionen Schilling, das sind um 2,338 Millionen Schilling mehr als 1981 vorgesehen ist, erwartet.

Bei Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei sind zusammen 32,561 Millionen Schilling, das sind um 1,072 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, budgetiert. An Einnahmen wird mit 531 000 S gerechnet.

Die Erhöhung des Personalaufwandes um 1,003 Millionen Schilling auf 15,822 Millionen Schilling ist auf generelle Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete, die bei allen entsprechenden finanzgesetzlichen Ansätzen ihren Niederschlag finden, zurückzuführen. Der mit 16,739 Millionen Schilling veranschlagte Sachaufwand ist ungefähr gleich hoch wie im laufenden Jahr.

Bei Kapitel 02: Bundesgesetzgebung sind Gesamtausgaben von 533,769 Millionen Schilling veranschlagt, das sind um 52,751 Millionen Schilling mehr, als für 1981 vorgesehen ist. Auf den Nationalrat entfallen hievon 479,520 Millionen Schilling, auf den Bundesrat 54,249 Millionen Schilling. Die voraussichtlichen Gesamteinnahmen betragen 10,355 Millionen Schilling. Der für beide gesetzgebenden Körperschaften gemeinsam veranschlagte Personalaufwand ist mit 56,261 Millionen Schilling, um 3,012 Millionen Schilling höher als 1981, veranschlagt. Der Sachaufwand verzeichnet bei Titel 021, Nationalrat, eine Erhöhung um 47,759 Millionen Schilling auf 423,259 Millionen Schilling; bei Titel 022, Bundesrat, 54,249 Millionen Schilling, das ist eine Erhöhung um 1,98 Millionen Schilling.

Bei Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof sind Gesamtausgaben von 29,746 Millionen Schilling, das sind um 1,075 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, vorgesehen. An Einnahmen sind 396 000 S budgetiert. Der Personalaufwand ist für das kommende Jahr mit 8,487 Millionen Schilling, um 666 000 S höher als im laufenden Jahr, veranschlagt. Beim Sachaufwand ist mit 21,259 Millionen Schilling gegenüber 1981 eine Erhöhung um 409 000 S gegeben.

Bei Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof sind Gesamtausgaben von 56,266 Millionen Schilling, das sind um 2,957 Millionen Schilling

9170

Nationalrat XV. GP — 93. Sitzung — 2. Dezember 1981

Reicht

mehr als 1981, präliminiert. An Einnahmen wird mit 3,581 Millionen Schilling gerechnet. Der Personalaufwand ist mit 47,432 Millionen Schilling, um 2,38 Millionen Schilling höher als 1981, veranschlagt. Mit 8,834 Millionen Schilling ist der Sachaufwand gegenüber dem laufenden Jahr um 577 000 S gestiegen. Die Steigerung im Sachaufwand ist im wesentlichen durch höhere Energiekosten, durch Neuanschaffungen für die Amtsbibliothek und die Vorsorge für die erhöhten Familienbeihilfen bedingt.

Bei Kapitel 05: Volksanwaltschaft sind Gesamtausgaben von 19,685 Millionen Schilling, 4,688 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, veranschlagt. Hievon entfallen 7,536 Millionen Schilling, das sind um 1,059 Millionen Schilling mehr als 1981, auf den Personalaufwand. Für sachliche Aufwendungen sind 12,149 Millionen Schilling, das sind 3,829 Millionen Schilling mehr als für 1981, vorgesehen.

Bei Kapitel 06: Rechnungshof sind für das kommende Jahr Gesamtausgaben von 131,622 Millionen Schilling, das sind um 9,604 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, vorgesehen. An Einnahmen wird mit 1,112 Millionen Schilling gerechnet. Der Personalaufwand ist mit 100,47 Millionen Schilling, das sind um 8,582 Millionen Schilling mehr als 1981, budgetiert. Der Sachaufwand ist mit 31,152 Millionen Schilling, um 1,022 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, veranschlagt.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen die Abgeordneten, Dkfm. DDr. König, Dr. Fischer, Peter, Dr. Hauser, Dr. Ermacora, Bergmann, Dr. Schranz, Dr. Kapoun und Ing. Gassner das Wort.

Zu den aufgeworfenen Fragen nahmen der Präsident des Nationalrates Benya, der Präsident des Rechnungshofes Dr. Broesigke und Staatssekretär Dr. Löschnak Stellung.

Bei der Abstimmung am 27. November 1981 wurden die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten finanzgesetzlichen Ansätze unverändert mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei,
dem Kapitel 02: Bundesgesetzgebung,
dem Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof,
dem Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof,

dem Kapitel 05: Volksanwaltschaft und

dem Kapitel 06: Rechnungshof

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1982 (815 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident, ich ersuche, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke für den Bericht.

Spezialberichterstatter für die Beratungsgruppe II ist der Herr Abgeordnete Stippel. Ich ersuche um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Dr. **Stippel:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen, Spezialbericht zu Beratungsgruppe II, Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe II enthaltene Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1982 am 26. November 1981 in Verhandlung gezogen.

Im Bundesvoranschlag für Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ ist für das Budgetjahr 1982 ein Ausgabenbetrag von 1 913 791 000 S vorgesehen.

Von diesen Ausgaben entfallen 540 633 000 S auf den Personalaufwand, der Sachaufwand ist mit 1 373 158 000 S veranschlagt.

Die Ausgaben des Bundeskanzleramtes — Zentralleitung — und die der Ständigen Vertretung Österreichs bei der OECD sind unter Paragraph 1000 veranschlagt; sie werden im kommenden Jahr 837 898 000 S betragen.

Der Personalaufwand von 171 788 000 S liegt wegen der Vorsorge für die Bezugserhöhungen um 14 588 000 S über dem des Vorjahres.

Der unter Paragraph 1001 ausgewiesene Bedarf der Verwaltungsakademie ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert veranschlagt.

Die unter Paragraph 1002 für Entwicklungshilfe veranschlagten Kreditmittel von 300 001 000 S wurden gegenüber dem Vorjahr um 49 250 000 S erhöht.

Die Kosten des Druckes und Vertriebes des Bundesgesetzblattes und der „Amtlichen Sammlung wiederverlautbarter Österreichi-

Dr. Stippel

scher Rechtsvorschriften“ sind unter Ansatz 10038 mit 15 793 000 S veranschlagt.

Die unter Paragraph 1004 für regional- und strukturpolitische Maßnahmen veranschlagten Förderungsausgaben von 100 Millionen Schilling wurden gegenüber dem Vorjahr um 35 Millionen Schilling erhöht.

Die Aufwendungen für das Staatsarchiv und Archivamt sind unter Titel 101 mit insgesamt 35 416 000 S veranschlagt.

Unter Paragraph 103 sind erstmalig die Aktivbezüge der Bediensteten des Amtes der „Wiener Zeitung“ und des „Amtes der Österreichischen Staatsdruckerei“ im Ausmaß von insgesamt 36 994 000 S veranschlagt.

An Einnahmen werden bei Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ im kommenden Jahr 218 354 000 S erwartet. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem Jahre 1981 um 26 642 000 S, die ausschließlich aus dem vorerwähnten Kostenersatz der Österreichischen Staatsdruckerei resultiert.

An der Debatte des Finanz- und Budgetausschusses über die Beratungsgruppe II beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Neisser, Dr. Schranz, Dr. Frischenschlager, Dr. Kapaun, Dr. Ermacora, Ing. Gassner, Dr. Veselsky, Dr. Blenk, Rechberger, Burger, Tirnthal, Wimmersberger sowie Bundeskanzler Dr. Kreisky und die Staatssekretäre Johanna Dohnal, Dr. Löschnak und DDr. Nussbaumer.

Bei der Abstimmung am 27. November 1981 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe II unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1982 (815 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich den Vorsitzenden, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Danke für den Bericht.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Mock.

9.30

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Meine Damen und Herren! Wenn wir heute die Budgetdebatte, die Generaldebatte über das Budget 1982 abführen, so ist dies immer eine willkommene Gelegenheit, sich auch über grund-

sätzliche politische und gesellschaftspolitische Zielsetzungen zu unterhalten. Hier zu diskutieren ist auch das Budget, auch ein zentrales Steuerungsinstrument für die gesellschaftspolitische Entwicklung unseres Landes.

Wenn ich hier unsere Zielsetzungen kurz zusammenfassen darf, so möchte ich unterstreichen, daß es für die Volkspartei gerade in einer sehr unruhigen Zeit Ziel ist, eine Politik zu machen, die den Menschen Sicherheit für ihr Einkommen und ihren Arbeitsplatz garantiert, die den Menschen Mut zur persönlichen Leistung und zur persönlichen Verantwortung und Hoffnung für ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder gibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich hier von einer unruhigen Zeit gesprochen habe, meine Damen und Herren, so gibt es eine ganze Reihe von, man könnte sie als „Sozialindikatoren“ bezeichnen, die diese Unruhe sehr klar aufzeigen. Die Zahl der Konkurse und Ausgleichs ist in Österreich mit 1 076 in den ersten neun Monaten dieses Jahres besonders gewachsen. Sie hat in den letzten zwei Jahren um mehr als 20 Prozent zugenommen.

55 Prozent der Bürger dieses Landes erklärten vor kurzem in einer Befragung, daß sie Sorge um ihre berufliche Zukunft haben. 43 Prozent ist der Satz, um den jene zugenommen haben, die sich aus Sorge, aus Angst, aus einer gewissen Ausweglosigkeit in den Mißbrauch von Drogen flüchten. Die steigende Anzahl von Ehescheidungen bringt ebenso Enttäuschungen, Verlust an Glück und Sicherheit für viele Familien und vor allem für viele Kinder.

Ich bin nun überzeugt, meine Damen und Herren, daß wir mit einer anderen und mit einer besseren Politik diese Schwierigkeiten für unser Land zurückdrängen können *(Beifall bei der ÖVP)*, mit einer Politik, wo sich die jungen Menschen in der Familie, in der Schule wieder daheimfühlen, wo wir Familienpolitik machen, Schulpolitik machen, mit der wir eine positive Einstellung bei den jungen Menschen zu diesen wichtigen Institutionen unserer Gesellschaft erwecken. Heute flüchten sie aus diesen Räumen.

Daher eine Politik, die die Stellung der Familie dem Ansehen nach stärkt, aber auch der bedeutenden Stellung der Familie materiell Rechnung trägt. Eine Politik, die an die jungen Menschen Herausforderungen richtet, sie zur Eigenverantwortung, zur Eigeninitiative veranlaßt. Es geht nicht darum, daß wir nur für die jungen Menschen etwas tun, son-

Dr. Mock

dern daß wir eine Politik machen, die sie etwas tun läßt, die sie zur eigenen Initiative ermuntert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das, davon bin ich überzeugt, meine Damen und Herren, könnte einiges an diesen bedenklichen gesellschaftlichen Indikatoren ändern. Und dazu kann man auch vom Budget aus einiges tun. Hier können auch vom Budget aus Impulse gegeben werden.

Wobei natürlich, meine Damen und Herren, die Bereitschaft zur Eigenverantwortung, zur Eigenleistung, zur Eigeninitiative vom Bürger nur dann akzeptiert werden wird, wenn dem auch eine entsprechende Praxis, nicht nur Worte in der Politik entsprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn jetzt, meine Damen und Herren, die erste Runde der AKH-Prozesse abgeschlossen ist, so kann man sagen, es ist der Justiz, der unabhängigen Justiz, gelungen, bezüglich Korruption rechtliche Konsequenzen zu ziehen, die Konsequenzen des Rechtsstaates zum Tragen zu bringen. Die Konsequenzen für politische Verantwortung wurden nicht gezogen. Es ist zwar ein Sieg der Justiz, aber es ist bisher eine Niederlage der Demokratie, weil politische Verantwortung nicht zum Tragen gekommen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Ökonomie, wenn man an die verschwendeten Millionen und Milliarden denkt, ist dabei natürlich auch auf der Strecke geblieben. Das haben wir gestern wieder gesehen bei der Diskussion um die x-te Reorganisation der Leitung dieses Gigantenprojektes.

Ich glaube daher, daß die Debatte, wenn wir das Budget analysieren, nicht an der Frage vorbeigehen kann, ob dieses Budget dem Menschen Sicherheit gibt oder ihm die Sicherheit verweigert, ob dieses Budget dem Menschen Mut macht zur Leistung und zum Engagement oder ihn entmutigt, ob dieses Budget Hoffnung gibt oder ihm Zuversicht verweigert. Und wir werden dabei in dieser Diskussion den Freiraum, den unsere Demokratie uns gibt, voll nützen, um bessere Vorschläge zu machen, aber auch, um uns kritisch mit Ihrer Politik, Herr Bundeskanzler, auseinanderzusetzen.

Ich möchte hier sehr offen sagen: Je demokratiefeindlicher einzelne politische Akte Ihrer Partei sind — ich denke sozusagen an das Kritik- und Sprechverbot der Wiener Plakatierungsaktion —, umso intensiver werden wir die demokratischen Rechte der kritischen Auseinandersetzung in Anspruch nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet — schreibt George Orwell —, dann vor allem das Recht, das zu sagen, was die Machthaber nicht hören wollen. Und von dem werden wir nicht abgehen.

Die Budgetpolitik und die Steuerpolitik der siebziger Jahre sind für mich, Herr Bundeskanzler, zentrale Ursachen für die wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme in unserem Land. Ich beziehe mich auf ein ORF-Interview des Herrn Finanzministers. Ein hartes Sparprogramm hat er versprochen, weil andernfalls die Budget- und Finanzpolitik auf Dauer nicht glaubwürdig ist.

Herr Bundesminister! Ein Budget, dessen Defizit offiziell um 20 Prozent auf 59 Milliarden steigt, inoffiziell auf über 60 Milliarden steigen wird, wo die Anzahl der Dienstposten nicht, wie angekündigt, um 1 000 gesenkt wird, sondern de facto um 900 steigt, ist kein Sparbudget. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es ist kein hartes Sparprogramm und daher auf die Dauer nicht glaubwürdig. Und ein Budget, das im Zeitpunkt, zu dem es noch nicht beschlossen ist, schon wieder ergänzungsbedürftig ist, ist ein Phantombudget und daher auch nicht glaubwürdig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Finanzminister — und Sie werden es ihm, Herr Professor Seidel, sicher bestellen — selbst gesagt hat, ein hartes Sparprogramm ist Voraussetzung für eine glaubwürdige Budget- und Finanzpolitik, dann hat er selbst ein negatives Urteil über sein eigenes Budget gefällt. Denn dieses Budget bringt weder zusätzliche Impulse für die Vollbeschäftigung in unserem Land noch fördert es indirekt die Investitionsbereitschaft unserer privaten und verstaatlichten Betriebe. Es wird der alte Weg gegangen. Die Bürokratismusausgaben, gelegentlich auch Verschwendungsausgaben genannt, wachsen. Aber das, was für Investitionen und für Investitionsförderung aufgewendet wird, nimmt prozentuell und in absoluten Ziffern ab.

Meine Damen und Herren! Wenn ich daran denke, daß fast jede Woche von der Sicherung der Arbeitsplätze gesprochen wird, daß aber die Regierung in ihrem eigenen Budget immer weniger Aufwendungen für die Sicherung der Arbeitsplätze macht, weil der Anteil der öffentlichen Investitionen und der Investitionsförderung abnimmt, so ist das keine glaubwürdige Politik, auch wenn man durch die Art der Selbstdarstellung einige Zeit Glaubhaftigkeit sicherstellt.

Die Selbstdarstellung, Herr Bundeskanzler, hat schon lange Zeit und in vielen Bereichen der Geschichte die Menschen sehr lange ver-

Dr. Mock

führt, ein Urteil, ein politisches Urteil bei Wahlen abzugeben, von dem sich dann viel später herausgestellt hat, daß es die Zustimmung zu einem falschen Weg war. Und das ist auch heute in Österreich gegeben.

Meine Damen und Herren! 1970 war der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bundesbudget 9,1 Prozent. Heute ist er 6,2 Prozent. Das gleiche gilt für die Investitionsförderung. Das heißt, jene Maßnahmen, die mehr Arbeitsplätze schaffen, bekommen weniger Geld aus dem Bundesbudget.

Und warum? Natürlich muß der Finanzminister immer mehr Geld verwenden, um Zinsen und aufgenommene Kredite zurückzuzahlen. Wir benötigen 1982 ein Drittel der Nettosteuereinnahmen, um Zinsen und Schulden zurückzuzahlen. Das ist eine ständig steigende Post.

Der Verwaltungsaufwand steigt ständig. Der Personalstand ist seit 1970 um 7 Prozent gewachsen. In den Ministerien und Zentralstellen um 16 Prozent.

Einzelbeispiele wie das Wissenschafts- und Unterrichtsministerium zeigen so ganz richtig diese Bürokratismusaufblähung. Dort ist der Stand der Dienstposten in den letzten zehn Jahren um 71 Prozent gestiegen.

Meine Damen und Herren! Wie locker hat der Herr Bundeskanzler vor elf Jahren bei der Gründung des Wissenschaftsministeriums gemeint: Na einige Dienstposten, einige Schreibtische wird wohl die Forschung und wird wohl die Wissenschaft wert sein.

Natürlich sagt ein jeder, meine Damen und Herren: Selbstverständlich, die Forschung ist ja so wichtig für die Wirtschaft, für die Universitäten, für die Schulen, das wird doch einige Schreibtische wert sein.

Inzwischen sind es viele Schreibtische geworden, Herr Bundeskanzler. Inzwischen ist das eine Ministerium, das neue, größer, als das ursprüngliche Zentralministerium gewesen ist. Das ist das Parkinsonsche Gesetz, wie es praktischer noch nirgends in den letzten Jahren von irgendeiner politischen Partei praktiziert worden ist. Und da bleibt natürlich für öffentliche Investitionen und für öffentliche Investitionsförderung immer weniger übrig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn ich die zwei zentralen Positionen herausarbeite: der wachsende Verwaltungsaufwand und der wachsende Staatsschuldenaufwand, so kann man heute das sagen, wofür die Volkspartei und ihre Redner früher wiederholt belächelt wurden: Sie schaffen mit Staatsschulden

heute nicht zusätzliche Arbeitsplätze, sondern die Staatsschulden zerstören heute Arbeitsplätze. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und durch die Reduzierung der öffentlichen Investitionen, Herr Bundeskanzler, reduzieren Sie das Ausmaß an Sicherheit, das dieses Budget für die Arbeitsplätze gibt. Sie erhöhen es nicht, Sie reduzieren, Sie schaffen Unsicherheit für den Bereich der Beschäftigung durch diese Finanz- und Budgetpolitik.

Man sollte es doch ernst nehmen, Herr Bundeskanzler, wenn es in jüngsten Fachaufsätzen geheißen hat: Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wird die Zahl der vorgezeichneten Arbeitslosen im Jänner nächsten Jahres voraussichtlich bei 140 000 liegen. Im industriell-gewerblichen Sektor sind innerhalb eines Jahres rund 25 000 Arbeitsplätze verlorengegangen.

Herr Bundeskanzler! Das sind doch ganz entscheidende Warnungen vor der zukünftigen Entwicklung. Das sollten wir doch ernst nehmen.

Ich möchte hier dem Herrn Finanzminister ... Bitte, ich habe Verständnis, wenn er kurz den Saal verläßt, sehr interessiert scheint er an der Generaldebatte des Budgets nicht zu sein. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Kern: Er ist weggegangen!)*

Aber, Herr Staatssekretär, man sollte es doch ernst nehmen, wenn das, was ich hier gesagt habe, untermauert wird von einem Institut wie dem Wirtschaftsforschungsinstitut, wo Sie Leiter waren, wo Sie selbst den personellen Nachwuchs aufgebaut haben, wo anerkannte Experten sitzen.

Meine Damen und Herren! Da können Sie am Montag, dem 30. November, in einer Stellungnahme zum Bundesvoranschlag 1982 lesen: Die Verschiebung in der Ausgabenstruktur zu Ausgaben mit geringer Nachfragewirksamkeit hat stark zugenommen. Das heißt, es gehen keine Nachfrageimpulse mehr vom Budget aus. Im kommenden Jahr gibt es keine zusätzlichen Nachfrageimpulse.

Zweitens ist hier die Rede von der Verringerung des Budgetspielraums. Das heißt, der Finanzminister ist weniger als zu irgendeinem Zeitpunkt der vergangenen zehn Jahre in der Lage, auf neue konjunkturelle Situationen zu reagieren, zusätzliche Impulse für die Beschäftigung zu geben.

Es ist hier drittens die Rede von dem überproportionalen Anstieg des Finanzschuldenaufwandes. Er kann nicht mehr durch eine unterproportionale Ausweitung der Sozialausgaben kompensiert werden.

Dr. Mock

Die Finanzschulden der letzten Jahre wurden teilweise nur deswegen verkraftet, meine Damen und Herren, weil man die Zuschüsse zu den Sozialversicherungsinstitutionen gekürzt hat. Auch das funktioniert nicht mehr.

Nächster Punkt: Der Anstieg des Finanzschuldenaufwandes geht primär zu Lasten der Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungen.

Und dann heißt es: Es ist daher im kommenden Jahr mit keinen Impulsen für die Bauwirtschaft aus dem Bundeshaushalt zu rechnen.

Das ist ein katastrophales Urteil und bestätigt unsere Bedenken, daß von diesem Budget nicht Sicherheit für die Vollbeschäftigung gegeben wird, sondern Unsicherheit für die Vollbeschäftigung ausgeht. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, das sollte uns doch zu denken geben. Und es sollte uns zu denken geben, wenn die Situation noch erschwert wird durch die hohen Zinsen, die sicherlich eine Ursache im Ausland haben, auf dem internationalen Kapitalmarkt, die aber, was Sie natürlich immer verschweigen, auch eine Ursache im Inland haben, wo sehr wohl vor kurzem Experten wie Professor Streissler schreiben, daß der Grundsockel der Zinsniveaubewegung zwar von internationalen Kapitalmärkten bestimmt ist, aber doch ein nennenswerter Teilbetrag der österreichischen Zinsen — bis zu zwei Prozent — hausgemacht ist.

Sie haben ja noch Ihren speziellen Beitrag zu den hohen Zinsen durch die Einführung der Kreditsteuer geleistet.

Jetzt mag es, meine Damen und Herren, etwas übertrieben klingen, aber es sollte uns eine Warnung sein, wenn es in angesehenen Blättern wie in der „Wirtschaftswoche“, einer europäischen Fachzeitschrift, heißt: „Für internationale Banken gilt Österreich in puncto Bonität nicht mehr als erste Adresse“, und wenn es in englischsprachigen Fachzeitschriften wie im „Institutional Investor“ heißt, daß die Bonität Österreichs in den letzten Jahren um einige Prozentpunkte gefallen ist.

Sagen Sie mir nicht, Herr Bundeskanzler, wir ruinieren damit unsere eigene Reputation. Wir haben die Pflicht als kontrollierende Opposition, Sie auf den Verfall unserer Bonität aufmerksam zu machen und Sie zu warnen, diesen Weg weiterzugehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Erinnern wir uns, meine Damen und Herren, an die erste Budgetrede eines sozialistischen Finanzministers. Im Oktober 1970 hat der damalige Finanzminister wörtlich festgestellt: „Der Erschließung neuer Einnahmen sind enge Grenzen gesetzt, weil das Ausmaß der Gesamtbelastung“ nicht mehr überschritten werden kann, da ansonsten der Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Anreiz zur höheren Leistung abgewürgt wird.

Herr Bundeskanzler! Damals haben wir eine Abgabenquote von 36 Prozent des Bruttonationalproduktes gehabt. Heute liegen wir bei 42 Prozent. Der Steuerdruck ist in knapp einem Jahrzehnt um ein Sechstel gestiegen. Sie haben dadurch auch den Beitrag zu dem geleistet, was Ihr früherer Finanzminister und Vizekanzler gesagt hat, nämlich den Motor der wirtschaftlichen Leistung, den Anreiz zur höheren Leistung immer mehr abgewürgt.

Herr Bundeskanzler! Allein in den letzten sechs Jahren sind 30 Steuererhöhungen durchgeführt oder neue Steuern eingeführt worden. Sie haben auch damit alles getan, um den Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, die Leistungsfähigkeit des einzelnen und der Betriebe abzuwürgen.

Herr Bundeskanzler! Im Jahre 1970 hat ein Österreicher durchschnittlich 43 000 S an Steuern gezahlt. Seither ist das Leben viel teurer geworden, um knapp über 100 Prozent, aber die Steuern und Abgaben sind nicht um 100, sondern um 240 Prozent, auf das Dreieinhalbfache, gestiegen.

Sie haben wirklich sehr viel gemacht, Herr Bundeskanzler, um den Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, den Anreiz zur persönlichen Leistung immer mehr abzuwürgen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie haben viel zu vielen Menschen, Herr Bundeskanzler, den Mut zur persönlichen Leistung und zum persönlichen Engagement genommen.

Richtig: Sie haben, Herr Bundeskanzler, in der Zwischenzeit Arbeitsplätze, Investitionen in Produktion, Investitionen in Information, Information in Forschung gestützt, aber nicht aus Erträgen, sondern zuerst aus der Substanz und dann mit Schulden. Und das ist ein Weg, der einmal zu einem schlimmen Ende führen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir glauben, meine Damen und Herren, wir müssen den Menschen wieder Mut machen zum persönlichen Engagement, Mut machen zum Investieren, Mut machen zum Sparen. Deswegen haben wir im Rahmen des Modell Österreichs einen Dreiphasenplan zur Steuerreform vorgeschlagen: zuerst einen Steuer-

Dr. Mock

und Belastungsstopp, dann eine Steuerreform und schließlich eine Steuerentlastung.

Wir haben uns bei diesem Dreiphasenplan sehr klare Ziele gesetzt:

Die These 1 besagt, daß die Grenzen der steuerlichen Belastung in Österreich erreicht sind, wenn wir den Aufholprozeß gegenüber anderen europäischen Ländern fortsetzen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die These 2: Die Steueranpassung 1982 soll die progressive steuerliche Belastung abflachen und automatische Belastungserhöhungen bis 1984 ausschließen.

Die These 3: Wir sagen, wir sollen Mut haben, eine Lohn- und Einkommensteueranpassung im Zweijahresrhythmus gesetzlich festzulegen, bei einer bestimmten Steigerung der Inflationsrate.

Die These 4 lautet, daß wir mehr Steuergerechtigkeit verwirklichen wollen, indem wir ein überschaubares Steuersystem schaffen. Der kleine Staatsbürger, egal, ob das der kleine Gewerbetreibende, Bauer oder Arbeitnehmer ist, der die inneren Zusammenhänge unserer Steuergesetzgebung nicht kennt, der all die Löcher nicht kennt, wo man allenfalls dem Steuerdruck entweichen kann, wird heute durch die Komplexität, durch die Kompliziertheit systematisch benachteiligt. Das heißt: Das heutige Steuerrecht ist auch aus diesem Grund ein unsoziales Steuerrecht, das reformiert gehört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

These 5: Wir sollten die Familie wieder stärker im Steuerrecht berücksichtigen. Für uns, meine Damen und Herren, ist die Familie nicht — wie das vor kurzem formuliert wurde — irgendeine Form des menschlichen Zusammenlebens neben vielen anderen möglichen, sie ist für uns die qualifizierte Bauzelle unserer Gesellschaft, von deren Stabilität, von deren Gesundheit nicht nur das Glück vieler Menschen, sondern auch die Stabilität der Gesellschaft abhängt. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

These 6: Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit für unsere bäuerlichen Mitbürger. Herr Bundeskanzler! Es müßte Ihnen doch zu denken geben, wenn man Ihnen vorhält, daß es in den letzten Jahrzehnten zu einer systematischen Anhebung der Einheitswerte kam: 1970 um 11 Prozent, 1976 um 10 Prozent, 1980 um durchschnittlich 20 Prozent. Dann haben Sie noch eines Tages gesagt, man müßte überhaupt die Einheitswerte an die Verkehrswerte der bäuerlichen Grundstücke heranzuführen und danach die Besteuerung ausrichten. Da muß ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Der

Bauer kann doch nur von seinen Erträgen leben, nicht aber vom Verkauf seiner Grundstücke! *(Beifall bei der ÖVP.)* Danach hat sich auch das Steuerrecht auszurichten.

These 7: Wir müssen neue Impulse geben, daß die Betriebe wieder finanzielle Reserven bilden können.

Ich anerkenne Ihre Bemühungen, die Arbeitsplätze zu sichern. Dieses grundsätzliche Ziel verfolgen ja alle drei Parteien, nur wird es bei Ihnen mit dem falschen Instrumentarium angepeilt.

Ich habe Ihnen den sehr harten Vorwurf gemacht, daß Sie bei der Arbeitsplatzsicherung und bei der Förderung von Investitionen von der Substanz gezehrt haben, die finanziellen Reserven der Betriebe systematisch reduziert haben und dann mit den Schulden diese Ziele angestrebt haben, statt eine Politik zu machen, die Erträge ermöglicht und über die Erträge Investitionen und Arbeitsplätze sichert. *(Beifall bei der ÖVP.)* Daher brauchen wir heute wieder eine Steuerpolitik, die die Bildung finanzieller Reserven erlaubt.

These 8: Hier geht es darum, Herr Bundeskanzler, daß wir das Grundbedürfnis des Wohnens auch im Steuerrecht entsprechend berücksichtigen. Für uns ist der Anspruch auf eine Wohnung zu angemessenen Preisen, auf eine Wohnung, die man sich leisten kann, ein soziales Grundrecht. Und das hat seinen Niederschlag und seine Förderung auch im Steuerrecht zu finden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Da möchte ich, Herr Bundeskanzler, speziell auf das Wohnen im eigenen Heim und speziell auf das Wohnen in der Eigentumswohnung verweisen.

Wir halten eine gesellschaftspolitische Entwicklung für richtig, wo bezüglich des Wohnens der Mensch nicht mehr von anderen abhängig ist. Das heißt, wir fördern eine Entwicklung, wo ihm das als Eigentum gehört, was ein menschliches Grundbedürfnis, nämlich das Wohnen, abdeckt.

Daher kann ich nur schärfstens kritisieren, daß Sie mit einer Novelle 1972 die Errichtung und den Erwerb von Eigentumswohnungen erschwert beziehungsweise die entsprechenden Begünstigungen abgeschafft haben, daß Sie dann mit einer Novelle 1975 den Erwerb von Eigentumswohnungen, Eigenheimen und die Finanzierung erschwert haben.

Sagen Sie nicht, „Eigentumsfeindlichkeit des Sozialismus“ sei ein Schlagwort! Ich weiß, daß es auch bei Ihnen viele gibt, die in Eigentumswohnungen wohnen. Ja es gibt auch bei Ihnen sehr viele, die ihre Kinder nicht in die

Dr. Mock

Gesamtschule schicken, sondern andere schulorganisatorische Formen bevorzugen.

Wir werden daher sehr klar sagen, daß wir eine Partei des Eigentums, des persönlichen Eigentums auch beim Wohnen, auch in anderen Bereichen sind. Ich bin überzeugt, wenn wir das klarer sagen, als wir es bisher gesagt haben, werden wir auch manchen ansprechen, der Ihnen bisher seine Stimme gegeben hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Diese Linie entspricht, diese acht Thesen entsprechen auch den Ordnungsvorstellungen der sozialen Marktwirtschaft.

Wir haben uns gerade in den letzten acht Tagen anlässlich des 90. Geburtstages von Bundeskanzler Ing. Julius Raab sehr oft des erfolgreichen Raab-Kamitz-Kurses erinnert. Mit diesem wirtschaftspolitischen Kurs, der sich an den Ordnungsvorstellungen der sozialen Marktwirtschaft orientiert hat, haben wir damals die Nachkriegsschwierigkeiten, die Beschränkungen der Nachkriegszeit, die Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit überwunden. Ich bin überzeugt, daß dieses Ordnungssystem auch die besten Lösungsmöglichkeiten für neue Probleme der achtziger und der neunziger Jahre gibt.

Ich möchte hier, Herr Bundeskanzler, vor allem auf folgendes verweisen: Meiner Auffassung nach ist die große politische Leistung dieses Ordnungssystems, wobei natürlich immer ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen der Theorie und der Praxis gegeben ist, die Integration der Förderung der wirtschaftlichen Leistung und die ständige Verwirklichung eines höheren Ausmaßes an sozialer Gerechtigkeit.

Beide sind Grundpfeiler der politischen Stabilität und des politischen und sozialen Friedens. Wenn das auseinanderklafft und wenn das zerbrochen wird, riskieren wir für unser Land sehr viel!

Es hat für mich einen hohen Stellenwert, wenn die OECD vor kurzem eine beachtenswerte Broschüre über die Frage „Krise des Wohlfahrtsstaates“ herausgebracht hat. Hier wird geschrieben, daß das Auseinanderbrechen von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik große Gefahren für die Stabilität eines Landes mit sich bringt.

Denn was dem Westen, den freien westlichen Ländern in den letzten Jahrzehnten gelungen ist, war die Integration von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialem Fortschritt, indem man alles getan hat, um zur wirtschaftlichen Leistung zu ermuntern;

aber nicht als Selbstzweck, sondern indem man diese wirtschaftliche Leistung dann in den Dienst des sozialen Fortschritts gestellt hat. Und das wollen wir für Österreich unbedingt aufrechterhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen daher eine Steuerreform, die den Menschen wieder Mut macht und Zuversicht gibt.

Wir sind heute, Herr Bundeskanzler, zu oft in einer wirtschaftlichen Sterbephase. Wenn ich da an verschiedene Unternehmen denke — der Tod des einen oder anderen Unternehmens wird verlängert, und es wird vielzusehr vergessen auf das Faktum des wirtschaftlichen Werdens. Ich bin dafür, jedem zu helfen, der in einer schwierigen Situation ist, aber wir werden das nur tun können, wenn wir nicht wie bisher auf das wirtschaftliche Werden von Betrieben, von neuen Betrieben vergessen. Das ist leider bisher geschehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Beides ist Bestandteil einer Wirtschaft, die sich dem Strukturwandel unterwirft. Da sollten wir doch einer Meinung sein: Sterben und Werden — das zweite dürfen wir nicht vergessen! Die Strukturpolitik ist eben in dem letzten Jahrzehnt sehr zurückgeblieben.

Ich erinnere mich noch des pathetischen Ausrufs des früheren Staatssekretärs Dr. Veselsky im Jahre 1975: Jetzt Strukturpolitik!

Herr Bundeskanzler, wo ist die Strukturpolitik geblieben? Damals hatten Sie schon fünf Jahre Verantwortung.

Vor kurzem sagte der anerkannte Ordinarius für Volkswirtschaftspolitik an der Grazer Universität, Professor Tichy:

„Wir sind die meisten Strukturprobleme nicht einmal angegangen. Wir disponieren bloß für die unmittelbare Gegenwart. Und wir sind dabei, durch die Form der Problemlösung, wie wir sie jetzt praktizieren, die Zukunft zu belasten.“

Herr Bundeskanzler! Ich habe Ihnen vorhin gesagt: Sie bemühen sich auch, wenn Betriebe in Schwierigkeiten sind, so wie wir uns bemühen. Nur, Sie haben das von der Substanz her finanziert, Sie haben das mit Schulden finanziert, und das belastet die Zukunft. Das schlägt ja jetzt bereits im Budget durch.

Ich habe das auch erläutert, meine Damen und Herren, wie die Verpflichtungen des Finanzministers für den Schuldendienst immer größer werden und daher der Anteil der Investitionen immer geringer wird. Diese Politik, über das Budget gemacht, zerschlägt Arbeitsplätze, schafft nicht neue. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Mock

Zumindest müßte Ihnen, Herr Bundeskanzler, doch auch zu denken geben, wenn jener Mann, den Sie einmal aus Ihrer Sicht als den „besten aller Finanzminister“ bezeichnet haben, jetzt, wo er Bankdirektor ist, am 28. November 1981 in der „Süddeutschen Zeitung“ zitiert wird, wonach sich Österreich nicht ausreichend an die geänderten Umweltbedingungen angepaßt hat. Österreich sei im Begriff, weiteres Terrain im internationalen Wettbewerb zu verlieren.

Meine Damen und Herren! Nicht die Opposition, nicht irgendein Kritiker, sondern der in den Augen des Bundeskanzlers „beste aller Finanzminister“ sagt: Wir verlieren nicht nur Terrain — wir verlieren weiteres Terrain! Er sagt Ihnen: Wir haben schon Terrain verloren! Also, das sind doch Stimmen, Herr Bundeskanzler, die Ihnen zu denken geben müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was ich Ihnen gesagt habe aus dem Bereich des Wirtschaftsforschungsinstituts, wenn ich einen Mann zitiere, von dem Sie gesagt haben: Was immer sonst seine Fehler waren, in der Wirtschaftspolitik hatte er eine besonders hohe Kompetenz — da darf man sich nicht wundern, meine Damen und Herren, wenn es dann in einer bekannten deutschen Wochenzeitschrift in einem Aufsatz von Michael Jungblut heißt:

„Sozialistische Politik hat noch jedes Land, selbst die reichsten Industriestaaten, schließlich in eine Krise getrieben. Der wachsende Gegensatz zwischen Anspruch und Leistung im öffentlichen und privaten Bereich, eine wuchernde Bürokratie und eine immer drückende Abgabenlast würgen das Wirtschaftswachstum ab, lähmen die private Initiative und bringen die öffentlichen Finanzen in eine heillose Unordnung.“

Ein hartes Urteil. Wir werden alles tun, Herr Bundeskanzler, in der kritischen Auseinandersetzung, aber auch im Dialog, um diesen Weg für Österreich zu vermeiden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden das auch tun bezüglich der schwierigen Situation der verstaatlichten Industrie. Sie ist für uns ein wichtiger Teil der Gesamtwirtschaft. Sie benötigt genauso, meine Damen und Herren, wie andere Wirtschaftsbereiche Eigenkapital als finanzielle Reserven, ein Steuerrecht, das Innovation, Forschung und Leistung begünstigt. Sie benötigt genauso wie andere Betriebe eigenverantwortliche Unternehmer und Manager, und sie benötigt genauso wie andere Betriebe Arbeitnehmer, die die Überzeugung haben, daß Wettbewerbsstärke und finanzielle Kraft

ihrer Unternehmen die beste Garantie auch für ihre Arbeitsplätze ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Damit, Herr Bundeskanzler, sagen wir sehr klar, welche wirtschaftspolitische Linie wir in dieser Frage verfolgen. Wir können ohne Überheblichkeit sagen: Als die Volkspartei 1970 die Verantwortung übergeben hatte, hat sie wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen geschaffen, wo es den Leistungen der Menschen in der verstaatlichten Industrie möglich war, trotz auch des damals harten internationalen Wettbewerbs 1 700 Millionen zu erwirtschaften. Das war der Ertrag 1970.

Wo die verstaatlichte Industrie heute steht, wissen wir alle. Die finanzielle Auszehrung auf Grund Ihrer Steuerpolitik ist auch ein Grund, daß sich die im besonders harten internationalen Wettbewerb stehenden Betriebe heute auch besonders schwer tun. Diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben, Herr Bundeskanzler, rechtzeitig gewarnt. Wir haben eine längerfristige Planung vorgeschlagen, eine Politik, die auf einige Jahre abgestellt ist.

Wir haben am 12. Oktober 1978 hier in einem Antrag Eigenmittel für die verstaatlichte Industrie verlangt, damit sie rechtzeitig eine kräftigere Strukturpolitik betreiben kann. Warum haben Sie damals diesen Antrag abgelehnt?

Wir haben diesen Antrag wieder gestellt am 10. Oktober 1979, über die ÖIAG der verstaatlichten Industrie es zu ermöglichen, Kredite aufzunehmen, um sich stärker zu modernisieren, weil wir gesehen haben, in welche Schwierigkeiten sie kommen wird. Warum haben Sie das abgelehnt?

Wir treten auch jetzt dafür ein, diesen Betrieben wieder zu helfen, aber mit Kontrolle dieser Investitionen, weil wir Verantwortung gegenüber allen österreichischen Steuerzahlern haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Dies mit dem Ziel, daß daraus nicht Subventionsbetriebe, sondern wieder finanziell kräftige Betriebe werden, die auf Grund der eigenen Erträge investieren und bestehen können, und mit Hilfe gesamtwirtschaftlicher Maßnahmen, die auch den anderen Bereichen der Wirtschaft, vor allem den Klein- und Mittelbetrieben, helfen, deren Erträge wir heute hier benötigen, um denen, die keine Erträge haben, zu helfen. Diesen Weg werden wir in dieser Frage gehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist für uns das Recht auf Arbeit ein

Dr. Mock

soziales Grundrecht. Wir haben einen diesbezüglichen Antrag im Dezember 1978 hier auch vorgelegt. Aber das Recht auf Arbeit, das heißt das Recht auf eine Politik, die für jeden Menschen einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellt, die auch dann einen Arbeitsplatz als Ersatzarbeitsplatz zur Verfügung stellt, wenn einer verloren geht, das gilt für jeden Staatsbürger, gleichgültig, welchen sozialen Hintergrund er hat. Daher ist die Frage eines Arbeitsplatzes, eines sicheren Arbeitsplatzes eine Frage, die sich für uns für Arbeiter genauso stellt wie für Angestellte, genauso wie für selbständige Gewerbetreibende, ebenso wie sie sich für unsere bäuerlichen Mitbürger oder irgendeinen anderen Staatsbürger stellt. Das Recht auf Arbeit steht jedem Staatsbürger zu, und daher formulieren wir auch unsere Politik in dieser Richtung. (Beifall bei der ÖVP.)

Damit ist ein Grundproblem angeschnitten, Herr Bundeskanzler. Wir müssen eine Politik machen, die wieder vorausschauend ist, die nicht im nachhinein nur als Feuerwehr agiert, so gut das auch gemeint ist. Wenn die Menschen den Eindruck bekommen, wir versuchen von vornherein Schwierigkeiten zu vermeiden, werden sie wieder mehr Mut haben, werden sie Zuversicht haben.

Ich habe Ihnen gesagt, Herr Bundeskanzler: 1977 wurden sie zum ersten Mal hinsichtlich der Schwierigkeiten in der verstaatlichten Industrie gewarnt. Und trotzdem haben Sie 1978, 1979 unsere Anträge abgelehnt. Sie haben erst 1980, 1981 massiv gehandelt, Herr Bundeskanzler!

Ich erinnere mich an Ihre Feststellungen noch 1979, wo Sie gesagt haben, bezüglich Judenburg gibt es eine ganze Reihe von industriellen Projekten, die direkt oder indirekt Aufträge zur Folge haben, Produktionen dort zur Folge haben; eine nähere Angabe können Sie nicht machen, das würde die Projekte gefährden. — Allein in diesem Jahr gibt es im Bereich der Vereinigten Edelstahlwerke 2 000 Arbeitsplätze weniger!

Sie haben am 7. November 1979 im Fernsehmagazin „Schilling“ gesagt: Für die nächsten zwei Jahre — das war 1979, meine Damen und Herren! — sehe ich in Judenburg überhaupt keine Arbeitsprobleme. Die Bundesregierung beschäftige sich seit Monaten mit dem Problem und tue mehr als Briefe schreiben. Keiner würde in Judenburg seinen Arbeitsplatz verlieren.

Herr Bundeskanzler! Hier geht es nicht nur darum, etwas zu zitieren, wo sich jemand geirrt hat. Da kann man sagen, das steht auch

Ihnen zu, das ist jedem schon einmal passiert. Aber Sie sind diesen Weg gegangen und haben diese Aussagen gemacht, obwohl Sie nachdrücklich gewarnt wurden! Sie haben uns als Schwarzmalerei abqualifiziert. Sie haben uns als Leute abqualifiziert, die die Reputation des eigenen Landes und der eigenen Firmen reduzieren und unterminieren. Es ist gar keine so große Befriedigung, zu sagen: Wir haben in dieser Frage recht gehabt!

Ich komme wieder auf das Grundproblem zurück, Herr Bundeskanzler. Ja was war denn? In Judenburg haben die Leute ihre Schwierigkeiten zuerst durchaus akzeptiert. Die Arbeitnehmer haben sich vorbildlich verhalten. Sie haben, als die Schwierigkeiten gekommen sind, auf Sozialleistungen verzichtet. Auf über 100 000 000 S. Wo geschieht das in ganz Europa ohne Streik, ohne Wirbel? Sie haben geglaubt, sie bringen damit ihren Betrieb durch. Das wurde ihnen auch so von Ihrer Seite gesagt.

Zwei Jahre später mußten sie wieder Ideen von Schließungen hören, Ideen von Kündigungen. Einmal 4 000, dann hat es geheißt 1 000, einmal 700, einmal 2 000. Da wurden sie wieder in Sorge gebracht: Was ist ihr persönliches Schicksal, das Schicksal ihrer Familien? Was ist das Schicksal der Gewerbetreibenden, die dort wohnen, die von der Kaufkraft dieser Menschen natürlich auch abhängig sind?

Und dann hat sich gezeigt — das ist ja ein Betrieb, wo Sie politisch in jeder Hinsicht dominieren —, daß auch Ihre Leute dort nicht mehr mittun. Ein früherer Obmann der Gewerkschafts-Bezirksexekutive hat eine eigene Liste aufgestellt und hat, obwohl er Gewerkschafter ist und sich als Sozialist bekennt, in der Öffentlichkeit einen Streit mit dem ÖGB-Präsidenten begonnen, wo der andere nur sagen konnte: Was kann er denn machen? — Wind kann er machen!

Sehen Sie: Wenn die Frage wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Belastung auseinanderfällt. Für uns war es immer etwas Wertvolles in Österreich, auch im Bereich der Sozialpartnerschaft, daß jeder, der einen Sozialpartner vertritt, in seinem Bereich ein hohes Maß an Anerkennung hat, daß er jene Autorität hat, daß ihm die Leute mitgehen, wenn er Kompromisse abschließt, denn in der Demokratie geht es nur mit Kompromissen. Die Ehrlichkeit muß man haben, das zuzugeben. Aber da zerbrechen Strukturen!

Dann hat man demonstriert. Man hat noch österreichisch demonstriert. Friedlich demonstriert. Alle sind mitgegangen: die Arbeitnehmer der VEW Judenburg, Pfarrer, Bürgermei-

Dr. Mock

ster, Gemeinderäte. Österreichisch demonstriert im guten Sinn. Aber wie lang werden die Menschen bei so etwas mittun, Herr Bundeskanzler? Wann wird die Belastung für unser politisches System, das so stark auf Integration von wirtschaftlicher Leistungskraft und sozialem Fortschritt, auf Gesprächsfähigkeit setzt, wann wird die Belastung zu groß? Hier müssen wir einen anderen Weg gehen und rechtzeitig gehen, Herr Bundeskanzler! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben Sie seit Anfang der siebziger Jahre gewarnt vor dem Rückgang im Wohnungsbau. Herr Bundeskanzler! Wieder Ihre eigenen Leute. In einer Studie der Wiener Arbeiterkammer heißt es: ... ist der gesamtösterreichische Zugang an Wohnungen besonders seit den Jahren 1970/71 zurückgegangen. Dieser Einbruch geht vor allem zurück auf drastische Einschränkung des Wohnbaues in Wien.

Wir haben seit eineinhalb Jahren im Parlament ein Gesetz liegen, wonach Genossenschaftswohnungen, Gemeindewohnungen in das Eigentum der Benützer übergeführt werden gegen einen vernünftigen, angemessenen Preis. Es wird nicht beschlossen, obwohl wir mit diesen Mitteln, die da herauskommen, im Jahr mindestens 500 Millionen Schilling, in einem Zeitraum von sechs bis sieben Jahren 5 bis 6 Milliarden Schilling dem Wohnbau zur Verfügung stellen könnten.

Nur, weil offensichtlich irgend jemand in Ihrer Partei — ich weiß nicht, wer — sagt: Nein, damit wird mehr Eigentum gebildet, wo kommen wir da hin, wenn Gemeindewohnungen und Genossenschaftswohnungen Eigentumswohnungen werden! — Da wird einfach gemauert, das wird nicht beschlossen.

Und dann machen Sie einen Bautengipfel im nachhinein. Zu spät. Da liegt das Geld herum, Herr Bundeskanzler! Treffen Sie eine Entscheidung! Beraten wir dieses Gesetz, und das hat sicherlich mehr Wirksamkeit, als der Bautengipfel! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler, ich weiß, auch bei diesem Gipfeltreffen bemühen Sie sich. Sie laden alle ein. Nur: Wir sollten eine Politik machen, die die Krisengipfel vermeidet, und nicht eine Politik, die immer mehr Krisengipfel benötigt. Vorausschauend, planend, eine Politik, die Zuversicht macht, die Optimismus fördert und die die Erwartungslage der Menschen positiv beeinflusst und sie nicht entmutigt.

Ich erinnere Sie: Vor fünf Jahren gab es einen Textilgipfel; ich glaube, Wien-Ost oder Wien-Süd hat das geheißen. Eine dramatische Rettungsaktion, wo Sie auch alle, die da

irgendwie befaßt waren, eingeladen haben. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Vorsichtig sein!)* Ja, Herr Bundeskanzler, Sie sagen, ich soll vorsichtig sein. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: ... vorsichtig!)* Ja, ich bin sehr vorsichtig. Sie haben alle eingeladen, aber ich sage Ihnen: Heute gibt es das Unternehmen nicht mehr, es gibt die 1 400 Arbeitsplätze nicht mehr, und niemand trägt die Verantwortung, daß dort 500 Millionen Schilling Steuergelder hineingegeben wurden! Das ist keine langfristig konzipierte Politik. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Das ist ein Skandal! — Abg. Dr. Steger: Herr Kollege, 1,2 Milliarden waren es bei der Textilindustrie!)* Danke für die Berichtigung, Kollege Steger! *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Aber ich kann auch mehr dazu sagen, Herr Kollege Steger, was da los war!)*

Sanierung, Herr Bundeskanzler: Wir haben aufmerksam gemacht auf die Entwicklung in der Sozialversicherung. Noch im vergangenen Jahr wurde ein Antrag der ÖVP abgelehnt, die Sozialversicherung und ihre finanzielle Entwicklung zu analysieren und zu sanieren. Sie haben noch im Dezember 1979 Budgetleitlinien abgelehnt: Wo wollen wir sparen? — Meine Damen und Herren! Wir haben sie Ihnen in Form eines Antrages vorgelegt. Wir wurden niedergestimmt.

Herr Bundeskanzler! Sollten wir nicht die Politik wechseln? Eine andere, eine vorausschauende, eine planende Politik machen, die nach Möglichkeit solche Krisengipfel und krisenhaften Entscheidungen vermeidet? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir daher, Herr Bundeskanzler, davon sprechen, daß wir zur Sicherung der Einkommen und der Arbeitsplätze in der Wirtschafts- und Finanzpolitik einen Kurswechsel verlangen, so heißt dies:

Stärkung der finanziellen Reserven und nicht Schwächung der finanziellen Reserven der Betriebe!

So heißt dies: Förderung der öffentlichen Investitionen und Senkung der Bürokratismusausgaben.

So heißt dies: Stärkung der Forschungs- und Innovationsausgaben und nicht Senkung dieser Ausgaben.

So heißt dies: Eine Steuerreform, die den einzelnen zum Investieren, zum Sparen ermuntert und nicht ihn davon abhält.

So heißt dies: Eine Budgetsanierung nicht, Herr Bundeskanzler, auf Kosten der öffentlichen Investitionen, sondern eine Budgetsanierung auf Kosten der Bürokratismusausgaben.

Dr. Mock

Und wenn wir von einem Kurswechsel reden, Herr Bundeskanzler, dann möchte ich sehr klar sagen: Kurswechsel bedeutet für uns vor allem auch — und da bin ich gänzlich anderer Meinung als Sie — eine Gleichbehandlung, eine möglichst weitgehende Gleichbehandlung österreichischer und ausländischer Unternehmungen und nicht eine provokante Bevorzugung ausländischer multinationaler Konzerne, wie General Motors, die für einen Arbeitsplatz einen Zuschuß von 1 400 000 Schilling bekommen, und die österreichischen Unternehmungen müssen sich das Geld bei der Sparkasse und bei der Bank um 10 oder um 16 Prozent holen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und Kurswechsel heißt eine Regionalpolitik, Herr Bundeskanzler, wo die Einkommenschancen und die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Menschen in Gmünd, im südlichen Burgenland, im Lavanttal, im Lungau und in Wien und in Linz und in Graz angenähert werden und nicht weiter auseinanderfallen. Wir wollen, ohne hier Illusionen zu haben, eine Entwicklung, wo die Menschen in den verschiedensten Teilen Österreichs möglichst gleiche Chancen auf Einkommen und auf Beschäftigung haben, aber nicht so, daß heute das Durchschnittseinkommen in Gmünd noch geringer ist, verglichen mit dem Wiener Zentralraum oder dem Linzer Zentralraum, als das vor zehn Jahren der Fall gewesen ist.

Und Kurswechsel bedeutet Ausgliederung von Bundesaufgaben, die kostengünstiger, mehr auf die Menschen abgestellt, besser von anderen Institutionen, auch von privaten, erfüllt werden können.

Und Kurswechsel bedeutet: Förderung der kleineren und mittleren Betriebe und nicht nur der industriellen Großeinheiten. Meine Damen und Herren! Wir sollten doch lernen, daß der Großbetrieb, daß das Großkrankenhaus, daß die Großgemeinde, daß die Massenuniversität an sich nicht menschlich und wirtschaftlich hochstehende Leistungen garantieren. Die Industriegesellschaft benötigt auch Großeinheiten, aber sie gewinnt an Sicherheit und menschlicher Qualität durch überschaubare Einheiten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das gilt für die Wirtschaft genauso wie für die politische Gliederung unseres Landes.

Daher bedeutet Kurswechsel auch hier: Weg von der Zentralisierung zu mehr Dezentralisierung, ganz gleich, ob das einen Großbetrieb betrifft, auch innerhalb des Großbetriebes bringt eine starke dezentrale Gliederung mehr menschliche Qualität, mehr Überschaubarkeit für jene, die dort arbeiten müssen.

Meine Damen und Herren! Wir werden diese Ziele beharrlich verfolgen und mit Ausdauer erläutern und, wo wir können, auch verwirklichen, und wir werden auf eine vorausschauende Politik, Herr Bundeskanzler, in der kritischen Auseinandersetzung und auch im Dialog dringen auf eine Politik, die bestrebt ist, den Menschen dieses Landes Sicherheit, mehr Sicherheit bezüglich ihres Einkommens und ihres Berufes zu geben, Mut zur Leistung und zum Engagement zu machen und Optimismus und Hoffnung für die Zukunft unseres Landes zu vermitteln. *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)* 10.24

Präsident: Zum Wort kommt der Abgeordnete Fischer.

10.24

Abgeordneter Dr. **Fischer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist heute auf den Tag genau ein Jahr, daß die Generaldebatte über den Staatshaushalt 1981 stattgefunden hat. Es war das, wie Sie sich sicher erinnern werden, eine sehr stürmische Sitzung, unterbrochen von einer dringlichen Anfrage an den Bundeskanzler mit drei Mißtrauensanträgen und heftigsten Auseinandersetzungen.

Ich kann daher heute mit der erfreulichen Feststellung beginnen, daß sich die Debatte über den Haushalt 1982 offenbar unter günstigeren Voraussetzungen und klimatisch besseren Bedingungen abspielt als jene über den Haushalt 1981.

Daran hat meiner Ansicht nach auch der gestrige Versuch, mit einer dringlichen Anfrage ein gewisses Thema zu beleben, nichts geändert, im Gegenteil, er hat bestätigt, daß Dinge, die von der Justiz behandelt werden, bei der Justiz bleiben sollen, und Dinge, die sachlich zu behandeln sind, sachlich behandelt werden sollen, und daß die Versuche politischer Zündeleyen hier zum Scheitern verurteilt sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zwei Dinge, meine Damen und Herren, mögen zu dieser Tatsache beigetragen haben.

Erstens, daß es in der Zwischenzeit genügend Beweise dafür gibt, daß die Bevölkerung Sachlichkeit will und einen bestimmten politischen Stil ablehnt. Erst heute in der „Wochenpresse“ konnte man recht erfreuliche Tatsachen über die Einschätzung der politischen Situation durch die österreichische Öffentlichkeit lesen, selbst von seiten eher konservativer Meinungsforschungsinstitute.

Und zweitens spielt hier sicher auch eine Rolle die empirische Tatsache, daß zum elften Mal Prognosen, die von dieser Stelle hier abgegeben wurden — der Staatshaushalt für

Dr. Fischer

1981 ist ja sogar als „Sicherheitsrisiko“ für die Republik Österreich bezeichnet worden —, nicht in Erfüllung gegangen sind.

Und vielleicht ist es ein Beweis für eine gewisse Lernfähigkeit, daß man dann halt doch verzichtet, etwa den Vorwurf, dieses Budget sei ein Sicherheitsrisiko, zu wiederholen, wenn er in so eindeutiger Weise widerlegt wurde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und daraus schöpfe ich auch die Hoffnung, daß zumindest streckenweise die Debatte über den Staatshaushalt 1982 nicht die zwölfte Reprise eines Rituals, wie wir es seit 1970 kennen, sein möge, sondern daß man doch das eine oder andere Problem auch unter neuen Gesichtspunkten beurteilt.

Aber, meine Damen und Herren, eine Aufgabe müssen wir natürlich erfüllen: Wenn die Opposition falsche Argumente zum zwölften Mal wiederholen sollte, müssen Sie auch zum zwölften Mal widerlegt werden. Darauf hat die österreichische Öffentlichkeit Anspruch.

Und in diesem Sinn vielleicht auch einige Bemerkungen und einen Diskussionsbeitrag zu der Rede meines Vorredners.

Herr Dr. Mock, Sie haben gemeint, der österreichischen Jugend müsse ein Freiraum eingeräumt werden, sie müsse Entfaltungsmöglichkeiten bekommen, et cetera.

Ich glaube, wenn ich mir die Situation der jungen Leute anschau in Liverpool oder London, in Zürich, in Berlin, in Amsterdam, in Mailand, in Rom, daß es doch dort überall Beweise dafür gibt, daß dort Umstände vorhanden sind, die die Jugend in einer unerträglichen Weise als eine Einschränkung ihrer Zukunftschancen betrachtet — hohe Jugendarbeitslosigkeit et cetera —, und daß sie in Österreich wahrlich mehr Freiraum und Liberalität und Entfaltungsmöglichkeiten hat als in allen diesen anderen Städten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube auch, daß in Österreich die Regierung und die Sozialistische Partei und viele Staatsmänner etwa zu der Frage des Friedens, der Entspannung, der Friedenssicherung, der Abrüstung, der Friedensbewegung Positionen einnehmen, die für die Jugend viel verständlicher sind als die Positionen von Staatsmännern, an denen Sie sich sonst orientieren.

Wenn die CDU den Herrn Mechttersheimer ausschließt aus ihren Reihen, ist das nicht ein Zeichen großer Liberalität in diesen Fragen. Das zum ersten.

Zum zweiten: Ein Vorwurf, den Sie immer

wieder erheben, dies sei kein Sparbudget, dies sei ein Phantombudget.

Meine Damen und Herren! Es ist schon oft gesagt worden, aber ich muß es wiederholen: Wenn wir Ihren Vorstellungen folgen, glauben Sie, daß es dann mehr ein Sparbudget wäre? Wo haben Sie uns in der Budgetdebatte etwa einen konkreten Ansatz geliefert für ein Sparbudget à la ÖVP? *(Abg. Dr. Mock: Seit 1978, Kollege Fischer!)*

Herr Kollege! Seit 1978 haben Sie Anträge vorgelegt — der Finanzminister hat es Ihnen vorgerechnet —: 19,5 Milliarden Schilling Mehrausgaben allein im letzten Jahr! Das ist doch kein Sparbudget. Man kann natürlich sagen: Sparbudget — Rufzeichen, Klammer — mehr Forderungen — Klammer zu.

Aber das paßt ja nicht zusammen. Zum Vorwurf vom Phantombudget sage ich ihnen: Das Budget, so wie es vorliegt, ist ein sehr realistisch geschätztes Budget. Aber eines kann passieren — das gebe ich zu —: Daß wir im Laufe des nächsten Jahres — zum Teil nach Verhandlungen mit Ihnen — die eine oder andere zusätzliche Maßnahme noch ergreifen, die dann allenfalls die Ausgaben noch erhöhen könnte. Aber wollen Sie uns das zum Vorwurf machen? Wollen Sie uns zum Vorwurf machen, wenn wir uns ernsthaft anhören, was Präsident Sallinger und Präsident Graf über ihre Vorstellungen zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben uns sagen? Sollen wir sagen: Nein, das Budget ist beschlossen, rien ne va plus, da läßt sich nichts mehr ändern, das wird alles abgelehnt!? — Oder sollen wir nicht auf Überlegungen eingehen, selbst dann, wenn sie unter Umständen budgetwirksam sein könnten?

Aber dann dürfen Sie nicht den Vorwurf des Phantombudgets erheben, denn er ist ungerecht und er ist im Kern gesprächsfeindlich. Denn wenn wir einfach an diesem Budget festhalten und keinerlei Korrekturen mehr vornehmen, dann wird es genau so realisiert werden, wie es im Finanzgesetz stehen wird. Aber Sie werden keine Freude haben.

Zum dritten: Sie sagen uns immer, Österreich hat jetzt die höchste Steuer- und Abgabenquote in seiner Geschichte.

Jawohl, aber bitte keinen Punkt, sondern einen Beistrich nach dieser Feststellung zu machen und festzustellen, daß Österreich auch die höchsten Leistungen im Sozialbereich in seiner Geschichte hat, daß Österreich die höchsten Leistungen im Bildungsbereich in seiner Geschichte hat, daß Österreich die höchsten Ausgaben in den meisten anderen Bereichen, für die Forschung et cetera, hat.

Dr. Fischer

Das muß man doch in einem Zusammenhang sehen!

Ich glaube: Niemand in Österreich würde zurückkehren wollen zu einer Zeit, wo tatsächlich die Staatsquote um 3 oder 4 Prozent geringer war, aber Leistungen an die österreichische Bevölkerung nicht erbracht wurden, an deren Abschaffung wir ja nicht einmal im Traum denken können, weil das die österreichische Bevölkerung mit Recht als eine Errungenschaft betrachtet, von der sich niemand trennen will. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben in Ihrem heutigen Diskussionsbeitrag und in letzter Zeit auch wieder die Zeit von Raab-Kamitz erwähnt. Da erwacht dann sicher eine gewisse Nostalgie in der ÖVP. Das verstehe ich schon.

Aber, meine Damen und Herren: Es ist vielleicht sogar unfair, der Zeit, in der Raab und Kamitz gewirkt haben, vorzuwerfen, was es damals alles noch nicht gegeben hat, was heute selbstverständlich ist, und was damals alles noch nicht entwickelt war.

Aber bitte übersehen Sie doch nicht — zum Beispiel einen einzigen Punkt —: Kamitz war Finanzminister in den fünfziger Jahren. Die Arbeitslosenraten in den fünfziger Jahren: 7,5 Prozent im Jahr 1952, 8,7 Prozent im Jahr 1953, 7,7 Prozent im Jahr 1954, 5,5 Prozent im Jahr 1955, bis 5,3 Prozent im Jahr 1958. *(Abg. Mag. Minkowitsch: Russische Besetzung! — Abg. Dr. Hauser: Damals gab es noch keine Frühpensionen!)* Ja eben! Ich sage ja, daß es das alles damals noch nicht gegeben hat, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Es hat eine ganze Menge von dem noch nicht gegeben, was wir heute als selbstverständlich betrachten.

Vielleicht kann mein Kollege Erich Schmidt diese Diskussion dann fortsetzen. Wenn man zum Beispiel, Herr Dr. Hauser, die Relation Österreichs zum Durchschnitt der OECD-Länder damals und die Relation Österreichs zum Durchschnitt der OECD-Länder heute betrachtet, dann werden Sie auch zu recht interessanten Ergebnissen kommen. *(Abg. Mag. Minkowitsch: Wir waren russisch besetzt im Osten! Wollen Sie das übersehen?)*

Aber ich will jetzt gar nicht gegen diese Zeit polemisieren. Das liegt mir fern. Das war eine Zeit, in der die Sozialistische Partei ihren Teil in der Regierungsverantwortung getragen hat. Ich warne nur vor einer falschen Nostalgie, die zu falschen Schlußfolgerungen führen müßte.

Meine Damen und Herren! Noch etwas: Wie

ein roter Faden hat sich auch heute durch die Argumentation von Dr. Mock der Vorwurf gezogen, daß auch das Budget 1982 keinen Beitrag zur Vollbeschäftigung leiste. Es war das ziemlich genau das gleiche, was vor einem Jahr dem Budget für 1981 vorgeworfen wurde.

Heute trennt uns nur mehr ein Abstand von 29 Tagen vom Ende des Jahres 1981. Wir wissen, daß Österreich im Jahr 1981 eine Arbeitslosenrate von 2,4 Prozent haben wird, während der Durchschnitt der europäischen OECD-Länder bei 6,7 Prozent liegen wird. Über diesen Unterschied zwischen 2,4 Prozent und 6,7 Prozent, meine Damen und Herren, muß man doch einmal nachdenken. Das muß man doch einmal aussprechen. Das muß man sich doch einmal konkret vorstellen, was es bedeutet, in einer Welt zu leben, wo in Westeuropa die durchschnittliche Arbeitslosenrate 6,7 Prozent ist, in Österreich 2,4 Prozent. *(Abg. Dr. Blenk: Das ist statistisch begründet! Das wissen Sie doch, Herr Dr. Fischer!)*

Diese erfolgreiche Politik dann in Grund und Boden zu kritisieren, ist wohl fern der Realität und der politischen Fairneß. Auch die Inflationsrate in Österreich beträgt 7 Prozent. Kollege Blenk! Sie sind doch beim Europarat, Ihnen werden doch diese Zahlen nicht unbekannt sein. 7 Prozent Inflationsrate in Österreich ... *(Abg. Dr. Blenk: Kollege Fischer! Ich sage, daß es auch statistisch begründet war zum Teil!)*

Herr Kollege Blenk! Sie kommen mir wie Kollege Lanner vor, der vorgehalten hat, daß eine Arbeitslosenrate von 2,4 Prozent nur ein Durchschnittswert ist und daß es in einzelnen Regionen auch schlechtere Ergebnisse gibt. Dazu kann ich nur sagen: Es ist nun einmal das Wesen eines Durchschnittswertes, daß er sich aus besseren und schlechteren Ergebnissen zusammensetzt. *(Abg. Dr. Blenk: Sie wissen genau, was ich meine!)* Dieser Durchschnittswert ist eben in Österreich 2,4 Prozent gegen 6 Prozent in Europa. Und das ist etwas, worauf wir stolz sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es hat in Österreich auch das Netz der sozialen Sicherheit gehalten, während es in vielen anderen Ländern entweder einfach gerissen ist oder reduziert werden mußte. Meine Damen und Herren! Daß es uns gelungen ist, die Inflationsrate niedrig zu halten, die Vollbeschäftigung hoch zu halten und das Netz der sozialen Sicherheit im wesentlichen aufrechtzuerhalten vor dem Hintergrund der europäischen Wirtschaftskrise — und nicht einer westeuropäischen kapitalistischen Krise; auch in Osteuropa, möchte ich jener kleinen Minderheit sagen, die vielleicht dort hinüberblickt, gibt es diese handfeste Krise

Dr. Fischer

—, ist die Leistung der österreichischen Politik, und die kann uns niemand eskamotieren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben nach elfeinhalbjähriger Erfahrung Grund zur Annahme, daß Sie diese Tatsachen nicht hindern werden, auch das Budget 1982 in ähnlicher Weise — ich sagte schon: die Atmosphäre ist besser — zu kritisieren, wie Sie das in der Vergangenheit getan haben. Aber wir glauben doch, meine Damen und Herren, daß der österreichische Weg so schlecht nicht sein kann, wie Sie ihn beschreiben, wenn er sich auf diese Fakten stützen kann, die ich Ihnen genannt habe.

Noch einen kleinen Unterschied zum Vorjahr möchte ich herausarbeiten: Wir haben Sie heuer deutlicher als je zuvor eingeladen — eine Zeitung hat sich sogar über das Wort „einladen“ mokiert; aber es war eine Einladung —, bei der Budgetdebatte wenigstens in einigen Punkten Alternativen im Budgetbereich zu konkretisieren.

Ich meine natürlich kein Gegenbudget der Opposition, ich weiß schon, daß das nicht Ihre Aufgabe ist. Ich meine nicht einmal, daß Sie alle Ihre Forderungen, die Sie erhoben haben, jetzt auch budgetwirksam formulieren, im Budget einbringen und zum Gegenstand von Abänderungsanträgen machen. Ich meine aber, daß doch wenigstens der eine oder der andere Akzent bei der Haushaltsdebatte in Form eines Abänderungsantrages hätte gesetzt werden sollen.

In einem Entschließungsantrag am 17. September haben Sie von der Regierung eine Milliarde Schilling mehr für die Forschung und eine halbe Milliarde Schilling mehr für den ländlichen Raum verlangt. Und außerdem treten Sie doch so massiv für eine Milliarde Schilling für die mittelständische Wirtschaft ein.

Warum, meine Damen und Herren, beantragen Sie nicht bei der Budgetdebatte: Abänderungsantrag der Abgeordneten Neisser und Genossen: Forschungsbudget soll um eine Milliarde Schilling erhöht werden!? Warum tun Sie das nicht, meine Damen und Herren? Wenn Sie mir keine Antwort geben, werde ich eine Antwort versuchen: Sie tun es deshalb nicht, weil Sie dann logischerweise auch hätten beantragen müssen: Endsumme, Defizit muß um 2,5 Milliarden Schilling höher sein. Denn das ist nun einmal die Tücke eines Budgets, wenn man bei einem Teilansatz eine Erhöhung beantragt, daß sich das in der Endsumme auswirkt.

Oder, meine Damen und Herren, Sie hätten

einen Bedeckungsvorschlag vorlegen müssen. Da haben Sie sich in Ihrer Entschliebung auch leicht getan: Zu bedecken ist das beim aufgeblähten Personalaufwand bei den Zentralstellen. Das läßt sich so schön allgemein zu Papier bringen. *(Abg. Dr. Hafner: Bedeckung bei den Staatssekretären!)* Bei den Staatssekretären, da werden Sie die 2,5 Milliarden Schilling bedecken! Da wünsche ich Ihnen viel Glück, meine Damen und Herren, für diese Rechnung.

Da hätten Sie schon tiefer schneiden müssen, denn Sie hätten so sagen müssen... *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Hafner.)*

Und außerdem, Herr Kollege Hafner, wenn Sie jetzt die gute Idee haben, Bedeckung bei den Staatssekretären, warum haben Sie es dann nicht im Budgetausschuß beantragt? Da wären Sie nämlich daraufgekommen, daß Sie, wenn Sie sämtliche Staatssekretäre einsparen, nicht ein Tausendstel Ihrer Mehrforderungen damit bedecken können. Das ist die Realität. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In Ihrer Entschliebung haben Sie gemeint, das möge beim öffentlichen Dienst eingespart werden. Die Aufwendungen für den öffentlichen Dienst in unserem Budget sind 71 Milliarden Schilling. Das gilt für 286 000 öffentlich Bedienstete. Das heißt, wenn Sie eine Milliarde Schilling einsparen wollen, müssen Sie 4 000 öffentlich Bedienstete entweder entlassen, oder Sie dürfen die gleiche Anzahl nicht neu anstellen. Wenn Sie die 2,5 Milliarden einsparen wollen, die Sie in Ihrer Entschliebung gefordert haben, müssen Sie den öffentlichen Dienst um 10 000 Bedienstete reduzieren.

Da sagen Sie immer: Wir wollen das nicht bei den Lehrern, wir wollen das auch nicht bei der Polizei und bei der Gendarmerie, nur bei den „bösen“ Zentralstellen. Aber die Zentralstellen umfassen 8 500 Beamte, und 10 000 wollen Sie aus den Ministerien entlassen? Das heißt, wenn Sie die Ministerien völlig ausräumen, vom Portier bis zum Staatssekretär, haben Sie noch nicht das bedeckt, was Sie hier konkret verlangt haben.

In dieser Irrealität sind Sie selbst gefangen, meine Damen und Herren, und darum können Sie keine konkreten Vorschläge machen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist die Realität, und das ist der Grund, warum Sie Ihre Forderungen nicht in konkrete Abänderungsanträge kleiden können. *(Abg. Dr. Blenk: So kann man das nicht darstellen, weil man nicht in einem Jahr das korrigieren kann, was man in zehn Jahren aufgebläht hat!)*

Dr. Fischer

Sie glauben, daß man das so nicht darstellen kann. Bitte, stellen Sie es anders dar. *(Abg. Dr. Hafner: Sachlicher!)*

Sachlicher. Also ist es unsachlich zu sagen, daß der öffentliche Dienst pro eine Milliarde Schilling 4 000 Personen betrifft. Wenn Sie eine Milliarde Schilling einsparen wollen, müssen Sie 4 000 Dienstposten wegnehmen. Das ist nicht unsachlich, sondern das ist Realität, und gegen die Realität kann man halt schwer ankämpfen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Hinweis, daß es von der Opposition keine konkreten Alternativen gibt, ist in der vorjährigen Budgetdebatte, wenn ich mich richtig erinnere, vom Kollegen Heinzinger mit dem Hinweis beantwortet worden: Schauen Sie sich doch unsere Initiativanträge an. Das sind unser Alternativen.

Ich habe sie mir angeschaut, und wir stellen aufgrund dieser Initiativanträge fest, um wieviel mehr das Budget belastet werden würde, wenn wir diese Initiativanträge verwirklichen. Daher ist der Hinweis auf Initiativanträge auch keine Antwort auf das Argument, daß Sie das nicht auf einen Nenner bringen können, nämlich den Vorwurf, das Budget sei zu wenig sparsam, und den Vorwurf, daß wir Ihre Initiativanträge nicht realisieren, die das Defizit noch weiter erhöhen würden. Das ist ein Faktum, meine Damen und Herren. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wir bedauern, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Verzicht auf konkrete Alternativen im budgetären Bereich, weil wir glauben, daß es der Öffentlichkeit dadurch noch erschwert wird, die unterschiedlichen Auffassungen zu analysieren und festzustellen. *(Abg. Dr. Blenk: Ich habe vorhin gesagt, es ist halt nicht möglich, das, was man in zehn Jahren aufgebläht hat, in einem Jahr einzusparen!)*

Kollege Blenk, an irgendeinem Punkt der Diskussion kommt dann immer jene Stelle, wo Sie sagen: Schuld ist die sozialistische Regierung. Das ist zum Beispiel das Argument, das Sie am Beginn der konservativen Regierungszeit der Frau Thatcher angeführt haben, wenn man auf deren katastrophale Wirtschaftspolitik hinweist.

Nur: Im Vorjahr sind Sie uns noch damit gekommen, die Frau Thatcher muß eben das Erbe der Labour-Party bereinigen. Aber jetzt ist wieder ein Jahr vergangen, und jetzt muß die Frau Thatcher noch immer das Erbe der Labour-Party bereinigen. Und in fünf Jahren werden Sie auch noch so argumentieren, und am Schluß werden die Leute mit Recht sagen:

Wenn konservative Regierungen während ihrer ganzen Regierungszeit alle ihre Fehler nur damit begründen, daß sie das Erbe der früheren Regierung bereinigen, dann werden wir konservative Regierungen gar nicht mehr wählen. Das ist auch eine logische und richtige Schlußfolgerung, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Nicht abschweifen! So geht das nicht! Das geht an den Tatsachen vorbei, das wissen Sie genau! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Blenk! Ich glaube, daß wir in dieser Budgetdebatte Punkte herausarbeiten sollen, wo es Dissens zwischen den Parteien gibt, wie zum Beispiel in der Frage, ob die Opposition konkretisierbare Alternativen hat, daß man vielleicht aber auch gewisse Bereiche des Konsenses abstecken kann.

Ich glaube, daß es einen Konsens bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation in Europa dahingehend geben müßte, daß sich die europäischen Industrieländer — ich sagte schon, das beschränkt sich nicht nur auf den Westen — in einer handfesten, in einer wirklich handfesten und ernsten Krisensituation befinden. Es gibt europäische Länder, wo heute die Arbeitslosenrate höher ist als in den berüchtigten dreißiger Jahren.

Die zweite Feststellung, die doch auch niemand bestreiten kann, meine Damen und Herren, lautet, daß Österreich von dieser Krise zwar nicht unberührt ist, daß es sich aber weitaus besser gehalten hat als die meisten anderen Industriestaaten. Wir konnten und können die europäische Krise nicht ungeschehen machen. Aber wir können ihre Auswirkungen von der österreichischen Bevölkerung besser und wirksamer fernhalten, als das in vielen anderen europäischen Ländern der Fall ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe das deshalb als eine Konsensfeststellung formuliert, weil ich glaube, daß die Zahlen einfach nicht bestritten werden können. Von den elf europäischen OECD-Ländern, Kollege Blenk, haben acht eine höhere Arbeitslosenrate als Österreich und nur zwei eine niedrigere. Von den elf europäischen OECD-Ländern haben sieben eine höhere Inflationsrate als Österreich und nur drei eine niedrigere. Von den elf europäischen OECD-Ländern — das sind die bestentwickelten westeuropäischen Industriestaaten — haben neun im Durchschnitt der letzten zehn Jahre ein niedrigeres Wirtschaftswachstum als Österreich und nur eines, nämlich Norwegen, ein höheres.

Meine Damen und Herren! Das ist doch ein Faktum. Das ist doch eine Leistung, auf die

Dr. Fischer

eigentlich alle Österreicher stolz sein könnten. Es würde der Opposition keine Perle aus ihrer oppositionellen Krone fallen, wenn sie das auch gemeinsam mit uns anerkennen würde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir uns gemeinsam mit unserem Kollegen Sekanina und mit Herrn Minister Sinowatz darüber freuen können, daß Österreich zu jenen 14 Ländern zählt, die sich für die Fußball-WM qualifizieren konnten, dann sollte es doch mindestens ebensoviel gemeinsame Genugtuung darüber geben, daß Österreich zu den drei Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosenrate zählt, was ja wichtiger ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kollege Gassner könnte ruhig als Gewerkschafter mit uns einstimmen in diese Genugtuung über die niedrige Arbeitslosenrate. Alle anderen von Ihnen könnten es eigentlich auch, wenn sie wirklich an die Interessen aller Österreicher, aller Arbeitnehmer und aller Angestellten, denken. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Hauser: Sekanina will dauernd den Bundestrainer auswechseln!)* Ja, weil wir eben nur unter den 14 Besten sind, während wir bei der Arbeitslosenrate unter den drei Besten sind. Daher gibt es nichts auszuwechseln, Herr Dr. Hauser. Das ist ganz klar. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Sie wollen dauernd ins Team aufgenommen werden. Das geht doch nur, wenn Sie sich zum gemeinsamen Mannschaftsziel bekennen, die Vollbeschäftigung zu erhalten und diese Wirtschaftspolitik fortzusetzen. *(Abg. Probst: Ihre Sportzeitung ist alt, es sind schon 20!) 20 europäische Länder? Das glaube ich nicht. Sie haben mir nicht zugehört, Kollege Probst. Ich habe nur von europäischen Ländern geredet. (Ruf bei der SPÖ: So etwas nennt man Eigentor!)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Sie auf Grund dessen, was ich Ihnen bisher an Fakten aufgezählt habe, auch unsere Haltung zu der ÖVP-Forderung nach einem Kurswechsel begreifen und verstehen werden. Der Kurs der österreichischen Wirtschaftspolitik orientiert sich in erster Linie am Ziel, die Zahl der Beschäftigten möglichst hoch zu halten und die Zahl der Arbeitslosen möglichst niedrig zu halten. Ich sagte Ihnen schon, daß es uns besser gelungen ist als anderen Ländern, dieses Ziel zu erreichen. Daher sind wir der Meinung, daß man diesen Kurs fortsetzen soll, daß man diesen Kurs nicht ändern soll.

Zugespißt formuliert würde ich sagen: Kollege Blenk, Sie kennen sicherlich die Entscheidung des Nobelpreis-Komitees im Bereich Ökonomie. Wenn wir die Wahl hätten,

ob wir uns den wirtschaftspolitischen Thesen des Nobelpreisträgers für Nationalökonomie Tobin anschließen oder den Thesen, die Sie, Kollege Blenk, vertreten, dann wäre die Entscheidung für uns ziemlich eindeutig, weil wir glauben, daß die Wirtschaftspolitik, die wir machen, besser ist als jene Wirtschaftspolitik, die konservativ regierte Staaten machen; Staaten, die ja auch ihre wirtschaftspolitischen Theorien und Thesen haben.

Es erhebt sich daher sogar die Gegenfrage, ob der Kurswechsel — ein ganz kleiner nur am Anfang — nicht zunächst einmal bei der ÖVP fällig wäre, ob Sie nicht darüber nachdenken sollten. Es muß ja nicht gleich so demonstrativ und publikumswirksam sein, wie das Kollege Lanner kürzlich in einem „Kurier“-Gespräch getan hat, in dem er in der Frage der höheren Staatsschuld zwecks Sicherung der Arbeitsplätze geradezu demonstrativ auf die Linie des Bundeskanzlers eingeschwenkt ist. Ich bin gar nicht einmal sicher, ob es dem Bundeskanzler recht war, daß er vom Generalsekretär der ÖVP da so umarmt wurde. *(Abg. Dr. Blenk: Das ist aber Wunschdenken!)* Wunschdenken? Eine „Kurier“-Überschrift vom November lautet: „VP-Lanner geht auf Kreiskys Schuldenlinie“. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Herr Kollege! Der „Kurier“ hat das unter Anführungszeichen als Zitat und nicht als Meinung geschrieben. Lanner — wörtliches Zitat —:

„Eine Sanierung der Verstaatlichten über den Abbau von einigen tausend Arbeitskräften kommt für mich nicht in Frage. Da muß eine Finanzhilfe her. Und wenn diese auch die Staatsschulden in vielleicht unangenehme Höhen treibt, ist mir das noch allemal lieber.“

Wissen Sie, was an diesem Zitat so bemerkenswert ist? Nicht nur, daß sich Generalsekretär Lanner auf Thesen festgelegt hat, die wir auch vertreten, sondern er hat gesagt: Selbst wenn das die Staatsschuld in unangenehme Höhen treiben sollte. Das heißt, sie sind nach Auffassung des ÖVP-Generalsekretärs heute nicht in unangenehmen Höhen. Das mußte doch einmal von diesem Pult aus festgestellt werden, wenn Sie uns jetzt viele Tage lang davon erzählen werden, daß diese Staatsschuld unerträglich hoch ist. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wieder ernsthaft gesprochen und diskutiert: Wir finanzieren mit jenem Nettobudgetdefizit von rund 3 Prozent des Inlandsproduktes lieber die Vollbeschäftigung als mit einem gleich hohen oder noch höheren Defizit die Arbeitslosigkeit. Daß das nicht bloß eine Redensart ist, sondern diese Alternative tat-

Dr. Fischer

sächlich besteht, erkennen Sie, wenn ich Sie daran erinnere, daß zum Beispiel in Belgien das Nettobudgetdefizit 6,5 Prozent beträgt, also mehr als doppelt so hoch ist wie in Österreich, und die Arbeitslosigkeit über 13 Prozent. Also auch diese Gefahr gibt es, daß man mit einem viel höheren Nettobudgetdefizit eine viel höhere Arbeitslosigkeit zu finanzieren hat. In Italien sind die Werte in beiden Positionen schlechter, in Großbritannien auch und in vielen anderen Ländern auch.

Das heißt, meine Damen und Herren, daß Ihre Formel, die so plakativ gemeint ist: Die Schulden von heute sind die Arbeitslosen von morgen!, auf Österreich schon über einen sehr langen Zeitraum nicht zutrifft. Aber die andere Formel: Die Arbeitslosen von heute sind die Schulden von morgen, die sozialen Spannungen von morgen und die weiteren Arbeitslosen von morgen!, ist viel reeller.

Das ist in vielen europäischen Ländern der Fall. Wir glauben, daß wir hier mit großer Sorgfalt zu Werke gehen müssen, um zu vermeiden, daß es hohe Schulden und hohe Arbeitslosigkeit gibt. Das ist der Sinn und Inhalt unserer Politik.

Wir fühlen uns in diesem Punkt auch in gewissem Ausmaß durch das Expertenpapier bestätigt, das von Experten der ÖVP und der SPÖ ausgearbeitet wurde und das ich als sehr nützlich bezeichne. Ich will jetzt nicht lang und breit aus diesem Papier zitieren, denn natürlich besteht dann die Gefahr, daß sich jede Seite genau das herausucht, was von ihr hineinreklamiert wurde. Ich will das nicht zerreden. (*Abg. Dr. Taus: Ist logisch!*) Das ist logisch, Kollege Taus, da sind wir einer Meinung.

Wenn sich beide Seiten im wesentlichen dazu bekennen können, dann ist das schon ein Zeichen, daß hier gute Arbeit geleistet wurde. Aber — das darf ich schon kurz erwähnen — dieses Papier beginnt mit der Feststellung, daß das übergeordnete Ziel der Wirtschaftspolitik und damit auch der Budgetpolitik die nachhaltige Sicherung der Vollbeschäftigung bleiben muß. Kollege Gassner! Bleiben muß! Sie wissen, was ich damit meine. Das ist ein Bekenntnis dazu, daß das, was bisher das übergeordnete Ziel der Wirtschafts- und Budgetpolitik war, nämlich die Sicherung der Vollbeschäftigung, auch in Zukunft übergeordnetes Ziel bleiben muß. (*Abg. Ing. Gassner: Das ist unumstritten!*) Damit sind wir schon zufrieden. Ich will gar nicht mehr in diesen Satz hineinlegen, als drinnen ist. (*Abg. Dr. Sinowatz: Kein Kurswechsel!*) Der Vizekanzler hat mir das Stichwort gegeben, was ich hier angesprochen habe. (*Präsident*

Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Ich glaube, daß zu den vordringlichen wirtschaftspolitischen Aufgaben im Sinne dieses Expertenpapiers auch das VOEST-Gesetz zählen wird, über das der Nationalrat am 15. Dezember zu entscheiden haben wird. Ich möchte neuerlich, wie ich das schon ein paarmal getan habe, der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß dieses Gesetz einstimmig beschlossen wird.

Und dabei geht es nicht etwa darum, meine Damen und Herren, daß ein Gesetz, das mit Mehrheit beschlossen wird, weniger Gewicht oder weniger Gültigkeit hat als ein einstimmig beschlossenes, da geht es auch nicht darum, dem Kollegen Wimmersberger oder Burger aus einer schwierigen Situation herauszuhelfen, sondern ich glaube, daß eine solche Einstimmigkeit, eine einstimmige Beschlußfassung, Ausdruck der sachlichen Berechtigung und Rechtfertigung dieser Maßnahme wäre und auch Ausdruck des Vertrauens in die VOEST, das sich dieses Unternehmen doch wahrlich verdient hat, meine Damen und Herren. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Da erinnere ich mich — angeregt von den Ausführungen des Kollegen Mock — an die vorjährige Budgetdebatte; ich sagte es schon: heute am 2. Dezember vor genau einem Jahr. In dieser vorjährigen Budgetdebatte hat der Kollege Burger mit Vehemenz urgiert, für die Stahlindustrie auch in Österreich so wie in anderen europäischen Staaten eine Strukturhilfe zu geben. Ich habe die Zitate des Kollegen Burger hier: „Geben Sie doch jene 2,5 Milliarden Schilling der Verstaatlichten, die auch General Motors bekommen hat!“, hat er gesagt. Ähnlich hat sich auch der Kollege Wimmersberger geäußert. (*Abg. Dr. Mock: Ich auch! 1978 schon!*) Und Sie auch.

Nur verstehe ich eines nicht: Warum soll das, was am 2. Dezember 1980 von Ihnen gefordert wurde, am 15. Dezember 1981 nicht einstimmig beschlossen werden können? Das versteht doch niemand in Österreich, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und warum muß eigentlich das, wo Sie uns am 2. Dezember 1980 aufgefordert haben, ja zu sagen, jetzt, wo es herangereift ist, Gegenstand so mühsamer Verhandlungen sein? Sie halten es für berechtigt, wir halten es für berechtigt, also werden wir es doch wohl auch gemeinsam beschließen können, müßte sich jeder denken, der hier geradlinig an die Probleme herangeht, und auch darauf stütze ich meinen Optimismus.

Dr. Fischer

Es sind damals vom Kollegen Wimmersberger keine Bedingungen formuliert worden, unter denen die ÖVP zustimmen würde. Er hat uns aufgefordert, es zu beschließen. Wir fordern auch auf, es zu beschließen, und so wird es doch wohl, meine Damen und Herren, über die Bühne gehen. (Abg. Dr. Taus: *Haben Sie es 1978 beschlossen?*) Kollege Taus! Gut Ding braucht Weile. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Und eine richtige Maßnahme wird auch dadurch nicht falsch, daß man sie im Sinne der Sparsamkeit an jenen Zeitpunkt heranrückt, wo sie richtig und notwendig ist, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Taus: *Das ist eine falsche Sparsamkeit, man hätte früher viel Besseres daraus machen können!*)

Wir werden es auch heuer nur im notwendigen Ausmaß beschließen, und falls Sie zusätzliche Forderungen stellen sollten, so muß man diese auch wieder unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit prüfen. Das ist doch ganz klar. Das hängt wieder mit den Budgetsalden zusammen, die Ihnen immer zu hoch sind, wo Sie uns aber gleichzeitig den Vorwurf machen, daß wir viele, viele Anträge, die von Ihnen gestellt wurden, nicht beschließen. — Ich habe mich schon am Beginn meiner Ausführungen damit auseinandergesetzt. (Abg. Dr. Taus: *Das ist ein schlechtes Argument! Sie haben schon bessere gehabt!*)

Kollege Taus! Daß ich von Ihnen ein schlechtes Zeugnis bekomme, bin ich gewohnt, aber ich revanchiere mich nicht einmal mit einem schlechten Zeugnis für Sie. Das tue ich nicht! (Abg. Dr. Taus: *Ich habe gesagt: Sie haben ein paar gute Argumente gebracht, aber das letzte war falsch! Ich werde Ihnen das dann erklären!* — Abg. Dr. Marga Hubinek: *Ich fürchte, das ist vergebliche Liebesmüh!*)

Meine Damen und Herren! Eines möchte ich auch bei dieser Gelegenheit sagen, weil es gewissermaßen zu einer Generaldebatte hineingehört, weil es eine Grundsatzfrage ist: Sie verlangen von uns eine gezielte Investitionspolitik, Förderungsmaßnahmen in diesem Bereich, in jenem Bereich, in dieser Region, in jeder Region. Okay. Wir haben nur eine Bitte, eine große Bitte an die ÖVP: Verlangen Sie von uns nicht all diese staatlichen Maßnahmen und Eingriffe, um uns dann bei einer anderen Gelegenheit Dirigismus vorzuwerfen, denn das paßt nicht zusammen. (Abg. Dr. Blenk: *Was haben Sie bitte gemacht, weil wir es verlangt haben? Das würde mich interessieren!*)

Kollege Blenk! Sie werfen uns doch so oft Wirtschaftsdirigismus vor. Wir glauben, daß

es nicht gleichzeitig geht, gezielte Investitions- und Regionalpolitik von der Regierung zu verlangen und dann vom staatlichen Dirigismus zu sprechen. Das ist eine Feststellung. (Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Blenk.)

Damit möchte ich schon alles übrige sehr kurz fassen und folgende Überlegung anstellen: Ich glaube, es gilt, in der wirtschaftspolitischen Diskussion einen vernünftigen Mittelweg zu finden zwischen einem unbekümmerten Überoptimismus, der nicht am Platz ist, und einem parteipolitisch motivierten Zweckpessimismus.

Und der ÖVP-Obmann Mock hält uns hier aus irgendeiner deutschen Wirtschaftszeitung ein Zitat vor, bei dem ich erst prüfen muß, ob das nicht ein österreichischer Journalist war, der das in einer ausländischen Zeitung geschrieben hat, aus Ihrem politischen Umkreis, denn dann würde mich das Zitat weniger beeindrucken, wenn das der Herr Graber oder so jemand wäre. (Abg. Dr. Mock: *Jungbluth heißt er! Ich habe ihn zitiert!*) Aber abgesehen davon kann ich Ihnen für jeden solchen Artikel zehn andere Artikel vorlegen, in denen die österreichische Wirtschaftssituation viel tatsächennäher, viel realistischer und viel ausgewogener im europäischen Vergleich und daher auch viel positiver dargestellt wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir Sozialisten interpretieren die Grundstimmung der österreichischen Bevölkerung etwa so: Natürlich machen sich viele Menschen Sorgen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung, weil sie fast täglich im Fernsehen und in den Medien mit schlechten Nachrichten, mit Hiobsbotschaften aus allen Teilen Europas konfrontiert werden. Und auch in Österreich gibt es Problembereiche, gibt es Warnlichter, die aufleuchten, wenn Sie so wollen.

Aber die Menschen — und das verschweigen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition — haben gleichzeitig auch Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, sie haben Vertrauen in unsere Fähigkeiten, auf Warnlichter richtig zu reagieren, uns sie haben Vertrauen in die Richtigkeit jenes Weges, den Österreich seit mehr als zehn Jahren beschreitet. (Abg. Dr. Blenk: *Dann ist eigentlich „eh“ alles in Ordnung!*)

Herr Kollege Blenk! Wenn Sie für eine differenzierte Betrachtung kein Verständnis haben und es in diese Formel fassen, so tut es mir leid. Ich hoffe, ich habe deutlich genug die zwei Seiten dieses Problems beleuchtet, das Einerseits und das Andererseits. Das ist viel

9188

Nationalrat XV. GP — 93. Sitzung — 2. Dezember 1981

Dr. Fischer

realitätsnäher als Ihre Schwarzmalerei, als Ihre einseitige Abqualifizierung all dessen, was in Österreich geschieht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube auch, daß man schlecht beraten ist, wenn man auf eine solche realistische Politik zum Beispiel damit reagiert, daß man verantwortungsbewußte Gewerkschafter als „Mauermacher“ bezeichnet, wie ich das so oft in diesem Hause gehört habe. Und ich glaube auch, daß wir uns doch illusionslos darüber im klaren sein müssen, daß es nicht genügt, den Zauberstab namens Kurswechsel in die Hand zu nehmen und so zu tun, als ob man allein damit alle Probleme wegzaubern könnte. Das ist nicht der Fall! Die Österreicher wissen, daß dieser Zauberstab nur in den Märchen und Sagen aus der Kärntnerstraße existiert, wo der „tapfere Sixtus“ alle Probleme wegzaubert und dann die „Fee Aloisia“ ins Regierungsschloß trägt oder so irgendwie. *(Heiterkeit.)*

Aber, meine Damen und Herren, die Realität ist ja eine andere, und mit dieser Realität wollen wir uns eben auch auseinandersetzen. Und ich sage Ihnen: Wenn wir in einem Jahr, wenn wir im Dezember 1982 bei der Verhandlung des Staatshaushaltes für 1983 sein werden, meine Damen und Herren von der ÖVP, dann wird sich abspielen, daß wir Ihnen sagen müssen: Zum 13. Mal kritisieren Sie das Budget für 1983 in Grund und Boden, zum 13. Mal aber auch müssen Sie zugeben, daß Österreich auch im Jahr 1982 zu jenen Ländern mit guten Vergleichsdaten im europäischen Vergleich gehört hat. Das, glaube ich, wird feststehen, und ich werde vielleicht auf diese Frage zurückkommen können.

Ich wollte im Rahmen der Generaldebatte auch einige Überlegungen zu unserem politischen System und zu seiner Funktionsweise, zu der guten Mischung aus Effizienz einer Einparteiregierung und einem konsensfähigen Parlament anstellen. Ich lasse das aber beiseite, es wird sich eine andere Gelegenheit ergeben, das zu tun.

Ich brauche mich, glaube ich, auch nicht lange mit dem Kollegen Steger und seinen Wahlprognosen auseinandersetzen. Wir haben den Eindruck, wenn dem Kollegen Steger nicht sehr viel einfällt, dann erfindet er Parteienfinanzierung in einem bestimmten Verhältnis. Und wenn ihm überhaupt nichts einfällt, dann erfindet er Wahltermine. Aber das ist ja eine sehr dankbare Beschäftigung, wenn sie einen bis nach Vorarlberg führt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Jörg Haider.)*

Ja, ich bin nicht genügend angeregt von

Ihren Wahlspekulationen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie kommen mir immer nach der gleichen Masche gestrickt vor, und ich glaube, über den Wahltermin werden wir uns dann unterhalten, wenn die Frage aktuell ist, und nicht dann, wenn mein Freund Mahr aus der Löwelstraße ein paar Plakatflächen gemietet hat. Das möchte ich dazu sagen.

Und so komme ich zum Schluß und sage: Dieses Budget, meine Damen und Herren, ist das 12. Budget einer SPÖ-Regierung. Für dieses Budget spricht die Erfahrung, die Österreich mit den 11 vorangegangenen Budgets einer sozialistischen Regierung gemacht hat. Und wir sind sicher, daß auch bei der Vollziehung dieses 12. Budgets der Beweis geliefert werden wird, daß es zu dieser Budgetpolitik keine sinnvolle Alternative gibt, daß wir mit dieser Budgetpolitik zu den europäischen Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosenrate gehören, und daß wir mit dieser Budgetpolitik, ohne den Menschen rosige Zeiten versprechen zu können, ohne den Menschen Einkommenszuwächse wie in den siebziger Jahren versprechen zu können, im Gegenteil, daß wir mit dieser Budgetpolitik die Menschen auf die Probleme, aber auch auf die Chancen unseres Landes ehrlich hinweisen, daß wir gut beraten sind mit dieser österreichischen Wirtschaftspolitik, wie sie in den letzten Jahren gemacht wurde und die hoffentlich auch in den nächsten Jahren beitragen wird, daß es den Österreichern gelingt, mit internationalen Problemen besser fertig zu werden als die meisten anderen Staaten dieses Kontinents. *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)* 11.12

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

11.12

Abgeordneter Dkfm. Bauer (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann und will jetzt auf den Herrn Kollegen Fischer nur insoweit eingehen, als er sich mit dem Budget des kommenden Jahres befaßt hat. Zu seinem Hinweis auf Parteienfinanzierung und Wahltermin möchte ich Ihnen nur sagen, Herr Kollege Fischer: Es ist noch nicht aller Tage Abend.

Zum Thema Parteienfinanzierung möchte ich hier und heute nur anmerken — Sie haben ja auch nur eine Randbemerkung fallengelassen —, es ist halt leider immer noch nicht geklärt, wohin denn alle diese Gelder wirklich geflossen sind. Es ist immer noch ungeklärt, warum all diese Dinge vor den Augen der verantwortlichen politischen Mandatäre auf der

Dkfm. Bauer

Wiener Landesebene und auch auf der Bundesebene passieren konnten, ohne daß es zu Konsequenzen geführt hat, daß sie überhaupt passiert sind. Das ist das Eigenartige! So lange die politischen Konsequenzen nicht daraus gezogen werden, gibt einem auch das zu denken, warum man die nicht zieht, obwohl doch eigentlich die Verantwortlichkeit klar zu sehen ist. *(Abg. Dr. Fischer: Das ist ja ein Fortschritt, daß Sie das als ungeklärt bezeichnen, denn vorher sind Beschuldigungen, und das soll man nicht, bevor etwas geklärt ist!)*

So lange diese Dinge ungeklärt im Raum stehen, kann man auch den Gedanken, der hier geäußert wurde, nicht ganz von sich schieben und so tun, als wäre das überhaupt nicht denkbar. Noch dazu, wo ja auch, ich gebe zu, nur ein sehr kleines Detail klar auf den Tisch gelegt worden ist. Ich denke da an die Parteienfinanzierung in Kärnten. Aber damit möchte ich mich Ihren eigentlichen Ausführungen und dem eigentlichen Thema des heutigen Tages zuwenden.

Herr Kollege Fischer, Sie haben in Ihrem Debattenbeitrag Alternativen und Abänderungsanträgen der Opposition — Sie haben damit beide Oppositionsparteien im Hause angesprochen — urgiert und Sie haben darüber hinaus, Gott sei Dank heute nicht mehr, aber in einer Pressekonferenz konstruiert, daß auf Grund des Fehlens konkreter Abänderungsanträge die Opposition offensichtlich mit diesem Ihrem Budget einverstanden sei.

Bitte, seien Sie mir nicht böse, Herr Kollege Fischer, Sie haben schon intellektueller argumentiert. Ich meine das nicht abwertend, es kann nicht immer jeder sich in Hochform befinden, vor allem dann, wenn er gewöhnlich auf hohem intellektuellen Niveau argumentiert. Aber diesmal, bitte, war dies ein sehr schwaches, dürftiges intellektuelles Argument, daraus eine Zustimmung der Opposition ableiten zu wollen. Ich sage Ihnen auch ganz genau, warum es so gewesen ist. Dabei kann ich natürlich nur für die freiheitliche Opposition hier im Hause sprechen.

Sie wissen ganz genau, daß wir Freiheitlichen Verhandlungen mit einzelnen Ressortministern geführt haben, um zu sehen, inwieweit es möglich ist, in einzelnen Ministerien, bei einzelnen Ministern freiheitliche Forderungen und Vorstellungen, soweit sie das Budget und ihre Arbeit betreffen, umzusetzen und unterzubringen.

Wir haben also auf Grund dieser Gespräche zumindest in einigen Bereichen ganz genau gewußt, was drin ist, wenn ich das so ausdrücken darf, was mit einer gewissen Wahrschein-

lichkeit durchzusetzen ist. Wir hätten doch, wenn wir über das hinausgegangen wären, reine Makulatur produziert, wenn wir weitere Forderungen und Abänderungsanträge nur um der Demonstration willen gestellt hätten.

Das haben wir uns aus diesem Grund erspart, wir haben es uns und auch dem Hause erspart, weil wir wissen, wenn Sie einmal Ihre sozialistische Abstimmungsmaschinerie in Gang gesetzt haben, dann läuft diese Maschinerie, dann sind Sie sachlichen Argumenten einfach nicht mehr zugänglich. Ich sage, wenn sie einmal in Bewegung gesetzt worden ist. Ich erkenne an, daß Sie durchaus gesprächsbereit sind und auch auf Vorstellungen anderer Parteien einzugehen bereit sind. Aber wenn Sie einmal sozusagen den Rollbalken runtergelassen haben, wenn die Abstimmungsmaschinerie in Gang gesetzt ist, dann ist nichts mehr drinnen. Und das wissen wir. Und daher haben es wir uns — wie gesagt — und auch dem Hause erspart, hier Papier um des Papiers willen zu produzieren. Ich würde mit einer solchen Argumentation auch deswegen sehr vorsichtig sein, weil sie sich unter Umständen gegen Sie selber wenden könnte, weil man dann auf diese Ihre gewöhnlich funktionierende Abstimmungsmaschinerie hinweisen muß. *(Abg. Dr. Fischer: Hat sich nicht auf die FPÖ bezogen!)*

Danke für den Hinweis, dieser Vorwurf hätte uns nämlich auch wirklich getroffen, weil wir uns im Hause in unserer derzeitigen Rolle als eine konstruktive Oppositionspartei verstehen. Das heißt, daß wir bei aller Bereitschaft, die Regierung härtest zu kritisieren und zu kontrollieren, auch zu sachlicher Zusammenarbeit bereit sind.

Das setzt voraus, da werden Sie mir zustimmen, daß man ganz einfach nicht von vorneherein und alles pauschal und ungeprüft ablehnen kann, was andere auf den Tisch legen. Das nimmt einen auch in der Öffentlichkeit, glaube ich, niemand ab, wenn man behauptet, alles, was die anderen vorschlagen, ist schlecht, und nur das, was auf dem eigenen Mist wächst, ist sozusagen das Schönste und Beste des Vorstellbaren.

Mit dieser grundsätzlichen Einstellung sind wir auch an den Voranschlag 1982 herangegangen und haben die Ansätze der einzelnen Ressorts und die politischen Absichtserklärungen der einzelnen Minister geprüft.

Wir hatten dabei ursprünglich vier Bereiche ausgemacht, bei denen uns eine Zustimmung möglichst erschiene, wenn es über diese Ansätze hinausgehend gelänge, auch noch verschiedene freiheitliche Forderungen und

Dkfm. Bauer

Vorstellungen unterzubringen, um sie eben, was ja auch das legitime Recht einer Oppositionspartei ist, einer Verwirklichung zuzuführen.

Diese vier Bereiche waren: Gesundheit und Umweltschutz, Handel, Gewerbe und Industrie, Wissenschaft und Forschung und die Landesverteidigung. Ich möchte in diesem Zusammenhang mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Forderungen und die Vorstellungen, die wir versucht haben an diese vier Ressorts heranzutragen, keine Erhöhung des Budgetdefizits nach sich gezogen hätten.

Das möchte ich deswegen so deutlich unterstreichen, weil Herr Kollege Fischer der Opposition, er hat nicht differenziert, vorgeworfen hat, ich glaube, es war aber mehr an die Adresse der Österreichischen Volkspartei gerichtet, daß man hergeht und lizitiert und Forderungen stellt, die das Budgetdefizit erhöhen, und auf der anderen Seite den großen Abgang im Haushalt, im Voranschlag kritisiert. Sondern das waren Forderungen, die entweder rein qualitativen Inhaltes waren oder die sich durch Umschichtungen innerhalb der jeweiligen Ressorts verwirklichen hätten lassen.

Bei zwei Ministern waren wir erfolgreich, bei zweien nicht. Besonders leid tut es uns, daß sich die Verhandlungen mit dem Gesundheitsminister zerschlagen haben. Die Hauptforderung, die wir an ihn gerichtet haben, war die, daß man die dem Benzin zur Erhöhung der Klopffestigkeit zugesetzten, aber hochgiftigen Aromate durch Biosprit ersetzen sollte. Der Gesundheitsminister war mit dieser Forderung einverstanden. Er hat sie als richtig erkannt. Er hat gesagt, das ist eigentlich auch meine Vorstellung. Er hat sich bedauerlicherweise offensichtlich aber weder in seiner Regierung noch bei der verstaatlichten ÖMV durchgesetzt. Und das möchte ich auch ganz deutlich und wirklich, ich möchte sagen, erbst feststellen, daß diese verstaatlichte ÖMV nicht nur ihrer Preisbrecherfunktion am Benzinmarkt, am Treibstoffmarkt nicht nachkommt — sie ist da ganz fest in das Kartell der internationalen Multis eingebunden, diese unsere verstaatlichte ÖMV —, sondern daß sie darüber hinaus auch nicht bereit ist, dieses verstaatlichte Unternehmen, Schrittmacherdienste auf dem von uns vorgeschlagenen Gebiet im Interesse der Gesundheit unserer Mitbürger zu leisten. Und darüber werden wir uns bei Gelegenheit auch noch deutlich zu unterhalten haben mit den Damen und Herren, die dort das Sagen haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich frage mich, wozu bitte sehr brauchen

wir denn solch einen verstaatlichten Betrieb, der sich so geriert, wie ich es jetzt nur ganz skizzenhaft darlegen konnte, der fest eingebunden ist, wie gesagt, in dieses multinationale Schema der Ölfirmen, der nicht bereit ist, kostengünstig zu produzieren, der nicht bereit ist, an die österreichische Bevölkerung seine Produkte preisgünstiger abzugeben, wozu er ohne Zweifel in der Lage wäre, als das die anderen privatwirtschaftlich organisierten Multis tun, der halt nur weniger nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten, das heißt weniger rationell, arbeitet. Ich frage mich wirklich, wozu brauchen wir die Damen und Herren in diesem Betrieb dort.

Erfolgreicher waren wir bei unseren Bemühungen im Ressort Wissenschaft und Forschung. Es ist hier gelungen, eine Verbesserung der Begabtenförderung zu erreichen und eine Aufstockung des Forschungsförderungs-Fonds für die gewerbliche Wirtschaft durchzusetzen.

Auch beim Kapitel Landesverteidigung ist es gelungen, eine Reihe von qualitativen Verbesserungen beziehungsweise Zusagen des Ressortministers zu erhalten. Darüber hinaus müssen wir bei diesem Kapitel, wenn wir es sachlich, offen und ehrlich betrachten, halt ganz einfach feststellen, daß es hier nach langen Jahren erstmals deutlich mehr Mittel gibt, daß es nach langen Jahren erstmals deutlich mehr Mittel für den Bereich Landesverteidigung gibt. Und aus diesen Gründen werden wir, abgesehen von dem Kapitel Oberste Organe natürlich, diesen beiden Kapiteln Wissenschaft und Forschung sowie Landesverteidigung unsere Zustimmung geben.

Das kann natürlich nichts daran ändern, daß wir den Haushaltsvoranschlag für 1982 in seiner Gesamtheit ablehnen müssen, weil wir ihn in seiner Gesamtheit als falsch, ja ich möchte fast sagen als gefährlich deswegen erachten, weil er ganz einfach der derzeitigen wirtschaftlichen Situation nicht gerecht wird.

Nachdem Herr Kollege Fischer diese unsere wirtschaftliche Situation erwartungsgemäß in Rosarot gemalt hat, muß ich auf diese doch ein wenig eingehen und versuchen, den Hintergrund auszuleuchten, vor dem wir das Budget 1982 abhandeln.

Ich möchte mich dabei auszugsweise an den jüngsten Monatsbericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes halten, damit mir nicht unterstellt werden kann, das ist die typische und bekannte Schwarzmalerei, von der Herr Kollege Fischer schon gesprochen hat, in die halt die Opposition immer dann verfällt, wenn es um den Haushaltsvoranschlag der Bundesregierung geht.

Dkfm. Bauer

Ich zitiere daher ausschließlich aus diesem jüngsten Bericht: „Die ausgeprägte Konjunkturschwäche der österreichischen Wirtschaft setzte sich im Spätsommer und zu Herbstbeginn fort. Die Rezessionsfolgen wurden auf dem Arbeitsmarkt zunehmend spürbar. Die heimische Industrie produzierte im August um 2,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Inlandsnachfrage blieb weiterhin gedämpft. Der Außenhandel ließ im August real keine konjunkturelle Belebung erkennen. Das Handelsdefizit war im August um mehr als ein Viertel höher als im Vorjahr.“

Herr Kollege Fischer, das sind Fakten, die Sie wahrscheinlich nicht bestreiten wollen und die wahrscheinlich auch nicht in Zweifel zu ziehen sind, weil sie vom Wirtschaftsforschungsinstitut nach objektiven Kriterien und Gesichtspunkten erhoben worden sind.

Und weil Sie im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation auch noch auf den Arbeitsmarkt zu sprechen gekommen sind, auf die Arbeitslosenrate und gemeint haben, wir sollten uns doch darüber freuen, daß es eine so relativ niedrige Arbeitslosenrate gibt, möchte ich Ihnen auch dazu noch etwas sagen: Selbstverständlich freuen wir uns, und ich stehe gar nicht an festzuhalten, daß es im internationalen Vergleich wirklich eine relativ niedrige Arbeitslosenrate ist. Allerdings sprechen die Zeichen der Zeit, die Zeichen an der Wand mittlerweile leider eine deutlich andere Sprache.

Ich möchte zu diesem Behufe, um das zu belegen, Ihnen auch wieder die jüngsten Zahlen, die Sie ja wahrscheinlich ohnehin selber wissen, nur haben Sie es halt nicht gesagt, zur Kenntnis bringen. Und ich beziehe mich bei diesen jüngsten Zahlen aus dem Arbeitsmarktbereich auf das Statistische Zentralamt und dessen Unterlagen. Aus diesen geht folgendes hervor: Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im zweiten Quartal des heurigen Jahres um 27,1 Prozent erhöht, im dritten Quartal sogar um 39,3 Prozent und im Oktober gar um 40 Prozent. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das spricht doch eine deutliche Sprache.

Ich weiß schon, daß man das in einen Gesamtzusammenhang stellen muß, und ich weiß schon, daß man nicht einen Zeitraum willkürlich mit einem anderen vergleichen kann, sondern daß man den gesamten Berichtszeitraum beobachten muß. Aber die Tendenz, bitte sehr, die Tendenz ist eindeutig, die daraus hervorgeht: plus 27 Prozent, plus 39 Prozent, plus 40 Prozent. Es liegt ja auch bereits die Prognose für das gesamte nächste

Jahr vor, die man revidieren mußte, und zwar von 2,6 Prozent auf 3 Prozent.

In diesem Zusammenhang möchte ich weiters noch auf eine besonders problematische Entwicklung hinweisen, nämlich auf die ebenfalls vom Wirtschaftsforschungsinstitut konstatierte Zunahme der Arbeitslosigkeit der 18- bis 29-jährigen, bei denen es im August eine Zunahme um über 50 Prozent gegeben hat. Die Tendenz nach oben ist also unverkennbar.

Wir freuen uns natürlich nicht darüber, sondern ich sage das nur deswegen, damit wir Ihnen die Fakten vor Augen halten, damit Sie aufwachen und nicht hier heraus gehen und die Dinge immer so darstellen, als wäre alles in wunderschönster und bester Ordnung, und meinen, daher braucht man auch nichts zu tun.

Diesen Eindruck habe ich bei Ihnen immer wieder. Sie sagen: Es ist ohnehin alles in Ordnung, was sollen wir denn tun? Es ist alles bestens. — Doch so ist es eben leider, leider, leider nicht.

Alles in allem ist das, was ich Ihnen hier zitiert habe, sicherlich kein erfreulicher Befund und steht in Gegensatz zu so mancher Sonntagsrede so mancher Mitglieder der Bundesregierung und der sozialistischen Fraktion in diesem Hause. Wenn Sie mir gut zugehört haben, dann werden Sie zur Kenntnis genommen haben, daß ich gesagt habe: so mancher.

Es ist daher für uns Freiheitliche keine Frage, daß die Hauptaufgabe der Finanz- und Budgetpolitik derzeit lauten müßte: Konjunktur beleben, Konjunktur beleben und nochmals Konjunktur beleben. Entweder durch verstärkte Investitionstätigkeit seitens der Bundesregierung oder — „und“ kann man durchaus auch sagen — durch gezielte Steueranreize.

Dem, meine sehr geehrten Damen und Herren, steht nun die bekannte und selbstverschuldete Budgetmalaise gegenüber und entgegen. Der jahrelang von Ihnen zerrüttete Staatshaushalt erfordert nämlich auf der anderen Seite — ich habe das schon mehrmals hier von diesem Pult aus gesagt — eine sparsamere Ausgabenpolitik als bisher. Vor diesem Dilemma stehen Sie zugegebenermaßen. Aber dieses Dilemma ist Ergebnis Ihrer elfjährigen sozialistischen Alleinregierung in diesem Land. Das muß auch immer wieder ganz deutlich unterstrichen und dazugesagt werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich gebe zu: Guter Rat ist jetzt teuer. Aber es gibt ein Rezept, es gibt ein Mittel dagegen.

Dkfm. Bauer

Sie wenden es nur nicht konsequent an, nicht mit aller Konsequenz an, weil es Ihnen nicht schmeckt, weil es über weite Strecken bitter schmeckt. Das ist mir schon klar. Darum tun Sie es nicht, und deshalb handeln Sie nicht. Es hieße nämlich: Einsparungen in jenen Bereichen, von denen keine — ich habe das auch schon einmal hier gesagt — konjunkturbelebenden Impulse zu erwarten sind, und gezielte Mehrausgaben dort, wo solches erwartet werden kann. Aber das tun Sie nicht. Ich werde dann noch im Detail darauf eingehen, was Sie tun.

Aber Sie von der sozialistischen Bundesregierung und die Sie unterstützende sozialistische Fraktion in diesem Haus streben diesem Ziel, gezielte Einsparungen auf der einen Seite, wo keine konjunkturbelebenden Impulse ausgehen werden, gezielte Mehrausgaben dort, wo man solches erwarten kann, ja nicht einmal mit halben Schritten entgegen, sondern Sie gehen geradezu in die verkehrte Richtung.

Ich möchte Ihnen das wie folgt belegen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Unter den vier Sparressorts, die ich in diesem Budget ausmachen konnte — das sind jene, bei denen der Ausgabenzuwachs unter der Inflationsrate liegt; ein echtes Minus gibt es ja nirgends, das sei ohne jede Wertung hinzugefügt —, befinden sich die Ministerien Bauten und Technik, Handel, Gewerbe und Industrie. Also genau jene Ressorts, von denen über die Eigeninvestitionen des Bundes beziehungsweise über Förderungsmittel diese konjunkturbelebenden Impulse ausgehen könnten und müßten, von denen ich gesprochen habe.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen auch noch zur Kenntnis bringen, weil das der Herr Finanzminister... Wo ist er denn überhaupt? Ihn interessiert offensichtlich überhaupt nicht, daß es hier heute die Generaldebatte zu seinem Haushaltsvoranschlag gibt. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Er hat jedenfalls in seiner Budgetrede schamhaft verschwiegen, verständlicherweise schamhaft verschwiegen, und daher sage ich es hier und heute, daß die Gesamtinvestitionsmittel, die im Budget bereitgestellt werden, sinken, in absoluten Zahlen, real gemessen und im Prozentsatz, und zwar von 62 auf 58 Milliarden Schilling, und daß der Anteil der Investitionsausgaben, gemessen an den Gesamtausgaben, von 7,7 auf 6,9 Prozent zurückgeht. Dort wird gespart. Das will ich einmal festhalten, weil es für den weiteren Verlauf meiner Argumentation von einiger Bedeutung ist.

Die Wachstumsressorts, also die Ressorts, bei denen deutlich mehr ausgegeben wird, als die Inflation ausmacht, sind das Bundeskanzleramt, soziale Verwaltung, Auswärtige Angelegenheiten und das Finanzressort. Hier allerdings hauptsächlich auf Grund der ausufernden Rückzahlungsverpflichtungen für die alten Schulden.

Meine Damen und Herren! Glauben Sie wirklich, daß vom Bundeskanzleramt, von der sozialen Verwaltung oder von der Außenpolitik, so wichtig sie sein mag, wirklich konjunkturbelebende Impulse ausgehen? Solche Dinge glaubt ja nicht einmal ein volkswirtschaftlicher Volksschüler. Sie glauben sie wahrscheinlich auch nicht, aber Sie tun es trotzdem — wider besseres Wissen.

Ich sage Ihnen daher — und das ist mein erstes Resümee —: Sie sparen, sofern Sie überhaupt sparen, am falschen Platz. Sie pumpen das Geld zum falschen Zeitpunkt in die falschen Kanäle. Darüber gibt es keine Diskussion, das ist Faktum. Das ist von jedem im Budget nachzulesen, der das Budget lesen kann.

Daß das nicht nur die freiheitliche Opposition hier in diesem Haus so sieht, beweist ebenfalls der bereits von mir erwähnte jüngste Monatsbericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Herr Kollege Mock hat daraus schon einige Sätze zitiert. Ich möchte noch einige andere Zitate aus diesem Bericht auszugsweise anfügen.

Es heißt darin — Zitat —: „Die Einflüsse des Budgets sind zum einen durch Verdrängungseffekte mitbestimmt, die durch die Kreditaufnahme des Bundes entstehen können. Zum anderen sind die Verschiebungen in der Ausgabenstruktur zu Ausgaben mit geringer Nachfragewirksamkeit sehr stark.“

Also die Ausgaben mit geringer Nachfragewirksamkeit sind sehr stark. Genau das, was ich Ihnen gerade jetzt gesagt habe.

Ich fahre fort zu zitieren: „Trotz der Zunahme des inlandswirksamen Defizits 1982 auf 25,5 Milliarden Schilling sind vom Bundeshaushalt im kommenden Jahr keine zusätzlichen Nachfrageimpulse zu erwarten.“ Ende des Zitates.

Das ist auch genau das, was ich Ihnen gerade gesagt habe: Es sind von diesem Budget, Herr Kollege Fischer, keine zusätzlichen Nachfrageimpulse zu erwarten. Das stelle nicht ich, sondern das stellt das Wirtschaftsforschungsinstitut fest.

Letztes Zitat aus diesem Bericht, weil der Herr Kollege Mock schon zum Teil zitiert hat:

Dkfm. Bauer

„Im kommenden Jahr steigt erstmals seit einigen Jahren der Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben. Die Zunahme des Finanzschuldauflandes und der Sozialausgaben geht primär zu Lasten der Ausgaben für Investitionen und die Investitionsförderung.“ Ende des Zitats.

Das sage nicht ich, Holger Bauer, sondern das sagt der Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Er sagt Ihnen, daß Sie genau das Falsche zum falschen Zeitpunkt tun. Ich räume Ihnen ein, daß Sie nicht unbedingt mir in allem und jedem glauben sollen und müssen. Das wäre sicherlich auch falsch, weil ich sicherlich nicht in allem und jedem recht habe. Aber Sie sollten doch wenigstens das zur Kenntnis nehmen, was Ihnen Stellen und Personen servieren, die von den Dingen etwas verstehen, die zugegebenermaßen mehr davon verstehen als ich. Die sagen Ihnen genau das gleiche. Aber Sie nehmen es ganz einfach nicht zur Kenntnis.

Dieser Analyse der Wirtschaftsforschungsinstitutes ist daher aus freiheitlicher Sicht nichts hinzuzufügen, außer vielleicht folgendes: Es ist unglaublich, was Sie tun. Aber wahr ist, daß Sie es tun: nämlich das Falsche.

Und Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Alleinregierung und der sozialistischen Fraktion in diesem Haus, scheinen wirklich von allen guten wirtschaftspolitischen Geistern verlassen zu sein. Ich weiß nicht, wohin sie sich verflüchtigt haben. Ich weiß nicht, wohin sie sich verflüchtigt haben. Denn zu Beginn der Tätigkeit des Herrn Finanzministers, der heute durch Abwesenheit glänzt — es geht ja nicht um seinen Bereich, es geht ihn offensichtlich nichts an, und genauso macht er auch sein Budget, nämlich mit der linken Hand, so nebenbei (*Abg. Dr. Ofner: Mit der ganz linken!*), so nebenbei, mit der ganz linken —, waren diese wirtschaftspolitischen Geister wenigstens schemenhaft da und dort noch manchmal auszumachen.

Ich erinnere nur an sein Interview, das er am Beginn des Jahres Ihrem theoretischen Organ, der „Zukunft“, gegeben und in dem er ausgeführt hat — ich zitiere wieder —: „Es ist nicht zu erwarten, daß wir beim Nettodefizit weit unter die 2,5 Prozent-Marke des Bruttoinlandsproduktes kommen werden. Ich muß ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir ohne diese geplanten Einsparungen in eine Budgettendenz hineinkommen, die nicht zu verantworten ist.“ — Ende des Zitats.

Das sagte Herr Finanzminister Salcher. Er sagte: Wir werden nicht weit unter 2,5 Prozent Nettodefizit, gemessen am Bruttoinlandspro-

dukt, kommen, aber wir werden darunter kommen und wir müssen darunter kommen, weil wir sonst, sagte der Herr Finanzminister, in eine Budgettendenz hineinkommen, die nicht zu verantworten ist.

Sie wissen ja hoffentlich mittlerweile, in welche Tendenz er hineingekommen ist. Sie wissen ja mittlerweile, nehme ich an, daß er nicht nur sein Ziel verfehlt hat, unter 2,5 Prozent zu kommen, sondern daß wir bei 2,8 Prozent zurzeit — Voranschlag — liegen, aber man soll den Voranschlag nicht vor dem Rechnungsabschluß loben. Darüber werden wir uns noch gesondert unterhalten müssen.

Man ist also nicht nur nicht darunter gekommen, sondern darüber gekommen, nämlich statt 2,35, da waren wir beim letzten Mal, auf 2,8 Prozent.

Daher sind wir nach den eigenen Worten des Finanzministers in einer Budgettendenz, die nicht zu verantworten ist. — Soweit der Herr Finanzminister selber.

Er hat in diesem Interview auch noch viele andere schöne Dinge gesagt, die wir Freiheitlichen durchaus bis zu einem gewissen Grad und auf gewissen Strecken unterstreichen können.

Es ist davon die Rede gewesen, daß die Staatsausgaben um 6 bis 8 Milliarden Schilling gekürzt werden müssen, daß 6 bis 8 Milliarden Schilling eingespart werden müssen, wird da in dem Interview ausgeführt, und diese Einsparungen sollten außer den Sozialausgaben und der Wirtschaftsförderung alle Bereiche betreffen.

Bitte wo ist denn all das geblieben? Nichts ist irgendwo eingespart worden, gar nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dann, hat der Herr Finanzminister noch gesagt, es müßte auch einmal keine Erhöhung der Planstellen geben, unter Umständen sogar eine Verminderung des Planstellenstandes 1982 um etwa 1 000 Dienstposten, hat der Herr Finanzminister gemeint. Dann hat er weiter gesagt, außerdem müßte man, global gesagt, die Ermessensausgaben auf 90 Prozent des Ansatzes für 1981 kürzen.

Schließlich hat er noch etwas Schönes gesagt, was wir auch unterstreichen: Im Bereich Bundestheater, Theater, Festspiele ist sicherlich eine Verminderung auf 95 Prozent des Ansatzes anzustreben. — Das hat der Herr Finanzminister auch gesagt. Nur getan hat er es nicht, nichts hat er getan! Geredet hat er, sonst gar nichts, schön geredet hat er, das sei zugegeben, aber er soll nicht reden, sondern handeln. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dkfm. Bauer

Ich kann nur noch einmal fragen: Wo sind sie geblieben, all diese schönen Versprechungen und die schönen Dinge, von deren Notwendigkeit er ja hoffentlich selbst überzeugt ist, sonst hätte er es nicht gesagt, nehme ich an?

Ich sage Ihnen, wo sie geblieben sind, diese notwendigen und richtigen Dinge. Sie wurden geopfert am Altar Ihrer sozialistischen Ideologie und am Altar der nächsten Nationalratswahl. Das ist die Wahrheit und nichts anderes. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich frage Sie weiter: Wo ist denn, Herr Bundeskanzler, Ihr mittelfristiges Wirtschafts- und Finanzkonzept auf statistisch gesicherter Basis? Wo ist denn die Generalreform des österreichischen Steuerrechtes, von der wir seit Jahren hier in diesem Haus sprechen und zu der sich alle im Grundsatz bekennen? Wo ist sie denn? Nirgends ist sie, entschlafen ist sie im Schoß der Steuerreformkommission.

Wo ist die Generalreform des österreichischen Haushaltsrechts geblieben? Seit elf Jahren sind Sie in diesem Haus mit absoluter Mehrheit ausgestattet. Wo sind diese Dinge? Nichts haben Sie von dem zuwegegebracht. Wie lange braucht man denn gemeiniglich, um solche Dinge auf die Beine zu stellen? Ich weiß schon, das geht nicht von heute auf morgen. Aber bitte innerhalb von elf Jahren müßte man das doch wenigstens in Angriff nehmen können. Ich glaube, in elf Jahren könnte man es auch zu einem guten Ende bringen. Nichts ist geschehen.

Wo ist ein Budgetsanierungskonzept, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo ist es denn? Es gibt keines. Geredet ist darüber worden, als Herr Finanzminister Salcher inthronisiert wurde. Geredet hat er darüber, getan hat er nichts in diese Richtung.

Es geht genauso weiter wie bisher. Fortgewurstelt wird. Auch im Budgetbereich: Einmal bewilligte Ausgaben werden traditionell fortgeschrieben, auch wenn sich in der Zwischenzeit völlig andere Erfordernisse im Bereiche des jeweiligen Ministerium ergeben haben.

Für neue Bedürfnisse werden dann neue Ausgabenposten budgetiert, und in der Folge ziehen Sie die Steuerschraube an oder schnalzen die Finanzschuld weiter hinauf. Das ist die Realität, das ist der Budgetalltag, in dem Sie weiterhin auf alten Geleisen dahintrotten.

Herr Kollege Fischer hat nach den Alternativen gefragt, die die Opposition anzubieten habe. Ich fühle mich beim Wort „Opposition“ immer mit angesprochen, solange Sie nicht differenzieren. Er fragte: Wo sind denn die

Alternativen? Sie reden immer vom Sparen, aber selber wissen Sie nicht, wo Sie sparen sollen. Sie legen hier keine Abänderungsanträge vor.

Herr Kollege Fischer! Sie sind nicht verpflichtet, genauestens zu verfolgen, was die anderen Fraktionen im Haus oder die anderen Parteien in ihren Gremien behandeln und beschließen. Ich möchte Ihnen daher sagen: Wir haben so ein Budgetsanierungskonzept vorgelegt, natürlich nur in Grundzügen, im einzelnen können und wollen wir Ihnen das auch gar nicht sagen, wir können es nicht, weil wir ja nicht die ganze Maschinerie der einzelnen Ministerien und auch die einzelnen genauen Abläufe kennen, weil wir nicht wissen, was wo geschieht. Daher kann man nicht sagen: Dort, dort und dort soll gespart werden. Man kann wohl eine Grundtendenz aufzeigen.

Bitte in einer Angelegenheit ersuche ich auch noch um Verständnis für eine Oppositionspartei: Sie sind jahrelang mit dem Füllhorn der Versprechungen durch's Land gezogen und haben viele richtige und manche weniger richtige Dinge den Menschen gegeben, versprochen und verwirklicht. Das Ergebnis dieser Ihrer Politik ist bekannt und ein Faktum. Ich bin darauf schon eingegangen, wo wir jetzt stehen und wie es jetzt aussieht.

Doch jetzt verlangen Sie von der Oppositionspartei, daß sie den umgekehrten Weg geht, durch das Land geht und sagt: Das nehmen wir euch weg und das nehmen wir euch weg; und das muß gestrichen werden, das muß gekürzt werden. — Bitte, das können Sie von uns wirklich nicht verlangen. Wir haben es ja auch nicht gegeben, wir sind auch nicht verantwortlich dafür, daß wir uns in einer Situation wie der derzeitigen befinden. Dafür sind Sie verantwortlich. Daher müssen auch Sie ganz konkret sagen, wo im Detail eingespart werden soll.

Aber ich gebe Ihnen zu: Man kann es als Aufgabe einer Oppositionspartei betrachten, daß sie Einsparungsmöglichkeiten in groben Zügen angibt. Das tun wir und das haben wir getan.

Wir haben etwa vorgeschlagen, daß jedes Ressort jedes Jahr von null an budgetieren muß und nicht ganz einfach die Ansätze mit einer entsprechenden Steigerungsrate, nämlich der Inflationsrate.

Dann sollte es unserer Meinung nach einen Budgetmittelvortrag in den einzelnen Ressorts auf das nächste Jahr geben, um zu verhindern, daß vor Jahresende allfällige und noch nicht in Anspruch genommene Budget-

Dkfm. Bauer

mittel, ich will nicht sagen, unsinnig, aber um jeden Preis ausgegeben werden, damit sie für das nächste Jahr nicht verfallen, damit man beim nächsten Jahr wieder beim gleichen Ansatz neu aufstocken kann. So etwas geschieht aber, daß man nämlich vor Jahresende sagt: Es werden, ich weiß nicht, 1 000 Bleistifte und 500 Radiergummis gekauft.

Drittens schlagen wir vor, daß budgetwirksame Gesetze vor der Beschlußfassung auf allfällige Folgekosten untersucht werden sollen, daß man steuerliche Anreizsysteme grundsätzlich zeitlich befristen soll, denn das, was zum Zeitpunkt X richtig und notwendig ist, muß es nicht zum Zeitpunkt Y sein. Bei uns gilt aber: Das, was einmal eingeführt ist, steht, da fährt der Zug darüber. — Das ist falsch und kostet dann nicht nur etwas, sondern kann sich manchmal auch geradezu ins Gegenteil verkehren.

Außerdem glauben wir, daß eine größere Transparenz bei den Subventionen eine entsprechende Durchforstung und Kürzung der diesbezüglichen Ansätze erst möglich macht. Welche das dann sein werden, darüber muß man sich im Detail unterhalten. Aber das ist jener Bereich, in dem sicherlich eingespart werden kann.

Außerdem glaube ich, daß man diesen alten Vorschlag, diese alte Idee neu beleben sollte, daß man nämlich, um zu geeigneten Einsparungsvorschlägen aus der Verwaltung selbst zu gelangen — und es ist wichtig, daß sie aus der Verwaltung selbst auch kommen, damit sie von der Verwaltung mitgetragen und mitexekutiert werden —, durch eine entsprechende Prämie entsprechende Anreize setzen soll. Ich weiß, das hat es schon gegeben, es ist nur eingeschlafen. Man sollte es wieder beleben.

Schließlich schlagen wir Freiheitliche vor, daß durch die Ausgliederung weiterer Bundesbetriebe aus dem Budget nur mehr die Abschreibungsquoten einerseits wirksam werden und auf der anderen Seite eine bessere Wirtschaftskontrolle möglich wird.

Schließlich — und das möchte ich auch ganz deutlich unterstreichen — sollten verschiedene Staatsaufgaben beziehungsweise Teilbereiche von Staatsunternehmungen dahin gehend überprüft werden, ob sie nicht kostengünstiger oder zumindest gleich gut auch von privater Seite durchgeführt werden können. Da gibt es Dutzende Beispiele, daß es in vielen Fällen so ist, nicht in allen. Ich weiß, daß sich nicht alle Bereiche dazu eignen. Im Detail muß man sich dann darüber erst unterhalten.

Denn daß es gerade in diesen Bereichen immer wieder zu unwirtschaftlichen Leerläufen und ständig wachsenden Ausgaben kommt, ohne daß die Leistungen deswegen im selben Ausmaß besser werden, ist auch ein Faktum. Daher sollte man das ohne jede ideologische Scheuklappe einmal angehen und diskutieren.

In diesem Zusammenhang, glaube ich, kann ich dann auch noch darauf hinweisen, daß dann, wenn man in dieser Art und Weise an die Erstellung des Staatshaushaltes herangeht, es zu echten Einsparungen im aufgezeigten Sinn kommt und kommen muß. Wenn das gelingt, dann kann man das tun, was wir Freiheitlichen weiters vorgeschlagen und verlangt haben, nämlich ein Einfrieren der Staatsquote auf dem derzeitigen Stand von 42,5 Prozent. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Wir halten das nicht nur für eine Forderung, die gut klingt — tut sie auch, hoffe ich, nehme ich an —, sondern wir glauben, daß das deswegen notwendig ist, um die Leistungsbereitschaft der Menschen in diesem Lande nicht zu beschneiden, ihnen nicht das Gefühl zu geben: Ich kann mich anstrengen, so viel ich will — der Fiskus, der Staat, die einzelnen Abgabenträger nehmen mir ohnehin von meinem zusätzlichen Erarbeiteten wieder bis zu 50 Prozent oder 42,5 Prozent weg; es lohnt sich daher nicht, mehr zu leisten, mehr zu arbeiten! Dieses Gefühl sollten wir gerade „In Zeiten wie diesen“ den Menschen nicht geben. Daher halte ich diese Forderung auf Einfrieren der Staatsquote für richtig und wichtig.

Schließlich ist es auch ein bißchen ein Riegel dafür, daß die Allmacht des Staates mit seiner Bürokratie sich nicht allzuweit und noch mehr ausbreitet, als sie es ohnedies schon tut.

Wir glauben, daß man über die Frage: Sollen und können Steuern und Abgaben im Lande weiter erhöht, hinaufgesetzt werden?, durchaus auch eine Volksabstimmung durchführen könnte.

Daß diese Überlegung von gar nicht so weit hergeholt ist, zeigt das Beispiel der Schweiz. Ich habe nämlich schon das Argument gehört: Geh, über eine Steuererhöhung eine Volksabstimmung durchführen — das ist ja so, wie wenn ich jemanden frage: Willst du Schläge oder nicht? Da wird jeder sagen: Nein!

So ist es eben nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Dr. Fischer: Es gibt ja auch Masochisten!)* So ist es nicht, Herr Kollege Fischer! Wer das glaubt, hält die Menschen im Lande für dümmer, als sie sind,

Dkfm. Bauer

hält sie für weniger demokratisch reif, als sie es Gott sei Dank und erfreulicherweise sind; weil ich nicht annehme, daß die Schweizer um so vieles demokratisch reifer, um so vieles klüger, volkswirtschaftlich bewanderter sind als wir Österreicher. Das glaube ich nicht!

Gerade in der Schweiz hat es nämlich vor kurzem eine Volksabstimmung exakt zu dieser Frage gegeben. Sie werden es ja wissen: Die Menschen haben sich in dieser Volksabstimmung für eine Erhöhung der Steuern ausgesprochen, weil sie diese offensichtlich für richtig und notwendig gehalten haben. (*Abg. Kittl: Bei 30 Prozent der Wähler!*)

Ich verstehe das eine nicht, Herr Kollege Kittl: Sie, die SPÖ, die sich immer über weite Strecken als die demokratische Partei schlechthin darstellt, sind durch diese elf Jahre Regierungstätigkeit zu einer Partei geworden, die dieses urdemokratische Instrument der Volksabstimmung zu fürchten scheint. Denn immer, wenn das auf das Tapet kommt, heißt es bei Ihnen: Njet, geht nicht, wird nicht gemacht! Es ist nicht das erstemal, daß Sie mit der Idee einer Volksabstimmung keine Freude haben. Ich weiß nur nicht, warum, da hat es irgend etwas. Fürchten Sie die Entscheidung des Volkes? Die Wahlen zeigen Ihnen ja ohnehin, daß Sie ganz gut liegen. Ich verstehe nicht, warum man sich justament gegen dieses urdemokratische Instrument gerade bei Ihnen so sperrt. (*Zwischenruf bei der FPÖ.*) Das mag eine Erklärung sein.

Abschließend — ich krieg' ohnehin schon Bescheid genickt, ich soll mich tummeln — möchte und muß ich mich doch noch auch der Frage der Budgetwahrheit und der Budgetklarheit sowie dem Problem zuwenden, inwieweit man mit dem vorliegenden Budget die ohnehin bescheidenen, aber selbstgesteckten Ziele erreicht hat beziehungsweise erreichen wird.

Das beginnt mit der Behauptung, man habe ein Sparbudget erstellt. Ich gehe nicht zuletzt deswegen trotz der fortgeschrittenen Zeit darauf auch noch ganz kurz ein, weil es der Herr Kollege Fischer auch getan hat.

Hier scheint es eine semantische Begriffsverwirrung in Ihren Reihen oder zumindest beim Herrn Finanzminister Salcher zu geben.

Nach allgemeiner Ansicht versteht man doch unter Sparen, daß ich weniger ausbebe, als ich einnehme. Das ist mein Begriff vom Sparen, mein sehr persönlicher Sparbegriff.

Daß davon bei diesem Budget keine Rede sein kann, brauche ich, glaube ich, nicht

näher erläutern. Die Einnahmen des kommenden Jahres werden auf 310 Milliarden geschätzt, und die Ausgaben werden 370 Milliarden ausmachen. Von Sparen kann also wirklich keine Rede sein.

Ich gebe schon zu, daß es vielleicht noch einen etwas eingeschränkteren Begriff des Sparens gibt, nämlich jenen, daß ich sage: Sparen tue ich dann, wenn ich zumindest weniger ausbebe als bisher.

Aber das tun Sie auch nicht. Im heurigen Jahr werden Sie — zumindest laut Voranschlag — 335 Milliarden ausgeben, im nächsten Jahr werden es, wie bereits erwähnt, 370 Milliarden sein. Nach diesem Sparbegriff kann man also auch nicht von einem Sparbudget reden.

Nur, Ihrer Definition, was ein Sparbudget ist, können wir uns also wirklich nicht anschließen, das möchte ich mit aller Deutlichkeit unterstreichen.

Der Herr Finanzminister Salcher hat sie uns gegeben. Er hat gesagt: Das ist deswegen ein Sparbudget, weil es gelungen ist, weniger zu budgetieren, als die Ressortminister verlangt haben.

Bitte schön, das kann ich wirklich nur als einen schlechten Scherz auffassen, denn wenn das der Begriff des Sparens ist, dann gibt es überhaupt nur Sparbudgets, auf der ganzen Welt nur Sparbudgets, denn daß natürlich alle Minister für ihren Bereich mehr verlangen und daß man das dann auf ein verantwortungsvolles Maß reduzieren muß, ist ja allgemein bekannt.

Weil sich der Herr Finanzminister so gerne mit den Dudelsackpfeifern aus Schottland vergleichen läßt — er meint nämlich, er sei ein „Schotte aus Tirol“ —, so möchte ich nur sagen, es hat schon etwas für sich, daß er der Schotte aus Tirol ist, nämlich insofern, als er aus dem letzten Loch pfeift, das möchte ich auch in aller Deutlichkeit dazusagen. (*Abg. Kittl: Ich habe noch keinen Schotten gesehen, der aus dem „letzten“ Loch pfeift!*) Aber mehr hat es mit dem Begriff „Schotte aus Tirol“ wirklich nicht auf sich, denn sparen tut er wirklich nicht, Herr Kollege Kittl. Er pfeift höchstens aus dem letzten Loch seines Budgetdudelsacks, sonst überhaupt nichts, Herr Kollege Kittl!

Den zweiten Punkt habe ich Ihnen schon vorgehalten, daß es nämlich nicht gelungen ist, das selbstgesteckte Ziel beim Nettodefizit zu erreichen. Wir halten jetzt schon, wie gesagt, bei den 2,8 Prozent; es werden aber mehr werden.

Dkfm. Bauer

Ich sage Ihnen daher drittens schon jetzt, daß selbst das ohnehin gigantische Defizit — Brutto- oder Nettodefizit, das können Sie halten, wie Sie wollen, es läuft aufs gleiche in diesem Fall hinaus —, daß dieses Defizit nicht zu halten sein wird. Das steht für mich fest wie das Amen im Gebet, und nicht nur für mich, wenn ich nur an die bereits feststehenden, aber noch nicht budgetierten Mehrausgaben denke, wie etwa — ich greife da nur einige wenige Positionen heraus und die auch nur stichwortartig — eine Milliarde Schilling zusätzlich ... (*Abg. Peter: Entschuldige, es ist die erste Budgetdebatte des neuen Finanzministers. Kann man es sich wirklich bieten lassen als Opposition, daß er nicht da ist? — Abg. Dr. Frischenschlager: Er spart bei der Anwesenheit! — Abg. Bergmann: Er versteht es ja sowieso nicht! — Abg. Peter: Als Gesundheitsminister war es dieselbe Situation! — Abg. Dr. Kohlmaier: Er ist vielleicht in Schottland! — Abg. Bergmann: Es war gestern bei der Dringlichen genauso!*)

Ich habe das schon kritisiert, ich kann dem nichts hinzufügen. Genauso ernst, wie er diese Budgetdebatte nimmt, scheint er überhaupt seine Aufgabe als Finanzminister zu nehmen. Aber, wie gesagt, vielleicht ist es wirklich gleichgültig, ob er da ist oder nicht.

Ich sage Ihnen also voraus, daß dieses Defizit sicherlich nicht zu halten sein wird, wenn ich nur daran denke, daß es etwa eine Milliarde Schilling zusätzlich für den Straßenbau geben soll, beschlossen am Baugipfel; daß es 150 Millionen Schilling Zinsstützungen für ERP-Mittel geben soll, beschlossen am Baugipfel; daß wir 300 bis 400 Millionen Schilling mehr für die Beamtengehälter brauchen werden, weil der Abschluß über den erwarteten und ins Budget eingeflossenen Prozentsätzen lag.

Die verstaatlichte Industrie wird Millionen und aber Millionen brauchen, und wir werden sie ihr geben müssen. Die Ansätze für die Arbeitslosenversicherung sind mit Sicherheit zu niedrig budgetiert. Gerechnet wurde mit 2,6 Prozent Arbeitslosen, mittlerweile wissen wir, daß es leider 3 Prozent werden.

Ich weiß nicht, ob die halben Ansätze für die Polenflüchtlinge realistisch sind. Wir werden sehen, inwieweit hier die Bemühungen des Innenministers tatsächlich Früchte tragen.

Die Länderbank hat Kapitalbedarf in Milliardenhöhe angemeldet, und so weiter und so fort. Alles Dinge, von denen feststeht, daß sie im nächsten Jahr kommen werden. Die Grö-

ßenordnung ist noch nicht ganz klar, aber kommen werden sie. Das sind alles Dinge, die nicht im Budget sind. Daher ist es mit der Budgetwahrheit wirklich nicht sehr weit her, Herr Kollege Fischer.

Viertens: Der Umstand, daß 1982 die Investitionen des Bundes real und daß die Investitionsförderungsmittel sogar nominell gekürzt werden, wurde in der Budgetrede schamhaft verschwiegen, wird nicht angeführt; es geht allerdings zugegebenermaßen aus den Beilagen hervor.

Und fünftens und letztens paßt das vorgelegte Nettodefizit von 31,5 Milliarden einfach nicht zu den Finanzschulden, die laut Beilagen, wenn man es mühsam zusammenrechnet, 333 Milliarden Schilling ausmachen. Das ergäbe ein Plus von 41,5 Milliarden Schilling.

Ich möchte damit zum Schluß kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und möchte zusammenfassend festhalten: Die Sozialistische Partei hat in den elf Jahren ihrer Alleinherrschaft Österreich tief verschuldet. Noch unsere Kinder werden das zurückzahlen müssen, was Sie in diesen elf Jahren ausgegeben haben. Die Staatskasse ist leer, völlig ausgeräumt, das Wachstum bleibt aus. Das ist das zweite Ergebnis Ihrer elfjährigen Regierungstätigkeit.

Jetzt geht es nicht mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur ums Verteilen, sondern jetzt müßte und muß das Produzieren im Vordergrund stehen. Das ist eine Situation, mit der Sozialisten offenbar nur sehr schwer fertig werden. Das beweist einmal mehr dieses Budget.

Ich habe Ihnen nachgewiesen, daß Sozialisten offensichtlich ganz einfach nicht sparen können oder nicht wollen, ich weiß es nicht, Sie können es sich aussuchen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Beides!*) Faktum ist es, daß es nicht geschieht. Und wenn sie es tun, ansatzweise versuchen, dann sparen sie mit Sicherheit am falschen Platz.

Und zum dritten: Die SPÖ will oder kann — auch das können Sie sich wieder aussuchen — das volkswirtschaftliche Einmaleins nicht begreifen. Sie handeln zumindest nicht danach, sonst könnten Sie nicht so handeln, wie Sie es tun, nämlich verkehrt, indem Sie das ohnehin nur sehr sparsam und spärlich vorhandene Geld zum falschen Zeitpunkt in die falschen Kanäle pumpen.

Und es fehlt Ihnen viertens und letztens ganz einfach der Mut zur notwendigen Zäsur, zum notwendigen Umdenken zur Wahrheit.

Ich sage Ihnen nur eines, meine sehr geehr-

Dkfm. Bauer

ten Damen und Herren: Auf diese Art und Weise werden wir sicherlich nicht vorne bleiben, und auf diesem Ihren, nicht österreichischen, sondern sozialistischen Weg können und werden wir Freiheitlichen Sie nicht begleiten, weil es kein Weg in eine gute Zukunft ist. *(Beifall bei der FPÖ.)* 12.04

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile es ihm. *(Abg. Peter: Herr Finanzminister, ich bin neugierig, wie Sie den Generalrednern der drei Fraktionen antworten werden, ohne daß Sie deren Reden gehört haben! Das war noch nie da in diesem Haus! — Abg. Dr. Steger: Warum ist denn auch kein Staatssekretär da? — Abg. Peter: Er hat zwei Staatssekretäre, und keiner sitzt da! — Abg. Dr. Steger: Die haben ja weniger zu tun als der Minister, die könnten doch wenigstens da sein! — Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Da braucht er noch einen dritten, der aufpaßt! — Abg. Dr. Jörg Haider: Das ist eine solche Abwertung des Parlaments, das ist wirklich bedauerlich! — Abg. Peter: Unerhört!)*

12.05

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Hohes Haus! In meinem Debattenbeitrag möchte ich mich in grundsätzlicher Form mit der Entwicklung unserer Demokratie auseinandersetzen, einem Thema ... *(Weiterer Zwischenruf des Abg. Dr. Steger.)*

Herr Dr. Steger, wollen Sie Ihren Disput noch weiterführen? Ich warte gerne. Ich bin im Prinzip Ihrer Meinung. *(Abg. Dr. Steger: Aber ich bin sicher, daß wir beide gleich darüber denken!)* Ja, ich sage, wir sind einer Meinung. Ich wollte nur fragen, ob Sie noch weiter den Disput führen wollen. Dann warte ich gerne.

Ich möchte mich in grundsätzlicher Form mit der Entwicklung unserer Demokratie auseinandersetzen — das paßt genau zu dem —, einem Thema, das oft zu kurz kommt und gerade bei solchen Anlässen behandelt werden sollte.

Ganz allgemein glaube ich feststellen zu müssen, daß wir zunehmend an den Folgen negativer Entwicklungen zu tragen haben, die sich in einer Art Veränderung des demokratischen Klimas auswirken. Es wird zunehmend deutlich, daß die kritische und sachliche Diskussion der öffentlichen Angelegenheiten immer mehr zu kurz kommt, daß wir auf das Phänomen der Diskussionsverweigerung und auch der Kritikunterdrückung stoßen.

Hohes Haus! Wenn man die Tätigkeit der Regierung beobachtet, stellt man fest, daß sie

sich — offenbar sehr konsequent und systematisch — in die Rolle einer totalen Unentbehrlichkeit begeben will.

Dies geschieht in zweifacher Weise: Auf der einen Seite werden alle Errungenschaften bis zu den banalsten Selbstverständlichkeiten als Wohltat des Sozialismus dargestellt, die mit der unveränderten Sozialistischen Regierung sozusagen stehen und fallen. Die Regierung vereinnahmt damit eine Menge Dinge in ihre Kompetenz, auch wenn es sich um Dinge handelt, die leicht nachweislich längst vor ihrem Amtsantritt existierten oder einfach dem Fortgang der Entwicklung zuzuschreiben sind. Sozialer Friede und Vollbeschäftigung gehören ebenso hieher wie Telefonanschlüsse, neue Verkehrswege.

Wenn man allerdings beobachtet, wie in Wien Steuermillionen für Plakate und Broschüren ausgegeben werden, die darstellen, wie sich die ganz selbstverständlichen öffentlichen Dienste um die Einwohner mühen, so wird man in peinlicher Weise an die Propaganda in den Oststaaten erinnert, wo man die mangelhafte Erbringung der selbstverständlichen Leistungen als „Errungenschaft der Arbeiterklasse“ darstellt.

Diese Massierung von Eigenlob will offensichtlich Abhängigkeiten schaffen oder zumindest das Bewußtsein von Abhängigkeiten. Wenn man buchstäblich alles, vor allem den Arbeitsplatz und damit die Existenz und das Einkommen, ja das ganze Gemeinwesen durch eine raffinierte Verknüpfung der Begriffe SPÖ und Österreich okkupiert, dann drängt man die Bürger immer mehr in die Rolle von Lehensempfängern, in einer neuen Form des Feudalismus.

Diese Tendenz wird dadurch verstärkt, daß man die Österreichische Volkspartei, welche Wirtschaft, Wohlstand, Demokratie und Freiheit in der Zweiten Republik an erster Stelle aufgebaut hat, als suspekter Richtung darstellt, die in einem finsternen Bündnis mit ausländischen Konservativen Arbeitslosigkeit und soziale Unruhen stiften möchte.

Auf diese Weise, meine Damen und Herren, findet eine ungeheure Verzerrung des politischen Meinungsbildungsprozesses statt. Was österreichisch ist, ist Folge der Regierungspolitik, und daher ist jede Kritik an sozialistischer Politik mit dem Charakter des Destruktiven, des Ausländischen, mit einer dunklen Absicht der Verschwörung gegen Frieden und Wohlstand verbunden. Der in einer Demokratie durchaus natürliche Vorgang der Infragestellung von Macht und der Vorgang der Ablöse der Macht wird zum Anschlag auf den

Dr. Kohlmaier

Staat und seine Wohltaten umfunktioniert. Am krassesten hat dies vor kurzem der zweite Mann in der Regierungspartei zum Ausdruck gebracht. Der „Kurier“ vom 12. Oktober 1981 berichtet von einer SPÖ-Konferenz in Mattersburg mit folgendem Zitat des Dr. Sinowatz — ich zitiere —: „Es sei aber eine arge Herausforderung an die Demokratie, den Österreichern einreden zu wollen, daß die sozialdemokratische Politik schlecht sei.“ Ich wiederhole: eine arge Herausforderung an die Demokratie, wenn man sozialdemokratische Politik kritisiert.

Meine Damen und Herren! Man muß eine solche Äußerung mehrmals lesen, um ihre Tragweite zu erfassen, und letzten Endes kommt man darauf, daß das alles eigentlich unfassbar ist. Glauben die heutigen Inhaber der Macht wirklich, daß es unzulässig ist, sie zu kritisieren, und daß es sozusagen ein Anrecht sozialistischer Regierungen ist, ungestört von lästiger Beanstandung ihre Tätigkeit ausüben zu können? Es gibt mehrere und durchaus als anmaßend zu bezeichnende Äußerungen darüber, daß Sozialismus und Demokratie sozusagen eine Einheit bilden und sich gegenseitig zum Superlativ steigern. Zunehmend komme ich aber zu der Überzeugung, daß es für Sozialisten keine gleichbleibenden Spielregeln der Demokratie gibt, je nachdem, ob man gerade in der Mehrheits- oder in der Minderheitsposition ist. Es ist ein Faktum, daß die SPÖ eine ungeheuer harte und aggressive Oppositionspartei war, deren Anführer Dr. Kreisky das inzwischen unrühmlich berühmte Wort vom „Lumpenpack“ in den Saal schleuderte. Kritiker aus der heutigen Opposition werden als Störenfriede, als Falken oder gar Vergifter des politischen Klimas dargestellt — genauso, als ob es die Vollendung der Demokratie wäre, wenn die Regierung sich selbst lobt, Mißstände leugnet und dabei die demütig-stumme Duldung der Opposition oder gar deren Lob huldvoll entgegennehmen kann.

Was heute stattfindet, Hohes Haus, ist der Vorgang einer unfassbaren Diskussionsverweigerung. Eine letzten Endes fruchtbare Auseinandersetzung über die Notwendigkeiten unseres Gemeinwesens wird zunehmend unmöglich, weil alles, was kritik- und verbesserungswürdig ist, abgelehnt, wegdiskutiert, abgestritten, vertuscht oder mit ungeheuer aufwendigen Eigenlobplakaten überklebt wird.

Die zweitgrößte Bank Österreichs muß durch ein Sondergesetz vor dem Konkurs gerettet werden, und jetzt stellt sich heraus, daß sie erst wieder Sanierungsmilliarden

benötigt. Aber es steht ja alles zum besten. Wir beraten ein Budget, von dem man weiß, daß Einnahmen und Ausgaben längst nicht mehr stimmen, daß es eigentlich nur mehr ein Phantombudget ist, das so gut wie unfinanzierbar ist. Aber es steht ja alles zum besten. Man nimmt heute, Hohes Haus, den Familien jährlich nachweislich sechs bis sieben Milliarden Schilling weg, das sind pro Kind mehr als 3 000 S, weil man sonst die Pensionsversicherung nicht mehr finanzieren kann. Trotzdem streiten Sozial- und Finanzminister darüber, ob man in Zukunft die Beitragszahler oder den Staat mehr belasten muß. Aber es steht ja alles zum besten. Jedermann weiß, daß hinter unseren Vollbeschäftigungsziffern Hunderttausende verlorene selbständige gewerbliche und bäuerliche Existenzen stehen und daß es eine hohe versteckte Arbeitslosigkeit gibt. Aber es steht ja alles zum besten. Und so geht es fort an jedem Tag, der vergeht. Gestern muß Dr. Kreisky vor dem Parlament zugeben, daß er die Herkunft der Millionen für seinen Persönlichkeitswahlkampf 1979 nicht aufklären kann, obwohl der Geber in einem nachweislichen personellen und örtlichen Naheverhältnis stand, das sich mit denen des AKH-Kriminellen Winter berührt. Aber es steht ja alles zum besten. Die Öffentlichkeit ist darüber aufgerüttelt, daß Präsident Kandutsch einen Rückzug aus seiner Rolle als Hauptverantwortlicher für den AKH-Weiterbau öffentlich ankündigt, doch der Finanzminister erklärt auf dringliches Befragen, daß solches nicht stattfindet. Aber es steht ja alles zum besten.

Hohes Haus! Die ÖVP steht keineswegs allein da in ihrer großen Sorge. Bundespräsident Kirchschräger hat am Nationalfeiertag betont, daß die Demokratie „von innen bedroht“ sei, und zwar — ich darf das Staatsoberhaupt hier wörtlich zitieren — durch „Verfall der demokratischen Gepflogenheiten, Unaufrichtigkeit und Unsauberkeit“. Ich wiederhole: Unaufrichtigkeit und Unsauberkeit. Nicht nur prominente Publizisten äußern sich ähnlich — so spricht Hermann Polz am 31. Oktober von einer gewaltigen Entschlossenheit zur Selbsttäuschung, die allein zur Täuschung befähigt —, sondern auch prominente Sozialisten erheben ihre warnende Stimme. Karl Sekanina hat bei der Rückkehr aus Japan wörtlich erklärt: „Österreich braucht ab sofort eine Politik, die sich in einer wirklichen Offenheit in der Beschreibung der Probleme äußert.“ Ende des Zitats — Aussage eines sozialistischen Politikers.

Hohes Haus! Als alarmierend muß freilich angesehen werden, wenn die Diskussionsverweigerung, das Abstreiten der Tatsachen in

Dr. Kohlmaier

eine offene Unterdrückung der Kritik ausartet. Wir müssen hier im Hohen Haus Stellung beziehen zu einer geradezu abenteuerlichen Form sozialistischer Propaganda, die unser Bundesparteiobmann mit Recht als linksfaschistisch qualifiziert hat. Es handelt sich um das wirklich üble Plakat der Wiener SPÖ, wo die Parole ausgegeben wurde: „Nicht herumreden, nicht schimpfen, nichts Unmögliches versprechen, nicht unsinnige Fragen stellen.“ Mit Recht wurden hier von der Bevölkerung und öffentlichen Kommentatoren Reminiszzenzen an die Nazi-Zeit und Parallelen zu kommunistischen Diktaturen hergestellt. Der Volkswitz sprach von der „Verordnung des Obersten Stadtsowjets“. Wenn man das alles betrachtet, was ich bereits ausgeführt habe, so muß man zu dem Schluß kommen, daß es sich nicht um eine einmalige Entgleisung, sondern um ein System handelt.

Hohes Haus! Zum Thema: „Kritikunterdrückung als System“ möchte ich etwa nur noch auf den Bericht der „Furche“ vom 28. Oktober 1981 hinweisen, wonach Stadtrat Zilk eine Kritik des Katholischen Familienverbands am „Theater der Jugend“ in rüder Weise niederfährt, so mit dem Beisatz: Ja darf man denn überhaupt eine so gute Einrichtung kritisieren? Den Vogel abgeschossen hat aber zweifellos der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen. Meine Damen und Herren! Diese Herren, die hohe Bezüge haben, um öffentliche Gelder zu verwalten, lassen es sich nicht gefallen, wenn sie kritisiert werden, sondern führen einen Millionenprozeß gegen einen Abgeordneten dieses Hauses mit ruinösen Kostenbelastungen, nur weil dieser Abgeordnete die Gestion dieser Herren beanstandete. (Abg. Kittl: „Beanstandete“!) Diese Herren selbst dürften allerdings kein Prozeßrisiko haben. Ich habe das Gefühl — es wird berichtet —, daß die Kosten entweder die Bahn oder die Gewerkschaft trägt, die sich — wie man ja bekanntlich spöttisch sagt — diese Vorstandsdirektoren „hält“. (Zwischenrufe des Abg. Kittl.) Dieser Schandprozeß ist ein unfassbarer Anschlag gegen das demokratische Recht der Kritik, und ich fordere von dieser Stelle die Vorstandsdirektoren der Bundesbahnen auf, die Klage — wenn Sie es noch nicht getan haben — schleunigst zurückzuziehen! (Beifall bei der ÖVP.)

Was aber diesem üblen Kujonieren eines freigewählten Volksvertreters die Krone aufsetzt, ist die Meinung des stellvertretenden SPÖ-Vorsitzenden Gratz, verkündet in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 23. Oktober, zu einem ganz ähnlichen Prozeß, wo auch ein Mandatar im Zivilrechtsweg auf Schadenersatz geklagt

wird, weil er etwas kritisiert hat, nämlich die Verwendung von Steuergeldern.

Gratz sagte dazu in der „Arbeiter-Zeitung“: „Die Immunität der Abgeordneten verletzt die in einer Demokratie gebotene Waffengleichheit.“

Das ist, Herr Bundeskanzler, die Saat, die aufgeht und die Sie gestreut haben.

Ich kann daraus nur schließen, daß Leopold Gratz, Ihr Stellvertreter, die freie Rede der Mandatare ablehnt. Er befindet sich damit genau auf eben dieser Linie der Kritikunterdrückung, die wir zunehmend erleben, Hohes Haus. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt dieses Phänomen auch in der Kunst. Vor kurzem hat man es bei einer sehr umstrittenen künstlerischen Darbietung gemerkt. Wer bestimmte Formen, bestimmte Ausdrucksformen der Kunst kritisiert, wird empört zurechtgewiesen, so mit dem Beisatz: Ja darf er denn das? Aktionisten und so weiter kritisieren, darf man denn das überhaupt? Man wird zurechtgewiesen.

Aber ich stehe noch allemal auf dem Standpunkt, meine Damen und Herren, daß die Freiheit der Kunst begleitet sein muß von der gleichen Freiheit, Kunst zu kritisieren, selbst wenn sie mit öffentlichen Geldern subventioniert wird. (Beifall bei der ÖVP.) Auch die Entscheidungen der Kunstförderer sind kritisierbar und nicht jeder, der etwa von Dr. Sinowatz mit Steuergeldern bedacht wird, kann darauf hoffen, von der Nachwelt ebenso gewürdigt zu werden wie vom Unterrichtsminister.

Zur Freiheit der Kunst, meine Damen und Herren, die wir alle verteidigen, noch eine Bemerkung oder besser noch eine Frage: Gibt es nicht auch eine Verantwortung der Subventionierenden und haben sie nicht auch sich jeder Kritik zu stellen?

Das Wiener Volkstheater bringt demnächst ein Stück auf die Bühne, das im gegenwärtigen Wien spielt, wo Repräsentanten der Wiener Gesellschaft auftreten und wo die Party zu später Stunde in eine Orgie ausartet, bei welcher ein Abgeordneter zum Nationalrat auf der Bühne mit dem jugoslawischen Dienstmädchen des Hausherrn, nachdem er sie bezahlt hat, Geschlechtsverkehr hat.

Wenn man mit dem Autor spricht — wie ich es zufällig getan habe — und ihn nach der Qualität dieser Vorgangsweise fragt, erfährt man, daß man schon bei der nächsten Aufführung im Ausland nicht mehr wisse, daß der Abgeordnete XY — er hat mir den Namen genannt — das Vorbild der Bühnenfigur ist.

Dr. Kohlmaier

Ich erwähne das hier, weil alle die, die sich dagegen wenden werden, daß man aus Arbeitnehmergegeldern so etwas subventioniert, und wir wissen ja alle, daß das Volkstheater aus Gewerkschafts- und Arbeiterkammergeldern subventioniert wird, daß alle, die das kritisieren werden, als Gegner der Freiheit der Kunst denunziert werden, daß man ihnen Zensur vorwerfen wird.

Es ist richtig, meine Damen und Herren, die Gesellschaft muß auch kritisiert werden können und die Kunst ist sicher eine Ebene der Kritik an der Gesellschaft und ihren Mißständen. Aber auch die Kritiker selbst sind nicht tabu, ebenso nicht ihre Geldgeber, selbst wenn ausnahmsweise einmal ein linker Abgeordneter in dieser indiskutablen Weise und im buchstäblichen Sinn des Wortes bloßgestellt wird.

Ich habe das alles in meine Betrachtung miteinbezogen, Hohes Haus, weil ich glaube, daß wir uns einer Entwicklung bewußt werden müssen, die — wie ich bereits erwähnte — das demokratische Klima nachhaltig beeinträchtigt und, wie ich glaube, verschlechtert.

Betrachten wir doch das, was wir als Idealzustand sehen wollen. Hohes Haus! Die Mehrheit, und ich sage noch einmal, ich versuche hier einen Idealzustand zu schildern, die Mehrheit, die demokratisch gewählte Regierung fühlt sich in erster Linie der Sache verbunden. Sie duldet nicht nur Kontrolle und Kritik, sondern sie unterwirft sich diesen demokratischen Korrektiven bereitwillig. Sie attackiert nicht die Kritiker, sondern Mißstände, wie es sie immer und überall geben wird, sind das Objekt ihrer Anstrengung. Sie meidet den Eindruck, sich ihre Propaganda aus öffentlichen Mitteln zahlen zu lassen, sie ist tolerant selbst gegen überschießende Kritik und intolerant gegen Verfehlungen und Schwächen in den eigenen Reihen. Sie arrogant nicht Vollkommenheit, sondern nimmt Bemühtsein in Anspruch, sie verbirgt nicht Mißstände, sondern tritt in einen offenen und ehrlichen Gedankenaustausch über die beste Möglichkeit, sie zu überwinden.

Messen wir, meine Damen und Herren, die Wirklichkeit der letzten Jahre und die Tendenzen der Entwicklung an diesem Ideal. Wir werden zu dem bedrückenden Schluß kommen müssen, daß wir uns um den Zustand unserer Demokratie Sorge machen müssen. Das zunehmende Mißtrauen gegen Parteien und Politiker müßte für uns alle ein Warnsignal sein.

Wir müssen daher an die Mehrheitspartei in diesem Haus die Frage richten, ob ihr Kurs

der richtige war und ist. Ein Kurswechsel scheint nicht nur bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzprobleme, sondern auch bei der Bewahrung und weiteren Entwicklung unseres demokratischen Systems dringend geboten zu sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte abschließend noch kurz auf die Rede des Abgeordneten Fischer zu sprechen kommen, der gemeint hat, die ÖVP könne ein Budgetdefizit nicht kritisieren, weil sie dauernd Forderungen an den Staatshaushalt stelle und keine Einsparungsvorschläge.

Diese Feststellung, meine Damen und Herren, ist sicher nicht haltbar. Erlauben Sie mir, daß ich zunächst einmal einfach zurückblende auf eine Zeit, wo wir 6 bis 7 Milliarden Schilling Budgetdefizit im Jahr hatten und wo ein damaliger Oppositionsführer, der sich jetzt mit seinem Finanzminister auf der Regierungsbank unterhält, wörtlich sagte: Defizite von 6 bis 7 Milliarden Schilling sind doch ein Wahnsinn.

Die Übernahme der Regierung durch den Herrn, der das damals festgestellt hat, müßte doch erwarten lassen, daß dieses Budgetdefizit reduziert wird. Das kann man auf zweierlei Weise machen: Man kann die Einnahmen steigern, das hat die Regierung inzwischen kräftigst getan, man kann auch die Ausgaben senken. Beides kann man auch tun.

Meine Damen und Herren! Die Einnahmen des Staates sind seit damals exorbitant gesteigert worden, aber die Ausgaben noch viel mehr, sodaß wir heute vor nicht mehr finanzierbaren Budgetdefiziten stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dann kommt der Klubobmann der SPÖ, der diesen heutigen Bundeskanzler, der von „Milliardendefiziten“, von „Wahnsinnsdefiziten von 7 Milliarden“ sprach, in der Klubführung vertritt und sagt, die ÖVP verlangt nur mehr, sie hat keine Einsparungsvorschläge.

Wir können nicht nur Vorschläge für uns in Anspruch nehmen, sondern wir können auch in Anspruch nehmen, daß wir viel niedrigere Defizite hatten, daß wir den Staatshaushalt viel besser in Ordnung gehalten haben als die Regierung der SPÖ. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und es ist nachweisbar falsch, daß wir keine Einsparungsvorschläge unterbreitet haben. Na so unredlich argumentieren wir nicht. Wir haben sogar im Jahr 1978 einmal ein komplettes Alternativbudget hier skizziert. Das wurde weggewischt.

Dr. Kohlmaier

Wir haben hier mehrmals konkretisiert, wo man einsparen könnte. Ich verweise etwa darauf, daß wir eine Personalsteigerung seit 1970 im öffentlichen Dienst von 7 Prozent haben, das allein kostet den Staat fast 5 Milliarden jedes Jahr.

Wir haben viele Vorschläge unterbreitet. Wir haben sogar die Wiener Bevölkerung aufgerufen, über einen Sparvorschlag abzustimmen, nämlich die Unterlassung des Baues des Konferenzentrums. Die Aktivbürger Wiens haben das mit absolut überzeugender Mehrheit angenommen. Dann kommt die SPÖ und sagt: Das ist für uns unbeachtlich! Dann kommt die SPÖ und sagt: Die Partei macht keine Sparvorschläge. — So geht es wirklich nicht, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte insbesondere darauf verweisen, daß es einen Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei gibt, II-482 der Beilagen, wo wir ganz konkret — das ist der Antrag der Abgeordneten Sandmeier, Zittmayr und Graf — Vorschläge zur Budgeteinsparung unterbreitet haben. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Nicht viel später kommt ein Klubobmann der SPÖ und sagt: Wir haben gar keine Vorschläge. — Wir haben sie schon, aber sie wurden von der SPÖ abgelehnt.

Ich glaube, das allein skizziert die Argumentation des Dr. Fischer und was wir davon zu halten haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) 12.31

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck. Ich erteile es ihr.

12.32

Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Sie werfen uns heute ununterbrochen vor, daß wir die Situation in Österreich zu rosig sehen und daß wir den Menschen nicht klipp und klar sagen, wie es um die Wirtschaft in Österreich steht. Das ist keineswegs der Fall. Wir sehen durchaus alle Schwierigkeiten, die es nun einmal gibt, klar und deutlich.

Wir wissen, in welchem hohem Maß die Zinsen die Wirtschaft belasten. Wir wissen, wie schwierig es ist, in dieser Situation die Arbeitsplätze zu sichern. Wir wissen um die Stahlkrise. Und glauben Sie uns: Das Budgetdefizit macht uns auch große Sorgen. Es ist nicht so, daß wir dieses Budget mit einer rosa Brille sehen. Wir verweigern nicht die Diskussion über dieses Budget und über alle diese Schwierigkeiten, sondern wir sollten gemeinsam Wege suchen, um Lösungen zu finden, denn alle Österreicher sitzen gemeinsam in einem Boot. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Man kann aber an einer Tatsache nicht vorbeigehen — ich war vor kurzem, anfangs voriger Woche, in England —: Man kann an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß es den Menschen hier in Österreich weitaus besser geht, daß sie unter weitaus besseren Bedingungen als in anderen Ländern, zum Beispiel in England, leben.

Deshalb glaube ich, daß die österreichischen Sozialisten doch nicht eine so schlechte Politik und so schlechte Budgets gemacht haben können. Wir sind es gewöhnt, daß wir von Ihnen, meine Damen und Herren, immer wieder alljährlich und regelmäßig getadelt, gerügt und kritisiert werden. Das machen Sie seit elf Jahren! Aber trotz weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten ist die Situation der Österreicher besser als die Situation der Menschen im Ausland.

Man spürt eben in dem konservativen England der Frau Thatcher, daß die Preise gewaltig angezogen haben, nämlich um 12,8 Prozent, daß es 13 Prozent Arbeitslose in diesem Land gibt und daß es eine gewaltige Jugendarbeitslosigkeit gibt. Man sieht es buchstäblich in den Straßen, die Menschen sind zum Beispiel viel schlechter gekleidet als in Österreich. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Während es in den anderen Ländern Armeen von Arbeitslosen gibt, kämpfen wir buchstäblich um jeden einzelnen Arbeitsplatz. Ich muß es wirklich noch einmal sagen — ich habe es schon einmal gesagt —: Es hat in der Geschichte der Republik Österreich noch nie einen Bundeskanzler gegeben, außer Kreisky, der mit den Betriebsräten und mit den Unternehmern direkt Kontakt aufgenommen und sich den Kopf zerbrochen hat, wie man die Arbeitsplätze sichern und Lösungen finden kann. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Langsam merken die Menschen nicht nur in Österreich — nicht nur in Österreich! —, sondern auch in anderen europäischen Staaten, auf wen sie sich bei der Lösung der Probleme wirklich verlassen können. Ich muß auf die Wahlergebnisse in Frankreich und in Griechenland hinweisen, und ich muß Ihnen auch sagen, daß die letzten Nachwahlergebnisse in England zugunsten der Sozialdemokraten ausgefallen sind. Es ist eine Tatsache, daß immer mehr Menschen den Sozialisten Regierungsverantwortung übertragen. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Herren von der Opposition! Sie lächeln. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sie lächeln, Sie haben schon oft über

Dr. Jolanda Offenbeck

diese Methode, Arbeitsplätze zu sichern, gelächelt, genauso wie Sie über die Reisen des Bundeskanzlers immer gelächelt und geätzt haben. Aber alle Reisen des Bundeskanzlers haben der Entspannung in der Welt gedient und sie haben zur Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich wesentlich beigetragen. Das möchte ich Ihnen sagen! *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Alle Reisen haben der Reputation Österreichs nicht geschadet, sondern nur genützt. Und so möchte ich hier, weil ich gerade aus New York komme, noch etwas sagen: Ein zweiter Österreicher, UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim, hat weit über die Grenzen Österreichs hinaus Bedeutung in der Welt erlangt und dazu beigetragen, Krisen in der Welt beizulegen und den Entspannungsprozeß in der Welt zu fördern. Alle guten Wünsche von uns sind heute bei Kurt Waldheim, daß er die nächsten Wahlgänge — und ich hoffe, daß es nicht mehr allzu viele sind — für sich entscheiden möge.

Waldheim hat sich bewährt und gezeigt, daß bei ihm diese komplizierte Weltorganisation UNO in guten Händen ist. Gerade in der derzeit kritischen Weltsituation ist die Kontinuität in diesem Amt anzustreben und es ist zu wünschen, daß diese sensible Position derjenige erhält und daß derjenige in diese Position gewählt wird, der über die größte Erfahrung verfügt und auch die nötige Reife besitzt. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn in dieser Budgetdebatte immer wieder vom Budgetdefizit gesprochen wird, dann muß man doch sagen — und es ist ja auch heute schon von Klubobmann Fischer erwähnt worden —: So solide Staaten wie etwa Belgien, Schweden, die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz, aber auch die USA haben weitaus größere Pro-Kopf-Verschuldungen als wir. Wir stehen also noch nicht vor dem Ruin. So dramatisch, wie Sie das darstellen, ist die Situation nicht.

Ich habe mir die betreffende Aufstellung herausgesucht — Sie alle haben sie in Ihren Budgetunterlagen und können sie nachlesen —: Die Pro-Kopf-Verschuldung in D-Mark beträgt in Belgien 15 300, in Schweden 14 100, in der Schweiz 8 000, in der Bundesrepublik Deutschland 7 500 und in Österreich 7 000. — So ist die Situation, aber nicht so, als ob uns die Schulden schon über den Kopf wachsen würden. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich wollte mich eigentlich nicht so sehr mit trockenen Zahlen

auseinandersetzen, mit den trockenen Zahlen des Budgets, die auch vielfach bei der Jugend wenig Verständnis finden, sondern ich wollte mich mit der Jugendfrage besonders auseinandersetzen. Man muß sich die Frage stellen: Warum ist unsere Jugend an den materiellen Grundlagen unserer Republik so wenig interessiert? — Mir scheint, daß die Frauen im besonderen Maße dazu berufen sind, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, da die Erziehungsaufgaben noch immer weitgehend in den Händen der Frauen liegen und den Frauen anvertraut sind.

Unsere Jugend — das muß man sagen — leidet nicht unter der furchtbaren Arbeitslosigkeit, wie sie in anderen europäischen Ländern oder in Amerika besteht. Ich habe kürzlich in New York gehört, daß die Jugendarbeitslosigkeit speziell unter den Schwarzen an der 45-Prozent-Grenze liegt und daß die Kriminalisierung natürlich dadurch noch mehr gefördert wird.

Die Jugend besitzt bei uns — das muß man hier festhalten — mehr von jenen Lebensgütern, die das Leben besser und bequemer machen, und Freiheit und Mitbestimmung sind ihnen eine Selbstverständlichkeit. Es ist gut so, daß ihnen das eine Selbstverständlichkeit ist. Wir Älteren, die wir um die 50 Jahre alt sind, schenken den materiellen Voraussetzungen größere Beachtung. Das mag daran liegen, daß wir den Mangel lebenswichtiger Güter durchgemacht und den Krieg noch denkend erlebt haben.

Man wirft unserer Jugend allzuoft Demokratieverdrossenheit vor, ohne dies wirklich belegen zu können. Denn die Jugend zeigt heute in höherem Maße als bisher politisches Interesse und nimmt in höherem Maße am politischen Geschehen teil. Diese Tatsache ist erfreulich. Aber es ist nicht zu leugnen, daß es zwischen Jungen und Alten eine gewisse Kluft gibt. Die Ursache mag darin liegen, daß unsere Jugend heute bessere Bildungschancen hat; weit bessere Bildungschancen als die ältere Generation. Unsere jungen Menschen zählen zu den bestausgebildeten Menschen der Welt. Auch das ist einer sozialistischen Regierung zu danken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Unsere politisch interessierten jungen Menschen träumen von einer humaneren und friedlicheren Welt. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein paar Worte zur gegenwärtig so aktuellen Friedensbewegung sagen. Wir Sozialisten waren immer der Meinung, daß alle unsere Visionen von einer humaneren und besseren Welt nur im Frieden verwirklicht werden können. Es ist uns daher lieber, wenn die jungen Menschen für den Frie-

Dr. Jolanda Offenbeck

den als für den Krieg marschieren. Ich möchte das hier ausdrücklich festhalten. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Wir hoffen aber, daß diese große Friedenssehnsucht der Menschen von keiner Macht der Welt mißbraucht wird. Es wäre schändlich, wenn das der Fall wäre. Frieden ist für uns eine Frage der Vernunft, denn heute sind die Waffenpotentiale in der Welt so groß, daß das Überleben der Menschheit nur dann garantiert ist, wenn sie sich für den Frieden entschließt. Wenn die Menschheit überleben will, ist es Zeit, daß die Atomwaffen überall in der Welt, in Ost und West und in der Dritten Welt, geächtet werden.

Deshalb sehen wir mit großer Hoffnung nun auf die Verhandlungen der Großmächte in Genf. Wir hoffen sehr und wir hoffen immer noch, daß sich die Großmächte dazu entschließen werden, in Zukunft auf Atomwaffen überhaupt zu verzichten. Ich weiß, das ist gegenwärtig eine Hoffnung, aber vielleicht wird diese Hoffnung doch eines Tages Wirklichkeit. Das wünschen wir uns! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Unsere jungen Menschen bekennen sich zu 73 Prozent zur Ehe und wünschen sich einen treuen Ehepartner. Werte wie Liebe und Treue erfahren geradezu eine Renaissance in unserer Zeit. Diese Jugend ist weder demokratieverdrossen noch schlecht, sondern sie ist die erste Generation, die nicht nur nach materiellen Werten strebt. Es ist eine Jugend, die nicht mehr glaubt, daß allein Wachstum selig macht — ich weiß, daß ich hier auch mit manchem meiner Freunde in Konflikt geraten werde —, sondern die einen umfassenden Wertwandel vom materialistischen System weg durchmacht. In einer solchen Gesellschaft ist die Befriedigung primitiver Bedürfnisse eine Selbstverständlichkeit, und das Interesse wendet sich höheren Ansprüchen der Lebensgestaltung zu.

So sollten wir die sogenannten Grünen nicht nur als Gefahr für die Demokratie betrachten, sondern als Menschen, die sich Sorgen um die Zukunft machen, die nach besserer Lebensqualität streben, die sich nicht nur materiell niederschlägt. Nach einer langen Epoche des Kampfes der Menschheit gegen materielle Not sind wir nun — allerdings nicht alle auf dieser Welt, sondern nur die Menschen in den fortgeschrittenen Industrienationen — in diese postmaterielle Phase eingetreten. Das ist doch eine erfreuliche Tatsache.

Die Jugend, die Not und Krieg nicht mehr erlebt hat, geht in diesem Wertwandel, der

sich nun vollzieht und auch vollziehen kann, voran. Dieser Jugend ist die Mitgestaltung einer freundlicheren Gesellschaft, dieser Jugend ist das Ideelle wichtiger als Geld. Dieser Jugend ist auch die Erhaltung der Landschaft, dieser Jugend sind schönere, grüne Städte wichtiger als Wirtschaftswachstum.

Wir sollten mit dieser Jugend diskutieren. Wir sollten dieser Jugend die Hände reichen und sie bitten, in unseren Parteien mitzuarbeiten. Was wir keinesfalls dürfen, ist, diese Jugend zu isolieren, sie in ein Jugendghetto drängen. Haben wir Verständnis für diese Träume unserer Jungen von einer besseren Welt! Machen wir ihnen unseren Standpunkt verständlich und klar! Erklären wir ihnen, warum wir, die ältere Generation, so materialistisch sind! Uns erscheint eben der Materialismus noch immer die Basis, auf der man diese neue humanere Welt erbauen kann.

Wir müssen uns aber alle, alle gemeinsam, als Demokraten mit den neuen Wertvorstellungen der Jugend auseinandersetzen, mit dem neuen Pazifismus, mit den Grünen und auch mit den Frauenghettos der Alternativgruppen. Wir müssen ihnen auseinandersetzen, daß nur Männer und Frauen gemeinsam diese Politik und diese Gesellschaft gestalten können, daß wir nur gemeinsam unser Schicksal bestimmen können.

Was wir wollen, ist, daß unsere Demokratie und die derzeit bestehenden Parteien überleben. Und sie können nur überleben, wenn sie sich mit diesen Gruppierungen auseinandersetzen. Das möchte ich hier ausdrücklich sagen. Es muß uns gelingen, alle davon zu überzeugen, daß unsere Parteien, die Kammern und die Gewerkschaften noch immer — bei allen Mängeln, die mir wohl auch bewußt sind — die bestfunktionierenden demokratischen Einrichtungen und Organismen sind.

Wenn wir unserer Jugend ohne Mißtrauen und mit Verständnis gegenüberreten, wenn wir unseren Standpunkt nicht als Lehrmeister, sondern als Freunde darlegen, dann bin ich hoffnungsvoll, daß sich dieses Gebäude der Demokratie, der Freiheit und Mitbestimmung, das wir sehr mühsam und unter schwierigen Bedingungen erbaut haben, gut weiterentwickeln wird. Wir müssen der gegenwärtigen Entwicklung schon deshalb mit großem Interesse begegnen, denn nicht uns gehört die Zukunft, sondern unserer Jugend. Diese Jugend wird auch die Verantwortung für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu tragen haben. Meine Damen und Herren! Das wollte ich zur Frage der Jugend sagen. Ich glaube, man muß sich wirk-

Dr. Jolanda Offenbeck

lich intensiv mit dieser Frage auseinandersetzen.

Zum Budget 1981 möchte ich sagen: Wir bezeichnen es deshalb als ein Sparbudget, weil wir den Menschen nicht all das bringen können, was wir ihnen gerne bringen möchten, aber wir bringen dennoch noch vieles. *(Ruf bei der ÖVP: Eine Neuheit!)* Der Sozialsektor ist sichergestellt; und die Pensionen werden mit 1. 1. um 5,2 Prozent erhöht. Das ist eine Tatsache! Die Bildungschancen, meine Damen und Herren, werden nicht verringert, und wir werden keinen Numerus clausus an den Hochschulen einführen, den wir aus anderen Staaten kennen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist ein Budget, das die Leistungen des Bundes für die Familien erhöht. Wir erhöhen wieder die Familienbeihilfen beachtlich. Für die Kinder über zehn Jahre wird nun die Familienbeihilfe von 1050 S auf 1200 S angehoben. Bei Ihnen unter der ÖVP-Regierung waren diese Erhöhungen weitaus geringer. Wir erhöhen die Geburtenbeihilfe von 16 000 S auf 19 000 S und stellen sicher, daß eine Untersuchung der Kinder im dritten Lebensjahr erfolgt. Also ich muß sagen, wenn das keine Fortschritte sind — bei allen Sparmaßnahmen —, dann weiß ich nicht, was überhaupt ein Fortschritt ist.

Dieses Budget sichert für alle — für Arbeiter, Angestellte, Bauern und Unternehmer — die materielle Basis, auf die alle Bürger dieser Republik einen Anspruch haben. So muß dieses Budget gesehen werden.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, stimmen, wie stets die Jahre zuvor, gegen dieses Budget, obwohl es ein Budget ist, das unter den gegebenen wirtschaftlichen Voraussetzungen die beste Lösung für alle Menschen in Österreich ist. Und dazu bekenne ich mich! *(Beifall bei der SPÖ.)* 12.52

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile es ihm.

12.52

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine verehrte Vorrednerin ist hier in einer sehr langen Passage, ehrlich gemeint und ich darf sagen, mit sehr ernstesten Worten, besonders auf das Thema Jugend eingegangen.

Erlauben Sie mir, daß ich gleich zu Anfang kurz repliziere. Frau Doktor! Auch wir Freiheitlichen — ich meine das genauso ehrlich,

wie Ihre Worte waren — sind bereit, jeden Zipfel, wo es nur irgendwo möglich ist, zu ergreifen, der dazu führt, die Friedensgespräche auf breiter Basis über Österreich hinaus zu führen. Nur hat mir eines gefehlt in Ihrer Passage: Friede ja, aber nicht Friede um jeden Preis. Für uns Freiheitliche nur Friede in Freiheit! Das möchte ich ausdrücklich festhalten. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Jolanda Offenbeck: Ich bin da ganz Ihrer Meinung!)* Danke.

Sie haben das Thema Jugend angeschnitten, und weil wir von der Jugend sprechen, muß ich sagen, es macht auch uns Freiheitlichen in der derzeitigen Situation die Arbeitsplatzfrage große Sorge, die Arbeitsplätze für unsere jungen Leute, die aus der Schule kommen, und vor allem für — und das ist, glaube ich, heute die größere Problematik — unsere jungen Leute, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben. Hier ist für die Zukunft ein Unruheherd zu sehen. Nicht, weil vielleicht die ältere Generation nicht bereit wäre, mit der Jugend zu sprechen, wie es die Jugend oft gern hätte, sondern ich sehe viel mehr die Sorge, einen möglichen Herd der Unruhe, wenn es uns nicht gelingt, die Jugend so unterzubringen, daß sie in der Gemeinschaft, für die Gemeinschaft, zielführend Arbeitsplätze findet. Dann passiert natürlich in der Freizeit sehr leicht, wenn die Jugend auch nicht im Berufsleben gefordert wird, daß das ausufert, daß wir dann Demonstrationen jeder Art haben.

Aber ich will auch diese Demonstrationen nicht überbewerten. Ich hatte gestern ein Gespräch mit dem Kollegen Blecha. Er befürchtet diese Friedensdemonstrationen, was ist, wenn in Wien auch 100 000, 200 000, 300 000 Leute marschieren? — Ich bin überzeugt, diese Leute marschieren nur dort, wo sie eine unsichere Zukunft vor sich haben. Uns muß es darum gehen, ihnen alles zu bieten, eine gewisse Sicherheit, eine gewisse Ruhe auch im Land. Wir sind daher auch aus freiheitlicher Sicht jederzeit bereit, über Parteigrenzen hinaus zielführende Gespräche zu führen, gerade was unsere Jugend betrifft.

Ich darf aber jetzt auf das Budget kurz zurückkommen und aus freiheitlicher Sicht feststellen: Es sind zwar im Budget für 1982 — dies waren ja auch immer unsere freiheitlichen Vorstellungen — gewisse Schwerpunkte zu erkennen, weil man einfach in der Zeit nicht mit der Gießkanne drübergießen kann, um jedem ein bißchen etwas zu geben, aber es sind Schwerpunkte zu setzen. Aber nichtsdestotrotz bereitet uns große Sorgen die maßlose Überschuldung, der hohe Budgetabgang

Dipl.-Vw. Josseck

auch wieder für das kommende Jahr, aber nicht deshalb, weil vielleicht Freiheitliche Unerfüllbares gefordert haben, sondern weil offensichtlich die Sozialisten, trotz Fischer Heinzis „Roten Markierungen“ nicht bereit sind, einen Weg zu gehen, der ein Weg der Sparsamkeit sein müßte.

Einige Vergleichszahlen dazu: 1971: Budgetabgang 7,7 Milliarden, für 1982 sind 60 Milliarden prognostiziert. Nun, auf der Galerie werden sich die Leute sagen: Was sind 60 Milliarden? 60 Milliarden sind halt 60 000 Millionen, das sind 60 000 Reihenhäuser.

Ich habe mir auch folgendes errechnen lassen: In 1 000-Schilling-Noten aufgestapelt wird das künftige Budgetdefizit für 1982 einen Berg von rund 7 000 m ergeben. Da hat man dann eine Vorstellung, was das ist: 60 Milliarden Schilling.

Es fehlen uns aus freiheitlicher Sicht die echten Ansätze zum Sparen, vor allem wenn man dann sieht, daß besonders in allen Bereichen, in allen Ministerien, die Zentralstellen überborden und weit über der Inflationsrate im Budget zunehmen.

Ich habe unlängst einen sehr guten Ausdruck gehört, der zutreffend ist für die Budgetpolitik, wie sie die Sozialisten in Österreich betreiben: Die Diktatur der leeren Kassen. Es wird eine Menge versprochen, aber man weiß heute noch nicht, wie man diese oder jene Dinge finanzieren beziehungsweise ob man sie überhaupt finanzieren kann.

Was mich auch stört, das ist, daß nicht ehrlich und offen argumentiert wird. Man erinnert sich doch zu gut, daß die Sozialisten Anfang der siebziger Jahre, als auf der ganzen Welt, besonders in Mitteleuropa, noch Milch und Honig geflossen sind, behauptet haben: Das alles verdankt ihr Österreicher den Sozialisten! — Und jetzt, wo die wirtschaftliche Situation schlechter ist, jetzt sind es auf einmal nicht die Sozialisten, jetzt ist die Weltwirtschaftslage schuld. So, bitte, kann man doch nicht Politik machen: Wenn alles gut geht, wenn Milch und Honig fließen, sagt man: Das verdankt der Österreicher uns braven Sozialisten, aber wenn es dann einmal nicht mehr so geht, verweist man auf die Weltwirtschaftslage.

Mir kommt auch der Herr Finanzminister derzeit so vor wie ein gescheiterter Totomillionär, überhaupt die Sozialisten: Gescheiterte Totomillionäre. Anfang der siebziger Jahre wurde das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinausgeworfen, wurden Geschenke verteilt. Natürlich hat der reiche Onkel, der Totomillionär immer Freunde, die scharen sich ja

um ihn wie die Motten um das Licht, das hat sich auch in Wählerstimmen bis zu einem gewissen Grad dokumentiert. Und jetzt steht er halt da mit leeren Händen — der Herr Finanzminister ist ja jetzt schon wieder nicht da. Da gibt es Leute, die sagen: Salcher steht mit dem Tirolerhut am Stephansplatz und geht sammeln, weil er über die Budgetrunden nicht hinwegkommt. Er braucht gar nicht so weit zu gehen, um dort Geld zu sammeln oder Meinungen einzuholen, er könnte sich hier im Haus einige sehr gute Vorschläge von seiten der Oppositionsparteien mit nach Hause nehmen.

Er selbst befindet sich in der gleichen Situation wie der verarmte Totomillionär, der ja nicht ganz unverschuldet arm geworden ist, so wie halt jeder Totomillionär; da werden dicke Autos gekauft, dicke Autos gefahren, da gibt es hohe Repräsentationsausgaben in allen Bereichen. Dieser nicht ganz unverschuldet verarmte Totomillionär versucht noch in seiner letzten Not Geld zusammenzukratzen, um den Lebensstandard, den er sich angewöhnt hat, weiterzuführen.

Da kommt er halt auf so ausgefallene Ideen wie die Sparsbuchsteuer und die Besteuerung eines 13. und 14. Monatsgehaltes. Ein anderer Kollege verlangte wieder volle Besteuerung der Überstunden. So, meine Damen und Herren Sozialisten, werden Sie Ihr Budget nicht sanieren können! (*Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Zu den Ausreden, die den Leuten da immer wieder einfallen: Es ist ja fast unglaublich, wenn man sich darauf ausredet, daß die schlechte Budgetlage auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen sei.

Ja es kommt sogar einer auf die Idee zu sagen: Der Androsch hat uns das alles eingebracht. Ich möchte den Ex-Finanzminister gar nicht verteidigen, aber der war doch nur Vollzugsorgan der „Roten Markierungen“, wie sie Heinz Fischer und seine Genossen vorgelegt haben; nichts anderes hat er gemacht. Ich glaube gar nicht, daß so viele eigene Ideen von ihm im Budget drinnen waren, denn sonst hätten diese wahrscheinlich besser sein müssen.

Man kann sich doch heute nicht darauf ausreden und sagen, der war schuld für die Weltwirtschaftslage. Wir Freiheitlichen haben schon vor Jahren und das, als noch Milch und Honig geflossen sind in Österreich, darauf hingewiesen, daß wir à la longue nur über die Runden kommen werden, wenn gespart wird.

Eine Volksschulweisheit — beim Weltspartag kann man das überall lesen —: Spare in der Zeit, so hast du in der Not! — Und was

Dipl.-Vw. Josseck

machen die Sozialisten? Die wollen uns heute belehren: Spare in der Not, dann hast du Zeit dazu. — So kann man nicht Politik betreiben, so kann man vor allem nicht Budgetpolitik betreiben.

Dabei ist es doch sehr interessant, von Zahlen zu sprechen: Im Budget gibt es halt zu viele rote Zahlen; da sieht man halt auch wieder, daß rote Zahlen keine guten Zahlen sind, wenn ich mir diesen Zahlenvergleich erlauben darf. Aber bitte, auch nicht alle schwarzen Zahlen sind gut. *(Zwischenruf des Abg. Graf.)*

Das hängt nur von der Hand ab, die den Griffel führt, Herr Präsident! *(Abg. Dr. Steger: In der verstaatlichten Industrie gibt es keine blauen Zahlen, nur rote und schwarze! — Abg. Grabher-Meyer: Und das Ergebnis sieht man!)*

Ich darf hier einige Zahlen anführen, bevor ich auf den Themenkreis Verstaatlichte zu sprechen komme, weil der Herr Bundeskanzler jetzt so interessiert zuhört. Es ist interessant zu vermerken, daß, wenn man sich die Vergleichsziffern aus den Budgets der letzten zehn Jahre ansieht, dem Budget an Umsatzsteuer — es ist erst zehn Jahre her, das ist aber schon viel zu lang für eine sozialistische Alleinregierung — rund 26 Milliarden Schilling zugeflossen sind. Für 1982 rechnet man mit 100 Milliarden Schilling Umsatzsteuerzufluß.

Zu den Lohnsteuereinnahmen: 1970 waren es 14 Milliarden Schilling, für 1982 rechnet man mit 70 Milliarden Schilling Lohnsteuereinnahmen. Also gigantische Zuwächse, und nichtsdestotrotz sind die Sozialisten nicht in der Lage, ein ordentliches Budget auf die Beine zu stellen!

Man denkt nur daran, Steuern zu erhöhen, obwohl man sich doch völlig im klaren sein muß, daß Steuerdruck, daß Abschöpfen, oder von mir aus nennen Sie es auch Abschröpfen, bestimmt nicht zum Ziel führt. Man soll jetzt nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern der Bevölkerung ruhigen Gewissens sagen: Lieber Österreicher, von jedem Schilling, den du zum Beispiel als Geschäftsmann einnimmst, zahlst du mindestens 84 Groschen an den Finanzminister.

Es gibt Leute, die sehen Riesenumsätze. Leider Gottes gibt es auch in der Dialektik, wenn darüber diskutiert wird, wie gut die verstaatlichte Industrie doch dastehe, riesige Umsatzziffern.

Und was bleibt am Schluß? — Der Großteil ist abzuführen an den Fiskus, und das, was

übrigbleibt, das sind Bruchteile von Groschen. Aber man verlangt dann noch immer und glaubt noch immer, die Steuerschraube weiter anziehen zu können.

Wenn die Frage der Arbeitsplatzsicherung auftaucht — mein Kollege Dkfm. Bauer hat es ja vorhin schon detaillierter angeführt —, so glauben wir Freiheitlichen, daß natürlich ein Budgetdefizit für die Gesamtwirtschaft von großem Nachteil ist, weil einfach nicht nur ein Druck auf die Kreditzinsen entsteht, sondern selbstverständlich ein gewisser Verdrängungswettbewerb auf dem Kreditmarkt.

Hier ist es dann äußerst schwierig für die private Investitionstätigkeit, das erschwert natürlich wesentlich die Finanzierung und hat weiters Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, die ja bitte nicht nur die Verstaatlichte und der Herr Bundeskanzler garantieren, sondern die im größten Ausmaß Österreich nach wie vor die private Wirtschaft garantiert.

Kurz nur angemerkt nochmals die Frage der Arbeitsplätze, besonders für Jugendliche. Wir liegen sicherlich mit der Arbeitslosenziffer — gesamt gesehen, mitteleuropäisch gesehen — noch in einer guten Situation, im guten Mittelfeld. Es ist aber bedenklich, wenn in den letzten Monaten die Arbeitslosenzahl für Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren um 50 Prozent angestiegen ist. Das ist überproportional hoch, das muß einem zu denken geben.

Uns Freiheitlichen fehlen eben konkrete Aussagen, Zielvorstellungen nicht nur der SPÖ, sondern der Verantwortlichen, die das Budget erstellen, und hier im besonderen auch des Finanzministers. Es gilt, Schwerpunkte zu setzen, wie wir Freiheitlichen immer wieder sagen, und einer der Hauptschwerpunkte sind derzeit zweifellos die Arbeitsplätze für unsere Jugend.

Daß natürlich im Rahmen einer Budgetsanierung eine Anzahl von steuerlichen Maßnahmen zu ihrem Recht kommen müssen, sei auch am Rande vermerkt, und ich erspare mir hier auf Details einzugehen und werde mir vorbehalten, das bei der nächstmöglichen Gelegenheit dem Herrn Finanzminister persönlich zu sagen.

Man muß sich doch auch im klaren sein, daß das Anziehen der Steuerschraube doch nur bis zu einem gewissen Grad geht. Um das zu erkennen, braucht man gar kein Wissenschaftler zu sein, und Wissenschaftler erklären sehr genau, daß der Moment des Umkipens kommt. Dann kann der Finanzminister die Schraube noch so andrehen, so bekommt er immer weniger statt mehr. Und an diesem

Dipl.-Vw. Josseck

Punkt ist Österreich nach unserer Ansicht angelangt. Daher bedarf es sicher steuerlicher Berichtigungen, dringend steuerlicher Berichtigungen, um damit auch die steuerlichen Einnahmen für den Finanzminister zu garantieren.

Herr Bundeskanzler! Eine kurze Bemerkung zur verstaatlichten Industrie. An uns Freiheitlichen liegt es nicht, wenn die Frage der verstaatlichten Industrie, der finanziellen, wirtschaftlichen Schwierigkeiten unnötig — ich betone das Wort „unnötig“ — hochgeschaukelt wird, weil dadurch — und hier gibt es ja schon ganz konkrete Aussagen der Verantwortlichen in der verstaatlichten Industrie — international, ja fast weltweit, das Ansehen verschiedener Zweige unserer verstaatlichten Industrie gefährdet ist. Aber bitte, es muß — ich will nicht von Schuld reden — irgendwo doch ein Fehlverhalten auch geben, und nicht nur der verantwortlichen Geschäftsführung, sondern auch von der politischen Seite her, von Ihnen, Herr Bundeskanzler, als zuständigem Ressortchef für die verstaatlichte Industrie, daß die Verstaatlichte so in die Klemme gekommen ist, in Detailbereichen, sage ich ausdrücklich.

Schuld ist sicher die Jahrzehnte hindurch geforderte endliche Sanierung der verstaatlichten Industrie, sprich: Aufstockung der Eigenmittel. Die Verstaatlichte war unterkapitalisiert. Jetzt bei der Hochzinspolitik wirkt sich das natürlich besonders tragisch aus bei einem Kreditsatz, der zum Teil über 14,15 Prozent liegt. Dort ist eine Verantwortung von Ihrer Seite mit eingebunden.

Wenn wir Freiheitlichen — und wir haben hier im Haus noch vor Weihnachten Gelegenheit, zur verstaatlichten Industrie zu diskutieren — der Kapitalzuführung zustimmen werden, dann bestimmt nicht, um die zum Teil verfehlte Politik der Sozialisten in dem Bereich zu unterstützen und dazu bravo zu schreien, aber wir sind nicht bereit, diesen Streit oder diese Schwierigkeiten auf dem Rücken von mehr als 50 000 Arbeitnehmern austragen zu lassen.

Mir ist daher die Haltung der Österreichischen Volkspartei nicht ganz verständlich. Wie die Herren aus dieser Schlinge, die sie sich selbst gelegt haben, herauskommen, darauf bin ich schon sehr neugierig; vielleicht sagt es uns heute Dr. Taus. Oder Sie haben sich — doch das hoffe ich nicht, Herr Bundeskanzler — breitklopfen lassen nur um des Konsenses willen, den heute der Fischer Heinzl verdächtig großkoalitionär hochgespielt hat. Ob man vielleicht nur um des Konsenses willen im personellen Bereich bei der

VOEST zu dieser komischen und langdiskutierten personellen Lösung gekommen ist.

Wenn aber allein das der Grund bei der ÖVP sein sollte, daß man hier nur um Posten streitet und darauf herumreitet, um der Verstaatlichten das zu geben, was selbst die ÖVP Jahre hindurch gefordert hat, dann würde ich das nicht verstehen.

Es sei aber auch von diesem Platz gesagt, daß die ÖIAG gerade in dieser schwierigen Situation jetzt Versäumnisse nachzuholen hat, von denen sie bisher nicht Gebrauch gemacht hat. Die ÖIAG als Konstruktion und Vertreterin des Eigentümers — sprich: des Staates — muß selbstverständlich die Möglichkeit des Einschaurechtes, einer gewissen Art von Kontrolle, aber auch Koordinierung haben. Solange es gut gegangen ist, brauchte man nicht so viel zu kontrollieren, solange Dividenden abgeworfen werden, wird man nicht so viel vom Einschaurecht Gebrauch machen.

Aber wenn es jetzt darum geht, mühselig durch Steuermittel erwirtschaftete Schillinge der Verstaatlichten zuzuführen, dann ist es Pflicht und natürlich auch aus der Verantwortung heraus Rechtens, daß der Eigentümervertreter ÖIAG in gewissen Bereichen Einschaurecht, Kontrollrecht, Koordinierungsrecht bekommt.

Mir ist es halt unverständlich, wenn einige der verantwortlichen Herren — und hier meine ich besonders die ÖMV — sagen: Wir lassen uns nicht in die Karten schauen. Sie lassen sich nämlich in dem Augenblick nicht in die Karten schauen, wo sie beschließen, sich selbst einen 15. Monatsgehalt auszuzahlen, und dadurch weniger Dividende an den Eigentümer Staat abführen. So kann man auch im verstaatlichten Bereich sicher nicht Wirtschaftspolitik betreiben.

Ich darf hier auch noch eine Randbemerkung machen, weil es zum verstaatlichten Bereich dazugehört. Herr Bundeskanzler! Das ist die Frage einer allfälligen Flugzeugbeschaffung für das österreichische Bundesheer. Es geht mir nicht darum, mit dem Säbel zu rasseln, wie einige schon zu mir gesagt haben, als hätte ich nichts anderes im Kopf. Für mich ist das eine sicherheitspolitische Frage, und eine sehr stark wirtschaftliche Frage. Gerade jetzt, wo es sich abzeichnet, daß Sie unter Umständen doch nicht geneigt sind, eine Bestellung zumindest für einen Teil der Flugzeuge aufzugeben, steht auf einmal die Wirtschaft da und erklärt, was schon alles an Vorleistungen und Vorverhandlungen geschehen ist.

Dipl.-Vw. Josseck

Gestern sagte Kollege Blecha zu mir, es sei nicht gerechtfertigt, wenn ich ihm Uninformiertheit in dieser Frage vorwerfe, denn nach seinem Wissen sei da noch gar nichts geschehen. — So ist das wirklich nicht. Man braucht ja doch nur dort zu fragen. Ich weiß nicht, aus welchem Grund heraus vielleicht die Verantwortlichen in verschiedenen Bereichen sagen, es sei nicht so tragisch. Aber bei Alu-Ranshofen sind eindeutig Versuche gestartet und auch Werkzeuge entsprechend umgerüstet worden, um Versuche mit Flugaluminium zu machen. Das kostet doch etwas. Schaffen wir es ab, brauchen wir nicht mehr, macht ja nichts, sind ja nur einige Millionen hinausgefeuert.

Die VOEST wird daran nicht eingehen, davon bin ich überzeugt, wenn die Geschäfte mit Franzosen nicht zustande kommen. Aber es wäre gut, wenn in einem Bereich, wo die VOEST neu einsteigt, Mikroprozessoren erzeugt, in die Elektronik gehen will, mit einem Land wie Frankreich, das in der Elektronik ja hervorragend liegt, ein Erstauftrag anlaufen würde, denn so weit sind die Verhandlungen gediehen.

Oder: Bei der VEW — ich sage das, weil ich den Kollegen Fauland im Steireranzug dort oben sehe — ist es doch schon so weit gediehen — ich entnehme das der Zeitung —, daß die größte Spindelschlagmaschine der Welt Anfang des Jahres bei der VEW in Betrieb geht, weil man im Gespräch mit den Franzosen schon so weit gekommen ist, daß für Flugzeugkomponenten, aber nicht nur für Militärmaschinen, auch für die Zivilluftfahrt, die VEW tätig werden könnte.

Von Steyr möchte ich gar nicht reden: Anschlußaufträge an die Jeeps.

Oder: Ob Swarovski die Aufträge für die Ferngläser bekommt, sei dahingestellt.

Also man kann doch die Dinge nicht vom Tisch wischen, wie es auch Sie gemacht haben, Herr Bundeskanzler, und sagen, Sie sehen da überhaupt keinen Zusammenhang. Es geht nicht an, zu sagen: Ich, Kreisky, fliege in die Emirate, ich bringe mindestens das Doppelte von dem herein, was das Geschäft mit den Franzosen bringt. Aber es sind auch Langzeitgeschäfte, die die Franzosen angeboten hätten, daher diese meine Einwendungen. *(Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)* Sie fliegen ja von alleine, Herr Kollege!

Ich darf noch einmal auf einen Schwerpunkt zurückkommen, und zwar betrifft das die Bauwirtschaft. Uns fehlt — und das war richtig hier vom Rednerpult vom Kollegen Bauer angeschnitten —, daß ein Schwerpunkt

im Budget die Bauwirtschaft hätte sein müssen. Und gerade für einen sehr energischen Bautenminister Sekanina, der es wirklich versteht, jeden Schilling zielführend einzusetzen, wäre es dafügestanden, mit seinem Ressort einen Schwerpunkt zu setzen, weil — und das ist unbestritten — der Hochbau und besonders der Wohnungsbau doch immer ein gewisser Gradmesser für Prosperität und Wirtschaftlichkeit in einem Land sind.

Wenn wir zurückdenken: Die Zeit nach dem Krieg, wo ist denn alles aufgebaut worden, wo hängt denn alles zusammen, seien es LKW, sei es die Frage Sempert mit Reifen, seien es Zulieferungsbetriebe bis hinein in die verstaatlichte Industrie, Baustahlgitter, womit hängt es denn zusammen? — Mit dem Wohnungsbau, mit dem Hochbau. Und der liegt derzeit derart darnieder, daß das Ärgste zu befürchten ist.

Wenn von Ihnen beziehungsweise vom Finanzminister oder vom Budget aus keine Impulse in die Bauwirtschaft gehen, dann nützt uns die gesamte Diskussion um die Verstaatlichte, um die Stahlkocher, nichts, denn der Grund für eine Prosperität ist nach wie vor noch immer die Bauwirtschaft. Das fehlt uns. Hierüber wurde nicht eine einzige Bemerkung im Zusammenhang mit dem Budget gemacht.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Aus freiheitlicher Sicht: Wir wollen nicht schwarzmalen. Wir sehen, daß wir dort, wo gute Ansätze sind, verschiedenen Budgetbereichen unsere Zustimmung geben können, einigen darüber hinaus nicht nur im Votum, sondern wir sehen zumindest auch in der Argumentation einige Ansatzpunkte, die gut sind.

Aber wenn — ich darf zum Anfang zurückkommen — die SPÖ oder die sozialistische Alleinregierung nach wie vor glaubt, mit den „Roten Markierungen“ am richtigen Weg zu sein, dann muß ich sagen: Aus freiheitlicher Sicht sehen wir diesen Weg mit diesen „Roten Markierungen“ nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)* ^{13.19}

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

^{13.20}

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Überraschenderweise haben einige meiner Vorredner zur Friedenspolitik gesprochen. Ich persönlich habe es immer für ein positives österreichisches Spezifikum gehalten, daß wir in Österreich über Friedenspoli-

Dr. Taus

tik bisher gar nicht diskutiert haben. Meine Meinung und, ich hoffe, auch die vieler anderer war die, daß es in diesem Land bei der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und auch bei denen, die sie vertreten, den Politikern, überhaupt keine Diskussion darüber geben kann, daß dieses Land eine Friedenspolitik betreibt.

Das heißt, wenn es irgendwo einen Konsensbereich gibt, um dieses zurzeit strapazierte Wort hier zu gebrauchen, dann muß es das im Bereich der Friedenspolitik ohne Anstrengung für alle Beteiligten geben. Darüber, meine Damen und Herren, muß nicht viel geredet werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun aber gestatten Sie mir, daß ich noch auf einige Punkte in den Ausführungen meiner Damen und Herren Vorredner hier eingehe. Zunächst einmal zum Herrn Dr. Fischer. Er ist im Moment nicht im Saal, aber ich darf vielleicht doch einige Sätze zu seinen Ausführungen sagen. Das eine oder andere von dem, was er hier gemeint hat, hat ja recht plausibel geklungen, vor allem sein Beispiel, wenn die ÖVP eine Forschungsmilliarde möchte, dann muß sie dagegen 4 000 Arbeitsplätze einsparen, und ähnliche Dinge mehr, die vielleicht in dem einen oder anderen Ohr ganz gut klingen mögen, auch der Vorwurf, die ÖVP hat keine Abänderungsanträge zum Budget gestellt.

Meine Damen und Herren! Eine ganz grundsätzliche Feststellung dazu: Es wird auch vom Institut für Wirtschaftsforschung in der jüngsten Darstellung des Budgets 1982 mit Sperrfrist vom 30. November bestätigt, daß es im österreichischen Staatshaushalt eine ganze Reihe von schwerwiegenden Problemen gibt, die uns letztlich alle angehen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut sagt deutlich: Der Anstieg des Finanzschuldenaufwandes und der Sozialausgaben geht primär zu Lasten der Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderung, weil nur dort noch ein gewisser Handlungsspielraum besteht. Ich möchte nur diesen einen Satz herausnehmen.

Das heißt: In der österreichischen Budgetpolitik und damit in diesem Budget, über das wir hier diskutieren — darüber redet die ÖVP seit einigen Jahren, weil sich das schon angekündigt hat —, ist der Handlungsspielraum für das, was wir konjunkturpolitisch jetzt brauchen würden, weitgehend verloren.

Daher muß die Budgetpolitik jetzt versuchen, diesen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum wieder zu gewinnen. Wie kann sie das machen? Sie kann das machen, indem sie beginnt, Schwerpunkte langsam anders zu setzen.

Natürlich kann man jetzt dieses Anderssetzen von Schwerpunkten, und genau das ist es, was die Österreichische Volkspartei verlangt, Kurswechsel nennen. Aber Sie sind ja selber dabei, diesen Kurswechsel vorzunehmen, es gelingt Ihnen nur nicht sehr gut, und Sie wollen es halt anders nennen. Aber es ist, glaube ich, korrekt, wenn man sagt, hier soll ein Kurswechsel vorgenommen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es geht ja doch überhaupt um gar keine andere Frage.

Gerade vorhin hat der Herr Abgeordnete Josseck erklärt, daß es im Hochbau und in der Bauwirtschaft so große Schwierigkeiten gibt. Selbstverständlich hat das Budget hier einen zu geringen Handlungsspielraum, um dort nachzulegen — ich sage das so deutlich —, um dort zu versuchen, die Konjunktur und damit die Arbeitsplätze zu halten. Das ist es, was man unter Kurswechsel versteht, das ist es, was wir sagen, und es wird uns ja jetzt auch vom Wirtschaftsforschungsinstitut bestätigt, daß es auch in Ansätzen nicht gelungen ist. Wobei ich durchaus der Auffassung bin, daß man das nicht mit einem Mal machen kann, sondern daß Änderungen und Weichenstellungen relativ langsam vor sich zu gehen haben.

Es mag politisch geschickt sein, wenn der Herr Dr. Fischer ein paar Beispiele von irgendwelchen seitlichen Arabesken bringt und meint, eine Milliarde hier mehr und 4 000 Arbeitsplätze dort weniger. Aber, meine Damen und Herren, ein Gag ändert noch nicht die Situation, in der sich Österreich im Moment befindet. Was wir alle wollen und was insgesamt gesehen das Interesse von jedem Österreicher ist, gleichgültig, welche Partei er wählt, ist eine Situation, in der es uns wirtschaftlich so gut wie möglich geht. Niemand in diesem Hause möchte etwas anderes haben, als daß es wirtschaftlich vernünftig geht, und dazu gehört eben eine gewisse Umorientierung der Budgetpolitik. Wir sagen dazu Kurswechsel, und dabei werden wir bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun aber ein weiterer Punkt. Es ist heute sehr viel, auch vom Herrn Abgeordneten Dr. Fischer, über Konsens gesprochen worden. Man gewinnt dabei den Eindruck, als wäre das Reden über Konsens in einer parlamentarischen Demokratie etwas ganz Besonderes. Aber das ist es überhaupt nicht, es ist überhaupt nichts Besonderes.

Ich sage Ihnen meine Auffassung dazu: Der Konsens ist selbst in einem Regierungs-Oppositions-System das Normale. Die Entscheidung durch Mehrheit ist nur die unvermeidliche Notlösung dort, wo der Konsens nicht erreicht werden kann.

Dr. Taus

Daher ist das Reden über Konsens überhaupt nichts Besonderes, denn Konsens ist in meinen Augen und nach meinem Demokratieverständnis — ich bin Gott sei Dank hier nicht allein — der normale Weg, wie sich in einer Demokratie, in einer parlamentarischen Demokratie die politische Willensbildung abzuspielen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wer auf der einen Seite Konsensbereitschaft als Schwäche auslegt, oder wer andererseits den mühsamen und steinigen Weg hin zu einem Konsens für verlorene Zeit hält und die Mehrheit einsetzen will, von dem glaube ich, daß er die geistigen Wurzeln der Demokratie nicht ganz akzeptieren will. Das ist es, wogegen ich mich persönlich wehre. Ich akzeptiere, daß eine Mehrheit diese ihre Mehrheit einsetzt. Das akzeptiere ich, das ist legitim. Aber sie hat es erst dann zu tun, vor allem in wichtigen Fragen, wenn sie sich bemüht, echt bemüht hat, daß eine größtmögliche Übereinstimmung, eben ein Konsens, stattfindet.

Ich habe jetzt nur ein etwas ungutes Gefühl im Magen. Ich habe mich immer dazu bekannt, meiner ganzen Überzeugung nach, wie Demokratie vor sich gehen soll, daß es auf dem konsensualen Weg, auf dem Weg der Übereinstimmung gehen soll. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht. Ich bin auch froh, daß jetzt viel vom Konsens die Rede ist.

Aber ich habe hier eine Befürchtung, die mich nicht ganz losläßt. Diese Befürchtung ist, daß Konsens von der Mehrheit ausschließlich als ein taktisches Instrument verstanden wird. Wenn die Probleme recht groß werden — und sie sind im Moment recht groß —, dann redet man auch vom Konsens, aber ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Mitverantwortung. Über das Mitentscheiden wird schon viel weniger geredet. Es fällt dann das unschöne Wort: Die binden wir dazu ein, die verhaften wir, daß sie dann auch mit dabei gewesen sind.

Ich halte das für ein Mißverständnis, wobei man mich selbst aber nicht mißverstehen soll. Hier geht es gar nicht um eine Mitregierung, um Pakte oder ähnliches mehr. Aber eines ist klar: Wenn man sich über wichtige Fragen einigt, gleichgültig, welche Partei, dann ist das eine Vereinbarung, weil das im Leben und auch im politischen Leben immer so ist. Es geht ja gar nicht anders, als daß eben die Meinungen beider oder vieler, wer halt immer hier mitwirkt, in den endgültigen politischen Willensbildungsprozeß einfließen. Das kann man Vereinbarung nennen, das kann sich in einem Gesetz ausdrücken, das kann sich überall ausdrücken, bis zu einem Entschließungs-

antrag oder was immer hier kommt. Das ist doch die entscheidende Frage.

Ich hätte also hier, wenn schon so viel vom Konsens die Rede ist, doch eine Bitte an alle, nämlich den Konsens nicht taktisch zu mißbrauchen (*Beifall bei der ÖVP*), weil man damit mehr zerschlägt, als man vielleicht bei irgendeiner Einigung erreichen kann.

Aber dann noch zwei Sätze zur Budgetpolitik und zu dem, was man eben Kursänderung von unserer Seite aus nennt. Daß Sie es nicht gerne haben wollen, sehe ich ein.

Sehen Sie, warum muß man unserer Meinung nach den Kurs ändern? Wir haben ja ein Budgetkonzept vorgelegt, das gar keine populären Maßnahmen enthalten hat. Das wissen wir schon. Das ist auch in den eigenen Reihen durchaus nicht so ganz eindeutig akzeptiert worden. Heute denkt man vielleicht ein bißchen anders darüber als noch vor ein paar Jahren, wie das halt immer so ist. Aber wir haben schon gewußt, daß nicht alles populär sein kann.

Aber worum geht es jetzt? Die Regierung hat — und jetzt komme ich auch auf das, was der Dr. Fischer gesagt hat in seinen Ausführungen. Er hat erklärt: Der Opposition würde keine Perle aus der Krone fallen oder so ähnlich, wenn sie akzeptieren würde, daß wir eine relativ niedrige Inflation haben, daß wir die Vollbeschäftigung ganz gut gehalten haben und daß wir unser soziales Sicherheitsnetz aufgehalten haben.

Mir fällt überhaupt keine Perle aus der Krone, wenn ich sage, daß wir eine recht gute Beschäftigung haben, wenn ich sage, daß wir das soziale Sicherheitsnetz gehalten haben, wenn ich sage, daß unsere Inflation zwar jetzt leider Gottes steigt und schon ein bißchen zu hoch ist. Aber da fällt mir überhaupt keine Perle aus der Krone.

Und es fällt mir auch keine Perle aus der Krone, zu sagen: Sie regieren jetzt seit elfeinhalb Jahren, und natürlich schreiben Sie es sich auf Ihre Fahnen. Selbstverständlich. Ob Sie jetzt zu 100 Prozent dafür können oder nur zu 50 Prozent oder nur zu 30 Prozent, ist egal. Wer regiert, schreibt sich eben das, was passiert, auf seine Fahnen. Aber er muß sich auch auf die Fahnen schreiben lassen, was bei ihm schiefgeht, das ist die andere Seite der Medaille. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun, was war denn die Budgetpolitik? Die hat angesetzt mit einem klassischen Keynesianismus. Das haben wir übrigens 1958 auch schon einmal gemacht und dann vielleicht auch in den sechziger Jahren, in den ersten

Dr. Taus

Jahren der ÖVP-Alleinregierung. Das heißt, wir haben gesagt: Wir nehmen höhere Schulden in Kauf und werden das Konjunkturtief durchtauchen.

Das war der Ansatzpunkt der sozialistischen Budgetpolitik, wobei Sie — und das ist der Fehler gewesen, unter dem wir heute leiden — das Hineinheizen zu einer Zeit begonnen haben, als wir noch eine Hochkonjunktur gehabt haben, und unter dem leiden wir heute. (*Abg. Dr. Mock: 1974!*) 1973/74. Wenn das 1975 gewesen wäre, 1976, hätte ja kein Mensch darüber geredet. Aber Sie haben zu früh damit begonnen, weil Sie geglaubt haben, Sie können noch höhere Wachstumsraten herauspressen, die Wirtschaft ist ohnedies manipulierbar. — Und das ist ja die Diskrepanz, über die wir heute hier diskutieren.

Und was haben wir jetzt? Jetzt haben wir natürlich riesige, wenn Sie wollen, Konsumausgaben im Budget, wir haben im Bereich der öffentlichen Hand investiert.

Aber wir haben heute überhaupt keinen Spielraum. In den produktiven Apparat der Wirtschaft Stützen hineinzugeben, was notwendig wäre, dafür sind die Mittel zu eng.

Ich gehe gar nicht soweit, daß ich sage, die öffentlichen Ausgaben müssen eingeschränkt werden, das kriegt man ja nicht hin, sondern wir sagen, sie sollen weniger stark steigen, und das Schwergewicht soll in den produktiven Sektor für den Strukturwandel der Wirtschaft hineingehen. Das ist alles, was wir meinen, gar nichts anderes. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und genau das ist es, was im Budget eben nicht gemacht wurde. Ich sehe es schon ein, unter den Verhältnissen, unter dem Zwang, was immer nun hier passieren kann.

Wir sind einem Strukturwandlungsprozeß unterworfen, der vom Ausland zu uns hereinkommt. Ein kleines Land muß ja immer schauen, daß es schön mitfährt und daß es, wenn es ein entwickelter Industriestaat ist, mithält. Das heißt, daß es versucht, nicht zurückzufallen.

Und das ist das Problem der verstaatlichten Industrie. Ich kann hier von der Österreichischen Volkspartei mit einem gewissen Stolz sagen, daß wir ein jahrzehntelanges Diskussionsthema wirklich entkrampft haben. Für uns ist das Problem „Verstaatlichte Industrie“ mit dem Eigentümer Staat kein innenpolitisches Problem, keine Zerreißprobe für die Partei. Es ist auch kein ideologisches Problem für uns, sondern wir sagen: Ob private, ob verstaatlichte Industrie, wichtig ist, daß sie gewinnträchtig arbeiten, daß sie ordentlich

Steuern zahlen, daß sie, wenn es geht, industriell an der Spitze stehen in der westlichen Welt, daß sie so gut wie möglich sind, private und verstaatlichte. Das ist das Anliegen unserer Politik, aber nicht, daß man ein ideologisches Zauberspiel aufführt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und da liegt nun das Problem. Nicht, daß wir dem im Haus liegenden Gesetzentwurf nicht zustimmen wollen. Das ist nie gesagt worden. Schon 1978 ist von der ÖVP gesagt worden: Das rennt euch schief! Macht doch etwas! Wir sind ja nur die Minderheit. Wir haben hier Anträge gestellt, wir sind auch prompt niedergestimmt worden, weil man geglaubt hat, es geht anders.

Der Herr Dr. Fischer hat gesagt: Dann soll man es doch wenigstens jetzt machen. Wir sind damals sparsam gewesen, weil ihr das zu früh gesagt habt. Jetzt ist es notwendig. — Ganz falsch, jetzt ist es teurer! Hätte man es früher gemacht! Es ist immer dasselbe in der Wirtschaft: Was man früher macht, ist billiger, was man später macht, ist teurer. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Hier hat er falsch argumentiert.

Jetzt nehme ich ein Beispiel heraus. Sehen Sie, ich habe mir hier den ÖIAG-Bericht herausgenommen, der 1979 veröffentlicht wurde — ich arbeite mit keiner Zahl, die nicht publiziert ist —, und darin kommt eine Mentalität zutage — ganz unbewußt, ich glaube nicht einmal, daß die Kollegen, die das verfaßt haben, irgendeine böse Absicht gehabt haben, nicht die geringste —, darin kommt also eine Mentalität zutage, die dem notwendigen Strukturwandel entgegengesetzt ist.

Ich habe den Bericht 1979 und nehme mir hier die Kurzbilanz der VOEST-Alpine heraus, die Jahre 1978/79 betreffend, zurückliegend, gar nicht aktuell. Schon 1978/79 hat die VOEST negativ bilanziert, das heißt, sie hat Verluste gemacht, mußte Rücklagen auflösen und, und. Das ist ja publiziert worden, das weiß jeder auch anderswo.

Und nun kommt das Entscheidende. Der Bericht beginnt damit:

„Das Geschäftsjahr 1979“ — das immerhin ordentlich Verluste gebracht hat — „brachte eine fühlbare Belebung der Geschäftstätigkeit und damit auch eine Umsatzausweitung um 7½ Prozent auf 31,3 Milliarden Schilling.“

Sehen Sie, das ist die Tonnen- und Umsatzmentalität, und mit der richtet man eine Firma zugrunde. Das geht nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das heißt also: Da drinnen liegt es. Ganz unbewußt, aber entlarvend. Das geht so nicht.

Dr. Taus

Nächster Punkt, ich blättere nur um. Dann steht weiter drinnen:

„Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich im Jahre 1979 deutlich entspannt. Ohne Auflösung von Rücklagen ergab sich ein Periodenverlust von 71 Millionen Schilling.“

Das wird als Erfolg gefeiert. Das heißt, man feiert Verluste als Erfolg, weil es ohnehin nicht so groß ist und geht. Dabei ist das Eigenkapital von 1978 auf 1979 — offen ausgewiesen — um mehr als 500 Millionen geringer geworden und die Verschuldung um 5 Milliarden höher.

Sehen Sie, das heißt also: Statt daß hier gesagt wird, wir müssen umstrukturieren, wir müssen jetzt etwas machen, da muß sich etwas ändern, war man zufrieden. Man hat gesagt: Der Umsatz weitet sich aus, wir haben Aufträge, alles bestens — nur, ich verdiene nichts mehr damit. Und bekanntlich kann ich auf die Dauer einen Arbeitsplatz und eine Firma nur halten, wenn sie etwas verdient, wenn der Arbeitsplatz positiv ist. Jetzt kann man nicht immer verdienen. Es gibt schon Perioden, die man durchstehen muß, wo man im Verlust ist. Niemand ist der Wundermann, der ununterbrochen Betriebe in hohem Gewinn hält. Da gibt es nur wenige. Aber im Prinzip geht es um die Mentalität, daß man sagt: Ach Gott, wir haben ohnehin viel Umsatz. Niemand redet vom Gewinn, vom Ertrag.

Jetzt ist das gar kein kapitalistischer Standpunkt oder ein Aktionärsstandpunkt, sondern das ist ein Existenzsicherungsstandpunkt. Denn dann muß man eben zum Steuerzahler gehen, wie das jetzt ist, wobei ich durchaus zugebe, daß das in vielen Ländern passiert und auch in anderen Stahlindustrien passiert.

Aber es ist noch etwas passiert, Herr Bundeskanzler. Ich zitiere jetzt nur einen Teil aus meiner eigenen Erfahrung. Ich habe mir das herausgeschrieben. Das neue Booz-Allen-Gutachten — ich habe einmal mit jemand diskutiert, der mir ein paar Sachen gesagt hat — habe ich nicht studiert, aber ich habe natürlich das Gutachten aus 1968 sehr genau studiert. Ich kann mich genau erinnern — darum habe ich mir die Passagen hier herausgeschrieben —, daß wir im Jahre 1968 — ich will jetzt sehr global sein — in der Eisen- und Stahlindustrie ungefähr drei Viertel der Umsätze im Hüttenbereich gemacht haben mit zwei Dritteln der Belegschaft, allerdings dort nur die Hälfte der Gewinne hatten, und mit einem Viertel der Belegschaft, mit einem Viertel des Umsatzes im final- und weiterverarbeitenden Betrieb, damals schon das Zen-

trum der Gewinne, ungefähr die Hälfte der Gewinne hatten.

Das war damals das Booz-Allen-Gutachten. Das haben wir ohnehin gewußt. Aber es ist ja immer so: Wenn ein Ausländer etwas feststellt in diesem Land, dann gilt das ja als etwas Besseres. Daher zitiere ich Booz-Allen.

Daraufhin haben wir damals gesagt: Fein, bezüglich der Hütte werden wir schauen, daß sie immer konkurrenzfähig bleibt, nicht zuviel expandieren. Aber wir versuchen, relativ stark nun in den Finalbereich zu gehen. Und Sie erinnern sich: Nach einer harten, innerparteilichen Diskussion in der ÖVP ist es damals gelungen, die Türen aufzustoßen und die Verstaatlichte in den Finalbereich hineinzulassen.

Und nun kam die nächste Geschichte, und das ist das Entscheidende: Das neue Booz-Allen-Gutachten soll gesagt haben, daß man jetzt in der Hütte die geringeren Verluste und im Finalbereich viel größere Verluste macht.

Herr Bundeskanzler! Dort ist etwas passiert, das der Generallinie völlig danebenstellungen ist. Da stimmt etwas nicht, das muß man sich anschauen.

Und jetzt kommt unsere Überlegung, und zwar unsere Überlegung zu dem in Rede stehenden Gesetzentwurf, der da ist. Ganz einfach. Herr Kollege Josseck hat vorhin gesagt, daß sie selbstverständlich zustimmen werden, na klar, und daß die ÖVP in einer Schlinge ist, in der sie sich gefangen hat. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Vw. Josseck.*)

Herr Dipl.-Vw. Josseck! Wir sind in keiner Schlinge. Wissen Sie, wer in einer Schlinge ist? Wir sind leider Gottes in diesem Bereich in Österreich, gesamtwirtschaftlich gesehen, in einer Schlinge. Und was wir wollen, ist, daß wir uns alle herausziehen. Wir wollen ja das Boot nicht anbohren, in dem wir sitzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jetzt verlangen wir gar nichts Überdimensioniertes, überhaupt nichts, wir stellen keine Bedingungen. Haben Sie keine Angst, daß hier schwarze Positionen gefordert werden, wiewohl ich zugebe, daß in der Wirtschaft schwarze Zahlen noch immer das beste sind und keine roten und keine blauen. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*) Aber das ist eine zweite Frage. Das Problem liegt woanders.

Was wollen wir denn jetzt? Ich will auch um Gottes willen, damit es nicht mißverstanden wird, keinen riesigen Kontrollmechanismus. Jetzt sage ich etwas sehr Hartes: In die ÖIAG wird aus den Firmen ja ohnehin schon kiloweise Papier hineintransportiert, die kriegen

Dr. Taus

ja schon genug gedrucktes Papier mit Zahlen und allem Drum und Dran. Aber darauf kommt es ja nicht an. Es kommt auch nicht darauf an, daß man jetzt sagt, es muß kontrolliert werden, und alle Revisionsberichte müssen vom Präsidenten vidiert werden oder was immer das gibt. Das ist es nicht.

Es geht um eine ganz andere Frage. Es geht darum, daß für die nächsten zwei, drei Jahre — ich bin für größere Horizonte, längere Perioden nicht zu haben, das kann in der Wirtschaft niemand sagen — hier in diesem Hause oder nur in einem Ausschuß gesagt wird: Schaut her, so schaut das aus — die VOEST hat es ja schon der ÖIAG gegeben —, so werden wir uns entwickeln, und daß das passiert, was in der ganzen westlichen Wirtschaft üblich ist: daß solche Budgetzahlen keine Hausnummern sind, sondern daß diejenigen, die sie vorlegen, und diejenigen, die sie genehmigen, nämlich der Aktionär, und das ist die ÖIAG, sagen: Dazu stehe ich, das hat für mich Verbindlichkeit. — Mehr will ich gar nicht. Auf diesem Weg werden wir uns bewegen.

Und wenn genau das dem Ausschuß hier in diesem Hohen Haus gesagt wird — nie ist etwas anderes verlangt worden —: Das sind die Budgetzahlen, so werden wir uns entwickeln, dazu stehen wir — wir, ÖIAG, und wir, VOEST-Alpine —, dann brauche ich keine Tonnen Papiere und Hunderte Kontrolloren. (*Abg. Dr. Steger: Das gibt es doch jetzt alles!*) Aber nein! Aber, Herr Dr. Steger, nein! Ich bitte, glauben Sie es mir, Herr Dr. Steger. Sie sind nicht verpflichtet, mir etwas zu glauben, aber bemühen Sie sich einmal. Es gibt sie nicht, sondern jetzt werden Tonnen Papiere geliefert, und wenn dann die Zahlen nicht ganz stimmen, dann kümmert sich auch niemand darum. Das ist die entscheidende Frage. Jetzt wird viel Papier geliefert. Ich kann Ihnen noch aus meiner Erfahrung zeigen, welche langen Listen hingegeben werden.

Es geht darum, daß auch hier gesagt wird — gar nicht mehr —: So werden wir uns entwickeln. Aus. Und das Hohe Haus, das über Steuergelder zu befinden hat, wird sagen: Jawohl, das akzeptieren wir. Aus. Schluß. Das hat es bisher nicht gegeben.

Und wenn es das gegeben hat — ich folge Ihnen, Herr Dr. Steger —, dann ist es umso leichter, dann gibt es eigentlich überhaupt keine Diskussion mehr. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Steger: Ich will nur wissen, was das Neue ist!*)

Das ist ganz neu. Was wir verlangt haben,

mehr ist es ja gar nicht, Herr Dr. Steger, das ist etwas, was es vernünftigerweise in jedem Konzern gibt. Wir wollen nur einen gewissen Zwang haben, daß in einem Konzern, auch in einem verstaatlichten Konzern, Zahlen eine gewisse Verbindlichkeit haben und daß Zahlen, die nicht eingehalten werden, zu Konsequenzen zu führen haben. Das ist alles, worum es uns geht: um das Durchziehen einer Meinung und das Durchziehen einer Linie. Um etwas anderes geht es hier überhaupt nicht.

Aber nun eine zweite Frage, die damit zusammenhängt. Nichts junktimiert, aber ich höre von allen Ecken und Enden: Natürlich: Der Verstaatlichten wird geholfen, aber was ist mit uns aus den privaten Bereichen? — Das höre ich nicht nur vom Unternehmer, also vom Eigentümer oder wer das halt ist, ein Gewerbetreibender, ein kleiner Industrieller, sondern auch von den Arbeitnehmern.

Und es wird gesagt: Bei uns sitzt der Steuerprüfer oder sitzen die fünf Steuerprüfer, die ein paar tausend Schilling prüfen, wochenlang da, und dort werden die Steuergelder dann hingegeben. Das muß man doch sehen. Das ist in der Bevölkerung so. Das ist ja auch ein Solidaritätsproblem, das hier eine Rolle spielt. (*Zwischenruf des Abg. Hirscher.*) Einen Moment, so ist es halt!

Sie sind selbst Finanzbeamter. Sie wissen ja genau, wie sich eine Steuerprüfung abspielt. Ich bin immer nur ein Geprüfter gewesen, daher weiß ich es nur von der Seite, wie es sich abspielt. Es ist nicht immer so ganz angenehm. Gut. Aber es ist alles in Ordnung gewesen, die Steuern wurden ordentlich bezahlt.

Nun aber kommt die entscheidende Frage. Die Leute sehen das, und wir wissen ja, daß die Mehrzahl der Menschen, ob selbständig oder unselbständig, ist ja völlig gleichgültig, ihr Geschäft in dem großen privaten Bereich haben.

Jetzt nenne ich Ihnen drei, vier Punkte, die den Leuten besonders unter den Nägeln brennen, die besonders arg sind. Egal, wer das ist, ob Arbeiter, Angestellter, Bauer, Gewerbetreibender, das ist doch völlig gleichgültig, was tut ihm zurzeit besonders weh? Es tut ihm weh, daß er die Kreditkosten nicht mehr erschleppen kann. Das heißt, noch immer ist in Österreich die sogenannte Prime Rate, das ist das, was der Hochfeine kriegt, offiziell 13,25; ich will mich darüber nicht verbreiten.

Das heißt, der normale Mann, der Gewerbetreibende, der kleine Industrielle, der Arbeitnehmer zahlt noch viel mehr, wenn er sich

Dr. Taus

einen Kredit nehmen muß. Er zahlt 15, 16, 17, 18 Prozent manchmal, für Teilzahlungskredite oft noch mehr. Das tut ihm furchtbar weh, er kann das nicht mehr zahlen.

Daher — Gott sei Dank! — fangen die Zinsen zu sinken an. Meine Auffassung dazu, vielleicht sollte man ein bisschen darüber reden, ob sie auch bei uns ein bisschen sinken könnten. Denn was haben wir? Wir haben zurzeit rund 900 Milliarden Schilling Kredite an Nichtbanken. Es wird nicht ganz stimmen, ich sage runde Zahlen. 1 Prozent sind 9 Milliarden, ein riesiger Betrag. 2 Prozent sind 18 Milliarden. Aber das gilt ja für jeden. Das gilt für den, der sich ein Haus baut oder einen Kasten kauft genauso wie für den, der eine Maschine kaufen will und ähnliches mehr.

Was ist daher der Versuch? Der Versuch ist so: Versuchen wir den Leuten im Interesse der Wirtschaft — es wird ihnen nichts geschenkt dabei — die Zinslast in welcher Form immer ein wenig zu erleichtern, ein bisschen zu überbrücken, bis das internationale Niveau heruntergeht. Ich weiß, wie schwierig das ist und welche Implikationen das hat.

Aber wir sind ja zurzeit in der Situation, daß relativ gute Betriebe umfallen, weil sie das einfach nicht mehr zahlen können, und die Banken natürlich nervös sind, Angst haben und zum Zudrehen anfangen. Das ist die Situation, in der wir sind.

Daher ist das ein Punkt, bei dem natürlich nicht nur ein Wirtschaftsvertreter, sondern jeder sagen muß: Versuchen wir, irgend etwas dort zu machen. Wie das geht — Gott, da gibt es viele Wege. Mir würde am meisten gefallen, die Kreditsteuer wäre ein Signal. Aber ich weiß schon, da wird der Finanzminister sagen: Um Gottes willen, da habe ich solche Einnahmen! Es gibt andere Wege auch. — Das ist ein Punkt, den wir hier probieren können.

Ein zweiter Punkt, der auch eine Rolle spielt: Die Arbeiterabfertigung drückt viele so furchtbar: eine kleine Begünstigung, ein bisschen was machen, damit sie eine Chance kriegen.

Nächster Punkt, der den Leuten zeigt, es geschieht für sie auch etwas, sie sind nicht immer nur die, die zahlen sollen. Das muß man doch merken. Ich habe jetzt nur einige Dinge hier angeführt.

Und das dritte ist, man muß natürlich das ganze Paket der industriepolitischen Maßnahmen, der strukturpolitischen Maßnahmen nennen. Es gibt in dem Konsenspapier — beinahe hätte ich gesagt: berühmt — ein paar Punkte, von den Kapitalbeteiligungsgesell-

schaften angefangen über einige andere Fragen, über die man sich einigen kann. Ich meine, das ist ja nicht einmal ein Diskussionsgegenstand, denn darüber ist sich ohnehin jeder im klaren, daß man irgendein Instrument suchen muß, um Eigenkapital zu schaffen, irgend etwas muß man finden, so können wir nicht weitermachen.

Das sind die Dinge, um die es hier geht. Und das ist etwas, wo ich glaube, daß wir leicht einen Konsens finden können. Aber es hat doch jetzt überhaupt keinen Sinn, in der Lage, die, erkennbar für jeden, schwierig ist, nun einfach herzugehen und zu sagen: Justament okay, so ist es.

Es sind keine Bedingungen, sondern das sind die Bedingungen der Vernunft, die ich versucht habe zu formulieren, wobei ich nicht ausschließlich meine, daß die Vernunft auf unserer Seite ist und es auf der anderen Seite keine gibt. Das will ich damit gar nicht gesagt haben, sondern ich möchte nur sagen und andeuten, wohin ich glaube, daß der Konsens gehen kann. Das ist die entscheidende Frage.

Nun ein letzter Satz, weil gestern ein großer AKH-Diskussionstag war. Ich möchte mich zu den politischen Implikationen in diesem Zusammenhang überhaupt nicht äußern, ich möchte jetzt etwas ganz anderes dazu sagen.

Man wird heute, wenn man irgendwo in Europa außerhalb Österreichs verhandelt, schon aufs AKH angesprochen. Die Leute sind ja süffisant, und wir Österreicher haben so lange, die Regierung, muß man sagen, hat so lange gesagt: Wir sind die Allerbesten!, daß es dem einen oder anderen im Ausland eigentlich ganz gut gefällt, wenn sich herausstellt, daß wir das doch nicht sind. Wobei ich jetzt wieder von der Warte der ÖVP aus sagen kann: Wir haben bei aller Auseinandersetzung, die es zwischen SPÖ und ÖVP gegeben hat, über unser Land im Ausland in nicht einem halben Interview irgendeines ÖVP-Mannes irgend etwas Schlechtes über Österreich gesagt. Im Gegenteil. Wir haben uns sogar vorhalten lassen, daß wir im Ausland über Österreich zu gut reden. Das lassen wir uns gerne vorhalten. Ich lasse es mir gerne vorhalten, wenn mir jemand sagt, ich mache das Land im Ausland eher besser, als es vielleicht in Wahrheit ist; das lasse ich mir wirklich gerne vorhalten. Das ist kein Vorwurf. Wir haben das nicht gesagt. Aber jetzt beginnen Interviews, die uns gar nicht guttun.

Nun kommt das Problem AKH. Meine Damen und Herren! Wir können jetzt reden und tun, so viel wir wollen — das AKH ist jetzt doch eine Pleite. Ich rede nicht von der

Dr. Taus

Korruption, die rundherum ist — nicht daß ich sie billige, ganz im Gegenteil! Aber die Hauptfrage ist: Es ist etwas, und das hängt mit dem Budget zusammen.

Wenn jetzt die Chance besteht, die Dinge vielleicht noch einmal in den Griff zu kriegen, dann ist sie vielleicht gegeben, aber dann würde ich Sie etwas bitten: Entscheiden Sie da nicht zu schnell alles! Wenn Sie die Generalunternehmer bestellen, die aus dem Staatsbereich herausnehmen, die verstaatlichte Unternehmen privatisieren, prüfen Sie genau — ich sage gar nicht mehr, wie Sie das machen, wie das geht, wie das verrechnungstechnisch geht, wer aller mitmachen soll —, das ist der erste Punkt, und schalten Sie gleichzeitig, parallel — wieder im privaten Bereich, mit Staatsauftrag — eine Kontrollgesellschaft ein.

Versuchen Sie, bevor nun alles weitergemacht, übergeben wird, gewissermaßen eine Art Bestandsaufnahme zu machen! Das heißt, daß die, die neu übernehmen, der Öffentlichkeit genau sagen, wie der Zustand ist, was es Ihrer Meinung noch kosten wird, und wie lange es dauert.

Das ist jetzt überhaupt keine politische, keine innenpolitische Kritik, nur halt wieder die Vorgangsweise. Machen Sie es nicht anders, und glauben Sie nicht, daß, wenn Sie sagen: Hurra, die VOEST — die genug eigene Probleme hat — wird es jetzt machen!, damit die Sorge vom Tisch ist. Sie ist es nicht!

Sie müssen einen genauen Zustandsbericht haben, müssen genau sagen — das kann man relativ genau —, was das in Zukunft kostet, was man jetzt einsetzen muß, und wie lang es dauert.

Diese Chance gibt es im Moment. Wenn sie noch einmal vertan wird, dann wird die Pleite, die jetzt dort ist, noch einmal größer werden, und alle Österreicher werden sie bezahlen. Und daran, bitte, hat die Österreichische Volkspartei nicht das geringste Interesse. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich daher zum Schluß kommen. Ich verstehe schon, daß ein Regierungspolitiker — und Herr Dr. Fischer vertritt die Regierung — natürlich sehr optimistisch ist. Ich will auch nicht pessimistisch sein. Wenn er alles schönfärbt, so ist das sein gutes Recht. Was soll er sagen? Er kann nicht sagen: Es ist schlecht. No ~~na~~ Nach elfenhalb Jahren Regierung können sie sich ja auf niemanden mehr ausreden, nur mehr auf sich selbst und auf niemand anderen. Auf die Welt allein können Sie sich auch nicht ausreden.

Aber wir haben eine ganze Reihe von Problemen. Vielleicht können wir ein paar mit einem vernünftigen Konsens hier regeln.

Aber dann hätte ich wirklich eine dringende Bitte: Mißbrauchen Sie nicht eine Konsensbereitschaft, verstehen Sie, daß unserer Meinung nach Konsens zur Demokratie gehört. Versuchen wir in dieser gar nicht leichten Lage, mit einigen vernünftigen Maßnahmen zu zeigen, daß wir den Ernst der Lage erkennen, daß alle politischen Parteien bereit sind, daraus Konsequenzen zu ziehen, und daß, wenn es in Österreich nicht ganz gut geht, man bei aller Differenz doch noch in der Lage ist, an einem Strang zu ziehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.53

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Bitte, Herr Bundeskanzler.

13.54

Bundeskanzler Dr. Kreisky (SPÖ): Hohes Haus! Als sich im Vorjahr gezeigt hat, daß in bezug auf die weltwirtschaftliche Entwicklung jedenfalls angenommen werden kann, daß sie so sein wird, daß mit einer längeren Abschwungsphase zu rechnen ist, hat die Bundesregierung und da vor allem die Regierungspartei sich zur Abfassung eines Wirtschaftsprogramms entschlossen, das auf die besondere Situation Bedacht nehmen soll.

Im Zusammenhang damit ist in Österreich eine wirtschaftspolitische Debatte entstanden, zu der auch die anderen Parteien ihren Beitrag geleistet haben.

Ich habe die erarbeiteten Programme sehr aufmerksam studiert und bin zu dem Schluß gekommen, daß in den Programmen der beiden großen Parteien vor allem deutliche Parallelitäten festzustellen waren. Es ist überflüssig, jetzt im einzelnen darauf zu verweisen, aber ich bin dazu natürlich jederzeit bereit.

Das hat mich veranlaßt, in der Öffentlichkeit zu erklären, daß es in Anbetracht der besonderen Situation, der weltwirtschaftlichen Entwicklung und der Politik, die vor allem von den Vereinigten Staaten inanguriert wurde, zweckmäßig wäre, herauszufinden zu versuchen, wieweit wir — und hier decken sich meine Auffassungen mit denen meines Vorredners — zu einem wirtschaftspolitischen Konsens zu kommen in der Lage sind.

Es ist auch zwischen dem Bundesparteiohmann Dr. Mock und mir sehr rasch eine Übereinstimmung dahin gehend gefunden worden, daß wir eine Expertengruppe beauftragen sol-

Bundeskanzler Dr. Kreisky

len, hier herauszufinden, wo diese Parallelitäten vorhanden sind, wo eine solche Übereinstimmung besteht, und ob wir die daraus sich ergebenden Konsequenzen dann im politischen Bereich ziehen können.

Es hat nun eine abschließende, eine vorläufig abschließende Besprechung zwischen dem Herrn Bundesparteibeamten Dr. Mock und mir stattgefunden, bei der wir übereingekommen sind, daß das von den Experten beider Parteien erarbeitete Positionspapier nun Gegenstand der Parteienverhandlungen sein soll, die ich für den 10. Dezember einberufen werde.

Bei dieser Gelegenheit besteht nun die Absicht, Klarheit darüber zu schaffen, inwieweit diese Feststellungen, die in dem Expertenpapier getroffen wurden, der praktischen Verwirklichung zugeführt werden können.

Wenn man sich dieses Papier ansieht, dann sieht man, daß es im ersten Teil eine Reihe allgemeiner Grundsätze enthält, von denen nicht erwartet werden kann, daß sie unverzüglich der Verwirklichung zugeführt werden.

Aber es gibt im zweiten Teil sehr wohl eine ganze Reihe von Vorschlägen, Ideen und Maßnahmen — Herr Dr. Taus hat ja an diesen Vorarbeiten teilgenommen —, die es durchaus wahrscheinlich erscheinen lassen, daß wir in der einen oder anderen sehr wesentlichen Frage zu einer Verständigung kommen können.

Es ist meiner Meinung nach ein bißchen zu früh, jetzt schon im Detail auf die einzelnen Fragen einzugehen. Sicher ist aber, daß die Möglichkeit besteht, in gewissen Fragen zu übereinstimmenden Auffassungen zu kommen.

Ich teile die Auffassung des Herrn Dr. Taus, daß es wünschenswert ist, daß in einer parlamentarischen Demokratie — soweit es irgendwie geht — die entscheidenden Fragen durch Konsens erledigt werden. Es gehört ja mit zu den großen Leistungen des österreichischen Parlamentarismus, daß in der Vergangenheit in den allermeisten und für das österreichische Volk entscheidendsten Fragen eine weitgehende Übereinstimmung erzielt werden konnte. Daß sich aber dann irgendwann einmal die Geister scheiden müssen, das ist bei Parteien, die schließlich auch weltanschaulich verschiedene Verankerungen haben, natürlich, selbstverständlich, und das ist natürlich eigentlich die Lebensluft und die Lebenslust der Demokratie.

Hier möchte ich nun gerne noch ein paar kurze Feststellungen machen. Der Ordnung

halber will ich mitteilen, daß es einen Entschließungsantrag über regionalpolitische Maßnahmen, besonders in Randgebieten, gibt, dem seinerzeit die Sozialistische Partei und die Freiheitliche Partei beigetreten sind.

Auch diese Arbeitsgruppe, die aus beiden Parteien gebildet wurde, hat ihre Arbeiten abgeschlossen, und auch hierüber wird am 11. Dezember eine Beratung stattfinden, um festzustellen, wieweit hier eine gewisse, sagen wir, Übereinstimmung erzielt werden kann.

Nun möchte ich Ihnen gerne die letzten Zahlen der Arbeitslosenstatistik geben, wie ich sie soeben vom Sozialminister erhalten habe.

Es ist sicher richtig, daß die Arbeitslosenzahl in den letzten Wochen eine Steigerung erfahren hat. Wir halten gegenwärtig bei 3,3 Prozent Arbeitslosigkeit; das ist um 28 000 mehr als im Vorjahr.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß immer noch um 10 000 Menschen mehr in Arbeit stehen als voriges Jahr, und es ist zu berücksichtigen, daß die Durchschnittsarbeitslosigkeit für dieses Jahr, die man jetzt schon abschätzen kann, 2,4 Prozent sein wird, also weiterhin eine Rekordzahl bleibt. Das kann nicht bestritten werden angesichts der gigantischen Arbeitslosenzahl, die es etwa in mit Österreich vergleichbaren Ländern — nehmen Sie etwa Belgien mit fast einer halben Million — gibt.

Man darf auch nicht übersehen, daß in Österreich immer noch über 170 000 ausländische Arbeiter beschäftigt sind. Die Zahl der ausländischen Arbeiter ist lediglich um 9 000 zurückgegangen.

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit — was noch einer besonderen Analyse bedarf — ist zum großen Teil auf die durch die Bauwirtschaft verursachte Saisonarbeitslosigkeit zurückzuführen, aber es ist keine Frage, daß es zum ersten Mal im Textilbereich und im Metallbereich eine leicht ansteigende Tendenz gibt.

Immer noch ist die Zahl der verfügbaren Lehrstellen in Österreich größer als die Nachfrage. Nur gibt es geographisch gewisse Disproportionalitäten, die uns natürlich eine gewisse Sorge bereiten.

Ich möchte aber gerne noch auf das zu sprechen kommen, was hier der Herr Abgeordnete Dr. Taus erwähnt hat, nämlich daß die Wirtschaft im höchsten Maße durch die teuren Kredite betroffen ist.

Herr Doktor Taus, wir haben ja fast ein

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Jahrzehnt gemeinsam diese Probleme der verstaatlichten Industrie diskutiert, und ich möchte auch vor dem Hohen Haus gerne sagen, daß ich es als eine der großen Errungenschaften betrachte, daß es uns gelungen ist, die Probleme der verstaatlichten Industrie aus der Tagespolitik fernzuhalten, und ich hoffe, daß das auch in Zukunft geschehen wird. Ich jedenfalls will als der zuständige Ressortminister alles tun, um das auch in Zukunft zu gewährleisten.

Es ist sicher richtig, daß die Verteuerung der Kredite als eine schwere Last empfunden wird, aber ich muß doch auch sagen, daß wir diesem Umstand in einem doch sehr beträchtlichen Maß in der Vergangenheit immer Rechnung getragen haben. Ich erinnere an die massive Zinsstützungsaktion, die eine der Hauptursachen dafür war, daß es in einer Zeit, in der in anderen Ländern Europas die Investitionstätigkeit fast zum Erliegen gekommen ist, in Österreich weiter eine doch relativ hohe Investitionstätigkeit gegeben hat.

Man darf aber nicht unterschätzen — hier geht es um Milliardenbeträge. Ich habe mir das herausrechnen lassen. Hier hat auch die private Wirtschaft einen beträchtlichen Anteil gehabt. Es hat damit auch eine starke Verzögerung der Krise gegeben, die der österreichischen Wirtschaft zugute gekommen ist.

Ich möchte schließlich sagen, daß sich die Art, wie wir die ERP-Verwaltung durchführen, gleichfalls vorteilhaft ausgewirkt hat, weil durch die Zurverfügungstellung von ERP-Mitteln zu sehr günstigen Bedingungen, in besonderen Krisengebieten zu besonders günstigen Bedingungen, eine regionale Wirtschaftspolitik gemacht werden konnte, die ja auch von den Länderpolitikern anerkannt wird.

Ich will aber nicht bestreiten, daß in Anbetracht der Entwicklung, die wir jetzt sehen, und in Anbetracht der Schwierigkeiten, die es gibt, der Frage der Verbilligung von Krediten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, und ich kann schon heute sagen, daß die zuständigen Ressortminister intensive Vorarbeiten leisten und vor allem, was den Bereich der Bauwirtschaft betrifft, gewisse Vorschläge und Maßnahmen ausarbeiten, von denen wir glauben, daß sie uns helfen werden, diese relativ schwierige Situation zu überbrücken.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Taus meint, daß eine zusätzliche Verpflichtung zur Information besteht, wenn einem verstaatlichten Unternehmen über das Budget oder indirekt über die ÖIAG Mittel zugeführt wer-

den, die aus Steuermitteln kommen, so teile ich diese Auffassung. Ich habe das dem Herrn Bundesparteiobmann Dr. Mock schon letztes Mal gesagt. Ich verstehe durchaus, daß dann, wenn wir uns dazu entschließen — was ja lange Zeit nicht geschehen ist —, daß wir etwa der VOEST-Alpine einen besonderen Betrag als Strukturhilfe zuführen, die VOEST-Alpine verpflichtet wird, direkt oder im Wege der ÖIAG einem Unterausschuß oder dem Verstaatlichtenausschuß unter der Voraussetzung der Vertraulichkeit zu berichten, was alles mit diesem Geld geschehen ist, welche Entwicklung die Gesellschaft genommen hat; das halte ich für selbstverständlich, und ich kann dem Hohen Haus die Versicherung abgeben, daß ich mich in dieser Richtung selbstverständlich verwenden werde.

Ich glaube auch, daß das von dem Unternehmen selbst als selbstverständlich betrachtet wird.

Ich möchte auch einige der Direktoren in Schutz nehmen; schließlich muß sie ja irgend jemand in Schutz nehmen. Es kann schon sein, daß sie, wenn sie in eine ungewöhnliche Situation kommen und von der Öffentlichkeit aus unter scharfen Beschuß geraten, nicht immer mit der Ruhe und Ausgeglichenheit reagieren, wie das Politiker tun müssen oder tun sollen. Daher gibt es gewisse Äußerungen, in bezug auf die ich jetzt schon bitte, sie nicht zu sehr auf die Goldwaage zu legen. Sie waren sicherlich nicht in einem antipolitischen, vielleicht schon eher in einem apolitischen Sinne gemeint.

Ich möchte die Debatte nicht allzusehr aufhalten, muß aber auf eine Frage doch auch antworten, obwohl sie meinen Ressortbereich nicht direkt betrifft, ich trage aber dabei insofern eine Verantwortung, als ich mich in der Öffentlichkeit dazu geäußert habe. Es geht um die Frage der Abfangjäger. Und ich bin dem Herrn Abgeordneten Josseck dankbar, daß er mir Gelegenheit gibt, vor dem Hohen Haus meine Auffassung zu sagen.

In der Geschichte der österreichischen Neutralität hat es glücklicherweise — und das ist doch eine vierteljahrhundertlange Geschichte — keine territoriale Neutralitätsverletzung gegeben, hingegen gab es zweimal jedenfalls sehr ernste Verletzungen unserer Lufthoheit, und zwar wurde diese Lufthoheit gleichermaßen von einer westlichen und von einer östlichen Macht mißachtet. So gesehen haben Abfangjäger natürlich ihre Bedeutung. Sie sind keine Waffe im eigentlichen Sinn, sondern sie sind ein Mittel, fremden Flugzeugen mitzuteilen, daß sie den österreichischen Luftraum verletzt haben, und man sagte, und die

Bundeskanzler Dr. Kreisky

langen Diskussionen im Verteidigungsrat haben mir das bewiesen, daß offenbar ganz bestimmte Flugzeuge hierfür eine besondere Voraussetzung haben.

Ich selber kann mich an die Zeit im Krieg erinnern, als für die Schweiz und für Schweden diese Frage von höchster Aktualität war, und ich weiß, wie geradezu lebensgefährlich es mitten im Krieg gewesen ist, wenn etwa einer dieser neutralen Staaten seinen Luftraum verletzende Flugzeuge abgeschossen hat. Denn das ist sicherlich eine Methode, die zwar probat ist, sofern man die Flugzeuge erwischt, aber auf der anderen Seite natürlich geeignet ist, unglaubliche Komplikationen herbeizuführen.

Eine Luftraumüberwachung ist daher durchaus vernünftig. Nur hat sich gezeigt — und das haben wir immer gesagt —, daß die Entscheidung für ein System und die Entscheidung für ein Flugzeug noch nicht bedeuten kann, daß wir auch das Geld haben, es uns anzuschaffen. Und hier geht es um gigantische Beträge für ein Flugzeug des allerletzten, fast möchte ich sagen des hypermodernsten Typs, und hierfür haben wir unter den gegebenen Bedingungen die Mittel nicht.

Es stellt sich also die Frage: Was soll hier geschehen? Ich kann ja auch in Parenthese gleich sagen, wie sich das mit dem Kompensationsgeschäft verhält. Natürlich haben diejenigen, die uns diese Flugzeuge verkaufen wollten, uns diesen Kauf ganz begreiflicherweise schmackhaft machen wollen dadurch, daß sie gesagt haben: Wir werden eure Leistungsbilanz dadurch nicht sehr belasten, weil wir im Prinzip bereit sind, für diese Beträge, die das kostet, Waren aus der österreichischen Produktion zu beziehen. Nun hat das alles den Nachteil, daß das zwei ganz verschiedene Kassen sind, in die das Geld fließt und aus der das Geld fließt: Das eine sind die Kassen der Unternehmungen, die dafür bezahlt werden, daß sie liefern. Die andere Kasse ist das Budget, und dort gibt es das Geld leider nicht.

Aber, Herr Abgeordneter Josseck, ich halte es für kein so großes Malheur, daß man sich in Ranshofen und bei der VEW den Kopf zerbrochen hat, wie man sich für eine Zukunftsindustrie, die in den nächsten Jahren auf jeden Fall große Anforderungen stellen wird an die Wirtschaft, wie man sich für so eine Aufgabe bereithält. Denn es ist ja eine bekannte Tatsache, daß es im Bereich der Flugzeugindustrie in den nächsten Jahren Engpässe geben wird, und jede vorausblickende Industrie, die sich hier auf diesem Gebiet betätigt, sagen wir, forschungsmäßig

oder entwicklungsmäßig, wird das riskieren müssen, will sie überhaupt die Zeichen der Zeit erkennen. Ich bin also nicht der Meinung, daß durch den Umstand, daß sich Ranshofen jetzt so stark auf diese Frage der Flugzeugmetallurgie eingelassen hat, ein Fehler passiert ist, sondern ich frage mich, warum sie das nicht schon früher gemacht haben, um hier leistungsfähiger zu sein. Denn jeder weiß, daß auf diesem Gebiet große Aufträge zu erwarten sind; das weiß man aus der deutschen Industrie, das weiß man auch aus der amerikanischen Industrie.

Das wollte ich sagen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß wir im Augenblick nicht in der Lage sind, uns zu einer so gewaltigen Ausgabe vom Budget her zu entschließen, weil man uns mit Recht vorgeworfen hätte: Für soundso viele Dinge gibt es das Geld nicht, für die Abfangjäger gibt es das Geld.

Ich möchte aber noch einmal unterstreichen: Ich bin überzeugt, daß das österreichische Bundesheer Abfangjäger braucht und daß man sich in Anbetracht der budgetären Situation eben den Kopf zerbrechen muß, wie man diese Phase, in der wir diese Möglichkeiten der Anschaffung solcher teurer Geräte nicht haben, überbrückt.

Ich kann dazu im Augenblick nichts sagen, aber ich bin überzeugt davon, daß hier Möglichkeiten bestehen. Ich glaube, daß ich damit auf einige der Fragen eingegangen bin, die in der Diskussion releviert wurden.

Noch einmal möchte ich sagen, daß sich die Bundesregierung der besonderen Problematik der heutigen Situation bewußt ist und daß sie jedenfalls fest entschlossen ist, innerhalb der nächsten Wochen jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, jene Position zu gewährleisten, die sich Österreich in den letzten Jahren errungen hat. Wer sich so wie ich an die Zeit der großen Not und der Arbeitslosigkeit erinnern kann, wer weiß, wie es in den dreißiger Jahren ausgeschaut hat, der weiß es zu schätzen, was alles in Österreich in diesen Jahrzehnten erreicht wurde, weiß, was es für ein kostbares Gut ist, das wir uns hier in diesen Jahren errungen haben, nämlich, unsere Lebensfähigkeit außer jeden Zweifel zu stellen. Und das zeigt die Wirtschaftslage deutlich. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)* 14.14

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Czettel. Ich erteile ihm das Wort.

14.14

Abgeordneter **Czettel** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Obwohl der Herr Bundes-

Czettel

kanzler eindeutig zum Konsens in der Demokratie Stellung genommen hat, möchte ich doch einige Worte auch noch dazu sagen. Ich bedaure es, daß der Herr Dr. Taus bereits den Saal verlassen hat. Aber es ist ja so, daß in diesem Haus kaum ein Abgeordneter sitzt, der nicht zumindestens verbal sich zum Konsens in der Demokratie bekennt. Man muß annehmen, und ich bin überzeugt davon, daß viele darunter sind, die es absolut ernst damit meinen.

Aber nicht nur in diesem Hohen Haus ist der Konsens notwendig oder gibt Auskunft über die Möglichkeit unseres politischen Zusammenlebens, sondern der Konsens ist ja, wenn Sie wollen, meine Damen und Herren, zur Philosophie unseres politischen Zusammenlebens in Österreich geworden. Denn dieser Konsens wird ja in vielen Bereichen tagtäglich, wenn Sie wollen stündlich, praktiziert und geübt. Die Sozialpartnerschaft basiert ausschließlich auf dem Konsenswillen aller in der Sozialpartnerschaft Tätigen, ob das in den Gewerkschaften ist, ob das in der Bundeswirtschaftskammer ist oder in den Interessenvertretungen insgesamt. Die Sozialpartnerschaft ist ja auf dem Konsens aufgebaut, und die Sozialpartnerschaft funktioniert nach wie vor ausgezeichnet. Viele, die aus dem Ausland nach Österreich kommen, wollen das studieren und wollen sich diese Philosophie aneignen. Das geht nur nicht immer in jedem Fall.

Aber, meine Damen und Herren, es soll nicht nur eine verbale Übung sein, sich zum Konsens zu bekennen. Denn gerade in dieser Zeit, in der es notwendig ist, wirtschaftspolitische Notwendigkeiten zu diskutieren, wirtschaftspolitische Grundsätze zu diskutieren, tritt der Konsens in den Hintergrund, offiziell, in der Optik, denn wir alle leben in dieser Zeit von Polemiken, die die echten Probleme und die echten Lösungsmöglichkeiten zudecken. Denn wo ist denn hier der Konsens zu suchen, wenn im Unterausschuß, der sich mit dem Abgabenänderungsgesetz zu beschäftigen hatte, sich die große Fraktion bemüht, den Wünschen der Österreichischen Volkspartei näherzukommen, lange die Lösungsmöglichkeiten diskutiert und dann auf die Frage, ob sie überhaupt bereit wäre, wenn alle ihre Wünsche erfüllt würden, diesem Gesetz zuzustimmen, mit einem klaren Nein antwortet? Das heißt, man stellt einen Forderungskatalog auf, will diesen durchsetzen, hat aber überhaupt nicht die Absicht, dem Gesetz zuzustimmen.

Hier wäre der praktische Beweis zu liefern gewesen, ob man konsensbereit ist oder nicht. Und da gibt es Beispiele aus dem täglichen

Leben, aus dem parlamentarischen Leben, die man hier anführen könnte, daß man sich natürlich bemühen muß, um zum Konsens zu kommen. Denn, wie der Herr Bundeskanzler gezeigt hat, dort, wo es lebenswichtig ist, wird dieser Konsens geübt. Das zeigen die Gespräche, die zwischen dem Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei und dem Bundeskanzler geführt wurden. Das zeigen auch die Gespräche, die zwischen den Expertenkomitees geführt wurden, die die Aufgabe hatten, die Wirtschaftsprogramme zu testen, wie weit es denn da Möglichkeiten des gemeinsamen Wirkens geben kann.

Ich habe vorhin gesagt, meine Damen und Herren, daß das Polemisieren es so schwer macht, über die wirklichen Probleme zu reden, und daß wir Tag für Tag mit Polemiken überschüttet werden. Ich habe mit Enttäuschung auch heute wieder erleben müssen, daß man ohne Polemisieren auch in der Politik hier in diesem Haus nicht auskommt.

Wenn man sich die Rede des Herrn Dr. Mock anschaut, dann sieht man auf der ersten Seite einen typischen Beweis für eine Polemik, etwa wenn hier steht: 55 Prozent der Bürger dieses Landes erklärten vor kurzem bei einer Befragung, Sorge um ihre berufliche Zukunft zu haben. — Das ist eine durchaus legitime Feststellung. Aber wenn dann gleich steht: Um 43,4 Prozent hat die Zahl jener zugenommen, die in den Mißbrauch von Drogen flüchten, eine steigende Anzahl von Ehescheidungen bringen Enttäuschungen, Verlust an Glück und Sicherheit und Freude für viele Familien, und man bringt diese Feststellung in einen Zusammenhang mit der zur Diskussion stehenden Wirtschaftspolitik in der Bundesregierung, dann will man hier zum Ausdruck bringen, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung etwa schuld ist am zunehmenden Drogenmißbrauch, meine Damen und Herren, an zunehmenden Ehescheidungen. Na, wenn das keine Polemik ist, dann weiß ich nicht! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Auf der ersten Seite dieser Rede ist ebenso zu finden, daß die Konkurse und Ausgleiche in Österreich mit 1 076 in den ersten neun Monaten in diesem Jahr besonders hoch waren. Sie haben in den letzten zwei Jahren um mehr als ein Fünftel zugenommen. — Das ist unbestritten. Das sind statistische Ziffern, die man ganz einfach feststellen kann.

Aber jeder, der sich mit diesem Problem im besonderen beschäftigt, weiß auch, daß die Begründungen, die zu diesen Konkursen geführt haben, nicht unbedingt in der Wirtschaftspolitik zu suchen sind, sondern daß es sich — die Statistiken zeigen das, und auch

Czettel

die Begründungen der Kreditschutzverbände — um Managementfehler in einem hohen Ausmaß handelt.

Professor Tichy, der von der Österreichischen Volkspartei so gern zitiert wird — und daher auch heute vom Herrn Obmann der Volkspartei zitiert wurde —, hat vor nicht allzulanger Zeit festgestellt, daß es in einer Zeit der Rezession, in einer Zeit der schweren Krisenerscheinungen ganz einfach zu der wirtschaftlichen Entwicklungen gehört, daß Betriebe in Konkurs gehen. Er sagte: Das ist ein Reinigungsprozeß, den man akzeptieren muß, den man nicht künstlich aufhalten soll.

Das sagte der Herr Professor Tichy, Zeuge der Österreichischen Volkspartei. Meine Damen und Herren! Auf der ersten Seite der Rede des Herrn Bundesobmannes der Österreichischen Volkspartei wird das aber der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung angelastet.

Wenn man sich die zweite Seite anschaut, dann muß man lesen: Es geht den jungen Menschen nicht nur darum, daß für sie etwas getan wird, sondern daß sie selbst etwas tun können. Dazu können auch vom Budget viele Ansätze ausgehen.

Meine Damen und Herren! Das ist eine verbale, eine rein verbale Feststellung, wenn Sie wollen. Seit dem Jahr 1975 gibt es Krisenerscheinungen auf der ganzen Welt, seit dem Jahr 1975 konzentriert sich die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung auf die Verhinderung der Arbeitslosigkeit und im speziellen auf die Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit. Wenn der Herr Bundeskanzler vorhin bei seiner Wortmeldung gesagt hat, es ist gelungen, die Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern, es gibt in Österreich noch immer — wir wissen schon: regional verschieden, aber immerhin — mehr angebotene freie Lehrstellen als Lehrstellensuchende vorhanden sind, dann ist das ein Erfolg der Wirtschaftspolitik und dann ist das eine Feststellung, die man treffen muß, will man ehrlich mit der Politik umgehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte gleich wieder unseren Wunsch und die Forderung anschließen, die wir als Funktionäre der Interessenvertretungen haben, daß nach wie vor die Sicherung der Arbeitsplätze und die Verhinderung der Arbeitslosigkeit eine der wichtigsten Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik der nächsten Wochen und Monate sein muß.

Weil ich vorhin von Polemiken geredet habe, meine Damen und Herren: Da muß ich ein kleines Erlebnis schildern, das mich schon einigermaßen getroffen hat.

Am Freitag nachmittag höre ich im Radio eine Belangsendung der Landes-Landwirtschaftskammer von Niederösterreich. In dieser hatte der Herr Präsident Bierbaum, den wir aus der Paritätischen Kommission, aus den Verhandlungen über die Probleme der Agrarwirtschaft gut kennen, folgendes festgestellt:

Wir, die niederösterreichischen Bauern und die Bauern der Österreichischen Volkspartei, sind für die verstaatlichte Industrie. Wir wissen, daß sie ein wichtiger Teil der österreichischen Wirtschaft ist. Aber es ist geradezu eine Schande, wie man die Bauern behandelt, der verstaatlichten Industrie aber schmeißt man quasi — das hat er nicht wortwörtlich gesagt — die Milliarden nur so vor die Füße.

Das hat mich sehr empört, weil ich aus meiner Tätigkeit in der Paritätischen Kommission ja weiß, wie viel wir gerade für den Agrarsektor tun. Ich habe mir herausrechnen lassen, was denn in der Zeit von 1975 bis 1981 für den Agrarbereich gemacht wurde, aus öffentlichen Mitteln gemacht wurde.

Meine Damen und Herren! Ich bin auf Ziffern gekommen, die unglaublich sind, schaut man die Proportionen momentan an. Die Förderungsmaßnahmen, die Mittel für die Förderung der Bauern, die in der Zeit von 1975 bis 1981 gekommen sind — Grüner Plan, Preisstützung, Vermarktung und Exportstützung, Zuwendung für die Sozialversicherungen der Bauern —, haben betragen:

Im Jahr 1975 — 11,8 Milliarden Schilling, im Jahr 1976 — 12,5 Milliarden Schilling, im Jahr 1977 — 13,7 Milliarden Schilling, im Jahr 1978 — 15 Milliarden Schilling, im Jahr 1979 — 16 Milliarden Schilling, im Jahr 1980 — 15,8 Milliarden Schilling, und im Jahr 1981 werden sie 16,5 Milliarden Schilling ausmachen.

Das heißt: Das sind Geldmittel für die Bauern — vollkommen berechtigt, sage ich dazu, weil wir ja immer zustimmen und durchaus dafür sind, daß diese Mittel dorthin kommen — im Ausmaß von 101 Milliarden Schilling in den sieben Jahren von 1975 bis 1981 gewesen.

Ich betone noch einmal: Es zeigt sich kein Neidkomplex bei mir. Aber das sind die Mittel, von denen wir glauben, daß sie die Bauern brauchen, damit sie im Sinne Österreichs, im Sinne der österreichischen Menschen, im Rahmen der österreichischen Volkswirtschaft ihre Aufgabe erfüllen können. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Es kriegen nicht alle Mittel die Bauern!)*

Herr Abgeordneter! Ich bin gern bereit,

Czettel

Ihnen Unterlagen zu liefern, und dann können Sie reden. Aber nicht aus dem Handgelenk. Das sind wir bei uns nicht gewöhnt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Wenn ich hier Ziffern nenne, dann haben sie Hand und Fuß, Sie aber sitzen da und sagen das aus dem Handgelenk. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Ich weiß das!)*

Was haben die Bauern für die österreichische Gesellschaft finanziell getan, was haben sie dazu beigetragen, um in den Topf etwas hineinzulegen, aus dem sie diese 101 Milliarden Schilling — Milliarden! — in diesen sieben Jahren bekommen? — Die persönlichen Steuerleistungen, die Umsatzsteuer und die Beiträge für die Sozialversicherung haben betragen:

Im Jahr 1975 — 807 Millionen Schilling, im Jahr 1976 — 803 Millionen Schilling, im Jahr 1977 — 759 Millionen Schilling, im Jahr 1978 — 799 Millionen Schilling, im Jahr 1979 — 844 Millionen Schilling, und im Jahr 1980 — 957 Millionen Schilling.

Wenn ich die Beträge für das Jahr 1981 in der gleichen Größenordnung dazugebe — etwa 1 Milliarde Schilling —, dann haben sie in diesen sieben Jahren 6 Milliarden Schilling einbezahlt, und zwar an Steuerleistungen und an Beiträgen für die Sozialversicherung. Das heißt: Sie haben 6 Milliarden Schilling zum Gesamtaufkommen beigetragen und 101 Milliarden Schilling haben sie bekommen.

Das haben wir alle gemeinsam erwirtschaftet. Ich sage noch einmal: Von unserem Standpunkt aus vollkommen berechtigt. Aber wenn man dann die Meinung des Herrn Präsident Bierbaum hört, die er geäußert hat, daß es eine Schande ist, wie man die Landwirtschaft behandelt, aber der verstaatlichten Industrie das Geld vor die Füße wirft, dann zeigt sich das in einem Licht, das unglaublich ist. — Das ist die Polemik, die uns daran hindert, meine Damen und Herren, über wirtschaftspolitische Fragen da oder dort vernünftig und mit aller Klarheit zu reden.

Wenn heute bei der Diskussion herausgekommen ist, daß für die Wirtschaft in diesem Budget 1982 nichts gemacht wird, dann möchte ich daran erinnern, daß auch dieses Budget für die Wirtschaft außerordentlich viel bringt: Für die Zinsenstützungsaktion 700 Millionen Schilling, für die BÜRGE-Aktionen 778 Millionen Schilling, für die Exportförderung 2,8 Milliarden Schilling, für die Arbeitsmarktförderung — ein wichtiger Bereich in dieser Situation — 1,6 Milliarden Schilling und für den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft 465 Millionen Schilling.

Das heißt: Auch dieses Budget liefert wieder finanzielle Mittel der Wirtschaft, damit sie in der Lage ist, die sicher schwierigen Probleme zu meistern. Und außerdem gibt es einen Konjunkturausgleich-Voranschlag für das Jahr 1982 im Ausmaß von 5,3 Milliarden Schilling, der es möglich macht, wenn es kritisch wird, da und dort wieder zu helfen.

Aber hier, meine Damen und Herren, zeigt sich die Polemik wieder: Hier ist wiederholt die Frage der Textillösung Ost gekommen.

Es hat den Anschein gehabt, als wäre die Bundesregierung schuld. Erstens ist zu der Entwicklung in der Textilindustrie grundsätzlich zu sagen: Jeder, der damit zu tun hat, weiß, daß es eine weltweite negative Entwicklung in diesem Bereich gibt. Aber jeder, der mit den Dingen etwas zu tun hat, weiß auch, wer die Männer waren, die um das Geld zur Bundesregierung gekommen sind. Ich kann Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen: Da war nicht ein sozialistischer Manager dabei, der das verlangt hat, und schon gar kein Textilfabrikant, der unserer Partei oder unserer Fraktion angehört. Das waren alles Männer aus dem Bereich der Österreichischen Volkspartei. Prominente Männer. — Und heute wird das der Bundesregierung zur Last gelegt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Unter diesen Voraussetzungen ist es natürlich sehr schwer, dann, wenn es notwendig ist, Mithilfe bereitzustellen, weil man dann immer Gefahr läuft, daß das hier in diesem Haus etwa als Fehlleistung der Bundesregierung ausgelegt wird.

Es ist fast müßig, über die wirtschaftspolitischen Fakten, die dieses Budget zeigt, zu reden. Es ist vom Finanzminister bei der 1. Lesung das Budget als ein Sparbudget deklariert geworden. Das ist es in der Tat, denn die Ausgaben entwickeln sich, nimmt man die Schuldentilgung und die Zinsenverpflichtungen, die es halt gibt, weg, nur um 4,9 Prozent, das heißt, die Entwicklung liegt unter der Steigerung der Inflationsrate. Es ist ein eingeschränktes, ein restriktives Budget; aber man darf nie vergessen, daß man ein solches Budget nicht nur zu diesem Zeitpunkt betrachten kann, sondern daß man auf ein Jahr hin zu rechnen hat, daß sich die Dinge weltwirtschaftlich wesentlich verschlechtern, daß der Finanzminister dann nicht nur das Recht, sondern auch die Verpflichtung hat, hier einzuspringen.

Wir wissen alle, daß es in dieser Phase der weltwirtschaftlichen Entwicklung seit 1975 kurzfristig zu dramatischen Entwicklungen kommen kann und daß man dann eben ein-

Czettel

schreiten muß, ohne daß man sich das unter Umständen in einem bestimmten Ausmaß vorgenommen hat. Daher finde ich es eigenartig, wenn Politiker hergehen und ein Patentrezept für die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme haben, wenn man auf der ganzen Welt diese Patentregelung noch nicht gefunden hat.

Und wenn hier zitiert wird — der Herr Bundesobmann Mock hat es gemacht —, es hat ein deutscher Publizist gesagt, die sozialistische Wirtschaft hat noch alle Staaten, selbst die größten Industriestaaten, in Schwierigkeiten gebracht oder zugrunde gerichtet, dann braucht man sich nur die Landkarte anzuschauen, dann sieht man, daß es gerade die von den Konservativen verwalteten Länder sind, die die größten Schwierigkeiten haben. Und wenn ich das als Funktionär einer Arbeitnehmerinteressenvertretung betrachte, dann muß ich sagen, daß dort die Arbeitnehmer die Opfer dieser Wirtschaftspolitik sind.

Meine Damen und Herren! Soweit wird es in Österreich nicht kommen, auch deswegen, weil wir starke Interessenvertretungen haben, die die Arbeitnehmer schützen, weil wir eine Bundesregierung haben, die eine für die Arbeitnehmer richtige Wirtschaftspolitik betreibt, und weil hier in diesem Haus ja schließlich alle Fraktionen erklärt haben, daß sie für die Sicherung der Arbeitsplätze sind und die Vollbeschäftigung mitaufrechterhalten wollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie wollen, ist gerade diese Willenserklärung ein typisches Zeichen auch des Konsenses, den es in Österreich gibt, ein Konsens, von dem wir in Wirklichkeit seit vielen Jahren leben. Daß die Österreicher das verstehen, zeigen ja nicht nur die Wahlergebnisse der letzten Zeit, sondern auch die jüngsten Ergebnisse, die Betriebsratswahlergebnisse gerade in den Industriebereichen, die jetzt so schlecht dran sind und die so stark in der öffentlichen Diskussion stehen, zeigen, daß die sozialistischen Gewerkschafter in einem unglaublichen Ausmaß das Vertrauen der dort Beschäftigten bekommen.

Ich habe vor wenigen Stunden die letzten Ziffern der Betriebsratswahlergebnisse der letzten Tage erhalten: 82 Prozent der in den Metallbetrieben Beschäftigten haben ihre Stimmen der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion gegeben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber nicht nur in der verstaatlichten Industrie, sondern fast in allen Betrieben der Metallindustrie und des Metallgewerbes, auch des privaten Bereiches der österreichischen Wirtschaft. Und das ermutigt uns, meine Damen und Herren, zur Fortführung dieser Politik,

das verpflichtet uns zur Fortführung dieser Politik, einer Politik, die einerseits die Arbeitsplätze sichert, die die Geldwertstabilität sichert und die sicherstellt, daß das hohe Maß an sozialer Sicherheit, das es in Österreich gibt, nicht weniger wird, sondern daß es auch in Zukunft ausgebaut wird. *(Beifall bei der SPÖ.)* 14.34

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Gassner. Ich erteile es ihm.

14.34

Abgeordneter Ing. Gassner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich könnte jetzt den Gegenbeweis gegen die letzten Ausführungen des Abgeordneten Czettel antreten und eine ganze Liste von erfolgreichen Betriebsratswahlergebnissen für die Fraktion christlicher Gewerkschafter und den ÖAAB vorlesen. Aber ich glaube, es hat keinen Sinn, wenn wir uns hier gegenseitig anagitimieren, jeder seine Erfolge versucht darzustellen, sondern ich glaube ... *(Abg. Dr. Fischer: Das ist aber eine kurze Liste, die können sie ruhig vorlesen!)* Auch eine gute, ich stelle sie Ihnen zur Verfügung, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, Sie können sie dann von mir haben.

Ich glaube, viel wichtiger ist es, wenn wir uns mit den Problemen, die uns heute beschäftigen, auseinandersetzen und versuchen, für die Arbeitnehmer, für alle Österreicher zu einer sinnvollen Politik zu kommen. *(Abg. Dr. Fischer: Sie müssen nur auf die Metallarbeiter so schimpfen wie auf die Eisenbahner, dann geht alles in Ordnung!)* Herr Abgeordneter Dr. Fischer, ich gebe Ihnen recht, daß bestimmt manches in unserem eigenen Bereich liegt, was zu dem Wahlergebnis bei den Eisenbahnern geführt hat, und ich glaube, wir werden alle miteinander — jetzt meine ich die ÖVP und die Fraktion christlicher Gewerkschafter — gut beraten sein, daraus positive Konsequenzen zu ziehen. *(Demonstrativer Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Fischer, ich danke für den Applaus. Ich glaube, primär geht es ja um die Arbeitnehmer, natürlich auch um den Erfolg für die eine oder andere politische Gruppierung.

Und so verstehe ich eigentlich auch nicht den Abgeordneten Czettel, wenn er feststellt hat, die ÖVP habe zum Abgabenänderungsgesetz im Unterausschuß erklärt, sie würde selbst dann, wenn alle Vorschläge der ÖVP angenommen würden, dem Gesetz nicht die Zustimmung geben. Darüber bin ich deshalb überrascht, weil diese Beratungen im

Ing. Gassner

Unterausschuß geführt wurden und meines Wissens in der Geschäftsordnung klar festgelegt ist, daß diese Beratungen vertraulich sind.

Aber darum geht es mir gar nicht primär, sondern um etwas anderes: Es hat auch in der Zeit der SPÖ-Minderheit zwischen 1966 und 1970 eine klare Erklärung zu Gesetzen, die budget- und steuerwirksam waren, gegeben. Damals — ich möchte es nicht wiederholen, Sie wissen das — haben die Exponenten der SPÖ im Nationalrat erklärt, alles, was steuer- und budgetwirksam ist, werde von der Opposition abgelehnt. Das ist genauso konsequent die Politik der ÖVP seit dem Jahr 1970.

Ich glaube, daß es richtig ist, diese Politik so lange fortzusetzen, solange es nicht konkrete Handlungen oder einen konkreten Weg gibt, daß die Österreichische Volkspartei in die Entscheidung miteingebunden ist. Dann, wenn wir von der ÖVP dabei sind, wenn wir mitentscheiden können, werden wir auch bereit sein, mitzuverantworten.

Meine Damen und Herren! Wir haben gerade in den letzten eineinhalb Stunden eine sehr sinnvolle Diskussion über die Frage, wie wir die Probleme gemeinsam lösen können, geführt. Ich glaube, gerade diese Diskussion hat gezeigt, daß es einerseits ohne weiteres möglich ist, einen unterschiedlichen politischen Standpunkt zu Problemen zu haben und andererseits einen Konsens zu suchen. Wobei das allerdings — meine Damen und Herren, wir haben das im ÖGB, in den Arbeitskammern, in den Bereichen der Sozialpartnerschaft immer wieder vorexerziert und auch dort immer wieder erfahren — nur dann möglich ist, wenn eine gegenseitige Bereitschaft dazu vorhanden ist. Eine gegenseitige Bereitschaft, auch die gemeinsame Verantwortung zu tragen, die Meinung des anderen nicht nur anzuhören, sondern die Meinung des anderen, soweit vertretbar, auch zu akzeptieren. Es geht aber nicht, meine Damen und Herren von der SPÖ, daß man, wenn man diese Meinung akzeptiert hat, wenn man bereit war, einen Konsens zu finden, dann hinausgeht und darüber polemisiert. Das wäre ein schlechter Weg.

Ich glaube, es ist notwendig, wenn wir zu einem solchen gemeinsamen Weg gelangen, daß wir dann versuchen, diesen Weg gemeinsam zu gehen, egal, ob alle drei Parteien, ob jeweils zwei Parteien dann auch bereit sind, das, was behandelt wurde, was vereinbart ist, gemeinsam zu tragen. Sonst sehe ich kaum eine Chance, zu einer gemeinsamen Politik für die Arbeitnehmer Österreichs beziehungs-

weise für die gesamte Bevölkerung zu gelangen.

Frau Abgeordnete Offenbeck hat über ihre Reisen berichtet, die sie vor einiger Zeit durchgeführt hat. Ich habe das Gefühl, daß sich scheinbar immer die falschen Leute an die falschen Orte begeben oder vielleicht dann nicht über all das, was sie dort erfahren, berichten.

Warum sage ich das? Ich war am vergangenen Montag in Paris bei einem Treffen von Gewerkschaftern. Dort wurde uns nicht die Meinung eines christlichen Gewerkschafters mitgeteilt, sondern die offizielle letzte Arbeitslosenstatistik von Frankreich vorgelegt.

Meine Damen und Herren! Jetzt könnte man natürlich auch polemisieren und sagen: Weil Mitterrand gekommen ist, ist alles schlecht geworden in Frankreich. Ich will nur eine nüchterne Zahl nennen: Die Zahl der Arbeitslosen ist in Frankreich in den letzten Monaten um 20 Prozent gestiegen, das ist bitte saisonbereinigt.

Ich glaube, auch dieses Beispiel zeigt, daß man für alles und jedes Vergleichszahlen aus der ganzen Welt herbeiholen kann. Auf der einen Seite, wo es christlichsoziale, auf der anderen Seite wo es sozialistische Regierungen gibt, irgendwo, wo es konservative oder liberale Regierungen gibt. Es gibt für alle Regierungen der ganzen Welt Beispiele, wo es gut geht oder schlecht geht.

Wir sollten hier weniger über internationale Vergleiche beziehungsweise darüber, wo die Situation gut oder schlecht ist, diskutieren, sondern in diesem österreichischen Parlament darüber reden, welche Maßnahmen wir setzen können, um die Probleme in Österreich zu lösen. Das wäre der bessere Weg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei hat sich stets zur sozialen Marktwirtschaft bekannt. Wir haben immer zwei Ziele dabei gehabt. Erstens das Ziel, die soziale Sicherheit für jeden, und zweitens eine gewinn- und einkommensorientierte Wirtschaftspolitik.

Wenn — auch das ist bereits heute angekommen — in den letzten Tagen anlässlich des 90. Geburtstages von Julius Raab auch über den Raab-Kamitz-Kurs diskutiert wurde und immer wieder in der Öffentlichkeit Meinungen dazu zitiert wurden, dann können wir feststellen, daß der Raab-Kamitz-Kurs zu einem Erfolg geführt hat.

Abgeordneter Fischer hat heute die Arbeitslosenzahlen aus der Mitte der fünfziger Jahre genannt. Gerade diese Zahlen beweisen, daß

Ing. Gassner

dieser Weg positiv war. Er hat nämlich selbst zugeben müssen mit den Zahlen, die er nannte, nicht direkt, aber indirekt, daß durch den Raab-Kamitz-Kurs in den fünfziger Jahren die Zahl der Arbeitslosen um ein Drittel gesunken ist.

Dazu kann man nur sagen: Der Raab-Kamitz-Kurs hat eben in den fünfziger Jahren zum Erfolg geführt, und wir sind überzeugt, daß der Kurs einer sozialen Marktwirtschaft auch heute wieder zum Erfolg führen würde. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Fauland: Damals war die Zeit des Wiederaufbaus! — Abg. Kittl: Wir haben ja heute über 2,8 Millionen Beschäftigte!)*

Meine Damen und Herren! Sie scheinen ganz vergessen zu haben, daß es damals in Österreich Zonen gegeben hat, die von den Russen besetzt waren. Sie wissen ganz genau, in welcher Situation wir uns damals befunden haben. Ich glaube, wir sollten immer wieder sehr korrekt die Entwicklung analysieren und sagen, welche Maßnahmen, welche Impulse gesetzt wurden und welche Auswirkungen dann diese Maßnahmen gefunden haben.

Ich kann nur, wie gesagt, auf Grund der Zahlen, die der Abgeordnete Fischer heute genannt hat, feststellen, daß der Raab-Kamitz-Kurs dazu geführt hat, daß die Arbeitslosigkeit in Österreich damals um ein Drittel gesunken ist. Ich meine, daß das ein positives Ergebnis war. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wille: Die ÖVP sollte doch die soziale Marktwirtschaft neu definieren und die gesellschaftlichen Bezüge einbringen!)*

Ich glaube, daß die ÖVP die soziale Marktwirtschaft nicht neu zu definieren braucht. Lieber Kollege Wille, du weißt ganz genau, was wir darunter verstehen. *(Abg. Wille: Neufassung angekündigt und in Artikeln immer wieder verlangt!)*

Abgeordneter Wille, du weißt genau, was wir darunter verstehen. Ich möchte vielleicht ganz kurz feststellen, was wir im Mock-Plan formuliert haben und was wir uns unter einer sozialen Marktwirtschaft vorstellen. *(Abg. Wille: Wie soll ich wissen, was ihr darunter versteht, wenn Mock zum wiederholten Male eine Neufassung verlangt?)*

Abgeordneter Wille, eine Neufassung kann nur so verstanden werden, daß diese jeweiligen Maßnahmen der sozialen Marktwirtschaft entsprechend der augenblicklichen Situation festgelegt werden müssen, weil sich die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung permanent weitergestaltet und es immer neue Akzente gibt. *(Abg. Wille: Ist „sozial“ groß oder klein geschrieben in diesem Plan? Schau einmal!)*

Abgeordneter Wille, ich kapriziere mich nicht darauf, etwas klein oder groß zu schreiben. Ich weiß, daß du diesen Dingen besonderen Wert zumißt, ob man „soziale Marktwirtschaft“ klein oder groß schreibt. Für mich ist es notwendig, die Probleme der Arbeitnehmer zu lösen. Das ist wichtig, nicht ob man „soziale Marktwirtschaft“ groß oder klein schreibt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube, wir, die ÖVP, wir haben ganz klar gesagt, was wir unter sozialer Marktwirtschaft verstehen. Wir verstehen darunter, daß die soziale Sicherheit durch ein entsprechendes Einkommen für jeden gewährleistet wird: für die Familien, für die Kinder, für die Kranken, für die Arbeitslosen, für die Pensionisten.

Für uns bedeutet das Wort „sozial“ aber nicht einen Weg in die Richtung, daß den Menschen die eigene Chance genommen wird, sich selbst betätigen zu können, sich selbst verwirklichen zu können. Für uns heißt dies, daß die Menschen dazu motiviert werden und ihnen die Chance gegeben wird, sich selbst zu helfen, indem aus der Wirtschaft die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß ein Einkommen auch jenen Menschen, die nicht für sich selbst sorgen können, gewährleistet wird. Für uns bedeutet „sozial“, daß auch die Pensionisten nicht abhängig werden von staatlichen Einrichtungen, sondern, daß sie, auch im Sinne einer sozialen Verantwortung, die Chance haben, ihr Leben selbst zu gestalten. Das verstehen wir darunter, und das, glauben wir, ist auch der richtige Weg, allen Menschen ein entsprechendes Einkommen zu sichern.

In einem anderen sozialen Bereich scheint uns doch etwas wenig zu geschehen. Wir haben auch im Ausschuß zum Bundesvoranschlag, Teilhefte zu den Kapiteln 10, 11 und 16, darüber diskutiert, daß in den Budgetansätzen für die neue Verantwortung, die sich unserer Meinung nach aus der sozialen Marktwirtschaft ergibt, nämlich auch einen sozialen regionalen Ausgleich zu schaffen, die entsprechenden Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden.

Wir glauben, daß wir heute entsprechend den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft auch im Sinne einer Verantwortung für den einzelnen, für die Menschen, die in Österreich in unterschiedlichen Regionen leben, Politik zu machen haben, indem wir die strukturellen Maßnahmen gezielt einsetzen. Im Budget wären dafür die entsprechenden Maßnahmen zu setzen, vor allem dann, wenn mit den einzelnen Landesregierungen Verträge abgeschlossen sind, diese Verträge wer-

Ing. Gassner

den aber in den Budgetansätzen nicht einhalten.

Das halten wir für einen schlechten Weg. Ich glaube, daß auch die Bundesregierung im Interesse dieser Menschen, die in diesen Regionen leben, ihre Verpflichtungen einzuhalten und die entsprechenden Budgetmittel bereitzustellen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir, meine Damen und Herren, haben soziale Marktwirtschaft immer wieder als Maßstab einer Wirtschaftspolitik gesehen, die gewinn- und einkommensorientiert ist, aber gewinn- und einkommensorientiert so, daß der Staat nicht zum Wirtschaftsersatz wird. Diese Gefahr besteht in zunehmendem Ausmaß, daß immer mehr Unternehmer — ich gebe zu, auch Unternehmer, die ÖVP-Mitglieder sind — zur Regierung gehen und sagen: Ich brauche Hilfe.

Wenn diese Hilfe sinnvoll ist, wenn diese Betriebe neue Strukturen schaffen, wenn diese Betriebe Innovationen schaffen, ein technisches Know-how zur Verfügung stellen, wenn diese Betriebe zukunftsorientiert sind, dann jawohl, dann sind dem privaten Betrieb, dann sind dem verstaatlichten Betrieb die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist unser Ziel, das ist unser Weg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind gegen einen Weg, der weder regionalpolitisch noch strukturpolitisch Hilfe bringt oder Betrieben hilft, mit neuen modernen Produkten auf den Markt zu kommen, sondern indem man Betrieben Mittel nur aus parteipolitischen oder aus interventionistischen Gründen zur Verfügung stellt. Das halten wir für einen schlechten Weg. *(Abg. Fauland: Dem Bürger sagen!)*

Das ist nicht notwendig. Ich habe es ganz klar gesagt. Wir sind der Ansicht, daß man Mittel den Betrieben zur Verfügung stellen soll, wenn sie aus strukturpolitischen oder regionalpolitischen Notwendigkeiten gegeben werden müssen oder wenn sie notwendig sind, weil Betriebe in neue Fertigungen gehen und dadurch ihre Produkte dann besser verkaufen können.

Da sind wir, Kollege Bürger — ich nehme an, du wirst ja heute noch zum Rednerpult gehen und dies sagen —, vollkommen einer Meinung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bedenken haben wir aber, daß aus rein parteipolitischen Überlegungen bestimmte Förderungsmaßnahmen gesetzt werden, und vor allem, daß in der gesamten Wirtschaft, sei es in der verstaatlichten oder sei es in der privaten Wirtschaft, so langsam das Gefühl ent-

steht, man braucht sowieso nur zum Finanzminister zu gehen und kann sich dort ein paar Millionen Schilling abholen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. *(Abg. Dr. Jörg Haider: Kollege Gassner, welche Betriebe sind denn das, wo die parteipolitischen Förderungen passiert sind?)*

Kollege Haider, man kann ohneweiters einige Dinge analysieren und ich werde Ihnen eine Liste zur Verfügung stellen, welche Betriebe ich darunter verstehe. *(Abg. Dr. Jörg Haider: Mich würde es interessieren!)* Ich glaube, daß Sie das interessiert, und ich werde Ihnen eine Liste mit Daten übersenden, wo ich meine, daß solche Dinge geschehen *(Abg. Bergmann: Vorwärts-Verlag!)*, die langfristig diesen drei Aspekten nicht Rechnung tragen.

Wir haben im Mock-Plan ganz klar definiert, was wir unter einer modernen Wirtschaft verstehen und was für die Arbeitnehmer, aber auch für die Betriebe notwendig ist.

Wir haben deshalb ganz klar gesagt: Wir wollen erstens einen Belastungsstopp, wir wollen zweitens eine mittelfristige Budgetsänierung, wir wollen drittens eine qualitative Verbesserung des Investitionsförderungssystems, wir wollen viertens eine Stärkung des Eigenkapitals, fünftens eine Erhöhung der Mobilität, sechstens eine Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe, siebentens die Einrichtung eines regionalpolitischen Frühwarnsystems und achtens auch vermehrte Arbeitsqualität.

Ich glaube, daß gerade darunter sehr vieles zu verstehen ist, auch die Frage der Mitwirkung der Arbeitnehmer an Entscheidungen im Arbeitsprozeß. Das beginnt bei der Ausstattung des Arbeitsplatzes, bei der Frage, wieweit ein Vorschlagsrecht der Arbeitnehmer festgelegt werden kann, wie die Vorschläge von Arbeitnehmern zur Gestaltung des Arbeitsplatzes und zur Verbesserung der Produktion auch in den Betrieben honoriert werden sollen.

Und auch die Forderung — als neunte Forderung — auf Mittelbereitstellung für Investitionen für eine zukunftsorientierte verstaatlichte Industrie.

Dieser ÖVP-Plan, dieser Mock-Plan zur Sicherung der Arbeitsplätze, hat aber eine Grundtendenz, die sich doch meiner Meinung nach sehr maßgeblich in manchen Bereichen von dem unterscheidet, was heute durch das Budget als „Regierungserklärung“ wieder beschlossen und festgelegt wird. Wir meinen, das Ziel jedes wirtschaftspolitischen Handelns sei außer der sozialen Absicherung der

Ing. Gassner

Menschen, im wirtschaftlichen Bereich selbst die Menschen und die Betriebe zu motivieren. Und das zweite Ziel: daß wir mit unserer Wirtschaftspolitik, mit unserer Steuerpolitik den Menschen und den Betrieben Erfolgchancen einräumen.

Das, meine Damen und Herren, haben wir im Mock-Plan ganz klar festgelegt, und das, meinen wir, wäre der richtige Weg, den wir in Österreich gehen könnten, den wir in Österreich gehen müßten, um die Betriebe wieder anzukurbeln, um genügend Mittel zu haben, um damit durch den Impuls aus den Betrieben, aus der Wirtschaft heraus die Arbeitsplätze und die Einkommen der Arbeitnehmer sichern zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Wie schaut es aber mit Ihrer Politik, mit Ihrem Budget aus? Es entsteht in zunehmendem Ausmaß Unsicherheit, es entsteht ein Einkommensverlust. Ich habe das bereits hier einmal gesagt: Das durchschnittliche Einkommen der Arbeitnehmer ist im Jahre 1980 um ein halbes Prozent gesunken, netto, real, und die letzten Prognosen, die bereits revidierten Prognosen, sprechen davon, daß die Einkommen der Arbeitnehmer netto, real im Jahre 1981 um bis zu 2 Prozent sinken werden.

Drittens: Die Staatsquote wird dauernd erhöht. Das sind die Fragen. Warum geht die private Investition zurück? Warum gehen die Industrieinvestitionen in Österreich zurück? Was ist die Ursache dafür?

Die Kollegin Offenbeck hat heute von ihren Auslandsreisen berichtet. Auch ich hatte Gelegenheit, bei einer Gewerkschaftstagung in Mannheim und bei einem Gespräch mit dem Verband Europäischer Unternehmer in Brüssel die Frage zu diskutieren, unter welchen Voraussetzungen man bereit ist, nach Österreich zu gehen und zu investieren. Meine Frage war vor allem, was man sich in Österreich erwartet oder was entgegensteht, um nach Österreich zu gehen. Ich habe diese Frage gestellt.

Die Leute haben dann gemeint, in Österreich gebe es Unsicherheit. Darauf war meine Antwort, es gibt in Österreich einen sozialen Frieden, die Streikstatistik zeigt dies, die geringsten Streikzeiten — nicht einmal in Sekunden pro Kopf zu messen — gibt es in Österreich.

Darauf haben diese Unternehmer gesagt: Nein, das ist das nicht. Sie verfolgen — ich war sehr überrascht darüber — sehr genau das, was in Österreich von den Parteien, von der Regierung angekündigt wird. Sie sagen: Wir wissen heute nicht, wie morgen die Wirt-

schaftsförderung ausschaut, wir wissen nicht, wie morgen die steuerliche Ent- oder Belastung aussieht, und wir wissen auch nicht, mit welchen Lohnnebenkosten wir in Österreich zu rechnen haben.

Wobei ich hier ganz klar auch als Gewerkschafter sagen möchte: Ich bin für jeden sozialen Fortschritt, für einen sozialen Fortschritt zu jener Zeit, in der wir uns diesen sozialen Fortschritt auch finanziell leisten können.

Meine Damen und Herren! Ich habe das Resümee von diesen Gesprächen gezogen und habe gemeint: Das heißt, daß Sie heute deshalb nicht nach Österreich als Investor kommen, daß Sie heute in Österreich keinen Betrieb errichten, weil bei uns eine konkrete, langfristige wirtschaftliche Linie vor allem der Bundesregierung nicht sichtbar ist. Und die Antwort, Herr Staatssekretär, war darauf: Ja.

Ich glaube, daß es deshalb notwendig ist, daß wir auch seitens des Nationalrates an die Bundesregierung die Forderung stellen: Es geht nicht an, alle Jahre die Politik zu verändern. Man kann damit nicht ausländische Firmen nach Österreich bekommen. Wir sichern damit keine Arbeitsplätze und nicht die Vollbeschäftigung. Es ist höchst an der Zeit, jetzt einmal seitens der Bundesregierung zu sagen: Wie schaut ihre langfristige wirtschafts- und steuerpolitische Konzeption aus? Wie schauen auch mögliche steuerliche Belastungen oder soziale Belastungen aus? Dann werden wir auch wieder ausländische Investoren gewinnen können, die bereit sind, in Österreich zu investieren und neue Betriebe zu schaffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Man könnte jetzt sehr viele Aussprüche aus der letzten Zeit zitieren. Auch der Herr Finanzminister selbst hat zum Beispiel zur Frage der Investitionsförderung der Bundesregierung Stellung genommen.

Er hat selbst an der staatlichen Investitionsförderung bei einer Enquete, die im Finanzministerium stattgefunden hat, Kritik geübt. Bei der haben Wirtschaftsexperten gemeint, sowohl die direkte als auch die indirekte Investitionsförderung sei verbesserungsbedürftig.

Wenn dies so ist, hoffe ich, meine Damen und Herren von der SPÖ, daß das Gespräch, das zwischen ÖVP und SPÖ begonnen hat und auf das auch Dr. Taus heute kurz eingegangen ist, dazu führt, Ihren Standpunkt zu verändern, daß die Maßnahmen der direkten und indirekten Investitionsförderung, die

9228

Nationalrat XV. GP — 93. Sitzung — 2. Dezember 1981

Ing. Gassner

mögliche steuerliche Absetzbarkeit in absehbarer Zeit festgelegt werden.

Wir hoffen, daß der 10. Dezember doch etwas bringt, mit sich bringt, daß wir als Österreicher — ich sage das ganz bewußt: als Österreicher — dann klar erlernen können: Wie schaut die wirtschaftliche Zukunft in Österreich aus? Womit kann der private und der verstaatlichte Betrieb rechnen? Wie kann er investieren? Was kann er abschreiben? Welche Möglichkeiten hat er?

Das wäre auch für die österreichischen Arbeitnehmer etwas sehr, sehr Wichtiges. Wenn es uns gelingt, österreichische Firmen wieder vermehrt dazu zu bringen, in Österreich zu investieren, wenn es uns aber auch gelingt, ausländische Investoren, die hier Betriebe errichten, wieder nach Österreich zu bekommen, dann, meine Damen und Herren, werden wir aus der Negativzone wieder herauskommen, dann wird es bestimmt gelingen — das sage ich, wenn ich mir die letzte Insolvenzstatistik ansehe —, die anfallenden Konkurse zu verhindern und wieder einen Weg zu gehen, der den Betrieben die Chance gibt, Kapital zu bilden, der ihre steuerliche Belastung vermindert, der den Betrieben die Chance gibt, neue Produkte auf den Markt zu bringen, mit entsprechendem Know-how, mit neuen intelligenten Produkten auf den Weltmarkt zu gehen, aber vor allem, was gegenüber ausländischen Firmen, die nach Österreich hereindrängen, wichtig ist, entsprechende eigene Produkte, preiswerte, gute, hochqualitative eigene Produkte auf den Markt zu bringen.

Das, meine Damen und Herren, ist der einzige Weg, der die Vollbeschäftigung in Österreich sichert und der auch den Arbeitnehmern in Österreich einen sicheren Arbeitsplatz verschafft.

Und deshalb, meine Damen und Herren, weil wir überzeugt sind, daß das notwendig ist, verlangen wir von der ÖVP den Kurswechsel, einen Kurswechsel, der die Vollbeschäftigung sichert, einen Kurswechsel, der die Einkommen der Arbeitnehmer in Österreich sichert. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.57

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Erich Schmidt. Ich erteile ihm das Wort.

14.57

Abgeordneter Dr. Schmidt (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Gassner! Am Beginn deiner Rede hast du Problemlösungen angekündigt, in der Mitte gab es ein

Forderungspaket und ausgeklungen ist es ohne irgendeine Antwort auf die Fragen, die du gestellt hast. Ich werde versuchen, wenigstens in Teilbereichen die Fragen zu beantworten, wenn es schon nicht gelingt, aus den Programmen, Konzepten und Unterlagen seitens der großen Oppositionspartei eine Antwort zu finden.

In den Expertengesprächen sind wir jedenfalls weiter gekommen, als es hier jetzt angeklungen ist.

Eine Sache möchte ich herausgreifen und auf jeden Fall nicht unbeantwortet stehen lassen, das ist die Frage der Unsicherheit der Situation für die ausländischen Investoren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das wirklich so wäre, wie Kollege Gassner das nun geschildert hat, daß immer weniger ausländische Investoren nach Österreich kämen, weil sie nicht wissen, wie entwickelt sich die Steuerpolitik, wie entwickelt sich die Sozialpolitik, wie entwickelt sich all das, was man unter wirtschaftlichen Rahmenbedingungen versteht, dann wäre die Situation wahrlich anders, als sie tatsächlich ist.

Ich darf nur einen einzigen Bereich nennen, um hier eine Information zu geben, sollte diese fehlen, das ist zum Beispiel der Bereich der Zulieferindustrie für die Pkw-Industrie in Westeuropa. Wir hatten am Beginn der siebziger Jahre ein Volumen an Zulieferungen von wenigen Hunderten Millionen Schillingen. Nach der intensiven und ausführlichen Diskussion über diesen Produktionsbereich ist es gelungen, innerhalb weniger Jahre — was also doch sehr schwer ist, so etwas überhaupt zu erreichen, einen praktisch neuen Industriezweig aufzubauen —, mehr als 5 Milliarden an Zulieferungen bereits zu erreichen, einerseits durch österreichische Betriebe, andererseits durch neu angesiedelte Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen.

Aber alles in allem ist hier eine Vervielfachung des Produktionsvolumens gelungen, und das ist das, was in den letzten Jahren konkret an strukturpolitischen Maßnahmen — und eine davon nenne ich nur — geleistet wurde in Zusammenarbeit mit inländischen Unternehmen und mit ausländischen Investoren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Erfolg und Mißerfolg der Wirtschaftspolitik zu messen ist halt immer schwierig. Er läßt sich offensichtlich immer schwerer definieren, weil die Wirtschaftspolitik, die durch eine erfolgreiche Budgetpolitik stark beeinflusst wird, immer wieder in ihren Daten in Frage gestellt wird. Wenn wir nationale Daten

Dr. Schmidt

über Vollbeschäftigung, Arbeitslosenrate, Inflationsrate, Wachstumsrate und andere Indikatoren nennen, dann sagen Sie, das sei ungenügend, das sei zuwenig. Bringen wir einen internationalen Vergleich mit den wichtigen westeuropäischen Industrieländern, dann sagen Sie uns: Was gehen uns die anderen Länder an? Entscheidend ist Österreich. Bringen wir internationale Vergleiche mit allen westlichen Industriestaaten, dann argumentieren Sie ähnlich. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Jetzt haben Sie entdeckt, daß man die Vergangenheit heranziehen sollte. Es gab da eine Periode, worüber man sagen kann: Damals dominierte eine erfolgreiche ÖVP. Aus jener Zeit kann man Wesentliches lernen, Sie kann man messen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Gassner hat zuletzt — das ist ja schon in einigen Wortmeldungen heute durchgedrungen — wieder den Raab-Kamitz-Kurs als sehr bedeutende und wesentliche Leistung, als viel bedeutendere und wesentlichere Leistung als jene, die in den siebziger Jahren erbracht worden ist, hingestellt. Ich werde heute versuchen, das möglichst zu objektivieren und das in einem internationalen Vergleich und in einem Vergleich mit anderen Perioden der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich kurz darzustellen, weil ich meine, man sollte solch historische Reminiszenzen, soweit sie eben nur Reminiszenzen sind, ins rechte Licht rücken.

Zunächst zur derzeitigen wirtschaftlichen Situation und zu den Perioden der letzten Jahre im internationalen Vergleich.

Wir haben in den Jahren 1975 bis 1980 sowohl beim Wachstum — 3,9 Prozent im Vergleich zu 2,9 Prozent im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — als auch bei der Industrieproduktion einen deutlichen Vorsprung erreichen können. Wir hatten ein stärkeres Wachstum, als es die meisten westlichen Industrieländer erzielten. Nur Japan war besser als Österreich. Wir hatten in den Jahren 1975 bis 1980 eine Arbeitslosenrate von 2 Prozent — Sie wissen ganz genau, daß nur die Schweiz und Norwegen besser sind —, im Vergleich zu 5,2 Prozent der EG und 5,3 Prozent der OECD-Länder.

Ähnliches ist gelungen im Bereich der Preisstabilität. Wir hatten in den Jahren 1975 bis 1980 eine Inflationsrate von 5,9 Prozent, es gab eine fast doppelt so hohe im Rahmen der OECD.

Um einen Indikator der Wettbewerbsfähigkeit zu zeigen: Bei einem Vergleich der

Warenexporte kann man sehr deutlich sehen, daß wir in Österreich weit über dem Zuwachs der EG-Länder liegen. Das heißt, wir haben Marktanteile gewonnen.

Aber auch wenn man sich einzelne Kapitel ansieht, kann man und muß man zweifellos diese erfolgreiche Entwicklung sehen. Wenn man den Bereich Maschinen und Verkehrsmittel hernimmt — ein Bereich, in dem sicherlich die Qualifikation der österreichischen Facharbeit ihren Ausdruck findet —, so haben wir in Österreich eine Steigerung zu verzeichnen, die das Fünffache jener der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beträgt.

Genauso ist es bei der Entwicklung der Zahlungsbilanz, die ja ein ganz wesentlicher Faktor ist, wenn man die Währungspolitik, wie sie derzeit besteht, fortsetzen möchte. Auch hier haben wir eine Entwicklung des Außenbeitrages, wenn man sich die Deckungsquoten der letzten fünf Jahre in Prozentsätzen anschaut, wonach Österreich wesentlich besser liegt als die Bundesrepublik Deutschland und auch die Schweiz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sagen: Schauen wir uns doch irgendein internationales Beispiel an, wo ein Land besser ist als Österreich! Nennen Sie uns doch irgendein Land, in dem die wirtschaftspolitischen Probleme der siebziger Jahre besser gelöst wurden als in Österreich! Nennen Sie uns ein Land, in dem die Krisen der siebziger Jahre, die Krisen 1975, 1979 und 1980, besser gelöst werden konnten! Sie tun es nicht und Sie können es auch nicht.

All jene großen Industrieländer, die eine konservative Wirtschaftspolitik verfolgen, die eine Politik verfolgen, die zum Teil auch seitens der Österreichischen Volkspartei angezeigt und deutlich demonstriert wird, zumindest in den Resolutionen und Entschließungsanträgen, setzen auf Steuersenkungen in der Hoffnung, daß auf Grund der Steuersenkungen mehr investiert wird. Das ist eine Politik, die derzeit in den Vereinigten Staaten völligen Schiffbruch erleidet.

All diese Maßnahmen führen offensichtlich nicht zu einem erfolgreichen wirtschaftspolitischen Weg, wo Vollbeschäftigung Priorität hat und Stabilität erreicht wird, und zwar bei einem entsprechenden Wachstum und bei einer entsprechenden Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was soll nun diese Forderung nach einem Kurswechsel, nachdem wir bis heute keine klare Definition bekommen, was denn wirk-

Dr. Schmidt

lich dieser Kurswechsel zu bedeuten hätte? Es wird ja immer wieder versichert, in den Zielen gäbe es überhaupt keine Differenz, Vollbeschäftigung hätte Priorität, auch wenn man früher Begriffe wie „Vollbeschäftigungsprotzerei“ und dergleichen verwendet hat. Es wird immer wieder gesagt, Stabilität hätte nicht diese Priorität, obwohl wir das manchmal anders hören. Es wird immer wieder gesagt, qualitatives Wachstum wäre selbstverständlich, obwohl man sich schwer tut, das zu definieren.

Das heißt also: Im Ziel gibt es offensichtlich keine so großen Differenzen, zumindest nicht in der Programmatik, nicht in den Sonntagsreden. Unter der Woche ist es unter Umständen anders. Aber wo sind denn nun jene Kriterien des Kurswechsels? Auch wenn man sich die Rede des Herrn Parteivorsitzenden Mock — ich habe mir diese Mühe gemacht — sehr genau ansieht, jene Rede, die er heute vormittag gehalten hat, so ist das, was er konkret vorschlägt, nämlich das 8-Punkte-Programm zur Steuerreform, ausschließlich ein Programm, das das Budgetdefizit erhöht, aber überhaupt keinen Beitrag bringt, im gesamten gesehen jene wirtschaftspolitischen Probleme zu lösen. Es ist nicht imstande, Beiträge zur Lösung dieser Probleme zu liefern.

Wir finden international offensichtlich keine entsprechenden, keine vergleichbaren Beispiele aus Ländern, die besser sind, von denen wir Wesentliches absehen können, weder aus Großbritannien, Italien oder Belgien noch aus den Vereinigten Staaten oder anderen Ländern. Aber Sie verlangen einen Kurswechsel, ohne zu definieren, ohne im Detail zu sagen, wie er denn aussehen soll.

So wird nun, wie ich schon eingangs festgestellt habe, die Vergangenheit beschworen. Es wird gesagt: Das ist eine Phase gewesen, in der man wesentlich besser war. Man müßte sich nur dessen besinnen und jene Maßnahmen ergreifen, die damals gesetzt wurden, dann würde es besser; wobei man schwer definieren kann, was denn das heißt. Denn eine Arbeitslosenrate, wie sie derzeit besteht, ist ja ausgezeichnet, die Inflationsrate ist im internationalen Durchschnitt sehr, sehr gut, und die Wachstumsrate — ich sagte es schon — ist in den letzten zehn Jahren im internationalen Vergleich ausgezeichnet gewesen.

Wenn diese Vergangenheit beschworen wird und ich die Daten und Ergebnisse des sogenannten Raab-Kamitz-Kurses ein bißchen analysieren möchte, dann will ich von vornherein etwas klarstellen. Ich möchte das ganz klar betonen, damit es ja kein Mißverständnis gibt. Ich möchte die geradezu großar-

tigen Aufbauleistungen dieser Zeit nicht in irgendeiner Form schmälern. Ich möchte, gerade weil man aus der historischen Entwicklung der Zweiten Republik lernen soll, vor allem jene, die wie ich diese Zeit nicht aktiv mitgestaltet haben, nicht generell kritisieren. Ich sage durchaus, daß man sehr viel aus der Tradition lernen kann, aus der pragmatischen Form, Lösungen zu finden und zum Konsens zu kommen, weil ich das als sicherlich bedeutenden Wegweiser für die Zukunft ansehe.

Aber ich möchte auf der anderen Seite klarstellen, damit nicht durch die historische Entwicklung und durch die Jahrzehnte, die inzwischen vergangen sind, plötzlich falsche Vorstellungen auftauchen und in der Presse unter Umständen sehr unkritisch übernommen werden, wie das in den einzelnen Bereichen tatsächlich war.

Denn untersucht man, meine sehr geehrten Damen und Herren, die wirtschaftliche Entwicklung der fünfziger Jahre und der sechziger Jahre und vergleicht man sie, soweit das möglich ist, mit dem Ausland und stellt auch diese Entwicklung den siebziger Jahren gegenüber, so ergibt sich folgendes interessante Bild:

In den Jahren 1955 bis 1960 — und ich vermeide den Vergleich vorher, weil wir vor dem Jahr 1955 die USIA-Betriebe hatten, die nicht in den Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen enthalten sind — wuchs die österreichische Wirtschaft jährlich um 5,2 Prozent real. In der Bundesrepublik Deutschland wuchs sie stärker, um 5,7 Prozent. Dieses Wachstum hat sich in den sechziger Jahren ungefähr gleich entwickelt, etwas niedriger weiterhin in Österreich, 4,7 Prozent, und 5 Prozent in der BRD. Aber in den siebziger Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren — wir haben das schon sehr oft gesagt, aber ich wiederhole es wieder —, 4,2 Prozent in Österreich, 3 Prozent in der BRD und 3 Prozent im OECD-Raum in Europa. Das heißt, es hat eine wesentliche Änderung der Wachstumsentwicklung gegeben. Die negative Wachstumsdifferenz der fünfziger und der sechziger Jahre wurde durch ein positives Wachstum in den siebziger Jahren abgelöst. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei den Verbraucherpreisen verlief die Entwicklung interessanterweise umgekehrt. Die Raab-Kamitz-Zeit war generell von weltweit niedrigeren Inflationsraten gekennzeichnet, obwohl — das möchte ich schon betonen — auch für die heutigen Verhältnisse die Inflationsrate in Österreich sicherlich sehr niedrig

Dr. Schmidt

war. Wir lagen damals über der Bundesrepublik Deutschland, so wie wir auch heute über der Bundesrepublik Deutschland liegen. Würden wir aber die prozentuelle Differenz rechnen, dann würde das für das Jahr 1981 nicht eine Inflationsrate von 6,8 Prozent, sondern von 8,3 Prozent geben.

Wir haben auch in den sechziger Jahren im Vergleich zu OECD-Europa zweifellos eine höhere Wachstumsrate gehabt als in den siebziger Jahren, wo sie immer wesentlich unter der internationalen Wachstumsrate lag.

Kollege Gassner, nun zur Arbeitslosenrate. Der Beginn der fünfziger Jahre war ja in Österreich wie auch in der BRD von hohen Arbeitslosenzahlen gekennzeichnet. In der BRD ist diese Arbeitslosenrate sehr rasch — trotz des hohen Flüchtlingsstroms — abgebaut worden, während in Österreich noch Ende der fünfziger Jahre eine relativ hohe Arbeitslosenrate herrschte — Kollege Fischer hat das schon genannt, es waren 4,8 Prozent. 1953 bis 1960 hatten wir eine Arbeitslosenrate von 5,7 Prozent, in der BRD waren es 4,2 Prozent. In den Jahren 1960 bis 1969 waren es 2,8 Prozent, in der BRD war es 1 Prozent. In den Jahren 1970 bis 1978 waren es 1,9 Prozent und in der BRD 2,9 Prozent.

Sehen Sie, Herr Kollege Gassner, das ist der Erfolg der Politik der sozialistischen Bundesregierung auf dem Sektor der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Gassner, die Arbeitslosenraten betragen im Durchschnitt der siebziger Jahre nicht einmal die Hälfte jener der BRD, eine völlig umgekehrte Situation im Vergleich zu jener in den sechziger und in den fünfziger Jahren. *(Abg. Ing. Gassner: Die, die aus der Statistik herausgefallen sind, dazuzählen, dann schaut es anders aus!)*

Kollege Gassner, ich kann Ihnen auch die anderen Indikatoren deutlich und genau sagen, ich stelle Ihnen diese Unterlagen auch zur Verfügung, weil es wirklich eine sehr interessante Zusammenstellung ist. Wenn man, wie du betont hast, sachlich über diese Fragen sprechen und diskutieren möchte, dann soll man halt nicht Traditionen und Vergangenheiten mit Schlagworten wiedererwecken, sondern dann muß man sich gefallen lassen, daß man sich anschaut, wie es damals tatsächlich war.

Wenn man das Bruttoinlandsprodukt von damals betrachtet, sieht man: Wir haben 1960 880 Dollar Bruttoinlandsprodukt je Einwohner gehabt, wir haben das bis 1979 mehr als

verzehnfacht, OECD-Europa mehr als verachtfacht 1979.

Ich möchte diesen Vergleich zusammenfassen und sagen, daß die Jahre 1953 bis 1960 — also jene Zeit, die geprägt ist durch diesen genannten wirtschaftlichen politischen Kurs, der jetzt immer wieder als guter Ratschlag aufgewärmt wird — sich durch ein negatives Wachstumsdifferential zur BRD ausgezeichnet haben. Es gab also höhere Wachstumsraten in der Bundesrepublik Deutschland. In den siebziger Jahren war es umgekehrt, durch ein positives Inflationsdifferential gab es höhere Inflationsraten in Österreich in dieser Zeit, mehr als 50 Prozent. In den siebziger Jahren war dieser Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland kleiner und international umgekehrt, durch nicht nur hohe Arbeitslosenraten, sondern wiederum im Vergleich mit der BRD durch eine bedeutend höhere Arbeitslosigkeit.

Das zeigt der Periodenvergleich. Er zeigt jedenfalls, daß wir eben nicht allein auf Grund der nationalen Daten für die siebziger Jahre, nicht allein auf Grund der internationalen Vergleichsdaten, die wir uns immer wieder ansehen und immer wieder präsentieren, sondern auch im Vergleich mit anderen historischen Perioden in den siebziger Jahren die wirtschaftspolitischen Probleme erfolgreicher bewältigen konnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da sucht man dann natürlich nach den Gründen und nach dem Sinn der Forderung nach einem Kurswechsel. Wir können es, weil es positiv nicht formuliert wird, weil einfach zu wenig da ist, was als Kurswechsel bezeichnet werden kann, negativ formulieren und sagen: Wenn diese Forderung nach einem Kurswechsel zum Inhalt haben sollte, Stabilität hätte Vorrang vor der Vollbeschäftigung, Stabilitätspolitik wäre der Vollbeschäftigungspolitik und Erhaltung der Vollbeschäftigung vorzuziehen, wie in vielen anderen konservativ regierten Ländern, dann müssen wir sagen: Nein! Wenn das heißt, daß Unternehmersteuern gesenkt werden sollen, ohne diese Senkung der Steuern an Leistungen, wie zum Beispiel Vornahme von Investitionstätigkeiten zu binden, sondern nur Senkung dieser in der Hoffnung auf eine verstärkte Investitionstätigkeit, mit den problematischen Begleiterscheinungen der sozialen Veränderungen und der Verschiebung der Verteilung, wie zum Beispiel derzeit in den Vereinigten Staaten, dann sagen wir mit Sicherheit nein.

Wenn es heißt, daß einerseits zusätzliche Leistungen vom Staat verlangt werden, andererseits aber gleichzeitig Budgetdefizite abge-

Dr. Schmidt

baut werden und Staatsschulden verringert werden sollen, also völlig widersprüchliche Forderungen hier immer wieder präsentiert werden, dann sagen wir mit Sicherheit nein. So kann ein Kurswechsel sicherlich nicht sein.

Wir brauchen eben keinen Kurswechsel, was aber nicht heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß nicht geändert werden muß, was geändert werden soll, daß nicht neue und reformierte Instrumente verstärkt zum Einsatz zu gelangen haben, daß nicht Einrichtungen und Maßnahmen überprüft werden müssen, die man einmal gesetzt hat, nach ihrer Wirksamkeit und nach ihrer Effektivität, und daß nicht weiterentwickelt und ausgebaut werden soll, was sich bewährt hat, aber was vielleicht im Umfang unzulänglich und ungenügend ist.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, daß das gemeinsame Expertenpapier sicherlich noch sehr viele allgemeine Formulierungen enthält, aber letzten Endes doch eine gewisse Grundlage dafür ist, daß es hier nicht nur Gemeinsamkeiten gibt, sondern daß man unabhängig von Schlagworten wie Kurswechsel imstande ist, dieses weiterzuentwickeln.

Ich möchte daher zum Schluß kommen und sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, durch das Budget 1982 ist gewährleistet, daß wir die erfolgreiche Beschäftigungspolitik fortsetzen können, daß wir auch durch einen verbesserten Einsatz der Investitionsmittel seitens des Bundes — und es gibt auch differenziert wesentliche Steigerungen über das Vierpunkteprogramm vom Frühjahr hinaus — die Sicherung der Arbeitsplätze unter den bestehenden Bedingungen, unter denen dieses Budget erstellt worden ist, erreichen können. Sollten sich die Bedingungen wesentlich ändern, wird es sicherlich die Bundesregierung — und der Herr Bundeskanzler hat es ja heute schon angekündigt — für notwendig befinden, sehr rasch unmittelbar zusätzliche Maßnahmen zu setzen, um Vollbeschäftigung, auch wenn die internationale Konjunktur andere Trends zeigt — nach den Prognosen, die dem Budget zugrunde lagen, sollte diese in der Mitte des Jahres 1982 anspringen —, zu sichern.

Wir werden, und das ist durch das Budget 1982 gewährleistet, besondere Anstrengungen unternehmen können, um die Wachstumspolitik fortzusetzen, um das hohe Förderungsvolumen für öffentliche und private Investitionen zu erhalten und, ich sagte es schon, eine verstärkte Wirksamkeit damit zu erreichen. Dies gilt auch für die Bauwirtschaft, wo ja

eine Fülle zusätzlicher Maßnahmen derzeit verhandelt und diskutiert werden.

Aber wir werden und müssen diesen erfolgreichen Weg in der Form fortsetzen, um weiter die Stabilitätspolitik gewährleisten zu können, nämlich die Inflationsrate im Griff zu halten durch verstärkte Wettbewerbspolitik und durch Erstellung von Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel einen weiteren Abbau des Zahlungsbilanzdefizits, um eine Währungspolitik fortsetzen zu können, die die importierte Inflation möglichst gering hält.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wird das Budget 1982 gewährleisten. Der Forderung nach Kurswechsel setzen wir entgegen, daß wir das, was international als der österreichische Weg bezeichnet wird, auch erfolgreich 1982 fortsetzen wollen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)* 15.21

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Burger.

15.22

Abgeordneter Burger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es hat kaum eine Zeit zuvor gegeben, wo über die verstaatlichte Industrie in der Öffentlichkeit so viele Diskussionen abgeführt worden sind. Und bei diesen Diskussionen steht wiederum die Eisen- und Stahlindustrie im Mittelpunkt, an dieser Diskussion beteiligten sich Politiker aus allen Bereichen und beteiligte sich die Wirtschaft.

In der Vergangenheit pflegten sozialistische Abgeordnete hier zu sagen, man leiste der verstaatlichten Industrie keinen guten Dienst, wenn man die wirtschaftliche Situation in der Öffentlichkeit diskutiert. Tatsächlich, auch ich bin der Auffassung, daß man keinem Unternehmen einen guten Dienst leistet, wenn man die Situation, wenn es Unternehmungen schlecht geht, in die Öffentlichkeit trägt. Ich bin hier der gleichen Meinung. Die verstaatlichte Industrie gehört dem Bund, es ist der Bund Alleineigentümer, und der Bund ist verpflichtet, dem Parlament Bericht zu erstatten. Der Bund ist verpflichtet, dem Parlament zu sagen, wie es um die Lage der verstaatlichten Industrie steht. Und daher muß man auch gewärtig sein, daß man hier in diesem Haus über alle Unternehmen im ÖIAG-Bereich diskutiert und die Beratungen hier am Rednerpult durchgeführt werden müssen, ob es uns paßt oder nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich an die Presseartikel denke, die vor dieser Diskussion in die Öffentlichkeit hinausgegangen sind, Presseartikel seit dem

Burger

3. November 1981, wo fast jeden Tag monoton über die Situation in der verstaatlichten Industrie geschrieben und gesprochen wird, dann wird einem klar, wie es eigentlich überhaupt um die Wirtschaft und hier im besonderen um die verstaatlichte Industrie steht.

Da wird einem weiterhin klar, daß in den vergangenen Jahren trotz großer Investitionen vieles wahrscheinlich nicht richtig gemacht wurde. Hier stimmen die Rahmenbedingungen, in der die gesamte Wirtschaft ausgesetzt ist, mit größter Wahrscheinlichkeit nicht mehr, ja ich persönlich wage zu behaupten, die Rahmenbedingungen stimmen nicht mehr durch einseitige Belastungen aller Art. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man könnte sonst nicht folgendes schreiben — und, Herr Präsident, ich darf nun einiges zitieren —: Das „profil“ schreibt: „Dramatisch und katastrophal: Der ÖIAG-Vorstand wird am 2. November dem Aufsichtsrat einen Bericht zur Lage präsentieren, der sich gewaschen hat. Nahezu alle verstaatlichten Tocher- und Enkelfirmen vegetieren in einem niederschmetternden Zustand dahin.“ — Wenn man als Angehöriger der verstaatlichten Industrie so etwas liest, dann muß man langsam fragen, wie schaut es denn wirklich aus, dann wird man interessiert, den Dingen auf den Grund zu gehen.

Ein weiterer Artikel vom selben Tag lautet: „Horormeldungen über Verstaatlichte. Aber Kanzler Kreisky ist im Ausland.“ — Bitte, das war an jenem Tag, wo der Verstaatlichten-ausschuß tagte, wo der Herr Bundeskanzler in Belgien war. Es ist ja möglich, sich durch einen Staatssekretär vertreten zu lassen, selbstverständlich, aber, bitte, in Anbetracht einer solchen Situation müßte das Parlament erwarten dürfen, daß der Herr Bundeskanzler, welcher der Vorsitzende ... *(Abg. S a m w a l d: Das war ein schon längst festgelegter internationaler Termin!)*

Hier muß das Parlament den Vorzug haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ein solcher Zwischenruf kann und darf nicht gelten. Ich lese ja nur die Überschriften aus der verschiedenen Presse. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wie Sie denken, ist Ihre Sache. Das ist die Überschrift einer Pressemeldung, und ich persönlich bin als Angehöriger der betroffenen Industrie höchst interessiert, daß bei solchen Beratungen der Kanzler anwesend ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf weiter zitieren.

Die „Kleine Zeitung“: „Vor Stahlflaute. Jetzt muß Wien Farbe bekennen. Während die Arbeiter der wieder in eine Krise gerutschten

steirischen Stahlwerke bereit sind, Opfer zu bringen, ist vom Bund als Eigentümer der verstaatlichten Industrie noch nichts ähnliches bekannt. Die Landeschefs Dr. Krainer und Hans Groß wollen nun Wien eindringlich an die Eigentümerpflichten bei der steirischen Industrie erinnern.“ — Stammt nicht von mir. Ich habe mir vorgenommen, heute diese Dinge aus der Presse zu zitieren, weil ja alles scheinbar hier widerlegt wird, weil Wahrheiten zugedeckt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

„VOEST-Chef“ — und dieser Artikel hat mich besonders interessiert —, „VOEST-Chef optimistisch. Nur Donawitz unklar.“

Wegen der Kürze der Zeit gestatten Sie mir, daß ich nicht mehr weiter zitiere bis auf die Tatsache, daß am 12. Dezember, also in wenigen Tagen, der Beschluß gefaßt werden soll, daß man in Donawitz 1 400 Mann zuviel hätte, daß man ganze Betriebsabteilungen stillzulegen gedenkt. Für mich unvorstellbar! Eine unvorstellbare Entwicklung! Wenn ich so schwere Vorwürfe mache, dann muß man sich fragen, wie kommt es dazu.

Und hier, Hohes Haus, meine Damen und Herren, ein weiterer Artikel: „Verschwender am Werk.“ — Die „Kleine Zeitung“ vom Dienstag, d. 14. Hier sagt unser Bautenminister Karl Sekanina: „Der Rechnungshof weiß schon, was er sagt. Mir scheint es daher für notwendig, zu überdenken, ob die Konstruktion der Pyhrn-Autobahn AG in Ordnung ist.“ Und hier steht es weiter — und das zitiere ich jetzt langsam und deutlich —: Bei anderen Auftragsvergaben soll es zu ähnlichen Ungeheimheiten gekommen sein. So kaufte die Gesellschaft laut „profil“ hunderte Tonnen Baustahl in Westdeutschland. Doch das Pech für die Pyhrn-Autobahn-AG: dieser Stahl entsprach nicht den österreichischen Normen und verrostete. Der Stahl wurde nicht in den Brücken eingebaut, für die er vorgesehen war.

Man kauft mit unseren Steuergeldern hunderte Tonnen Stahlrippen-Torstahl vom Ausland, während wir dasselbe Produkt hochwertig seit vielen, vielen Jahrzehnten in Donawitz erzeugen. Diese furchtbare und durch nichts zu verstehende Beanstandung durch den Rechnungshof wäre angesichts der Krise im Stahlbereich einer Untersuchung, und zwar einer Untersuchung mit Konsequenzen, wert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Solche Auslandsbestellungen von Eisen, und ich sage dieses harte Wort, sind ein Verrat an der eigenen verstaatlichten Industrie und ihrer Arbeiter, die dort beschäftigt sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Solche Dinge, Hohes Haus, sind nicht welt-

Burger

weit, wie hier immer behauptet wird, diese Dinge sind hausgemacht. Die Aufträge, die die Pyhrn-AG vergibt, sind ausschließlich Aufträge, die aus Steuergeldern bezahlt werden. Da hätte die verstaatlichte Industrie doch Anspruch, anders bedient zu werden. Denn es ist ja wohl jedem bekannt, daß der Bund an dieser Gesellschaft mit 60 Prozent beteiligt ist, das Land Steiermark mit 32 und Oberösterreich mit 8 Prozent.

Wie dieses Beispiel beweist, ist diese Krise nicht mit Krisen der Vergangenheit zu vergleichen. Jede Krise, so meine ich, hat andere Ursachen. In der Zwischenkriegszeit oder in den dreißiger Jahren war die weltweite Krise. Hier sage ich weltweit, weil man gern zu sagen pflegt, das war damals die Schuld der Regierung. Diese Krise war eine echte Krise von Auftragsmängeln. Es sind einfach keine Aufträge eingegangen. Jene Ware aber, die erzeugt werden konnte, wurde mit Gewinn verkauft.

Heute ist das weniger eine Auftragskrise, denn die Umsätze konnten um 14 Prozent gesteigert werden. Sogar die Exporte stiegen um 7 Prozent. Das weist deutlich darauf hin, daß es keine Krise im Bereiche der Aufträge ist. Die gegenwärtige Krise ist eine Krise des Ertrages. Überproduktion, das heißt Überkapazitäten, denen man in allen Staaten mit gewaltigen Investitionen nachgelaufen ist, führen heute zu einem gnadenlosen Konkurrenzkampf und somit zum Preisverfall, trotz des gleichzeitigen Anstiegens der Energiepreise um über hundert Prozent der letzten Jahre, während die Verkaufspreise etwa denen des Jahres 1974 entsprechen. Wenn man die Situation so sieht, muß man annehmen, daß diese Krise, betrachtet man sie von der Ursache her, eine der schwierigsten und längsten Krisen werden könnte. Ich will das nicht wahrhaben. Aber die Vermutung liegt hier sehr, sehr nahe. Letzten Endes dauert diese Krise schon seit 1975.

Warum es die längste Krise werden könnte? Die Energiekosten werden weiter steigen und somit auch die Transportkosten, um nur einen Teil herauszunehmen. Die Überproduktionen von anderen Erzeugungsländern werden nicht abgebaut. Sie werden bis zur völligen Automation erneuert und werden so erst recht wieder ein Instrument sein, um die Preise zu drücken. Staaten, wie die europäischen und England, wo die Eisenindustrie eine private Industrie ist, die seit Jahren ihre Stahlindustrie auf den neuesten Stand brachten, stützen ihre Stahlindustrie, stützen ihre Grundstoffindustrie.

Es ist für uns hier unverständlich, daß Vor-

sitzende (*Zwischenruf des Abg. Fauland*) — kleiner Moment, Kollege Fauland —, daß Vorstandsvorsitzende bis vor kurzem, mit Ausnahme der VEW, stolz waren, kein Geld nehmen zu müssen. Das ist wirtschaftlich sicher richtig gedacht. Wer in der Arbeiterkammer Steiermark ist und sich das Referat vom Vorstandsvorsitzenden anhörte, der jedwede Mittel ablehnte, muß sagen, das muß man gehört haben. Nicht eine Partei ist hier schuld, sondern man hätte früh genug auf die Situation aufmerksam machen müssen. Wer soll es denn sonst tun als jene, die am Schalter sitzen und auch letzten Endes die Verantwortung tragen?

Der Herr Bundeskanzler hat das hier auch im Hause immer wieder gesagt und den Umstand gebührend gelobt, daß unsere Stahlindustrie keine Mittel braucht, weil sie mit der Situation selbst fertig wird. Oh wie trügerisch sind diese Ansichten!

Wir werden eine lange Krise haben, weil sich die Stahlerzeugung von den westeuropäischen Staaten in die Ostländer und in die Länder der Dritten Welt verlagert. Die Abwanderung ist deutlich spürbar. Der Anteil der westeuropäischen Staaten im Stahlkonzert beträgt nur mehr 56,7 Prozent. Es ist anzunehmen, daß dieser Trend anhalten wird. Für uns ist dies eine schlechte Aussicht für die Zukunft. Inwieweit es gelingen könnte, diesem Trend mit besonderen Qualitäten zu antworten, weiß ich nicht. Dies wäre Aufgabe der Forschung. Leider — und auch das sei hier gesagt — ist die Forschung ein Stiefkind hier in Österreich, besonders wenn es um die Eisen- und Stahlforschung geht.

Hohes Haus! Was man immer sagt und welche Begründung für die Ursache der Krise man auch immer hat, die Leidtragenden sind die Arbeiter mit ihren Familien, jene Gruppe von Menschen also, die wie alle anderen am Aufbau unserer Heimat mitgetragen haben. Diese Menschen haben in den Aufbaujahren jahrzehntelang Überstunden gemacht, Sonntag und Feiertag gearbeitet. Aber nicht nur, und das sei hier doch auch gesagt, die Arbeiter in der verstaatlichten Industrie alleine, alle, die sich am Aufbau beteiligen, haben diese Opfer gebracht.

Nun, Herr Bundeskanzler, können Sie mir etwa sagen, wenn das wahr werden sollte, was das steirische Arbeitsamt vorige Woche ausstrahlte, daß in den nächsten Jahren im obersteirischen Raum 5 000 bis 8 000 Arbeitskräfte zu viel sein werden, können Sie mir sagen, Herr Bundeskanzler, wie diese Leute leben sollen mit 5 000 S Arbeitslosenunterstützung, wo sie eine Wohnung bezahlen müs-

Burger

sen, die 3 000 bis 4 000 S kostet, Kinder haben, die in die Schule gehen? Hier zieht doch die nackte Not ein. Hier muß etwas getan werden, um das aufzuhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben es einfach nicht verdient. Heute kommt mir wieder ein Zeitungsartikel in die Hand, wo man feststellt, bei der VOEST wackeln jetzt 1 400 Arbeitsplätze, ganze Betriebsstätten sollen stillgelegt werden. Ich habe schon darüber gesprochen. Das sind doch Dinge, mit denen sich das Haus mit aller Leidenschaft befassen muß, um das zu verhindern, was hier drinnen steht. Unsere Arbeitskollegen, und ich sage dies namens der Belegschaft, haben es nicht verdient. Ich sage das Ihnen, Herr Bundeskanzler: Unsere Betriebe und unsere Belegschaften haben das nicht verdient. Sie, Herr Bundeskanzler, tragen dafür die Verantwortung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wer mit Mehrheit, wer mit absoluter Mehrheit eine Alleinregierung ausübt, ist vor den Augen der Belegschaft auch allein verantwortlich. Diese Verpflichtung haben Sie zu übernehmen. Und wenn Sie nicht imstande sind, die Verantwortung zu tragen, dann glaube auch ich, daß ein Kurswechsel fällig wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.40

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Fauland.

15.40

Abgeordneter Fauland (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich auf die Probleme der verstaatlichten Industrie eingehen werde, erlauben Sie mir auch, einige Betrachtungen zum Budget, zum Bundesvoranschlag 1982, anzustellen.

Ich möchte heute als Abgeordneter der Regierungsfraktion auch eindeutig sagen, daß wir voll der Meinung sind, daß das Budget ein Sparbudget ist, ein Sparbudget, werte Damen und Herren, schon einmal aus dem Grund, weil die Erhöhung des Budgets, verglichen mit 1981, nicht einmal die Höhe der Inflationsrate erreicht. Im Gegenteil, es gibt keine Steuererhöhungen, sondern es ist sogar ab 1. Jänner 1982 eine Steuersenkung mit eingeplant, die immerhin für 1982 eine Verminderung von 6 Milliarden Schilling bringt, werte Damen und Herren. Das, glaube ich, muß man auch bei diesem Budget sehen.

Verehrte Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Das Budget unterscheidet sich gegenüber vielen anderen konservativen Regierungen auch noch andererseits. *(Ruf bei der ÖVP: „Andere“ konservative Regierungen?)* Anderen konservativen Regierungen gegenüber unserer sozialistischen

Regierung. Ist das verständlich, Herr Abgeordneter Ettmayer, wenn Sie es klargestellt haben wollen?

Die konservativen Regierungen — das wissen wir ganz genau — nehmen keine Rücksicht auf Vollbeschäftigung, keine Rücksicht auf das Sozialbudget. Bei unserem Budget, beim Budget der sozialistischen Regierungen hier in Österreich, bei unserem Entwurf und Voranschlag von Herrn Bundesminister Salcher können wir sagen, daß die Beschäftigungspolitik berücksichtigt wurde und daß auch keine Einschränkungen bei den Sozialleistungen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es wäre bei Sozialisten undenkbar, Einschränkungen bei Sozialleistungen zu machen.

Ich glaube auch, daß alle Daten darauf hindeuten, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich, werte Damen und Herren, auch in der gegenwärtigen Rezessionsphase der Weltwirtschaft bei uns weitaus günstiger verläuft als in den meisten, mit uns vergleichbaren westlichen Industriestaaten.

Wir haben immer wieder bewiesen, daß wir eine an der Vollbeschäftigung orientierte Politik betreiben, und wir können aber auch beweisen, daß wir durch unser Budget, durch unsere Vorschläge immer wieder noch sozialwirtschaftliche Vorteile gebracht haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Werte Damen und Herren! Wenn heute hier auch Vergleiche gezogen worden sind — der Abgang bei unserem Budget in Österreich beträgt 60 Milliarden Schilling —, dann müssen wir aber auch sagen, daß in einer Zeit, in der wir heute sind, in dieser schwierigen Zeit, aber auch gleichzeitig in den letzten Jahren in Österreich unter dieser sozialistischen Regierung über 400 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Ich glaube, das ist nicht zu übersehen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Anton Schlager.)* Herr Kollege Schlager! Unter dieser Regierung! Ich gebe zu: Im Zusammenwirken mit der Wirtschaft natürlich, das ist selbstverständlich. Aber es sind 400 000 Arbeitsplätze geschaffen worden, und das können Sie nicht leugnen, die sind vorhanden, meine Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Werte Damen und Herren! Ich möchte gar nicht näher eingehen auf die Arbeitslosen- und Inflationsraten. Die Vergleichsziffern mit Belgien, BRD, England, Italien, Amerika und Kanada kennen Sie. Aber Sie wissen auch, daß wir eine der niedrigsten Arbeitslosen- und Inflationsraten haben. Der Durchschnitt der Inflationsrate, das wissen Sie ganz genau, meine Damen und Herren, liegt bei uns

Fauland

knapp bei 7 Prozent, und der OECD-Wert liegt bei 10,5 Prozent. Daran allein können Sie schon ermesen — rund 3,5 Prozent Unterschied —, welche Leistungen diese Regierung erbracht hat.

Man sagt auch für 1982 in Westeuropa voraus, daß es rund 10 Prozent an Inflationsraten geben wird, und bei uns schätzt man die Inflationsraten zwischen 5,25 bis 6 Prozent.

Werte Damen und Herren! Das Budget mit 368 Milliarden Schilling, aufgebaut auf Gesundheit, Wohnbau, soziale Wohlfahrt, Straßen und Verkehr, Finanzschuld, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft, einschließlich Preisstützungen, Recht und Sicherheit und anderen Ausgaben, hat einen wirksamen Inhalt.

Allein,werte Damen und Herren — und das verschweigen Sie, das erwähnen Sie selbstverständlich nicht —, für die soziale Wohlfahrt sind im Jahre 1982 hier in diesem Budget 83,9 Milliarden Schilling verankert. Das sind um rund 22,8 Prozent mehr als im Voranschlag 1981, das sind rund 10,5 Milliarden Schilling. Ich glaube, auch das zeichnet unser Budget aus.

Für die Arbeitsmarktpolitik,werte Damen und Herren, für die Sicherung der Vollbeschäftigung wurde sehr viel geleistet und ist auch sehr viel in diesem Budget enthalten.

Denken Sie einmal in dieser schwierigen Zeit an das Jahr 1981 zurück. Es wurden viele betriebliche Umschulungen vorgenommen, 580 000 Kolleginnen und Kollegen wurden in ihrer Arbeitsmarktmobilität gefördert. Es wurden dafür rund 2,6 Milliarden Schilling aufgewendet. Für Arbeitsbeschaffungsprogramme wurden rund 1,9 Milliarden Schilling aufgewendet. Für Maßnahmen zur Sicherung der Jugendlichen beim Eintritt in das Berufsleben,werte Damen und Herren,wurden 943 Millionen Schilling aufgewendet. Die gleiche Zahl werden Sie auch wieder im Budget 1982 finden.

Werte Damen und Herren! Die Kranken- und Unfallversicherung für die Bauern erhält für 1982 830 Millionen Schilling. Die anderen Krankenversicherungen und Unfallversicherungen erhalten nichts, sondern nur für die Kranken- und Unfallversicherung der Bauern werden 830 Millionen Schilling aufgewandt.

Für die Pensionsversicherung und für den Kampf gegen die Armut sind wieder rund 4,6 Milliarden Schilling enthalten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es notwendig ist, auch diese Zahlen aufzuzeigen.

Genauso ist es bei den Kriegsoffern, Herr Kollege Schlager, bei der Heeresversorgung. Wir hatten rund 5,7 Milliarden Schilling aufgewendet. Sie wissen ganz genau, daß das um 200 Millionen Schilling mehr sind als im Jahr 1981; trotz eines schwierigen Budgets, trotz der weltweiten Schwierigkeiten sehen Sie, was von dieser Regierung aus unternommen wird zur Besserstellung der sozial Armen, der sozial Gefährdeten.

Werte Damen und Herren! Ich will gar nicht mehr reden von der Familienbeihilfe, von der Familienpolitik, von der Geburtenbeihilfe, von den freien Schulfahrten, was da alles aufgewendet wird; weiter bis zu den freien Schulbüchern und bei den Bundesstraßen. Auch für die Bundesstraßen sind in diesem Budget 1982 rund 15,7 Milliarden Schilling vorgesehen. Das bedeutet, daß 81 km an Schnellstraßen und 15 km an Autobahnen mehr gebaut werden.

Werte Damen und Herren, das sind Ziffern, die sich sehen lassen können.

Ich möchte nicht weiter eingehen auf die Post- und Telegraphenverwaltung. Zur indirekten Wirtschaftsförderung: Hier sind vorzeitige Abschreibungen für Bauten für 1982, vorzeitige Abschreibungen für bewegliche Anlageninvestitionen; sie werden auf 40 Prozent reduziert. Das haben Sie heute wohlweislich hier auch verschwiegen. Und für die direkte Wirtschaftsförderung,werte Damen und Herren der ÖVP, der Opposition, sind rund 1,5 Milliarden Schilling vorhanden. Ich brauche Ihnen nicht aufzuzählen, wie sie angewendet und wo sie verwendet werden.

Für die Regionalpolitik sind rund 166 Millionen Schilling in diesem Budget vorgesehen. Für weitere Förderungen der verstaatlichten Industrie sind immense Beträge drinnen, und auch für die Bauwirtschaft, wie erwähnt, und für den Hochbau gibt es keinen Stillstand. Es sind ebenfalls genügend Mittel vorhanden.

Ich möchte mich nun dem Kapitel der verstaatlichten Industrie zuwenden. Es wurde heute hier bereits von seiten der ÖVP angedeutet, man möchte einen Konsens suchen, die Konsensbereitschaft, und man soll auch dieses Problem aus dem tagespolitischen Geschehen heraushalten. Ich glaube, man kann nicht so darüber hinweggehen, man muß dazu schon einige Worte sagen.

Der Herr Abgeordnete Taus hat gemeint, die Verstaatlichte müßte gewinnträchtig sein, es müssen gesunde Betriebe sein, aber er hat gleichzeitig auch in einem Atemzug gesagt, es wurde verabsäumt, rechtzeitig die Umstrukturierung in der verstaatlichten Industrie vorzu-

Fauland

nehmen, es wurde auch verabsäumt, rechtzeitig in die Finalindustrie zu gehen.

In einem Punkt kann ich dem Herrn Abgeordneten Taus recht geben: Es wurde verabsäumt — aber in einer Zeit der ÖVP-Alleinregierung! —, rechtzeitig in die Finalindustrie zu gehen. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist aber schon ziemlich lange her!*) Und das wissen Sie ganz genau, werte Damen und Herren der großen Opposition, daß von Ihrer Seite immer wieder großer Widerstand bestanden hat, daß von Ihrer Seite immer wieder dageengehalten und immer wieder aufgezeigt wurde, daß die verstaatlichte Grundindustrie nicht in die Finalindustrie zu gehen hat, sondern daß das eine Aufgabe der Privatwirtschaft wäre. Jetzt auf einmal hört man dann diese Töne auch von Ihrer Seite, daß das verabsäumt worden wäre.

Werte Damen und Herren! Auch der Abgeordnete Mock hat gesagt, daß 1970 gesunde Betriebe seitens der ÖVP-Regierung an die sozialistische Regierung übergeben worden sind. Wie schaut denn die Wirklichkeit aus? Wie sind diese Betriebe in der Steiermark übergeben worden? Ob das die Betriebe der jetzigen VEW — der ehemaligen Böhler —, ob es die Betriebe der Alpine gewesen sind, wie wurden sie übergeben? (*Ruf bei der ÖVP: Leykam war noch dabei!*) Bitte, wie wurden diese Betriebe übergeben? (*Ruf bei der ÖVP: Mit 31 Prozent Eigenkapital!*)

Strukturschwache Betriebe wurden übergeben, weil die Investitionen in diesen Betrieben nicht rechtzeitig gemacht wurden. (*Abg. Anton Schlager: Gewinnträchtige Betriebe!*) Weil nicht investiert wurde! Ansonsten wäre es ja nicht notwendig gewesen, nach der Fusion 1973 Investitionen in einem Ausmaß vorzunehmen, dessen Ziffern und Zahlen ich Ihnen noch bekanntgeben werde, wo Sie staunen werden, was in diese Stahlindustrie in der Steiermark von seiten der verstaatlichten Industrie und dieser Bundesregierung investiert und hineingegeben werden mußte. (*Abg. DDr. König: Wissen Sie, was der Rechnungshof dazu gesagt hat? 10 Jahre hat die Preisbehörde der Alpine zu billige Preise diktiert, laut Rechnungshofbericht!*) Herr Abgeordneter König! Eines stimmt: daß die Alpine verpflichtet gewesen ist, in Ihrer Zeit, vor der Fusion, den Inlandsmarkt zu beliefern. Und ihr wurden damals die Preise diktiert, wo andere natürlich liefern konnten, wie die VOEST, ins Ausland exportieren konnten und große Preise erzielen konnten. Aber bitte, wer hat denn das verlangt? Wer hat denn seinerzeit diese Absprache getroffen und verlangt, daß die Alpine zu diesen Prei-

sen die Privatfirmen beliefern muß, zu Preisen, auf Grund deren die Privatfirmen enormes Geld verdient haben. (*Ruf bei der ÖVP: Alle Firmen, nicht nur die privaten!*) Die privaten Firmen konnten enormes Geld bei diesem billigen Vormaterial verdienen, das die Alpine an diese Firmen liefern mußte, werte Damen und Herren!

Eines steht fest: Seit der Fusion sind in der Steiermark Investitionen vorgenommen worden, die ein beträchtliches Ausmaß angenommen haben. Das kann man einfach nicht übersehen.

Allein in Eisenerz wurden von 1973 bis 1976 377 Millionen Schilling investiert und von 1977 bis 1980 198 Millionen. In Donawitz wurden von 1973 bis 1976 2 062 Millionen Schilling und von 1977 bis 1980 3 705 Millionen Schilling investiert. In Kindberg wurden 1973 bis 1976 241 Millionen Schilling investiert und von 1977 bis 1980 1 737 Millionen Schilling. In Liezen wurden von 1973 bis 1976 127 Millionen Schilling investiert und von 1977 bis 1980 86 Millionen Schilling. In Zeltweg wurden 1973 bis 1976 367 Millionen Schilling investiert und von 1977 bis 1980 351. Das bedeutet, daß allein in der Zeit von 1973 bis 1976 insgesamt 3 174 Millionen Schilling und von 1977 bis 1980 6 077 Millionen Schilling investiert wurden. Das sind rund fast 10 Milliarden Schilling in der Zeit, seit die Fusion vorgenommen wurde.

Diese Investitionen haben dazu beigetragen, Strukturverbesserungen und Umstrukturierungen vorzunehmen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und sie haben dazu beigetragen, daß in diesen Bereichen zum größten Teil die Arbeitsplätze gesichert werden konnten; denn wären diese Umstrukturierung und diese Investitionen nicht erfolgt, wäre es nicht möglich gewesen, bei diesem Einbruch bei den Stahlpreisen, bei dieser weltweiten Wirtschafts- und Stahlkrise die Arbeitsplätze noch so zu sichern, wie es bis jetzt gelungen ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Weil immer wieder gesagt wird, es ist ja kein Stahlplan vorhanden und diese Regierung hat sich auch nicht gekümmert und auch nicht die Manager der VOEST-Alpine: Meine Damen und Herren! Ich bin auch kein Verteidiger des Vorstandes oder des Managements, aber eines muß man sagen: Es wurden große Schwerpunkte gesetzt zur Strukturverbesserung und gewisse Diversifikationen wurden vorgenommen. Es wurden Orte erfaßt wie Liezen, Leoben-Donawitz, Kindberg, Krieglach, Eisenerz und Köflach. Und auch da kann man mit Zahlen und mit neuen Betrieben aufweisen. Es wurden von der verstaatlichten Industrie und besonders von der VOEST-Alpine im

Fauland

Programm der Wehrtechnik für Liezen große Pläne aufgegriffen und durchgeführt. Es wurden Investitionen in Höhe von 450 Millionen S vorgenommen und die sichern dort 860 Arbeitsplätze.

Es wurde groß in die Elektronik eingestiegen. Es werden in einigen Orten Elektronikbetriebe errichtet, wie in Hinterberg in Leoben, wie AMI in Graz, was zusätzlich wieder Hunderte oder Tausende Arbeitsplätze in der Steiermark schafft.

Werte Damen und Herren! Es ist mit diesem Programm, diesen Diversifikationen geplant, rund 2 850 Arbeitsplätze in der Steiermark bis in die Jahre 1984 und 1985 zu schaffen.

Sehen Sie, das alles zusammen kostet natürlich Geld, kostet auch Geld für Investitionen. Und jetzt komme ich auf einen Punkt: Und das ist jetzt eben die Anleihe, das heißt, die Zuführung von Kapital, von der ÖIAG, praktisch der Mutter, zur Tochter, der VOEST-Alpine von 4 000 Millionen Schilling, 2 000 für die VOEST-Alpine und 2 000 Millionen Schilling für die VEW. Da müssen wir jetzt einmal ganz offen darüber sprechen und diskutieren. Was hat sich dort abgespielt? Die Vertreter der ÖVP in den Aufsichtsräten der VOEST-Alpine haben dafür gestimmt und haben gesagt, es ist notwendig, um all diese Maßnahmen durchführen zu können, Strukturbereinigungen einleiten zu können, daß vom Staat Kapital zugeführt wird. Die gleichen Herren sitzen nämlich auch im Aufsichtsrat der ÖIAG.

Wie das zur Sprache gekommen ist und der Antrag gestellt wurde von seiten des Vorstandes in der ÖIAG, haben diese Herren dagegen gestimmt. Die gleichen, die den Antrag im Aufsichtsrat der VOEST-Alpine gestellt haben, haben sich dann im Aufsichtsrat der ÖIAG dagegen aufgelehnt und sind dagegen gewesen, daß die notwendigen Mittel zur Besserstellung der Stahlbetriebe der VEW und der VOEST-Alpine zur Neuschaffung von Betrieben und Strukturbereinigungen zugeführt werden.

Ich kann ja heute sagen, wenn ich meine beiden Freunde hier, die Kollegen Burger und Wimmersberger, anschau, daß sie auch nicht sehr erfreut über diese Entscheidung gewesen sind.

Ich habe hier eine Resolution in der Hand, und ich erlaube mir, Herr Präsident, daß ich sie zitiere. Es ist eine Resolution des Angestelltenbetriebsrates der Hütte Donawitz. Der Angestelltenbetriebsrat ist, wie bekannt, nicht der SPÖ zugehörig, sondern dem ÖAAB,

der dort eindeutig alle Funktionen stellt. Was glauben Sie, was die schreiben?

„Resolution. Protest gegen die Haltung der ÖVP-Aufsichtsratsfraktion in der ÖIAG.“

Der Angestelltenbetriebsrat der Hütte Donawitz begrüßt die vom ÖIAG-Aufsichtsrat am 2. 11. 1981 beschlossene Kapitalzufuhr für den VOEST-ALPINE-Konzern in der Höhe von 1,5 Milliarden Schilling. Diese durch die internationale Stahlkrise notwendig gewordene Finanzierungshilfe ist eine der Voraussetzungen für die Sicherung der Arbeitsplätze und die Weiterführung der strukturellen Veränderungen im Konzern.

Mit Bedauern und Verwunderung nimmt der Angestelltenbetriebsrat die Ablehnung dieser Kapitalzufuhr durch die ÖVP-Aufsichtsrats-Fraktion in der ÖIAG zur Kenntnis. Besonders bedauerlich ist, daß auch das steirische Mitglied, Dr. Assmann, sich dieser gegen die steirische Wirtschaft gerichteten Ablehnung der Kapitalzufuhr angeschlossen hat.“ (Abg. Dr. Hafner: Das ist unfair, der kann sich hier nicht verteidigen!) Das sagen die Herren des ÖAAB, Ihre Kollegen, Werte Damen und Herren von der rechten Seite.

„Der Angestelltenbetriebsrat fordert Landeshauptmann Dr. Krainer auf, sich für eine Politik für und nicht gegen die Interessen des VOEST-Alpine-Konzerns und seiner Beschäftigten einzusetzen.“ (Abg. Dr. Hafner: Unfair!)

Das ist nicht unfair. Ich sage das nur, weil Sie immer behaupten, das ist nicht so. Nun sehen Sie selbst, daß in Ihren Reihen Unzufriedenheit herrscht über Ihre Stellungnahme bei der Zuführung von Mitteln zur VOEST-Alpine.

„Durch die öffentliche Kampagne gegen die verstaatlichte Industrie der Medien“ — jetzt wird es interessant — „werden Zehntausende Arbeitnehmer verunsichert, als Parasiten auf Kosten der Steuerzahler denunziert und deren Arbeitsplätze durch die internationale Rufschädigung des Konzerns gefährdet.“

Die Angestelltenbetriebsräte sind daher abschließend der Auffassung, daß die durch Skandalisierung gekennzeichnete öffentliche Diskussion durch eine sachliche Erörterung der Probleme und ihrer Lösungsmöglichkeiten ersetzt werden soll.“

Das sind die Worte von Leuten Ihrer Fraktion, vom Angestelltenbetriebsrat der Hütte Donawitz, die auch an Sie gerichtet sind.

Was möchte ich damit, Werte Damen und Herren, zum Ausdruck bringen? Daß es

Fauland

erforderlich und notwendig ist, in Zukunft den Konsens zu finden, daß wir gemeinsam versuchen müssen, das Problem zu lösen. Aber nicht nur wir gemeinsam, auch die Gemeinden in der Steiermark, wo diese Probleme auftreten.

Ich bin aber nicht der Auffassung, die Kollege Burger hier vertreten hat, daß das hier im Hohen Haus, hier an diesem Pult diskutiert und besprochen gehört. Ich schließe mich der Meinung von Abgeordneten Taus an, der gemeint hat, daß dieses Problem in einem Unterausschuß im Hohen Haus diskutiert gehört, aber nicht im Plenum an diesem Rednerpult. Man soll diese Probleme dort besprechen, um dementsprechend dann auch wirken zu können.

Ich wollte damit nur noch einmal zum Ausdruck bringen, daß diese sozialistische Regierung, daß die Manager der VOEST-Alpine alles unternommen haben, um die Arbeitsplätze in diesen Betrieben trotz der großen Stahlkrise zu sichern.

Eines ist sicher — der Bundeskanzler hat es auch offen ausgesprochen, Herr Abgeordneter Burger —: daß Donawitz kein Industriefriedhof werden darf, daß Donawitz eine Angelegenheit ganz Österreichs ist. Donawitz war doch von 1945 bis jetzt gezwungen, billig den Inlandsmarkt zu beliefern. Wir müssen auch sehen, was dort für die heimische Wirtschaft geleistet wurde.

Daher kann es nur so sein, daß es für die Zukunft zwei Hüttenstandorte gibt: einen Hüttenstandort in der Steiermark, das ist Donawitz, und einen Hüttenstandort in Linz, wo Roheisen produziert wird, wo vom Erzberg Erz bezogen wird und damit auch der Erzberg für die steirische Heimat gesichert ist.

Daher glauben wir, daß mit diesem Budget 1982 die Grundlagen geschaffen sind, unsere Arbeitsmarktpolitik fortzusetzen, die Vollbeschäftigung zu erhalten, auch in der schwierigen Zeit, die wir jetzt vorfinden. Wir glauben, im Gegensatz zu Ihnen, werte Damen und Herren von der Opposition und von der großen Opposition, daß mit diesem Haushaltsvoranschlag 1982 der Weg der Sparsamkeit begonnen wurde, daß alle Impulse gesetzt wurden, damit die Wirtschaft auf einem gutem Weg, auf dem österreichischem Weg, fortzuführen ist.

Ich kann Sie, werte Damen und Herren von der ÖVP und von der FPÖ, nur dazu auffordern, diesen gemeinsamen Weg mit uns zu gehen und daher auch, wenn es Ihnen möglich ist, für den Bundesvoranschlag 1982 zu stimmen. Wir jedenfalls von der Regierungs-

partei werden diesen bewährten österreichischen Weg, den Weg, der die Vollbeschäftigung sichert, weitergehen und die soziale Sicherheit und die Stabilität fortsetzen zum Wohle aller Bürger in diesem Lande. *(Beifall bei der SPÖ.)* 16.08

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Frischenschlager.

16.08

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schlußworte meines Vorredners, der einen Appell in Richtung Konsens ausgesprochen hat, sind natürlich schon etwas, das eine große Bedeutung hat, weil man sich fragt, inwieweit unsere parlamentarische Demokratie, unsere Parteiendemokratie in der letzten Zeit die Anforderungen im Griff behalten hat und inwieweit das politische Vertrauen der Bevölkerung in unsere parlamentarische Demokratie noch jene Unterstützung hat, die wir gewohnt sind.

Es ist ja nicht zu übersehen, daß unsere heutige Budgetdebatte eine Strömung durchzieht, nämlich die Frage des Konsenses zwischen den Parteien, das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition und vor allem die Frage, inwieweit die absolute Mehrheit, die schon etwas bemooste — leider Gottes bemooste — absolute Mehrheit der Sozialisten denn überhaupt noch in der Lage ist ... *(Abg. Kittl: Bäume werden darauf wachsen!)* Aber sehr morsche *(Abg. Kittl: Nein, nein, junge, kräftige Bäume!)*, und die Äste werden brechen unter der Last des nassen Schnees der großen Probleme, vor denen wir zweifellos stehen und die ja auch aus der Debatte um das Budget hervorgehen.

Gerade das Kapitel Oberste Organe ist geeignet, sich darüber Gedanken zu machen, inwieweit unsere demokratische Praxis besonders auf parlamentarischer Ebene den Anforderungen gewachsen ist, vor denen wir in wirtschaftlich-sozialpolitischen, aber auch internationalen Bereichen stehen.

Wir haben heute eine interessante Erscheinung feststellen müssen: daß ein Finanzminister, der sein Budget vorgelegt hat, der heute eigentlich die Hauptperson, der Hauptgesprächspartner des Parlamentes sein sollte, sich in der Anwesenheit sehr stark zurückhält. Ich möchte das gar nicht dramatisieren *(Ruf bei der SPÖ: Seit wann ist das so?)*, ich möchte auch den Ausdruck Mißachtung des Parlaments nicht überstrapazieren. Aber ein Symptom ist es auf jeden Fall, daß sich ein Finanzminister dieser Bundesregierung offensichtlich nicht mehr benötigt sieht, durch

Dr. Frischenschlager

seine persönliche Anwesenheit zu dokumentieren, daß er sich mit den Argumenten der Parlamentarier auseinanderzusetzen hat. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Peter: Das hätten wir uns vom Androsch nicht gefallen lassen, bestimmt nicht!)*

Ich glaube, ganz gleichgültig, wer Finanzminister ist und wie die parlamentarischen Kräfteverhältnisse in diesem Hause sind: ein Finanzminister hat in der Budgetdebatte Rede und Antwort zu stehen, und beides findet offensichtlich heute nicht statt. Ich bin gespannt, ob der Finanzminister heute noch das Wort ergreift in diesem Haus, ob er es überhaupt der Mühe wert findet, auf das, was hier von den Parlamentariern an Argumenten vorgebracht wird, einzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist das ein Zeichen der mangelnden Kooperation zwischen unseren verfassungsmäßigen Institutionen.

Und das zweite ist, daß sich die Form und die Ausdrucksweise der politischen Auseinandersetzung in unserem Staat wesentlich verschärft hat. Wir haben heute härtere Fronten zwischen Regierung und Opposition. Es ist von Tauben und Falken die Rede.

Und eines ist jedenfalls festzustellen: Wenn von der Opposition Kritik angebracht wird, wenn Kritik ausgesprochen wird, hat man immer den Eindruck, als ob es sich dabei um Majestätsbeleidigungen handelt. Wann immer massive Kritik vorgetragen wird, ist man sehr rasch mit dem Wort der Skandalisierung da. Bei jedem größeren Konfliktfall in den letzten Jahren war das der Start der Auseinandersetzung. Dann, nach und nach, wenn die Dinge einfach nicht mehr zuzudecken sind, bequemt man sich zuzugeben, daß da und dort das eine oder andere nicht mehr stimmt.

Ich bedaure das deshalb, weil ja die Öffentlichkeit in diesem Staat dieses parteipolitische Hickhack nicht besonders schätzt. Vor allem ist etwas damit verbunden: Das Vertrauen der Bevölkerung in unsere parlamentarisch-demokratischen Institutionen wird dadurch geschwächt.

Das ist nicht nur eine Frage der Gesamtbevölkerung, sondern ist insbesondere wichtig für einen Bevölkerungsteil, nämlich für den jüngeren Teil der Bevölkerung. Denn eines ist nicht zu übersehen, ohne das zu dramatisieren: daß sich ein wesentlicher Teil der Jugend abkehrt von denen „da oben“ und daß das Vertrauen in die demokratische Ordnung und in die politische Leistungsfähigkeit zumindest schrumpft. Ich sage das, ohne zu dramatisie-

ren, aber die Feststellung ist sicherlich richtig.

Und es ist ja nicht so, daß das ganz unverständlich ist. Es wurde ja heute in der Budgetdebatte schon mehrfach die Frage der Jugendarbeitslosigkeit angeschnitten. Auch das ist sicherlich im internationalen Vergleich etwas, wo sich Österreich sehen lassen kann. Aber hellhörig müssen wir bei diesem Punkt bleiben. *(Beifall bei der FPÖ.)* Niemand kann uns heute die Gewähr geben, daß das nicht noch ein sehr großes Problem wird. Denn es ist natürlich schon sehr praktisch, immer von der Warte Österreich aus zu sagen: Wie schaut es denn im Umbereich aus? Wie schaut es zum Beispiel in der EG aus? Ich glaube nicht, daß die Wirtschaftskraft dieser Staaten so miserabel wäre, daß wir uns im Vergleich auf das hohe Podest stellen und sagen könnten: Bei denen ist alles so miserabel, man sieht es an der Arbeitslosigkeit.

Sicherlich, wir haben in verschiedenen Bereichen eine Situation, die uns abhebt. Aber jedenfalls sind die Zahlen vor allem der Jugendarbeitslosigkeit etwas, wo wir nicht übersehen können, daß die Probleme jedenfalls größer werden. Und das ist ein Punkt, den natürlich die Jugend ganz massiv angeht und wo sie mit großem Mißtrauen schaut, was dieser Staat, was die Politik, was die politischen Kräfte leisten.

Ein zweiter Punkt, warum ich glaube, daß zu Recht oder verständlicherweise viele jüngere Menschen in diesem Staat ein gewisses Unbehagen fühlen. Wir sind in den letzten Jahren mit einer Welle von Korruption konfrontiert, und es darf niemanden wundern, daß sich die Jugend fragt, wie es denn hier in diesem Staate zugeht, wenn sie in den letzten Wochen lesen konnte von Korruptionsfällen, wenn schüppelweise Beamte in Haft genommen oder angeklagt wurden, weil sie korrupt gehandelt haben. Ich erinnere nur an die BGV-Sache, die eine böse Sache ist von der Quantität her, weil hier die ganze Führungsspitze eines Verwaltungsbereiches zumindest unter Anklage gestellt wurde. Das ist ein Punkt, wo ich verstehe, daß sich die jüngere Generation fragt, was sich denn in diesem Staate tut.

Und wenn ein junger Mensch bei ganz normalen Dingen des täglichen Lebens, sei es beim Beruf, im Wohnungsbereich, sei es bei Subventionen und ähnlichen Dingen, sehr subtil da und dort, aber doch sehr regelmäßig gefragt wird, ob er denn das richtige Parteibuch habe oder sich doch eines rechtzeitig beschaffen möge, man könne ihm dann doch viel leichter behilflich sein, verstehe ich, wenn

Dr. Frischenschlager

manch einer sagt: Wie steht es mit der Demokratie in diesem Staate?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage das deshalb, weil in der Situation, in der international, aber auch in Österreich große Probleme im wirtschaftlichen und sozialen Bereich bestehen und noch anwachsen werden, auch wenn vieles vielleicht gar nicht hausgemacht ist, die Anforderungen an diese Demokratie, an ihre Institutionen wachsen werden.

Es ist eines außer Streit zu stellen: In der wirtschaftlichen Situation, in der wir uns derzeit befinden, wird die politische Auseinandersetzung einfach schärfer werden. Warum? Weil die Lösungsmöglichkeiten ja nicht auf der Straße liegen. Und ich glaube, es ist für alle politischen Kräfte gar nicht schlecht, wenn man sich gelegentlich eingesteht, daß eben die Lösungen nicht so ohne weiteres zu finden sind, wenn man sich selbstkritisch eingesteht, daß die eine oder andere Frage eben nicht so ohne weiteres über die Bühne zu bringen ist, wenn man sich nicht aufs hohe Roß stellt und behauptet, wie es die Regierungspartei ja sehr gerne tut: Wir haben „eh“ die Weisheit für uns gepachtet, für uns ist das alles klar, und es läuft alles bestens. Die Dinge sind viel zu schwierig geworden in den letzten Jahren, als daß man ohne weiteres diese Grundhaltung einnehmen könnte.

Es ist eine Wertänderung im Gange. Große Teile der Bevölkerung sehen heute in den Grundwerten andere Schwerpunkte. Ich erinnere nur an die Umweltschutzproblematik, an die ganze Energiedebatte, an die Vorstellungen über die materielle Vorsorge. Alles das ist im Gange, in größerem oder kleinerem Ausmaß.

Und es ist einfach die wirtschaftliche Situation, die den Einsatz der Ressourcen dieses Staates ja viel, viel schwieriger macht. Das konzediere ich der Regierungspartei sehr gerne, daß es viel schwieriger geworden ist, die Mittel zweckgewidmet und langfristig und für eine zukunftsgerichtete Politik einzusetzen. In einer Hochkonjunktur ist das wesentlich leichter. Der Spielraum ist größer. Unser Spielraum — das zeigen die Budgetdaten — ist sehr klein geworden. Und deshalb wird auch innerparteilich, aber vor allem zwischen den Parteien die politische Kontroverse schärfer werden.

Aus diesem Grunde sollte man sich die Praxis der sozialistischen Regierung, der absoluten Mehrheit etwas genauer ansehen. Mich hat etwas erstaunt. Bei der — ich weiß nicht, ist das jetzt eine Vorwahlkampagne — Insera-

tenwelle, die durch die Zeitungen geht, hat mich eine Passage sehr verwundert, nämlich jene, wo geschrieben wird: Nur keine Experimente. Eine sehr erstaunliche Sache. Denn diese sozialistische Regierung ist angetreten unter dem Prätext: Wir machen Reformpolitik. Und zehn Jahre später glaubt diese Regierung, vor die Öffentlichkeit treten und sagen zu können: Nur keine Experimente. Ein Grundfehler!

Ich verstehe schon: In einer schwierigen Situation ist es leicht, Emotionen dahingehend zu wecken, daß man sagt, seien wir übervorsichtig, machen wir nur ja nichts, denn womöglich wird es sonst noch schlechter. Aber es ist doch völlig klar: Im wirtschaftlichen Bereich, im sozialen Bereich oder wo auch immer bestehen ja die Probleme deshalb, weil wir überall Strukturprobleme haben. Und Strukturprobleme, auch im internationalen Maßstab, können nur durch eine Reformpolitik gelöst werden. Aber statt dessen hören wir, daß es keine Experimente geben soll.

Und dann ist noch ein zweites Element, in der sozialistischen Propaganda zumindest: Da wird mit einer sehr subtilen Angstparole gearbeitet: „In Zeiten wie diesen“.

Ich habe manchmal den Eindruck, bei den Sozialisten besteht eine Stimmung wie in einer Wagenburg: Kommt nur alle herein, nur da ist es sicher, nur da ist es wohligh und warm, da sind alle Probleme gelöst! Und draußen rundherum, da sind die anderen Länder, die anderen Staaten, da geht es drunter und drüber, da schaut es so miserabel aus, nur bei uns, da ist alles schön in Ordnung! Und außerdem gibt es da noch eine Opposition, die lauert böseartig, macht alles schlecht, skandalisiert! — Das sind die politischen Partisanen, die diese wunderschöne Entwicklung da laufend zu stören trachten. (*Zwischenruf des Abg. Kittl.*)

Das ist eine Werbung und ein politisches Verhalten, Herr Kollege Kittl, das letzten Endes genau dem entgegenwirkt, was der Kollege Fauland in seinem Schlußsatz ausgesprochen hat: daß für eine politische Kraft — ganz gleichgültig, ob Regierung oder Opposition — eines jedenfalls von größter Bedeutung ist, nämlich daß man bei aller Härte der Auseinandersetzung eines im Blick behalten muß: daß die politischen Kräfte ein Ziel anzustreben haben — auch aus einer harten Kontroverse die bestmögliche Lösung für alle gemeinsam herauszuholen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Statt dessen tritt die Sozialistische Partei

Dr. Frischenschlager

als die Schutzmantelmadonna der Vernunft überhaupt auf und meint, alles, was außerhalb dessen ist, wäre mehr oder weniger miese Ausschußware. Und das ist auch ein Punkt, wo wir das politische Vertrauen über die politischen Parteien hinaus, besonders bei der jüngeren Generation, weil er in Hickhack ausartet, einfach schmälern.

Gegenüber Kritik ist die Sozialistische Partei ja insgesamt sehr empfindlich geworden. Es ist logisch, wenn man fast zwölf Jahre in der Regierung sitzt. Aber etwas ist überhaupt üblich geworden in letzter Zeit. Wenn heute in einem bestimmten Bereich hart kritisiert wird, dann passiert auf Seite der Regierungspartei, aber auch auf Seite eines Landeshauptmannes und auch bei Bürgermeistern folgendes: Wenn eine Institution, ein Teilbereich der Politik, kritisiert wird, dann stellt sich die Regierung oder der Landeshauptmann oder der Bürgermeister voll vor diese Institution und sagt: Da wird jetzt die Institution als solche angegriffen, und vor allem die Leute, die dort arbeiten, werden angegriffen! Das ist ein beliebtes Spiel, nur hat es ganz beträchtliche Nachteile. Ich werde ein paar Beispiele bringen.

Das schönste — der Kollege Prechtl ist leider nicht da — sind natürlich die Bundesbahnen. Wie hat sich denn das entwickelt? Da gab es einen Rechnungshofbericht. Die Opposition hat das aufgegriffen. Es gab eine harte Auseinandersetzung. Aber was ist passiert? Man hat in übelster Polemik gesagt, das wäre ein Angriff auf die ÖBB als solche, auf alle Bediensteten, und in der Personalvertretungswahl hat man das ausgewalzt. (*Abg. Kittl: Die wörtlichen Angriffe zitieren Sie nicht!*) Es hat von meiner Fraktion nicht einen einzigen unsachlichen Angriff gegeben! Nicht einen einzigen Angriff, mit dem man sich nicht hätte sachlich auseinandersetzen können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Was hat man getan? (*Abg. Kittl: Ist ja nicht nur bei Ihrer Fraktion!*) Herr Kollege Kittl! Sie können nachher herausgehen und können versuchen, ein Zitat eines FPÖ-Parlamentariers zu finden und zu beweisen, wo wir unsachlich argumentiert hätten. Das ist nicht geschehen. (*Abg. Kittl: Wirklich?*) Nein, das ist nicht geschehen.

Aber was Sie daraufhin gemacht haben (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Kittl*): Die Freiheitlichen oder die Opposition greifen die Bundesbahnen und die Beamten an! So als ob man denen etwas klauen wollte oder als ob man die Leute auf die Straße setzen wollte und ähnliches.

Das ist passiert. Das hat man angeheizt, bis es dann zu sehr betrüblichen Erscheinungen bei der ÖBB-Wahl gekommen ist, zu Tätigkeiten, die ich auch nicht überzeichnen möchte, aber es ist vorgekommen.

Ein besonderes Ruhmesblatt war natürlich das Verhalten des Gewerkschaftssekretärs Schmölz — immerhin ein Bundesratsmitglied, ein Parlamentarier, kein kleiner Funktionär —, der bei einer kleinen Wahlkampfaktion einen Wahlwerber mit „Du schleich dich, Trottel!“ hinauskomplimentiert hat. Kein Ruhmesblatt für einen Bundesrat zumindest, würde ich sagen. (*Abg. Dr. Schranz: Das ist dementiert worden, bitte! — Abg. Dr. Ofner: Dementiert worden, aber wahr! — Abg. Dr. Schranz: Wieso wissen Sie das? — Abg. Dr. Ofner: Ich weiß es ...!*) Dementieren kann man leicht etwas, das ist schon klar. (*Abg. Dr. Schranz: Behaupten kann man auch leicht etwas!*) Wir haben die Zeugen, die das gehört haben. Es ist so geschehen. Dementieren kann man das sehr leicht. (*Zwischenruf des Abg. Dkfm. Bauer: Derjenige hat es mir selbst gesagt! — Abg. Dr. Kohlmaier: Es würde passen!*)

Aber es geht mir jetzt gar nicht um den konkreten Fall, sondern es geht mir um die Systematik, daß sich die sozialistische Regierung, wenn kritisiert wird, vor die Institution stellt, als ob man die Institution anginge, wobei es doch ganz klar ist, daß es in diesem Falle um die Politik der Regierung oder der Führung dieses Teilbereiches der ÖBB, um die Politik des Managements geht, um sonst gar nichts anderes, aber man hat das geschickt umgemünzt.

Es gibt auf diesem Gebiet Beispiele in Hülle und Fülle, und um mich da mit der ÖVP etwas auseinanderzusetzen, möchte ich die Zeitung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst nennen, die immerhin ein Bereich ist, wo die ÖVP führend tätig ist. Da gibt es ja auch so ein schönes Beispiel.

Da hat der Kollege Haider gewagt, die Frage der Verwaltungspolitik anzuschneiden. Er hat bei verschiedenen Anlässen gemeint, daß wir in Österreich eine Explosion der Verwaltungskosten hätten, daß also der Bürokratismus zunehme, und derlei mehr.

Was ist aber als Replik der Gewerkschaftszeitung geschehen? In einer übelsten polemischen Art wurde in dieser Zeitung versucht, den Abgeordneten Haider insofern mundtot zu machen, als man ihn einfach hingestellt hat als jemanden — überschrieben ist es mit „Wichtigmacher Haider“ —, der sich da etwas herausnimmt, der überhaupt seine Nase in

Dr. Frischenschlager

die Verwaltungspolitik steckt. Das ist insofern ... (Abg. Dr. Jörg Haider: Das ist die Überparteilichkeit der Gewerkschaftsorganisation!) Ja bitte, das ist natürlich eine Sache, die man auch feststellen kann in diesem Zusammenhang, aber glauben tut es eh niemand.

Aber dabei ist etwas ganz interessant. Ich bin ja sehr gespannt auf eines. Heute vormittag hat der Bundesobmann der ÖVP in der Generaldebatte auch zur Verwaltung gesprochen und hat von der Aufblähung des Bürokratismus gesprochen, von der Zunahme der Beamten, wobei die Regierung behauptet, sie hätte um 1 000 vermindert, und faktisch wären es um 1 000 mehr, er hat also Dinge aufs Tapet gebracht, über die man diskutieren kann und die der Kollege Haider ein paar Monate früher bei anderen Anlässen auch genannt hat. Und ich bin jetzt nur auf eines gespannt: ob der Herr Bundesobmann Mock in der nächsten Gewerkschaftszeitung auch eine solche Glosse mit „Wichtigtuer“ und dergleichen ernten wird. Ich bin sehr gespannt darauf, ich werde warten. Aber ich habe die Befürchtung, daß es nicht so sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht mir bei dieser Frage der Kritik und des oppositionellen Spielraums um eines: Wir werden harte politische Auseinandersetzungen haben, weil die politischen Probleme größer geworden sind, weil die Lösungen schwieriger geworden sind, aber was wir uns erhalten müssen, das ist, daß auch eine harte kontroversielle Auseinandersetzung zwischen den parlamentarischen Kräften ein Ziel vor Augen haben muß: daß wir aus der Diskussion die bestmöglichen Ergebnisse herausbekommen. Wenn wir diese Aufgabe nicht erfüllen, werden wir vielleicht eher, als uns recht und lieb ist, eine weitere Zunahme des Vertrauensschwunds gegenüber den politisch-demokratischen Institutionen dieses Staates erleben. Und das sollten wir nach Möglichkeit vermeiden. (Beifall bei der FPÖ.) 16.28

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Wimmersberger.

16.29

Abgeordneter Wimmersberger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zuerst einige Worte zu meinen Vordnern.

Kollege Schmidt hat gefragt, was wir denn unter „Kurswechsel“ verstehen. Ich möchte nur ganz kurz sagen, daß wir unter „Kurswechsel“ verstehen, daß wir auf jeden Fall einen Stopp der Auszehrungspolitik wollen, daß wir wollen, daß nicht weiterhin Prestigeobjekte bevorzugt werden, und daß wir eben

wollen, daß der Anteil für die Wirtschaftsförderung nicht sinkt, sondern daß er steigt. (Beifall bei der ÖVP.) Wir sind für eine Investitionsoffensive und wir sind vor allem für eine Krisensicherung durch Eigenkapitalbildungsmöglichkeiten, die ja bis jetzt so erschwert wurden, beziehungsweise wurden die Betriebe echt ausgezehrt.

Nun zum Kollegen Fauland. Zuerst einmal hat er ja auch wieder einmal den Begriff „konservativ“ geprägt. Ich möchte nur eines feststellen: Ich wäre überglücklich und froh, würde die österreichische Bundesregierung die Eisen- und Stahlindustrie so subventionieren, wie es die konservative Premierministerin in England bei der British-Steel-Cooperation tut, wo nämlich diesen Betrieben Milliardenbeträge zur Verfügung gestellt werden. (Ruf bei der SPÖ: Schreckliche Aussichten!)

Nun noch einmal zum Kollegen Fauland bezüglich der Umstrukturierung und des Hineingehens in die Finalindustrie. Ich habe das schon einmal hier von diesem Rednerpult gesagt, Kollege Fauland: Die Situation zwischen der ehemaligen Alpine und der VOEST ist sicherlich eine verschiedene gewesen. Die ehemalige Alpine hat sich große Verdienste, glaube ich, um den Wiederaufbau in Österreich erworben, weil sie durch billige Preise den Wiederaufbau mitfinanziert hat, während die VOEST in Linz eben hinausgehen konnte und wirklich schön verdienen und so eben eine derartige Position einnehmen konnte.

Aber wenn du lauter Vergleiche genommen hast, dann darf ich dir doch sagen, wie verheerend die Folgen dieser Auszehrungspolitik der vergangenen Jahre waren, wo es im letzten Jahrzehnt zu einer beträchtlichen Verringerung der Eigenmittel und zu einer Explosion der Verschuldung kam. Und jetzt bitte genau zuhören! So hat die ÖIAG-Gruppe 1970 bei einer Bilanzsumme von 42,7 Milliarden Eigenmittel in Höhe von 14,2 Milliarden Schilling ohne Bewertungsreserven, das ist ein Drittel; 1980 eine Bilanzsumme von 145,2 Milliarden, Eigenmittel in der Höhe von 14,2 Milliarden ohne Bewertungsreserve, das ist ein Drittel. 1980 werden bei einer Bilanzsumme von 145,2 Milliarden Eigenmittel in der Höhe von nur 17,5 Milliarden ausgewiesen, das sind 12 Prozent. Die Verschuldung ist hingegen in diesem Zeitraum von 28,5 auf 114 Milliarden gestiegen. Bei gleichem Anteil wie 1970 müßten die Eigenmittel 1980 bei 48 Milliarden liegen. Infolge des geringeren Eigenmittelanteiles ergibt sich jährlich eine zusätzliche Zinsenlast von 2,4 bis 3 Milliarden.

Bei der VOEST-Alpine und VEW fiel der Eigenfinanzierungsanteil sogar von 37 Prozent 1970, 7,8 Milliarden S, von 20,6 Milliarden

Wimmersberger

auf 9 Prozent im Jahre 1980, 6,1 Milliarden, von 69,2 Milliarden S. Die Verschuldung erhöhte sich von 12,8 Milliarden S — das sind 67 Prozent des Umsatzes — von 19,1 auf 59,6 Milliarden, das sind 136 Prozent des Umsatzes von 43,9 Milliarden. Bei gleichem Eigenmittelanteil wie 1970 müßten die Eigenmittel 1980 um 19,5 Milliarden höher sein. Die Zinsenbelastung wird jährlich um 1,6 bis 2 Milliarden S geringer. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Da sind wir ja schon wieder beim Thema, das ich auch anschneiden möchte. Was hat denn der Eigentümer dazu beigetragen? Letzten Endes haben wir von Linz diese 10 Milliarden für den Eigentümer in der Obersteiermark investiert. Der Herr Bundeskanzler hat selbst gesagt, wäre die Fusion nicht gekommen, was wäre dort für eine Katastrophe gewesen! Das hat er zu mir selbst im Ausschuß gesagt.

Nun, meine Damen und Herren, jetzt sind wir sogar so weit, daß letzten Endes die Schlagzeilen heißen: In der VOEST wackeln 950 Millionen, Sozialmillionen. Und, Kollege Fauland, ich habe das mitgeschrieben: Undenkbar bei einer sozialistischen Regierung ist eine Kürzung von Sozialleistungen — nun gut, und jetzt bitte, was ist jetzt? Hast du diese Meldungen nicht gehört oder bist du nicht informiert darüber, daß man daran denkt, hier Kürzungen vorzunehmen? Also siehst du. Ich glaube, wir sollten uns in der Situation, in der wir uns jetzt befinden, wirklich hier etwas emotionsfreier und ohne Demagogie darüber unterhalten. Auch ich wäre froh, wenn an und für sich die Probleme der verstaatlichten Industrie nicht allzusehr in der Öffentlichkeit breitgetreten würden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Am 19. Oktober 1981 ist also, so kann man es hier ruhig sagen, die Bombe geplatzt, weil — das hat heute Kollege Burger ja zitiert — im „profil“ Dinge veröffentlicht wurden, die eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Aber, meine Damen und Herren, es ist an und für sich diesen Dingen nicht widersprochen worden, sie stimmen auch im großen und ganzen. Man muß daher sagen, daß es leider mit Ausnahme der ÖMV, der SGP und der Chemie Linz überall in der verstaatlichten Industrie nicht sehr rosig aussieht. Meine Damen und Herren, und das müssen wir feststellen nach 11 Jahren sozialistischer Regierung!

Wir haben schon immer auf die Probleme aufmerksam gemacht, die sich abgezeichnet haben. Ich darf nur erinnern, wir haben einen Entschließungsantrag am 12. 10. 1978 betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Verstaatlichten Industrie eingebracht. — Von der SPÖ abgelehnt.

Dringliche Anfrage der ÖVP am 24. 1. 1979 bezüglich Arbeitsplatzschwierigkeiten im Bereich der Vereinigten Edelstahlwerke.

Wir haben einen Entschließungsantrag der ÖVP eingebracht am 10. 10. 1979, ebenfalls zum Thema Verstaatlichte Industrie, einen von der SPÖ abgelehnten Entschließungsantrag im Nationalrat am 24. 5. 1978 betreffend die Orientierung der Wirtschaftspolitik an Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft.

Wir haben am 20. 6. 1979 einen Entschließungsantrag eingebracht betreffend grundsätzliche Orientierung und Schwerpunkte der Politik, der von der SPÖ am 16. 3. abgelehnt wurde.

Dringliche Anfrage am 22. 10. 1981 im Bundesrat bezüglich dramatischer Situation innerhalb der verstaatlichten Industrie.

Ja, meine Damen und Herren, wir haben — und das können wir ja nachweisen — auch bei der letzten Enquete, bei der Parlamentsenquete über die Probleme der verstaatlichten Industrie, aus dem Jahre 1978 schon alle Probleme aufgezeigt. Ich darf daraus nur eines zitieren: „Sollte der Bund weiter seine Eigentümerverspflichtungen (Kapitalzufuhr) nicht erfüllen, kann auch die ÖIAG ihren Eigentümerverspflichtungen gegenüber allen übrigen Gesellschaften nicht mehr nachkommen, mit der Folge, daß in diesem Bereiche die Arbeitsplätze längerfristig auf jeden Fall gefährdet würden.“ Das haben wir damals aufgezeigt.

Diese 11 Jahre sozialistische Alleinregierung, meine Damen und Herren, sind gekennzeichnet durch Widersprüche und widersprüchliche Aussagen. Und auch hier, glaube ich, wäre der Begriff Kurswechsel angebracht, und ich möchte bitten, daß ganz besonders der Herr Bundeskanzler vielleicht Einfluß darauf nimmt, daß eben wirklich die Diskussion darüber auch besonders von den Generaldirektoren, sei es nun ÖIAG oder sei es nun VOEST-Alpine, nicht allzusehr in der Öffentlichkeit durchgeführt wird, weil ich glaube, daß diese widersprüchlichen Aussagen — und ich komme noch einmal darauf zurück — wirklich für die verstaatlichte Industrie sehr, sehr schädlich waren und nach wie vor sind.

Aber ich darf noch einmal ganz kurz zitieren — am 23. 9. 1975 die „Sozialistische Korrespondenz“ —: „Arbeitsplätze in Verstaatlichten Unternehmen sichern. Man könne sich darauf verlassen, daß er (Kreisky) sich als zuständiger Ressortchef für die Verstaatlichte Industrie auch in diesem Bereich sehr entschieden für den Schutz der Arbeitsplätze einsetzen werde.“

Wimmersberger

Sehen Sie, und nun ein Zitat, das wieder zeigt, daß wir an und für sich mit den Aussagen etwas vorsichtiger sein sollten. Im „Extrablatt“ vom Mai 1978 sagt der Herr Bundeskanzler: „Die Verstaatlichte beschäftigt alle Leute und macht gigantische Verluste. Das kann man ein, zwei Jahre lang machen. Aber dann ist Schluß, die Verluste kann ja niemand decken. Und wenn sie der Staat deckt, so kann er das nur ganz kurz machen. Das ist die Problematik.“

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, eines der größten Verdienste unseres ehemaligen Staatssekretärs und ehemaligen Bundesparteibüchlers Dr. Taus war, daß er 1968 dieses Booz-Allen-Gutachten in Auftrag gegeben hat bzw. auch das der Leobner Professoren.

Wir können feststellen und ich habe das schon einmal gesagt — selbst die Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ hat das bestätigt —, daß man dann im Zuge der Konjunktur auf diese Gutachten total vergessen hat. Meine Damen und Herren, und das liegt innerhalb Ihrer 11 Jahre. Das Gutachten war 1968 bzw. 1969 fertig, 1970 ist, bitte, der Regierungswechsel gewesen. Aber dann hat man eben in diesen guten Jahren der Konjunktur darauf vergessen, was in diesem Gutachten alles aufgezeigt wurde, und nach dem neuerlichen Booz-Allen-Gutachten der VEW ist in etwa die Problematik nach wie vor noch dieselbe.

Und nun zur Auszehrung der Betriebe, zu den ständigen Belastungen, die auf die gesamte Wirtschaft gelegt wurden, natürlich auch auf die Verstaatlichte Industrie, aber umgerechnet auf die Verstaatlichte Industrie waren es in etwa 15 Milliarden während dieses Zeitraumes.

Ich darf an das schon so oft zitierte VOEST-Alpine-Investitions- und Finanzierungskonzept 1977 erinnern, in dem steht: „Der in den letzten drei Jahren beschrittene Weg der finanziellen Auszehrung hat nun zu Finanzrelationen geführt, die keine weiteren Belastungen mehr zulassen, ohne daß die Unternehmen in schwere finanzielle Existenzkrisen geraten. Die bislang erfolgte Wahrnehmung übergeordneter Aufgaben im Rahmen der österreichischen Volkswirtschaft kann unter diesen Umständen nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Dringlichkeit der Eigenmittelzuführung ist damit schon aus dem eingetretenen Substanzverlust wohl mehr als erwiesen.“

Aber auch Generaldirektor Apfalter hat schon 1978 festgestellt: Wir leben von der Substanz.

Meine Damen und Herren! Von diesen aufgezwungenen unternehmensfremden Aufgaben, von den 8 Milliarden Schilling Substanzverlust, fallen allein rund 6 Milliarden Schilling auf dieses Konto.

Der Verlust in der Eisen- und Stahlindustrie durch die Indexkosmetik wurde auch schon aufgezeigt: Allein 1973/1974 hatte die VOEST-Alpine einen Mindererlös von 1,5 Milliarden Schilling, weil zum Inlandspreis in den EKGs-Raum exportiert werden mußte.

Meine Damen und Herren! Die sozialistische Alleinregierung hat im Gegensatz zur ÖVP-Alleinregierung keinerlei Budgetmittel für die verstaatlichte Industrie gehabt, mit Ausnahme der in der Vergangenheit gegebenen Milliarden für die VEW.

Jetzt zu einem anderen Thema. Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, was seinerzeit der bereits verstorbene Generaldirektor Kothbauer gesagt hat: Jährlich 500 Millionen Schilling zuführen.

Meine Damen und Herren! Es ist heute schon darüber gesprochen worden. Stellen Sie sich vor: Wären seit 1970, wo Kothbauer das gefordert hat — damals, in den guten Jahren der Konjunktur —, jeweils 500 Millionen Schilling der ÖIAG zugeführt worden, was richtig gewesen wäre, dann würden wir heute nicht vor dieser Situation stehen. Das glaube ich sicherlich! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber man hat ja die ÖIAG schon 1971 auf den Weg des Schuldenmachens verwiesen. Ich habe das schon oft genug betont. Ich kann nur eines sagen: Es ist sehr, sehr bedenklich, wenn man Schulden in Risikokapital umwandelt.

Meine Damen und Herren! Wenn jetzt von Konzepten und Plänen gesprochen wird, darf ich doch vielleicht noch einmal ganz kurz auf folgendes eingehen: In letzter Zeit geistert sehr häufig das Wort „Diversifikation“ herum. Es wird von Ausgliederung gesprochen, von kleineren Betrieben, von flexibleren Einheiten. Meine Damen und Herren! Das wäre ja eigentlich die Bestätigung des seinerzeitigen ÖVP-Vorschlages, nicht zu fusionieren, sondern eine Holding zu gründen.

Nun komme ich noch zu einem Thema, das heute auch schon ein paarmal angeklungen ist. Ich möchte, nachdem der Herr Bundeskanzler hier ist, ein bißchen auf folgendes eingehen: Das ist die ständige politische Einflußnahme auf die Betriebe. Ich habe schon im Ausschuß dem Herrn Bundeskanzler die Aussprüche des Herrn Generaldirektors Apfalter zitiert, der eben festgestellt hat, daß er fast

Wimmersberger

die Hälfte seiner kostbaren Zeit dafür aufwenden müsse, bei Politikerkränzchen, bei diversen Ausschüssen und bei anderen Kontrollinstanzen Reden zu schwingen oder ins Kreuzverhör genommen zu werden.

Auf der anderen Seite ist aber erklärt worden — ich darf hier zitieren; 1975 hat das der Herr Bundeskanzler unter anderem erklärt —, daß „die verstaatlichten Unternehmungen wie private Unternehmungen zu behandeln seien.“ — Nur: Bei privaten Unternehmungen darf niemand hineinreden.

Ich möchte auch — ich glaube, es ist wichtig, daß das einmal ausgesprochen wird — noch folgendes wiedergeben: „Obwohl auch Apfalter ständig gezwungen ist, zwischen ‚volkswirtschaftlichen Erfordernissen und betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit‘ zu laviere...“

Ich glaube, wir sollten eindeutig feststellen, was betriebswirtschaftliche Erfordernisse sind und was volkswirtschaftliche Erfordernisse sind. Muß nämlich die VOEST-Alpine volkswirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen, dann muß der Eigentümer, dann muß derjenige, der es von ihr verlangt, ihr das eben vergüten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber diesbezüglich gehört, glaube ich, auch einmal eine eindeutige Linie festgelegt. Ich muß sogar Kollegen Hellwagner zitieren, der vor kurzem in einer Aussendung sagte:

„Die Verstaatlichte könne nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen vorgehen...“

Das ist klar. Sicherlich. Aber wenn der Eigentümer etwas von diesen Betrieben verlangt, nachdem sie auf der anderen Seite privatwirtschaftlich geführt werden sollen, dann muß er das eben abgelten. Dafür sind in der Vergangenheit, wie bereits schon gesagt, fast 6 Milliarden Schilling aufgegangen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Noch einmal zurück zu den Aussagen des Generaldirektors Apfalter. Herr Bundeskanzler! Sie haben nicht ganz unrecht gehabt mit dieser Aussage, die Sie seinerzeit einmal im „Playboy“ gemacht haben: „Aber jetzt gibt es da ein Problem, über das ich in letzter Zeit intensiv nachgedacht habe: Die Verselbständigung der Macht selbst in verstaatlichten Unternehmen. Das macht mir Sorge. Das halte ich für eine negative Entwicklung. In der Praxis geht das so: Aus Gründen der Effizienz werden verstaatlichte Unternehmen, die in Konkurrenz mit privaten Gesellschaften stehen, sehr stark kommerzialisiert. Sie unterliegen nach der herrschenden Lehre den

gleichen Gesetzen wie die Privatwirtschaft. Man muß also auch verstaatlichte Unternehmen fusionieren, konzentrieren, man ballt mehr Macht zusammen. Ich habe das jahrelang getan und tue es noch. Aber dadurch entstehen mächtige Gebilde, bei denen die Gruppe der Manager und die Vertreter der Beschäftigten ihre Macht ineinander verschmelzen. Beide denken und handeln so, als ob das Werk ihnen gehören würde.“

Daß die beiden so denken, als würde das Werk ihnen gehören, finde ich ja äußerst positiv. Aber sicherlich ergibt sich das Problem der Machtzusammenballung.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, wir haben diese Diskussion zwischen Grünwald und Apfalter ja schon bis zur Genüge gehört. Auf der einen Seite stellte Apfalter am 5. November 1981 fest:

„Nach einem Gespräch mit ÖIAG-Chef Grünwald habe er aber den Eindruck, daß die Kontrollauflagen auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt würden. Anderenfalls halte er auch einen Rücktritt nicht für ausgeschlossen.“

Auf der einen Seite glaubt er noch, daß Kontrollauflagen zurückgeschraubt würden. Auf der anderen Seite sagte er am 21. November 1981 in einem Interview:

„Was wir der ÖIAG an Unterlagen liefern, ist unglaublich. Einen ständig aktualisierten Fünfjahresplan, Quartalsbilanzen, und so weiter. Wann lesen die das alles?“

Auch Kollege Taus hat schon darauf hingewiesen, und zwar aus Erfahrung, weil er letzten Endes lange genug in der ÖIAG tätig war.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, es gehört endlich vom Eigentümerversorger ein Machtwort gesprochen und es gehören beide aufgefördert, die Diskussion um diese Dinge — sei es der Kontrolle, sei es des Weisungsrechtes oder wie immer wir es benamen — nicht in aller Öffentlichkeit auszutragen. Denn auch diese Diskussionen schaden sicherlich unseren Betrieben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Im übrigen, Herr Bundeskanzler, ist auch folgendes noch nicht ganz klar ausgesprochen worden: Am 2. November ist in dieser schon oft zitierten Aufsichtsratssitzung in der ÖIAG die Sieben-Punkte-Auflage beschlossen worden. Sie, Herr Bundeskanzler, haben in der Fragestunde gesagt — ich zitiere wörtlich aus dem Protokoll —:

„Ich glaube aber, daß die von der ÖIAG beschlossenen Punkte jedenfalls unter Berücksichtigung der realen Verhältnisse im

Wimmersberger

Unternehmen Berücksichtigung finden müssen.“

Sicherlich. Aber nun bitte schön: Gelten die sieben Punkte? Sind die sieben Punkte eine Auflage an die VOEST-Alpine oder sind sie es nicht? Werden sie noch modifiziert, werden sie abgeändert, wird etwas davon gestrichen, kommt etwas Neues dazu? Das alles sind Dinge, die eben im Raum schweben, aber nicht klar und eindeutig sind. Ich glaube: Klarheit wäre eines der wichtigsten Dinge, die einmal geschaffen gehören.

Nun bin ich noch einmal bei einem Thema, wo ich glaube, daß eben ein Kurswechsel eintreten muß, beziehungsweise bei dem Thema, das ich schon angeschnitten habe, nämlich bei diesen verschiedenen und divergierenden Aussagen.

Einmal am 19. Oktober 1980: Stahlkrise wird nicht so rasch gelöst sein. — Und dann am 18. Juli 1981: Kreisky: Haben keine Krise. Herr Bundeskanzler! Ich glaube, es wäre das Wertvollste, gerade den Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben klaren Wein einzuschenken. Denn — und das darf ich noch, obwohl die Zeit leider schon zu Ende ist, noch feststellen —: Die internationale Stahlkrise — sie ist eigentlich keine internationale, sondern eine europäische — hat uns nun einmal in einen Konkurrenzkampf mit anderen Staaten geführt, bei denen Milliardenbeträge gegeben werden.

Wenn gerade heute in der Zeitung steht, daß die Arbeitsplätze in Donawitz wackeln, und wenn darauf hingewiesen wird, daß in Donawitz pro Jahr rund 1,2 Millionen Tonnen Stahl erzeugt werden, wovon etwa die Hälfte auf billige Baustähle entfällt, so ist das, Herr Bundeskanzler, eben jenes Problem, daß diese oberitalienischen kleinen Stahlwerke, die Brescianis, von der italienischen Regierung noch mit Milliardenbeträgen gestützt werden. Und da soll die Hütte Donawitz konkurrieren? — Das ist nicht möglich!

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren. Ich hätte noch einiges zu sagen. Ich glaube aber, daß das jetzige Klima, das sich anscheinend abzeichnet, das richtige ist. Ich glaube, daß alle Kräfte zusammenarbeiten sollten, um die Schwierigkeiten in der verstaatlichten Industrie zu bereinigen und diese Betriebe wieder dorthin zuführen, wo sie lange, lange Jahre waren. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{16.49}

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Rechberger.

^{16.50}

Abgeordneter Rechberger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte dem Kollegen Wimmersberger auf seine Ausführungen, die er zu Beginn seines Referates hier getätigt hat, antworten. Er hat gemeint: Großbritannien, die Stahlindustrie und die Förderungen. Ich zitiere daraufhin aus einem Bericht vom Oktober 1981, der wie folgt lautet:

„Die British Steel Cooperation hat das Geschäftsjahr 1980/81 mit einem Rekordverlust von 20 Milliarden Schilling abgeschlossen. Der Unternehmensverlust per 31. 3. 1981 betrug somit 1,2 Milliarden Pfund, umgerechnet 36 Milliarden Schilling. Im abgelaufenen Jahr verringerte sich die Beschäftigungszahl um 45 000, in den letzten eineinhalb Jahren um 70 000 auf mehr als 121 000 Mitarbeiter. Die bisherigen Maßnahmen reichen noch nicht aus, um die Überlebenschancen der British Steel Cooperation zu sichern. Die British Steel Cooperation wird weiterhin bis auf 90 000 Mitarbeiter reduzieren. 1975 waren noch 230 000 Personen beschäftigt. Mit der Inkraftsetzung des Eisen- und Stahlgesetzes 1981 ist die British Steel Cooperation dank umfangreicher Abschreibungen saniert worden. Circa 110 Milliarden Schilling wurden abgeschrieben, die die Regierung im Rahmen des Eisen- und Stahlgesetzes 1975 in die Gesellschaft investiert hat. Ferner wurde die Voraussetzung für die Abschreibung weiterer 30 Milliarden Schilling bis Ende 1982 geschaffen. Im Rahmen des Sanierungsplanes werden für die British Steel Cooperation durch das Industrieministerium für das laufende Jahr rund 24 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt. Im laufenden Jahr sollen noch 20 000 Entlassungen erfolgen.“

Wenn das der Weg wäre, der uns in Österreich empfohlen werden soll, dann möchte ich dem Kollegen Wimmersberger sagen: Das ist nicht der Weg, den die österreichische Bundesregierung und die verstaatlichten Betriebe beschreiten.

Nun möchte ich die Feststellung treffen, daß die heutige Debatte sicherlich gezeigt hat, daß es wünschenswert wäre — das wurde von uns seit vielen Jahren erklärt —, die verstaatlichte Industrie aus der Tagespolitik herauszunehmen, damit sie selbst die Arbeit leisten kann. Wir meinen, daß eine weitere Verunsicherung der Arbeitnehmer, eine Rufschädigung in der Öffentlichkeit sowie im Ausland und die Herabsetzung der Kreditwürdigkeit durch tagespolitische Meldungen und Aussagen diese verstaatlichte Industrie auf das schwerste treffen und kein guter Beitrag sind,

Rechberger

um die Zukunft, die schwierig genug ist, zu bewältigen.

Kollegen Burger möchte ich sagen, daß es sicherlich sehr eindrucksvoll ist, die Auftragsstände und die Erträge zu erklären. Aber ich möchte ihm auch mitteilen, daß der Auftragsstand bei der VOEST-Alpine Ende September 1981 gegenüber dem Stand September 1980 die Größenordnung von 56 005 Millionen Schilling erreicht hat. Das bedeutet rund 90 Prozent über dem vor dem September 1980 gelegenen Auftragsstand. Damit soll erklärt werden, welch gewaltige Auftragssummen und Möglichkeiten hier bestehen.

Ich möchte auch noch den Hinweis geben, daß die Krise in der Stahlindustrie keine von Österreich hausgemachte ist, sondern eine weltweite. In ihren Auswirkungen ist sie brutal genug, um uns die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Die hohe Zinsbelastung, die überhöhten Rohstoffkosten und die steigenden Energiekosten, die in den letzten Jahren ein gewaltiges Ausmaß angenommen haben, ergeben einen erheblichen Teil dieser schwierigen Situation. Weil Kollege Gassner als Antwort an den Kollegen Czettel die Betriebsratswahlresultate von seiner Seite beleuchtet hat, möchte ich ihm hier von dieser Stelle aus die VEW-Wahlergebnisse im gesamten Konzern sagen. Es waren 177 Mandate zu vergeben, davon haben die sozialistischen Gewerkschafter 159 erreicht. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich glaube, in Zeiten wie diesen ist das ein sehr großer Vertrauensbeweis. Darüber hinaus ist es auch noch die Bestätigung, daß wir uns persönlich um das Weiterbestehen und um die Meisterung der schwierigen Lage auf das intensivste bemühen.

Ich möchte mich aber auch mit der Gesamtsituation der verstaatlichten Betriebe insofern befassen, als einfach auch einmal dargestellt werden muß, welche Leistungen, wie viele Beschäftigte es gibt und wie sich die gesamte Struktur darstellt. Das Bild schaut folgendermaßen aus: Im Jahr 1979 waren es noch 115 280 Beschäftigte, 1980 waren es 114 700 Beschäftigte und mit 30. 9. 1981 sind es 112 800 Beschäftigte. Der Umsatz hat sich wie folgt entwickelt: von 122,9 Milliarden Schilling im Jahr 1979 auf 156,3 Milliarden Schilling bis zum 30. 9. 1981. Die Exporte haben einen gewaltigen Umfang angenommen. Im Jahre 1979 waren es noch 43,2 Milliarden Schilling, mit 30. 9. 1981 sind es rund 50 Milliarden Schilling, die in den Export gehen. Die Investitionen betrugen im Jahre 1979 8,4 Milliarden Schilling und im Jahre 1980 9,3 Milliarden Schilling. Sie werden 1981 annähernd densel-

ben, wenn nicht sogar einen größeren Umfang erreichen.

Man kann noch dazusagen, daß von 1970 bis 1980, also innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren, bei der VOEST-Alpine 28 250 Millionen Schilling und bei den VEW 5 718 Millionen Schilling investiert wurden. Diese gewaltigen Investitionen sind ja eigentlich die Garantie dafür, daß wir die Zukunft nach bestem Wissen und Gewissen zu meistern versuchen. Damit wird eigentlich der Weg bereitet, daß die verstaatlichte Industrie zu einem Zeitpunkt, den wir uns alle baldigst ersinnen, wieder in die Position des Verdienens kommt; das brauchen wir alle, um die weiteren Probleme, die uns ins Haus stehen, bewältigen zu können.

Man soll auch nicht unerwähnt lassen, daß in der verstaatlichten Industrie im Jahre 1981 rund 6 300 Lehrlinge in Ausbildung stehen. Ich möchte heute wieder wie bei jeder meiner Reden hier deponieren, daß es durchaus den Versuch wert ist, auch in anderen Eisen- und Stahlbetrieben Österreichs Mädchen in die Lehrlingsausbildung zu nehmen. Den ersten Versuch in unserem Bereich haben wir in Kapfenberg unternommen, wo von 374 gewerblichen Lehrlingen rund 76 Mädchen sind. Das sind über 20 Prozent. Die ersten sind schon als gelernte Facharbeiterinnen in den Betrieben tätig, und wir haben positive Erfahrungen gemacht. Ihre Leistungen sind hervorragend, ob sie jetzt als Maschinenschlosser, als Werkzeugmacher, als Dreher, als Werkzeugmaschineure oder als Elektromechaniker tätig sind. Hier gibt es bestechende Ergebnisse. Das wäre sicherlich auch in vielen anderen Bereichen einen Versuch wert. Die Mädchen, die so sehr an ihre Traditionsberufe wie Friseurinnen und Verkäuferinnen gebunden sind, gehen dann, wenn sie ausgelernt sind, als Hilfsarbeiterinnen entweder in die Industrie oder in die Wirtschaft. Hier sind sie Facharbeiterinnen und können einen Beruf ausüben, der ihnen sicherlich — das wissen wir — große Freude bereitet. Ich glaube, daß wir in Zukunft noch stärker diese Facharbeiterausbildungen fördern müssen, weil sie dazu beitragen, jene Herausforderungen der zukünftigen Generation in bezug auf die Erzeugnisse leichter zu bewältigen. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Ich möchte es nicht versäumen, von dieser Stelle aus noch einmal etwas zu dokumentieren, was mir eigentlich bis jetzt unverständlich ist. Aber ich glaube heute vernommen zu haben, daß es bei der ÖVP einen Kurswechsel gibt in Sachen Zustimmung zu den Struktur-

Rechberger

helfen für die verstaatlichte Industrie, vor allen Dingen für die VOEST-Alpine. Ich weiß es durch die Kontakte mit den Arbeitnehmern draußen, daß diese Haltung, die die ÖVP zumindest bis jetzt bezüglich dieser Strukturhilfe eingenommen hat, überhaupt nicht verstanden und als reiner Zick-zack-Kurs gedeutet wird. Das wird auch ausgesprochen, weil man ja der Ansicht ist, daß diese Frage als Gesamtfrage anzusehen ist, weil sie das Weiterbestehen unserer verstaatlichten Industrie sichern und jenen Strukturwandel ergeben soll, den wir für die Zukunft brauchen.

Es werden ja auch in den gesamten verstaatlichten Eisen- und Stahlbetrieben gewaltige Investitionen vorgenommen, die — wie vorher schon erwähnt — in Milliardenhöhe vorliegen. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß ja andere europäische Länder Milliarden Schilling in ihre Stahlindustrien und in den Strukturwandel investieren, in den westeuropäischen Ländern rund 400 Milliarden Schilling für die Stahlindustrie. Davon sind allein für Italien schon 100 Milliarden Schilling; und ein Stahlplan wurde auch für die Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Man soll aber auch dazusagen, wenn man von diesen Strukturhilfen des Eigentümers spricht, daß die Steuerleistung der Verstaatlichten Industrie in den letzten zehn Jahren über 100 Milliarden Schilling betragen hat und es daher durchaus in einer schwierigen Zeit vertretbar ist, daß diese Leistungen oder diese Strukturhilfe zur Bewältigung der schwierigen Probleme in der Eisen- und Stahlindustrie mitgenützt werden. Weil immer wieder öffentlich ausgesagt und in Zeitungsaussendungen und in den Medien behauptet wird, daß es eigentlich keine Konzepte gäbe, möchte ich es nicht verabsäumen zu sagen, daß in den Vereinigten Edelstahlwerken und auch in der VOEST-Alpine Konzepte vorliegen und bei uns zurzeit das zweite Strukturverbesserungskonzept durchgeführt wird, wobei bei dem ersten Strukturprogramm und dem Konzept allein in Kapfenberg fünf Abteilungen durch Investitionen neu gestaltet oder Produktionen aufgenommen wurden. Da sind einmal das CO₂-Drahtwerk, das Sonderstahlwerk, der Ausbau der Forschungsanstalten und der Hartmetallbetrieb in Ternitz, das Rohrlager und die wesentlichen Teile der Rohradjustage, der Ausbau des Stahlwerkes und des Nahtlosrohrwerkes in Judenburg, das zweite Federnwerk, die erste Stufe und Teile des Blankstahlbetriebes, in Mürzzuschlag die Medizintechnik, die Rohrkomponentenerzeugung und im Ybbstal die zweite Bimetallanlage, wobei also vom zweiten Investitions- und Strukturkon-

zept in Ternitz das Schleudergußlupenprojekt und der weitere Ausbau des Nahtlosrohrwerkes vorgesehen sind.

In Kapfenberg gibt es jene Großinvestition, die heute schon einmal erwähnt wurde, sie wird im zweiten Strukturkonzept verwirklicht: das ist die Spindelpresse, das Herzstück der zukünftigen Turbinenschauflerzeugnisse und der Komponenten für die Flugzeugindustrie, weiters die Übersiedelung der Großbohrerzeugnisse vom Werk Wien nach Kapfenberg und Judenburg.

In Mürzzuschlag wird der weitere Ausbau des Blechwalzwerkes vorgenommen, in Judenburg die nächste Stufe der Blankstahlerzeugung und der Gesteinsarbeitswerkzeuge und das Projekt der Kolbenstangenfertigung.

Man könnte also die Aufzählung dieser Maßnahmen, dieser Konzepte, die in Durchführung stehen, noch lange fortsetzen. Sie sind der Beweis dafür, daß es nicht nur Konzepte gibt, sondern daß diese auch knapp vor der Verwirklichung stehen und in nächster Zeit durchaus greifen und ertragreiche Produkte für die Zukunft, so hoffen wir, bringen werden.

Wir müssen aber auch von dieser Stelle aus als verantwortliche Betriebsratsobmänner erklären, daß es eine Reihe von Hilfsmaßnahmen, finanziellen Unterstützungen seitens der Bundesregierung gegeben hat. Ich stehe nicht an, auch noch hier zu sagen, daß es uns bis heute erspart geblieben ist, Massenkündigungen in den Vereinigten Edelstahlwerken vorzunehmen. Das hat einen sehr einfachen Grund, weil nämlich die Bundesregierung, an der Spitze Bundeskanzler Kreisky, bereit war, drei Jahrgänge bei den Männern und drei Jahrgänge bei den Frauen, wobei die versicherungstechnischen Voraussetzungen durch den Eigentümer finanziert wurden, in die sogenannte Vorpension gehen zu lassen mit der Überlegung, daß diese Arbeitnehmer, die 35, 40 und mehr Dienstjahre schwerste Arbeit geleistet haben, durchaus das Recht darauf haben, daß man ihnen für ihre gewaltigen Leistungen ein Dankeschön sagt.

Aber das große Geheimnis, das mit dabei ist, ist ein ganz anderes: Wir konnten durch diese Maßnahme allen jugendlichen Facharbeitern, jenen, die noch aus den Ausbildungsstätten kommen, die Arbeitsplätze erhalten, sie nehmen zum Großteil jene Arbeitsplätze ein, wo der verdiente Arbeitnehmer in die Vorpension gegangen ist. Ich glaube, das ist ein erheblicher Beitrag zur Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

9250

Nationalrat XV. GP — 93. Sitzung — 2. Dezember 1981

Rechberger

Eine weitere große Hilfe haben wir durch die Gesetzwerdung des Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetzes bekommen, durch das die am schwersten und unter größten belastenden Bedingungen arbeitenden Menschen die Möglichkeit bekommen, drei Jahre früher in Pension zu gehen. Es muß sicherlich zugegeben werden, daß es administrative Schwierigkeiten gibt, aber es soll doch ausgesprochen werden, daß es in gewissen Etagen der Direktoren und Vorstände Widerstand bei der Durchführung dieses Gesetzes gibt, der sicherlich in letzter Zeit ein wenig abbröckelt, es wird menschlicher.

Wir sind alle miteinander bemüht, als Betriebsfunktionäre hier eine raschere Durchführung und Durchsetzung dieses Gesetzes zu erhalten, weil wir meinen, daß es nicht nur die Möglichkeit der Vorpensionierung beinhaltet, sondern auch die Möglichkeit des Zusatzurlaubes.

Ich möchte hier nicht mit Beispielen, die es zu vielen Dutzenden gibt, kommen, welche Aussagen in manchen Etagen über das Gesetz gemacht wurden. Ich habe das so verglichen: Wenn die Gewerkschaften heute eine Lohnforderung erheben, dann geht meistens laut Zeitungsmeldungen die Wirtschaft zugrunde, und wenn die Lohnforderung abgeschlossen ist, dann versteht man sich wieder. So ähnlich schaut es also meiner Meinung und auch meiner Erfahrung nach zurzeit bei diesem Gesetz aus. Aber wir hoffen, jenen schwerst arbeitenden Gruppen eine Hilfestellung zu geben, selbst unter der Voraussetzung, daß ein Fehler passieren kann bei dem einen oder anderen, indem das Gesetz schneller, rascher und zügiger erfüllt werden soll. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich abschließend von dieser Stelle aus, als einer, der das täglich hautnah miterlebt, nicht nur der Bundesregierung, sondern auch dem Bundeskanzler für seinen Einsatz danken, den er jederzeit in dieser schwierigen Situation den Funktionären gewährt hat.

Der Herr Bundeskanzler hat sich mit den schwierigen Problemen in der Eisen- und Stahlindustrie intensiv beschäftigt, ist beratend zur Seite gestanden und hat durch seinen Einsatz als oberster Eigentümer zum Wohle der betroffenen Arbeitnehmer der Verstaatlichten Industrie, jetzt über das Ausmaß, das ihm eigentlich, so glaube ich, aufgetragen ist, uns, den Belegschaftsmitgliedern und ihren Familien optimal geholfen.

Ich möchte aber nicht versäumen, auch der gesamten Beamenschaft, die hier mitgewirkt hat, diese Dinge raschest und positivst durchzuziehen, namens der betroffenen Arbeitneh-

mer und der verstaatlichten Industrie herzlich zu danken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir Sozialisten geben gerne dem Kapitel dieses Bundesbudgets unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)* 17.09

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Vetter. Ich erteile es ihm.

17.10

Abgeordneter Vetter (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt hat in seiner Rede festgestellt und begrüßt, daß im Bereich der Industrie die Investitionen beträchtlich zunehmen. Auch ich habe das Statistische Taschenbuch der Arbeiterkammer 1981, und ich möchte Herrn Dr. Schmidt ersuchen, Seite 297 aufzuschlagen: Dort ist nämlich nachzulesen, daß im Bereich der Chemieindustrie, der Lebensmittel- und Genußmittelindustrie, der Stein- und Keramikindustrie ein beträchtliches Absinken der Investitionen festzustellen ist. Das nur vorerst einmal zur Wahrheit. *Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Herr Abgeordnete Czettel hat auf „seine“ — unter Anführungszeichen — SPÖ-Wahlerfolge bei Betriebsratswahlen verwiesen und daraus den Schluß gezogen, daß eben immer mehr Österreicher Vertrauen zur Sozialistischen Partei hätten.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren von der Mehrheitspartei! Ich möchte Ihnen nur ein paar Wahlergebnisse vorlesen, wo eben der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund und die Fraktion Christlicher Gewerkschafter beträchtliche Gewinne erzielen konnten, zum Beispiel stellt sie beim Quelle-Kaufhaus in Krems erstmals den Obmann, Firma Vogel in Wartberg/Steiermark, im Textilwerk Sattler und Söhne in Rudersdorf, Burgenland, bei der Wirkerei und Färberei Halsbach in Oberschützen/Burgenland, bei den Steirischen Landesbahnen, bei der Firma Negrelli-Bau in Sulz, bei den steirischen Landeskrankenanstalten, bei der Landespersonalvertretungswahl in der Steiermark. *(Ruf bei der SPÖ: Dort ist es kein Wunder!)*

Sehen Sie, genau auf den Zwischenruf habe ich gewartet. Wenn Sie bei der Eisenbahn 80 Prozent Stimmenanteile erzielen, dann ist es Demokratie, und wenn wir sie gewinnen, ist es Unterdrückung. Das ist Ihre demokratische Einstellung. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Kollege, das ist gar nichts Neues, das bringen Sie immer wieder. Wo Sie in der Mehrheit sind, ist es der Gipfelpunkt der

Vetter

demokratischen Einstellung, und wenn einmal irgendwo der ÖAAB mehrheitlich vertreten ist, dann unterdrücken wir die Leute. Schämen Sie sich für diese Einstellung. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Niederösterreich!)*

Im Krankenhaus Waidhofen an der Ybbs, in der Raiffeisenkasse Bruck an der Mur, in den Textilbetrieben Otten in Hohenems oder bei der Industriegesellschaft Umdasch in Amstetten, wo wir erstmalig, wenn man Mandate und Wahlstimmen zusammenzählt, die Mehrheit erreicht haben. Gerade dieses Ergebnis freut mich ganz besonders, weil ich vor rund 26 Jahren selbst in diesem Betrieb als Arbeiter und Werkstudent gearbeitet habe.

Meine Damen und Herren! Betriebsratswahlergebnisse können auch wir als ÖAAB, nämlich als Arbeitnehmervertreter in der Österreichischen Volkspartei und als Fraktion Christlicher Gewerkschafter aufzeigen. Und tun Sie nicht so, als wären Sie allein auf der Welt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich habe ja Verständnis, daß sozialistische Mandatare natürlich hier den vom Finanzminister vorgelegten Budgetentwurf verteidigen, als den besten hinstellen, als ein Budget, das allen Anforderungen in einer schwieriger gewordenen Zeit gerecht wird und das auch in der Lage ist, die kommenden künftigen Probleme zu lösen. Nur werde ich das Gefühl nicht los, daß in Zeiten wie diesen so mancher SPÖ-Redner bei der Verteidigung dieses Budgets nur mit halbem Herzen und mit vermindelter Überzeugung hier am Rednerpult gestanden ist. Denn die Realität, die rauhe Wirklichkeit zeigt meiner Meinung nach ein anderes Bild. Die Unsicherheit in vielen Bereichen ist nicht mehr zu übersehen, und das spürt auch die Bevölkerung und zweifelt daher doch immer mehr, daß genau diese Ihre Richtung stimmt und daß dieser Ihr Kurs noch der richtige ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn wir heuer bereits über 1 100 Insolvenzen aufzuweisen haben mit einer Schadenssumme von rund 14 Milliarden Schilling, mit 14 000 betroffenen Arbeitnehmern, wenn auf höchster Ebene ein Krisengipfel den andern ablöst, wenn der Herr ÖGB-Präsident mahnend seine Stimme erheben muß, weil er hinsichtlich mancher Arbeitsplätze in manchen Branchen in Sorge ist. Wenn sogar Großbanken staatliche Hilfe benötigen, wenn regionale Einkommensunterschiede bis zu 30 Prozent zu verzeichnen sind, wenn Sie ein Budget beschließen werden mit den höchsten Steuern aller Zeiten, mit den höchsten Schulden aller Zeiten und mit

schrumpfenden Mitteln für die Arbeitsplatzsicherung und wenn die Österreichische Volkspartei diese beängstigende Situation aufzeigt und darauf aufmerksam macht, dann entspricht dies, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, dem sinkenden und schwindenden Sicherheitsgefühl der österreichischen Bevölkerung *(Zustimmung bei der ÖVP)* und erhärtet natürlich auch die Behauptung der Oppositionspartei, daß dieser Kurs nicht mehr stimmt, daß Österreich einen Kurswechsel in der Budget-, Finanz- und Wirtschaftspolitik benötigt. Wenn die verstaatlichte Industrie Milliardenstützungen benötigt, wenn jahrzehntelang als Paradebetriebe bekannte Unternehmungen um staatliche Hilfe rufen müssen, dann sind doch Zweifel an der Richtigkeit dieses Kurses gerechtfertigt und dann ist der Ruf nach einem Kurswechsel verständlich. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der Kurs dieser Regierung ist ja für den normalen Wähler nicht mehr abschätzbar, nicht mehr kalkulierbar. Sozialminister Dallinger zum Beispiel tritt vehement für eine Arbeitsverkürzung ein, für mehr Urlaub, aber andererseits, im gleichen Atemzug, soll es den Überstunden an den Kragen gehen. Wer mehr leistet, soll bestraft werden. Ein nicht mehr arbeitsfreies Wochenende soll die nach Minister Dallinger anscheinend existierende Langweile in der Wirtschaft beseitigen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sollen höher besteuert werden, auch die Sparbuchsteuer ist noch nicht vom Tisch gefegt. Das ist ein Zickzackkurs, den die Bevölkerung nicht mehr versteht und der für denkende Menschen in unserem Lande unverständlich geworden ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der denkende Wähler draußen muß das Gefühl kriegen, daß diese Regierung vom Stand aus regiert. Ich glaube, daß mir der Herr Bundesminister Sekanina als hoher Sportfunktionär zugeben wird müssen, daß das Regieren oder Spielen aus dem Stand meistens schief gegangen ist und gar nicht gut ausgehen kann.

Was soll sich, meine Damen und Herren, ein Durchschnittsverdiener mit rund 8 000 S Nettoverdienst als Alleinfamilienerhalter denken — dabei ist dieser Betrag für meinen Heimatbezirk noch viel zu hoch gegriffen —, wenn er von 950 Millionen Schilling freiwilligen Sozialleistungen im verstaatlichten Bereich hört, wenn er mit seiner Steuerleistung den 20-Milliarden-Zuschuß zu den Österreichischen Bundesbahnen mittragen hilft und darunter gewisse Privilegien für

Vetter

einige wenige, wenn er mit seiner Arbeitsleistung das 1,3 Milliarden hohe Defizit der Bundestheater mitfinanziert oder wenn er zum Beispiel zur Kenntnis nehmen muß, daß ein polnisches Ehepaar, bei dem er gar nicht erkennen kann, ob es sich um politische Flüchtlinge handelt, den Staat und damit auch ihn 9 000 S im Monat kostet, ein Betrag, den er für seine Familie bei voller Arbeitsleistung gar nicht ausgeben kann?

Und wer kann sich da verwundern, meine Damen und Herren, wenn dieser Kurs der Regierung unglaublich geworden ist und das Schlagwort von der Gleichheit der Chancen aller zur Farce geworden und der Glaube an die Redlichkeit der Politik im allgemeinen einfach geschwunden ist? Dazu kommt noch, daß Sie ja, meine Damen und Herren, als Mehrheitspartei merken, daß steigende Kritik vorhanden ist, daß eine gewisse Unsicherheit in der Bevölkerung vorhanden ist. Dann reagieren Sie aber völlig falsch, indem Sie nämlich ein Maulkorbplakat affichieren lassen.

Meine Damen und Herren! „Nicht herumreden, nicht schimpfen, nichts Unmögliches versprechen, nicht unsinnige Fragen stellen“, ist kein Reifezeugnis für Ihre demokratische Gesinnung (*Zustimmung bei der ÖVP*), sondern der Beweis dafür, daß Sie nach elf Jahren sozialistischer Machtausübung an Demokratieverständnis verloren haben. (*Zwischenrufe bei der SPÖ*.)

Meine Damen und Herren, warum werden Sie denn so unruhig und nervös? Das Plakat kommt wirklich nicht von der Österreichischen Volkspartei. Und wenn Sie da noch stolz sein wollen auf diese Aussagen, dann lasse ich es Ihnen völlig anheim gestellt, auf solche Meldungen noch stolz sein zu können. Ich würde mich genieren. (*Zustimmung bei der ÖVP*.)

Am meisten an Glaubwürdigkeit verloren hat Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, in den benachteiligten Regionen an der Ost- und Nordgrenze in Niederösterreich, im Grenzland zum Beispiel. Das Volkszählungsergebnis zeigt leider in nüchternen Zahlen, wie dort die Situation ist.

Im Jahre 1951 haben die Bezirke Gmünd, Horn, Waidhofen und Zwettl noch 179 000 Einwohner gezählt, im Jahre 1981 nur mehr 158 650. 21 268 Menschen mußten aus diesen vier Waldviertler Bezirken abwandern.

Oder wenn ich einer Statistik entnehme, daß im Bezirk Gmünd im Jahre 1970 noch 6 690 in der Industrie Beschäftigte waren und im Jahr 1979 nur mehr 4 976, also nur mehr 74

Prozent des Standes aus dem Jahr 1970, dann ist das ein Beweis dafür, daß Ihre Politik versagt hat. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP*.)

Die bei Ihrer Politik nicht mehr lebensfähigen bäuerlichen Betriebe werden verlassen. Diese Menschen finden in der Region keinen Arbeitsplatz, müssen also abwandern. Ebenso ergeht es einem Teil der Schulabsolventen, die Entvölkerung hält also an. Halbfertige Häuser, in manchen Ortschaften leerstehende Bauernhäuser, verlassene Gasthäuser prägen manchmal das Bild vor zehn Jahren noch belebter Ortschaften.

Dabei würden die Menschen gerne auch unter diesen härteren Lebensbedingungen in dieser Region bleiben, wenn man ihnen nur helfen könnte oder würde, die Lage, die sie ja nicht selbst verschuldet haben, etwas zu verbessern.

Ein paar Beispiele, Hohes Haus. In dieser Region ist die Milchwirtschaft ein Haupterwerbszweig für die Landwirtschaft. Eine Produktionsumstellung ist auf Grund des Klimas nicht möglich. Aber eine Milchkontingentierung verhindert, daß derjenige, der mehr arbeiten will, auch seinen gerechten Anteil an einem Mehrertrag bekommt. Eine völlig unverständliche Härte für die davon Betroffenen. Oder: Die Alternative Kartoffelbau leidet stärker denn je unter den unzureichenden Stärkepreisregelungen. 10 000 Tonnen Kartoffeln müssen heuer verderben. (*Zwischenruf des Abg. Haas*.)

Herr Abgeordneter Haas, wir können sie ja nicht abwägen. Diese 10 000 Tonnen Kartoffeln und die Abfälle aus der Kartoffelverwertung könnten mit minderwertigen Getreidesorten, wie sie oben leider nur zu erzielen sind, in einer Biospritanlage verarbeitet werden. Mich stört, Herr Bundeskanzler, daß ich die Frage an Sie im Budgetausschuß gestellt habe, wie Sie zu diesem Problem im allgemeinen stehen, und keine Antwort bekommen habe. Es gibt ein Projekt im Rahmen der österreichischen Agrarindustrie für eine solche Anlage in Gmünd, unterstützt mit vielen Millionen von drei Ministerien, und trotzdem fehlt es an Entscheidungen, Herr Bundeskanzler. Deswegen wollte ich im Budgetausschuß wissen, wie Sie grundsätzlich als Chef der Regierung dazu stehen, weil eine solche Anlage nicht nur zusätzliche Industriearbeitsplätze schaffen könnte und würde, sondern doch auch einige hundert Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich.

Dem Budgetentwurf muß ich entnehmen, daß Sie die Sonderförderung Waldviertel um rund 20 Millionen Schilling kürzen, Herr Bun-

Vetter

deskazler. Meiner Meinung nach stellt das einen krassen, einen eklatanten Vertragsbruch dar, weil es im Vertrag zwischen Bund und Land heißt, daß je 50 Millionen Schilling für diese arbeitsplatzfördernden Maßnahmen vorzusehen sind. Auch darauf, Herr Bundeskanzler, habe ich keine Antwort erhalten, vor allem auch nicht auf die Frage, wieso man zu diesem verminderten Ansatz kommt.

Ich weiß schon, daß derzeit wenig Anträge vorhanden sind. Aber kann man nicht darüber nachdenken, ob man vielleicht die Richtlinien mehr der wirtschaftlichen Struktur dieser Regionen anpassen könnte, ob man vielleicht künftighin mehr auf die Sicherung bestehender Arbeitsplätze den Schwerpunkt legen sollte, bevor ein Krisengipfel notwendig geworden ist? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich meine auch, Herr Bundeskanzler, daß man in dieser Regionalpolitik, in dieser Politik über strukturfördernde Maßnahmen gleichfalls nachdenken soll. Es braucht einem ja gar nichts Neues mehr einzufallen, es ist ja schon so vieles erdacht worden, geschrieben worden. Ich denke zum Beispiel an das Zonenrandförderungsgesetz der Bundesrepublik. Ich denke an den 208 Seiten umfassenden Katalog des Österreichischen Institutes für Raumplanung. Ich denke an den Vertragsentwurf auf Bundesseite und auf Landesseite gemäß Artikel 15 a der Bundesverfassung. Und dann kommen Sie, Herr Bundeskanzler, und spielen Polittheater — anders kann ich es nicht bezeichnen — auf dem Rücken dieser Regionen. Hunderte Vorschläge der Parteien sind vorhanden, Hunderte Vorschläge aller Interessensvertretungen, Hunderte Vorschläge selbst bundeseigener Institutionen, nur die Entscheidung nicht.

Sie, Herr Bundeskanzler, entdecken plötzlich mit der Freiheitlichen Partei eine neue Liebe zu den Problemen des Grenzlandes. Das Ergebnis einer Arbeitsgruppe soll am 11. Dezember, wenn ich mich richtig erinnere, wie Sie heute gesagt haben, veröffentlicht werden.

Seit 1970, Herr Bundeskanzler, versprechen Sie eine Besserung der Situation. Seit dem Jahre 1970 setzen Sie halbjährlich diesem Anliegen sozusagen einen anderen Hut auf, nun halt mit einem blauen Fähnchen.

Ich meine, daß alles Erdenkliche nahezu schon gesagt, diskutiert, erfunden worden ist. Entscheidungen werden von Ihnen verlangt, Herr Bundeskanzler, das kann die betroffene Bevölkerung von Ihnen verlangen und nicht immer wieder Kommissionen, Arbeitsgruppen, nur um die Verzögerungstaktik mit

einem immer neuen Hut zu versehen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Haas: Herr Kollege, Sie haben ja das Waldviertel im Stich gelassen, indem Sie für die allgemeine Grenzlandförderung eintreten! — Heiterkeit und weitere Zwischenrufe.)*

Hohes Haus! Man lernt in jeder Rednerschulung, daß man nicht auf jeden Zwischenruf antworten muß — daß ist ein solcher. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch in der Frage der Nebenbahnen, Herr Bundeskanzler, habe ich wieder eine neue Verzögerungstaktik gelernt.

Es gibt ein Ergebnis der ÖROK, eine genaue Auflistung. Bisher war immer die Ausrede, die Entscheidung muß abgewartet werden, bis die ÖROK-Studie da ist. Und auf meine Frage, wann wird jetzt eine Entscheidung getroffen, haben Sie mir über den Rhein-Main-Donaukanal erzählt, all das, was heute in der „AZ“ steht; das habe ich natürlich auch schon gewußt.

Sie haben dann, Herr Bundeskanzler — das ist jetzt die entscheidende Frage — festgestellt, daß eine Entscheidung, ob eine Nebenbahn auf ewige Zeiten, so war Ihr wortwörtlicher Ausdruck, weitergeführt oder eingestellt werden soll, erst dann gefällt werden kann, wenn der Kanal fertig ist *(Abg. Dr. Kreisky: Da haben Sie es mißverstanden!)*

Herr Bundeskanzler, ich habe es nicht mißverstanden. Ein polemischer Kritiker müßte sagen, dann werden halt die betroffenen Bundesbahner statt einer Eisenbahneruniform eine Matrosenuniform anziehen und auf der Donau mit *(Abg. Benya: Sollen wir es einstellen?)* Schiffen fahren. Ich habe es nicht gesagt.

Herr Präsident Benya, ich wollte nur wissen, wann eine Entscheidung fällt. Ich bin ja der Überzeugung, daß die Nebenbahnen strukturell, verkehrspolitisch für diese Regionen unentbehrlich sind. Aber Sie haben ja selbst gesagt, der Herr Verkehrsminister möchte sie jeden Tag einstellen, weil sie ihn soviel Geld kosten. Herr Bundeskanzler! Es kann doch in einer Regierung nicht immer 22 oder 23 Meinungen geben. Einmal muß eine Entscheidung fallen *(Beifall bei der ÖVP)*, mehr möchte ich nicht haben.

Eines ist hochinteressant: Kommt ein Betrieb in Schwierigkeiten, wo der Eigentümer der Bund ist, läuft man zu den Ländern und zwingt sie zu einer Mitbeteiligung. Ist eine Eisenbahn in Schwierigkeiten — meines Wissens auch im Bundesbesitz —, läuft man zum Land, die sollen mitzahlen. Daß dieser

Vetter

Weg in Ewigkeit gangbar ist, kann ich mir persönlich nicht vorstellen, ohne daß ich eine Entscheidung hier beeinflussen kann. Herr Bundeskanzler! Sie haben das Wort von der Chancengleichheit geprägt. Sie haben das Schlagwort Vollbeschäftigung im ganzen Lande dauernd im Munde. Sie haben dieser Region höhere Einkommen versprochen. Zahlen und Ziffern beweisen, daß alle Versprechungen nicht gehalten werden konnten.

Sie werden sicherlich nicht bestreiten, daß die Verhinderung der Entvölkerung, der Entleerung ganzer Regionen entlang einer unglücklichen Grenze, eine staatspolitische Aufgabe darstellt. Ich kann nur nochmals betonen, daß Alarmzeichen gegeben sind. Mit Versprechungen allein läßt sich dieses Problem nicht lösen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

21 000 Abgewanderte, Herr Bundeskanzler, sind nicht Menschen zweiter oder dritter Klasse. 21 000 Abgewanderte sollten Ihr Gewissen wachrütteln, Herr Bundeskanzler, und 21 000 Abgewanderte sollten ausreichen, damit sich Regierung und Gesetzgebung neue, zusätzliche, umfassendere Maßnahmen einfallen lassen, vom Bund her, gemeinsam mit dem Land selbstverständlich. Aber Eile tut not. Das kann ich nur nochmals feststellen.

Bei geänderten Verhältnissen ist eben auch eine Verhaltensänderung in der Politik, ein Umdenken, ein Nachdenken notwendig. Ich laufe keinen Illusionen nach. Selbstverständlich weiß ich, daß die Entwicklung solcher Regionen nicht von heute auf morgen geändert werden kann. Aber Ihr Weg hat sich anscheinend nicht bewährt.

Daher nochmals: Der Kurswechsel in der Budget-, in der Wirtschaftspolitik, auch in der Regionalpolitik ist notwendig. Ich kann nur nochmals und immer wieder den Appell und die Aufforderung richten: Erkennen Sie als Mehrheit dieses Hauses den Ernst der Situation, reagieren Sie darauf und kommen Sie auch zu einer Änderung Ihrer Regionalpolitik! *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.31

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Jörg Haider.

17.31

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zwei Randbemerkungen zu jener Diskussion, die in den letzten Stunden immer wieder auch hier im Hohen Haus geführt wurde. Es wurde zwischen den beiden Fraktionen ein Streit geführt, wo mehr Demokratie existiert, in

welchen Betrieben, bei welchen Prozentsätzen bei Betriebsratswahlen.

Ich glaube, daß man doch hier einmal den Appell an Sie alle richten sollte, darüber nachzudenken, welche Ursachen diese geradezu volksdemokratischen Mehrheitsverhältnisse einmal auf sozialistischer Seite, etwa bei der Bundesbahn, oder ein anderes Mal in einem ÖVP-regierten Bundesland bei Personalvertretungswahlen haben. Es ist vielfach die Angstpropaganda, mit der versucht wird, unter Hinweis auf die Existenzsorgen der Beschäftigten ein politisches Geschäft zu machen.

Und wir wissen ganz genau, daß Sie gerade bei der Bundesbahnpersonalvertretungswahl die Kollegenschaft unrichtig informiert haben. Sie haben ja gesagt, die Freiheitlichen wollen ihnen etwas wegnehmen. — Wir wollten dafür eintreten, daß auch jene 98 Prozent, die heute noch unter 10 000 S Einkommen nach Hause tragen, endlich eine gerechte Entlohnung bekommen und jene, die oben die Privilegien einstecken, reduziert werden auf ein vernünftiges Maß.

Meine Damen und Herren! Hier haben Sie eine falsche Propaganda betrieben. *(Abg. Haas: Der Abg. Probst hat die gemacht!)* Hier haben Sie zwei Dinge verwechselt: Die Notwendigkeit der Reform eines defizitären Betriebes mit der korrekten Personalpolitik oder der Betriebsratspolitik. *(Abg. Roppert: Der Kollege Mößlacher wird sich bei Ihnen bedanken!)* Der Kollege Mößlacher hat sich bei mir sicherlich nie beschwert. Wir haben nur eines festgestellt: daß diese Methode, mit der Sie hier arbeiten, indem Sie die Leute verunsichern, ihnen Angst machen, mit Demokratie überhaupt nichts mehr zu tun hat, sondern eine klare politische Erpressung ist, die Sie hier betreiben. *(Abg. Mondl: Herr Kollege Haider! Das ist ja pure Demagogie, die Sie betreiben! So billig!)* Aber, Herr Kollege Mondl, Sie kennen doch die Methoden. Oder muß ich Ihnen erklären, daß man den freiheitlichen Spitzenkandidaten tätlich angegriffen hat, weil er es gewagt hat, Wahlbroschüren zu verteilen bei der Bundesbahn? Das ist doch, glaube ich, die letzte Form der politischen Auseinandersetzung. *(Abg. Roppert: Warum sagen Sie denn nicht die Wahrheit?)*

Daher soll man nicht stolz sein auf die 86 Prozent — ich weiß, es berührt Sie unangenehm, wenn man Ihnen das sagt *(Abg. Blecha: Das stimmt nicht!)* —, sondern Sie sollen einmal darüber nachdenken. *(Abg. Lanc: Sie könnten froh sein, wenn Sie unsere Sorgen hätten!)*

Dr. Jörg Haider

Ich glaube auch, daß es seine Berechtigung hat, Herr Kollege Roppert, wenn man Ihnen einmal klarmacht, daß Sie sicherlich auch bereit sein müssen, die Wahlverhältnisse in den einzelnen Körperschaften, ob das bei Betriebsratswahlen oder bei Personalvertretungswahlen ist, gerechter zu gestalten. (*Abg. Roppert: Der ist in der Wahlzelle ganz allein!*) Denn mit dieser Methode des Angstmachens ist natürlich die stärkere Fraktion in der Vorhand. Oder glauben Sie wirklich, daß es für einen Kollegen, der in einem verstaatlichten Betrieb ist, sehr angenehm ist zu wissen, daß er, wenn der Betriebsrat der Kündigung zustimmt, nicht einmal mehr das Rechtsmittel vor dem Einigungsamt hat? Das ist doch die Frage, die sich hier stellt, ob der Rechtsschutz des einzelnen soweit entwickelt ist, daß er auch bei einer internen betriebsdemokratischen Entscheidung wirklich frei entscheiden kann.

Das wollte ich hier zur aktuellen Diskussion noch beisteuern. Ich glaube, daß die Betriebsdemokratie in Österreich reformbedürftig ist.

Herr Kollege Hirscher, darüber können Sie nicht hinweggehen. Die Betriebsdemokratie ist in diesem Punkt reformbedürftig. Gerade in einer Zeit, in der Personalabbau in den Betrieben stattfindet, muß ja jeder, der sich politisch exponiert, Angst haben, daß er, wenn er nicht auf der Mehrheitsseite steht, der erste ist, bei dem der Betriebsrat einer Kündigung zustimmt. Das ist doch ein Faktum, warum es in den Betrieben draußen so viel Angst bei den Kollegen gibt.

Ich darf daher an Sie appellieren: Wenn es Ihnen um die Betriebsdemokratie wirklich so ernst ist und wenn Sie mitwirken wollen, daß die Kollegenschaft auch dort frei entscheidet, wo es momentan volksdemokratische Mehrheitsverhältnisse gibt (*Abg. Dr. Kreisky: Na, na, na! — Abg. Benya: Vorsichtig!*), dann, meine Damen und Herren, gehen Sie mit uns den Weg hier im Parlament, das Arbeitsverfassungsgesetz in jener Form zu ändern, daß der Rechtsschutz des einzelnen auch in diesen Belangen sichergestellt ist. Dann werden wir jene Diskussionen, wie wir sie heute haben, wo die bessere Demokratie zuhause ist, künftighin nicht haben. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Kreisky: Sie werden uns noch Demokratie beibringen!*) 17.35

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Herren Spezialberichterstatter verzichten auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1982 abstimmen. Es sind dies die Kapitel 01 bis 06 in 815 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe II des Bundesvoranschlages 1982. Diese umfaßt das Kapitel 10 in 815 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Beratungsgruppe III

Kapitel 20: Äußeres

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe III.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Egg. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Egg: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen, Kapitel 20: Äußeres.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe III enthaltene Kapitel 20 „Äußeres“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1982 unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Pfeifer in seiner Sitzung am 24. November 1981 in Verhandlung genommen.

Im vorliegenden Entwurf zum Bundesfinanzgesetz 1982 sind beim Kapitel 20 „Äußeres“ Gesamtausgaben von 1.511.666 Mill. S und Einnahmen von 57.493 Mill. S vorgesehen. Dies bedeutet gegenüber den Ansätzen 1981 eine Steigerung der Ausgaben um 224.903 Mill. S oder 17,47 % und der Einnahmen um 19.088 Mill. S oder 49,7 %.

Die Ausgabensteigerung verteilt sich auf die einzelnen Gebarungsgruppen wie folgt:

Egg

1. Für die gesetzlichen Verpflichtungen, und zwar für den a) Personalaufwand wurden um 23,499 Mill. S oder 6,54 % mehr veranschlagt.

b) Bei den internationalen Beitragszahlungen Österreichs mußten infolge Erhöhung der Budgets der internationalen Organisationen und vor allem der Kurssteigerung des US-Dollars 69 Mill. S mehr veranschlagt werden;

c) Die übrigen gesetzlichen Verpflichtungen, und zwar die „Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG“, die „Familienbeihilfen“ und die „Öffentlichen Abgaben“ wurden um 1,406 Mill. S höher veranschlagt.

Die im Sachaufwand des Kapitels 20 veranschlagten Ermessenskredite erfuhren eine Erhöhung um 130 Mill. S oder 18,72%.

Der Mehrbedarf bei den Aufwendungen der Vertretungsbehörden beträgt 75 Mill. S.

Die höhere Veranschlagung ist auf Preissteigerungen und vor allem auf Kursänderungen, hauptsächlich des US-Dollars, zurückzuführen. Auch verursachen die rasch steigenden Mietkosten und die Anmietung weiterer Amtswohnungen einen beträchtlichen Mehraufwand. Von dem bei den Kulturinstituten veranschlagten Mehrbedarf von 7,5 Mill. S entfallen auf die Auslandszulagen 3,7 Mill. S.

Die Anlagenkredite erfuhren gegenüber 1981 insgesamt eine Erhöhung um 7 Mill. S.

Die Veranschlagung beim Ansatz „Internationale Konferenzen in Österreich“ sichert außer den jährlich stattfindenden Konferenzen die Abhaltung der „2. Weltraumkonferenz der VN (UNISPACE)“ und der „Weltversammlung über Probleme der Älteren“.

Die übrigen Ansätze für Aufwendungen und Förderungen wurden nicht erhöht bzw. halten sich im Rahmen der gegebenen Richtlinien.

Die Erhöhung der Einnahmen um 19 Mill. S ist auf zu erwartende Mehreinnahmen vor allem bei den „Miet- und Pachtzinsersätzen“, „Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung“ und „Zinsen aus dem Geldverkehr“ zurückzuführen.

An der Debatte beteiligten sich nach den Ausführungen des Spezialberichterstatters eine Reihe von Abgeordneten.

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Pahr nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 27. November 1981 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe III unter Berücksichtigung

eines Abänderungsantrages des Abgeordneten DDr. Hesele mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 20: Äußeres des Bundesvoranschlages für das Jahr 1982 (815 der Beilagen) mit der dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderung wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, in die Diskussion einzugehen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Vw. Dr. Ludwig Steiner. Ich erteile es ihm.

17.43

Abgeordneter Dr. Ludwig Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Die Budgetdebatte Äußeres findet in der Zeit bewegter und oft sehr düsterer Diskussionen in der Weltpolitik statt. So hat zum Beispiel Generalsekretär Leonid Breschnew anlässlich seines Besuches in Bonn bei einer Tischrede das Klima aus seiner Sicht etwa so gezeichnet — ich zitiere —: „Als ich letztes Mal Bonn besuchte, war Frühling. Ich erinnere mich an die sich auch in den Gesichtern der Menschen damals spiegelnden hellen Strahlen der Maisonnette. Jetzt ist Herbst, die Blätter fallen und auch die Gesichter der Menschen scheinen ernster geworden zu sein. Überall sind neue Sorgen um die Geschicke des Friedens hinzugekommen.“

Sicherlich ist diese Traurigkeit des Herbstes 1981 auch auf den Gesichtern der Menschen in Afghanistan sichtbar geworden.

Die letzten Wochen und Monate haben plötzlich in Europa einen tiefen Pessimismus sichtbar werden lassen. Freilich, die weltpolitische Lage und die Situation in Europa sind keineswegs überaus erfreulich. Gegenwärtig ist ein ganzes Feuerwerk an psychologischer Beeinflussung der öffentlichen Meinung in aller Welt durch die Großmächte in Ost und West erfolgt.

Es ist schon sehr bemerkenswert, wie urplötzlich nun über einige Aspekte der Rüstungen gesprochen wird, als seien sie sensationelle Neuigkeiten. In Wirklichkeit sind das ja alles Dinge, von denen man seit Jahren gewußt hat oder über die man sich zumindest sehr leicht hätte informieren können.

Dr. Ludwig Steiner

Die breite öffentliche Diskussion im Westen über die Nachrüstung hat aber altbekannte Tatsachen ins allgemeine Bewußtsein gerückt und sie erst so politisch wirksam gemacht. Dagegen wurde die vorherige sowjetische Rüstungsanstrengung ohne Emotion zur Kenntnis genommen.

Auch Herr Bundesminister Pahr malte in seiner Rede vor der Außenpolitischen Gesellschaft ein überaus düsteres Bild der weltpolitischen Situation an die Wand. Ich glaube, wir sollten uns bei aller Traurigkeit der Weltlage nicht gleich selbst in tiefsten Pessimismus stürzen. Auch wenn man das Schlimmste nicht für unabwendbar hält, bleibt aber, daß ein Staat in der geopolitischen Lage Österreichs, neutral und auf seine eigene Verteidigungskraft angewiesen, nur mit allergrößter Besorgnis die Anhäufung von Rüstungspotential im europäischen Raum feststellen kann.

Die tödliche Bedrohung für unser Land liegt ja nicht allein im nuklearen Waffenarsenal. Auch konventionelle Waffen stellen für uns eine ebensolche ernste Bedrohung dar. Unser Interesse an jeder Art realistischer Bemühungen zur Friedenssicherung ist ebenso selbstverständlich wie unser Interesse an einer wirksamen Abrüstung.

Bisher hat es allerdings noch nie in der Geschichte wirkungsvolle Abrüstungsmaßnahmen gegeben. Trotzdem dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Allerdings: einer einseitigen Abrüstung das Wort zu reden wäre nicht richtig, wäre schon deshalb unrealistisch, weil das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt und Europa nicht zerfallen darf, soll der Friede nicht in Gefahr kommen. — Wobei natürlich Gleichgewicht niemals nur rein militärisch-technische Elemente umfassen kann. Hier liegen auf beiden Seiten der Waagschale sehr viele Elemente, von den wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Volkes bis hin zur moralischen Haltung und Abwehrbereitschaft eines Volkes.

Gerade deswegen ist es ja so schwierig, das Gleichgewicht meßbar zu machen. Ich bin daher sehr neugierig, wie der Vorschlag von Bundesminister Pahr vor den Vereinten Nationen betreffend die Meßbarkeit des Gleichgewichtes dann tatsächlich in der Praxis aussehen wird. Diese Sache wäre zu ernst, als daß man hier wieder einmal eine Idee als Luftballon steigen lassen könnte.

In der augenblicklichen weltpolitischen Lage ist es auch nicht gerade zweckmäßig, Vorschläge der einen oder anderen Macht gleich lauthals zu begrüßen oder zu verurteilen, wie es etwa der Herr Bundesminister zur

Frage der Neutronenbombe getan hat, noch dazu mit Argumentationen, wie sie der Propagandaküche einer Seite entnommen sein könnten. Man gerät mit solchen Äußerungen nur in Gefahr, für die Propaganda der einen oder anderen Seite mißbraucht zu werden.

Leider ist es eine Tatsache, daß Vorleistungen, wie sie US-Präsident Carter mit dem Verzicht auf Nachrüstungsmaßnahmen gesetzt hat, kein entsprechendes Echo auf sowjetischer Seite gefunden haben. Dort hat man die eigenen Rüstungsprogramme ganz gleich, was gesagt wurde, zielstrebig fortgesetzt. Auch das wäre in diesem Zusammenhang zu sagen gewesen und natürlich auch, daß es nicht böse und gute Atomwaffen gibt, sondern daß sie alle gleich „grauslich“ sind.

Es ist in meinen Augen überhaupt sehr zweifelhaft und nicht sehr ernsthaft, zu Vorschlägen, die bei irgendeiner Pressekonferenz oder bei Tischreden irgendwo in der Welt zu so komplizierten Fragen wie nukleare Rüstung gemacht werden, sofort leichtzünftig mit Urteilen und Kommentaren zur Hand zu sein. Derartige Vorschläge, so glaube ich, sollten vorerst einmal wirklich ernsthaft studiert werden. Und dann soll geredet werden. — Es stellt sich bei solchen Vorschlägen doch sehr oft heraus, daß sie nur einen beschränkten Teil einer sehr komplizierten Materie betreffen. Nur die gesamte Sicht solch komplizierter Probleme läßt dann ein gültiges Urteil zu, wie die jeweiligen Auswirkungen auf unsere Sicherheit sein könnten.

Wenn wir bei Abrüstungsfragen schon mitreden wollen, dann sollten wir das in ausgewogener Weise tun, die mit dem Ernst des Problems voll in Einklang steht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir alle können den endlichen Beginn der Rüstungsbegrenzungsverhandlungen zwischen der USA und der UdSSR in Genf nur begrüßen. Ein Schimmer von Hoffnung ist immerhin vorhanden. Allein schon die Schwierigkeit, die einzelnen Waffensysteme in ihrer militärisch-taktischen und militärisch-strategischen Wirkung abzuwägen und auch die politischen Konsequenzen jeder allfälligen Abrüstungsmaßnahme zu überblicken, läßt eine lange Verhandlungsdauer erwarten.

Sicherlich wird es viele Berg- und Talbewegungen der Hoffnungen und der Enttäuschungen in dieser Verhandlungsphase geben. Sollten diese Gespräche zu Ergebnissen führen, so könnten diese vielleicht — und das ist für uns besonders wichtig — auch den Wiener Truppenabbaugesprächen endlich zu Fort-

Dr. Ludwig Steiner

schritten verhelfen. Österreich muß dem Erfolg gerade dieser Truppenreduzierungsmaßnahmen im mitteleuropäischen Raum ein ganz besonderes Interesse widmen.

Hier vielleicht ein Wort zu Friedensbewegungen und Pazifismus, wie sie heute im demokratischen Europa so stark hervortreten. Friedenspolitik heißt für uns vor allem Eintreten für demokratische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit. Wo es nämlich soziale Gerechtigkeit und demokratische Freiheiten nicht gibt, wehren sich die Leute. Da gibt es immer die Gefahr von Konflikten. Eine glaubhafte verlässliche Neutralitätspolitik ist gerade für unseren Raum auch echte Friedenspolitik.

Das hohe Ziel des Friedens ist jeden idealistischen Einsatz wert. Dessen sollten wir uns immer bewußt sein. Dort aber, wo Friedensbewegungen total an den Realitäten vorbeigehen, dort, wo solche Bestrebungen ganz offensichtlich in die Hände jener geraten, die nicht Frieden, sondern die politische Manipulation im Sinne haben, da kann und darf man nicht schweigen. Daß gegenwärtig diese Friedensbewegungen überall gleichzeitig in Gang gekommen sind, macht es natürlich schwer, nur an Spontaneität zu glauben und nicht an eine lenkende Hand irgendwo im Hintergrund.

Auch jenen Bürgern, die sich mit viel Idealismus und persönlichem Engagement für den Frieden einsetzen, wird man verständlich machen müssen, daß doch auch Opfer für die Landesverteidigung gebracht werden müssen, will man der Verantwortung unserem Lande und seiner ganzen Bevölkerung gegenüber auch wirklich gerecht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir alle — aber besonders jene, die die grausame Zeit des Krieges an sich selbst erlebt haben — für unsere Kinder und Kindeskindern nichts sehnlicher wünschen, als den Frieden zu erhalten, so dürfen wir doch nicht übersehen, daß sich noch niemals ein Volk den Frieden bewahren konnte, wenn es seiner Umwelt gegenüber Hilflosigkeit, Machtlosigkeit und totalen Unwillen, sich selbst zu verteidigen, zeigte.

Daher dürfen wir es nicht zulassen, daß Österreich in Mitteleuropa ein machtpolitisches Vakuum wird. Ein solches wird unweigerlich von irgendeiner Kraft von außen ausgefüllt werden. Wir würden so einen potentiellen Aggressor erst zum aggressiven Täter machen. Daher unser konsequentes Ja zur umfassenden wirksamen Landesverteidigung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Theater, das nunmehr seit Monaten mit der Frage der Abfangjäger betrieben wird, ist in diesem Zusammenhang leider gelinde gesagt beschämend.

Natürlich gibt es Ansatzpunkte in der Weltpolitik, die zu Konflikten führen können. Aber gerade im europäischen Raum sind echte unüberwindbare Konfliktsituationen derzeit nicht so akut, daß kriegerische Auseinandersetzungen etwa von heute auf morgen wahrscheinlich werden. Da gehe ich ganz mit den Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers konform. Solche Überlegungen bedeuten natürlich nicht, daß wir ganz einfach den Kopf in den Sand stecken und so tun sollen, als wäre alles in schönster Ordnung, nur sollte man sich doch nicht noch zusätzlich in eine Krisenhysterie hineinsteigern und hineinreden.

Gerade in dieser Situation stellen wir aber fest, daß internationale Organisationen zwar immer zahlreicher und umfangreicher, ihre Beschlüsse aber immer wirkungsloser werden, ihre Effektivität zumindest fragwürdig ist und daher deren Prestige sinkt, ein Prestige, das ja in Krisensituationen dann einmal dringend gebraucht werden würde.

Dort allerdings, wo internationale Fachorganisationen oder Aktivitäten von politischen Endlosdiskussionen Abstand nehmen, ist ihre Wirksamkeit Gott sei Dank noch erhalten geblieben. Das gilt ganz besonders für die friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen. Und hier ist sicherlich wieder einmal ein Dank an jene Einheiten des Bundesheeres auszusprechen, die am Golan und in Zypern einen echten Dienst für den Frieden leisten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn politische Endlosdiskussionen drohen, zum Selbstzweck zu werden — und diese Gefahr besteht sehr wohl auch bei der so viel gerühmten allfälligen globalen Verhandlungsrunde zum Nord-Süd-Problem —, dann werden sie auch über Jahrzehnte zu keinerlei sichtbaren politischen Erfolgen führen, geschweige denn zur Linderung des akuten Hungerproblems in dieser Welt.

Ich bin überzeugt, daß jeder Staat seinen Beitrag zur größeren Wirksamkeit internationaler Organisationen leisten kann, wenn man nicht nur opportunistisches Stimmverhalten übt, sondern sich immer wieder bemüht, Grundsätzen zum Durchbruch zu verhelfen; und das auch in internationalen Organisationen. Natürlich muß man vorerst einmal Grundsätze haben.

Ich halte es für internationale Organisationen für außerordentlich schädlich, wenn man dort immer wieder illusionistische Vorschläge

Dr. Ludwig Steiner

macht, die sozusagen nur als Spielmaterial für Großkonferenzen dienen. So hat mich zum Beispiel die Aussage eines sehr hochrangigen Kollegen des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten tief erschüttert, der in Fragen internationaler Organisationen führend tätig ist und mir sagte: Ja warum bist du gegen österreichische Vorschläge, wenn es auch nur solche sind, von denen man leider nicht annehmen kann, daß sie praktisch irgend etwas bringen? Wenn wir schon keine materiellen Hilfen bieten können, so ist es doch großartig, daß wir wenigstens Ideen und Pläne anbieten, ganz gleich, wie realistisch sie sind. Ich muß sagen, an soviel Zynismus hätte sich beinahe eine alte Freundschaft zerschlagen, denn für mich ist so etwas unfassbar. Man soll doch nicht Pläne lancieren einzig und allein nur darum, damit darüber halt diskutiert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist sicherlich gerade auch dieser Geist internationalen Wassertretens, der den rapiden Prestigeverlust internationaler Organisationen mitverursacht.

Nun zu einigen speziellen Problemen der Außenpolitik.

Eine Behauptung, die über lange Zeit als unerschütterliches Dogma gegolten hat, war die Theorie, kommunistische Länder seien die besten Schuldner, die man sich wünschen könne. Mein Gott, wie oft habe ich den Herrn Bundeskanzler davon reden gehört.

Staatsbankrott ist aber offensichtlich doch etwas, was es auch in kommunistischen Planwirtschaften geben kann. Es ist durchaus möglich, daß dem Beispiel Polens noch einige weitere folgen werden.

Die innere Entwicklung Polens bewegt sich auf eine Abnützungsschlacht aller wichtigen Elemente in der polnischen Politik zu. Im Prestige von Regierung und Armee, Partei, der Gewerkschaft Solidarität nehmen die Abnützungserscheinungen von Woche zu Woche beängstigend zu. Und auch die katholische Kirche könnte in diesen Sog geraten, wenn sie sich mit tagespolitischen Problemen, die meist unlösbar sind, belasten würde. Die Unsicherheit im Lande breitet sich ständig aus, und niemand weiß, was der nächste Tag bringen wird.

Die Ereignisse in Polen haben ja auch spürbare Fernwirkungen, auch für Österreich sichtbare Konsequenzen. Einmal sind wir mit Energielieferungsverträgen an die polnische Wirtschaftsentwicklung gebunden und dann spüren wir das Auf und Ab der polnischen Politik sehr stark durch den Flüchtlingsstrom, der dann jeweils nach Österreich kommt.

Wenn man heute von Flüchtlingen aus Polen redet, muß man zuerst einmal feststellen, daß diese Menschen vom kommunistischen Regime Polens in diese Lage gebracht wurden, die sie veranlaßt, die Heimat zu verlassen. Ich glaube, diese Feststellung ist vorerst einmal zu treffen.

Es hat mich tief erschüttert — ich muß das wirklich sagen —, daß im Budgetausschuß im Zusammenhang mit den Polenflüchtlingsen davon die Rede war, die Flüchtlinge würden „nunmehr zur Plage“. Flüchtlinge sind also angeblich zur Plage geworden, und das im Jahre 1981, das in einem Land, das sich immer wieder berühmt, welch humanitäre Gesinnung es gerade gegenüber den Flüchtlingen an den Tag lege. Diese humanitäre Gesinnung haben wir ja auch oft in der Vergangenheit bewiesen. Dies in einem Lande, das sich bei internationalen Konferenzen immer darauf ausredet, nicht soviel Entwicklungshilfe leisten zu können, weil für den Flüchtlingsstrom aus dem Osten so viel getan werden müsse. Ja, es muß viel getan werden!

Selbstverständlich ist ein Flüchtlingsstrom des Ausmaßes, wie wir ihn gegenwärtig erleben, ein großes Problem, das Österreich bestimmt nicht allein bewältigen kann. Es ist aber doch wohl die Frage am Platze, was die Bundesregierung getan hat, um für einen solchen Fall rechtzeitig voll und ganz gerüstet zu sein. Oder konnte man etwa nicht voraussehen, daß es Flüchtlinge aus dieser Richtung der Welt einmal geben wird? Hat man nicht monatelang immer wieder gerätselt, ob es zu einer sowjetischen Invasion in Polen kommen könnte oder nicht? Wäre es da nicht gerechtfertigt gewesen, schon lange vorher internationale Kontakte anzuknüpfen, um für einen solchen Fall vorzusorgen und gerüstet zu sein?

Der Herr Bundeskanzler, der sich ja sonst auch bei allen Weltereignissen zu sofortigen Aussagen gedrängt fühlt, ist zu fragen, ob er sich auch zu diesem Problem überall in der Welt zu Wort gemeldet hat, um dafür zu sorgen, daß Österreich bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems eine weltweite Solidarität erwarten kann.

Ja, Herr Bundesminister, die Kambodscha-Konferenz ist sicherlich wichtig. Aber sind diese Probleme, die vor unserer Haustür liegen, nicht ebenso wichtig, vielleicht sogar wichtiger?

Selbstverständlich ist zu überlegen, wie man mit den einzelnen Gruppen von Flüchtlingen verfahren könnte. Es gibt da solche, die politisches Asyl wollen und brauchen, und sol-

Dr. Ludwig Steiner

che, die einfach aus- und dann weiterwandern wollen, weil sie in ihrer Heimat ganz einfach keine Zukunft mehr sehen.

Wir sollten doch nicht vergessen, daß jeder einzelne Fall — ganz gleich, was die Beweggründe für das Verlassen der Heimat sind — immer ein menschliches Schicksal und ein menschliches Drama darstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, durch konkrete Handlungen zu zeigen, daß sie einem solchen Problem begegnen kann. Die Flüchtlinge nur als Plage zu bezeichnen, ist doch bei Gott keine Lösung!

Schließlich besteht auch noch die große Gefahr, daß bei unserer Bevölkerung eine unqualifizierte Fremdenfeindlichkeit entsteht.

Es ist durchaus erklärbar, daß es unter 50 000 Menschen, die geflohen sind, auch kriminelle Elemente gibt. Aber man darf doch wohl nicht verallgemeinern.

Der Herr Bundeskanzler hat mit der Aufforderung vor den Arbeitern der VOEST, die polnischen Bergarbeiter sollten doch nicht soviel streiken, sondern dafür sorgen, daß die Kohlelieferungen stimmen und so weiter, den polnischen Bergarbeitern praktisch die Verantwortung für die Nichterfüllung der Kohlelieferungsverpflichtungen zugeschoben.

Ich habe mich sofort und in aller Öffentlichkeit gegen solche Unterstellungen gegenüber hart arbeitenden Menschen verwahrt, weil ich es ganz einfach für beschämend halte, wenn man aus eigener, sicherer Position in Freiheit und Wohlstand heraus Menschen kritisiert, die hart um ihr tägliches Brot kämpfen, die unter den schwersten Bedingungen arbeiten und schuften müssen, unter Bedingungen, die man ohneweiters als Fron bezeichnen kann. Diesen Menschen einfach zuzurufen: Hört auf mit eurem Kampf für bessere Lebensbedingungen, arbeitet lieber!, das halte ich für beschämend. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das mag vielleicht eine isolierte Meinung sein. Der Herr Bundeskanzler ist in diesem Zusammenhang für sein feines Gespür, für das, was die Leute gerne hören wollen, in einem Artikel in der „Presse“ ganz artig gelobt worden. Ich hätte eigentlich erwartet, daß sich der Vizevorsitzende der Sozialistischen Internationale eines solchen Lobes schämt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch einmal festhalten: Die Bundesregierung hat keinen Kohlelieferungsvertrag mit polnischen Bergarbeitern oder etwa mit dem polnischen Volk abgeschlossen,

sondern mit einer kommunistischen Regierung, mit einer kommunistischen Regierung, die vom eigenen kommunistischen Zentralkomitee wegen Unfähigkeit und wegen Korruption verjagt wurde! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler hat in seinen Äußerungen gegen die polnischen Bergarbeiter den Startschuß für eine sehr bedenkliche Entwicklung abgegeben, und ich hoffe, er hat damit nicht eine Lawine losgetreten.

Ich habe noch sehr wohl im Ohr, wie im Zuge einiger Staatsmännerbeschimpfungen durch den Herrn Bundeskanzler eines der besonders abfälligen Urteile lautete, Begin sei halt ein polnischer Advokat. Offenkundig hat der Herr Bundeskanzler mit Zionisten und Polen so seine Probleme. Aber das sollten bei Gott keine Probleme für Österreich werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist gerade 26 Jahre her, daß Österreich mit einem ganz anderen Flüchtlingsstrom, von einem ganz anderen Ausmaß fertig werden mußte. Glücklicherweise sprach damals niemand von Flüchtlingen als Plage. Ja, das waren noch Zeiten!

Es ist sicherlich eine gute Politik, sich nicht von außen in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen. Wir begrüßen eine solche Politik. Allerdings muß auch für den Bundeskanzler gelten, daß er nicht mit Zensuren in innere Vorgänge dieses Landes eingreift.

Für uns als Christdemokraten ist es selbstverständlich, daß wir den Menschen in Polen, die aus christlichen Wertvorstellungen heraus um mehr Freiheit, um mehr menschenwürdige Lebensbedingungen ringen, mit voller Hilfsbereitschaft gegenüberstehen. Dies gilt auch für Fragen der Hilfe, die das polnische Volk vor Hunger und Not gerade in diesem harten Winter bewahren sollte.

Eine Debatte über Außenpolitik kann natürlich nicht an der Nahost-Politik des Bundeskanzlers vorbeigehen, die ihre Stunde der Wahrheit durch eine Reihe tragischer Ereignisse auch innerhalb Österreichs erfahren hat.

Immer wenn der Vorwurf erhoben wird, der Bundeskanzler verfolge aus subjektiven persönlichen Überlegungen seine Nahost-Politik, die weit über das hinausgeht, was für unser Land notwendig und gut ist, wurde das Argument entgegengehalten, diese Politik habe Österreich den Terror vom Hals gehalten, habe gigantische wirtschaftliche Vorteile durch Export in arabische Länder gebracht und hätte schließlich billige Ölquellen für Österreich fließen lassen. Ganz abgesehen

Dr. Ludwig Steiner

davon, daß sich Österreich ein ganz ungeheures Ansehen in aller Welt als Friedensbringer erworben habe.

Keines dieser Argumente ist bei näherer Betrachtung voll stichhältig.

Der Terror ist sehr wohl bei uns eingezogen und hat vor allem einmal einen hilflosen Innenminister vorgefunden, einen Innenminister, dem bei dem verabscheuungswürdigen Mord an Stadtrat Nittel vorerst nur einmal innenpolitische Verdächtigungen eingefallen sind. *(Abg. Dr. Blenk: Für die er sich nie entschuldigt hat!)*

Vielleicht denkt er auch heute daran, daß es besser gewesen wäre, sich mit seinen Polizeiorganen bei der Suche nach Patronenhülsen zu betätigen, als solche Verdächtigungen auszusprechen.

Was nun die großartigen Geschäfte mit arabischen Ländern betrifft, so nehme man doch die Außenhandelsstatistik Österreichs und der Schweiz der letzten Jahre zur Hand und vergleiche sie. Man wird sehen, daß die Exporte der Schweiz nach Israel und in die arabischen Länder unvergleichlich mehr gestiegen sind als die österreichischen.

Was nun den Frieden im Nahen Osten betrifft, so ist er durch die Aktivitäten des Herrn Bundeskanzlers auch nicht nähergekommen. Leider, leider.

Ich wiederhole die beiden wesentlichen Bedenken, die man gegen die Nahost-Politik des Bundeskanzlers vorbringen muß:

Da ist einmal die Forderung, daß ein neutraler Staat sich in einen Konflikt nicht einseitig einmischen soll und schon gar nicht in Einzelvorgänge eines Konflikts. Es sollten vielmehr mit allen Seiten solche Beziehungen aufrechterhalten bleiben, die dem Vertrauen beider Seiten förderlich sind, und im übrigen sollte man sich für allfällige gute Dienste bereit halten, falls dann diese guten Dienste von beiden Seiten einmal gewünscht werden.

Ein weiterer Vorwurf ist, daß es überaus schädlich ist, sich in die inneren Probleme der Streitparteien einzumengen, ohne die Situation, etwa von Wien aus, voll überblicken zu können.

Es müßte auch dem Herrn Bundeskanzler schon lange klar sein, daß das große Drama der Palästinenser wohl darin besteht, daß ihre Uneinigkeit für Europäer Ausmaße angenommen hat, die unüberschaubar sind, daß die Frontstellungen zwischen den Gruppen der Palästinenser von einem Tag auf den anderen wechseln.

Daher sind immer wieder Anspielungen des Bundeskanzlers, diese oder jene Gruppe der Palästinenser sei gerade für eine gewisse Art des Friedens zu haben, nicht zutreffend; sie wurden immer wieder von den Ereignissen überholt.

Was mich persönlich an der Politik des Bundeskanzlers besonders erschüttert, sind seine Aussagen etwa zu den tragischen Morden vor der Wiener Synagoge und zur Ermordung Präsident Sadats, wobei immer dem Bedauern über die Gewalttaten sofort Äußerungen über die angeblichen Ursachen dieser Gewalttaten hintangestellt wurden, die nur die Schuld der Täter verringern sollten.

Der sozialistische französische Außenminister Cheysson ließ dann allerdings den Herrn Bundeskanzler in solchen Beurteilungen nicht allein. Er erklärte, der Tod Sadats, so schrecklich er auch sei, beseitige ein Hindernis für die Annäherung zwischen Ägypten und anderen arabischen Staaten. Sozusagen nach dem alten Motto: Selten a Schaden, wo net a Nutzen a dabei ist. Das sind doch wohl erschreckende Zeiterscheinungen.

Ich bin überzeugt, daß die Nahost-Überlegungen des Bundeskanzlers einen grundsätzlichen inneren Fehler haben. Ich rede jetzt nicht davon, daß sie bei der Persönlichkeit des Bundeskanzlers ganz einfach auch emotionelle Wurzeln haben, die man ja verstehen soll, sondern davon, daß es in unserer Zeit leider zwei Dinge offensichtlich nicht gleichzeitig geben kann: die Existenz des Staates Israel und die Erfüllung der Wünsche der Palästinenser, für wie berechtigt wir sie auch immer halten wollen, zu befriedigen.

Es gibt jetzt zum Beispiel den sicherlich sehr begrüßenswerten Versuch von Saudi-Arabien, mit dem Fahd-Plan einen Friedensplan vorzulegen. Das bisherige Scheitern des Fahd-Planes ist aber ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß auch leiseste, noch so nebulöse Andeutungen einer zukünftigen, irgendwann einmal möglicherweise stattfindenden Anerkennung des Staates Israel von einer Reihe arabischer Staaten und Organisationen einfach nicht hingenommen werden kann. Solange sich diese Tatsache nicht ändern läßt, kann es leider keine baldige umfassende friedliche Lösung des Nahost-Problems geben, und man kann nur froh sein, daß Teilschritte wenigstens gewisse Gebiete dieser Region von Krieg und Kriegsgefahr freihalten.

Daher sollte man auch heute noch dem verstorbenen Präsidenten Sadat für seinen mutigen Schritt, den Frieden zumindest in einer

Dr. Ludwig Steiner

gewissen Region gesichert zu haben, eine gute Nachrede halten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für uns gilt jedenfalls, daß die Beziehungen zu den arabischen Staaten im Sinne einer glaubhaften Neutralitätspolitik gestaltet werden sollen als ein Beitrag zu den Beziehungen Österreichs zu außereuropäischen Staaten.

Ich möchte meine Bemerkungen über die Nahost-Frage nicht abschließen, ohne im Zusammenhang mit dem Mord vor der Wiener Synagoge doch auch auf ein sehr aufwühlendes Ereignis hinzuweisen, das mich persönlich tief beeindruckt hat. Eine werdende Mutter hat in der Seitenstettengasse im Kugelhagel der Mörder unter Einsatz ihres eigenen Lebens das Kind einer anderen Mutter vor dem Tode gerettet. Dies so ungeheuer ergreifende Ereignis erinnert an die großen Heldentaten und Opfer der Frauen während des Krieges, in den KZs, in den Kampfgebieten, im Bombenhagel. Ich hätte eigentlich erwartet, daß dieses wahre Heldentum von der Regierung in einer entsprechenden Weise gewürdigt worden wäre. Ich jedenfalls möchte dies hier in allen Form tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Schließlich wäre es doch wohl nicht zu viel gefordert, daß derartiger Heldenmut in diesem Lande auch durch eine posthume Ehrung in aller Form gewürdigt würde.

Nun zu innereuropäischen Problemen.

Der Europarat wird im Laufe des Jänners 1982 eine wichtige politische Entscheidung zu treffen haben. Es geht darum, ob im Europarat aus der Machtübernahme durch die Armee in der Türkei am 12. September 1980 die letzten Konsequenzen gezogen werden. Durch die Abschaffung der demokratischen Institutionen entspricht die Mitgliedschaft der Türkei nicht mehr den Statuten des Europarates. Die Parlamentarische Versammlung wird voraussichtlich am 28. Jänner 1982, so wie es jetzt aussieht, den Entschluß fassen, vom Ministerkomitee den Ausschluß der Türkei zu verlangen. Oder vielleicht wird die Türkei selbst von sich aus den Europarat verlassen.

Die türkische Regierung hätte dieser Tage eine gute Gelegenheit gehabt, ihren Standpunkt und die gegenwärtige Lage in der Türkei einer Delegation von Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung zur objektiven Betrachtung anheimzustellen. Sie hat diese Gelegenheit vertan, da sie mitteilte, diese Delegation zur Zeit nicht empfangen zu können.

Für den Entschluß der Parlamentarischen

Versammlung wird nicht nur die Frage der demokratischen Institutionen in der Türkei entscheidend sein, sondern vor allem die Beantwortung der Frage, wie es mit der Respektierung der Menschenrechte in diesem Lande steht. Wie gesagt, bei Problemen der Folter und bei Mißhandlungen kann der Europarat in seiner Beurteilung keine Flexibilität zulassen, will er sich selbst ernst nehmen.

Wir müssen uns allerdings bewußt sein, daß ein allfälliger Ausschluß der Türkei aus dem Europarat schwerwiegende Konsequenzen für die europäische Politik haben wird.

Wenn man vom Europarat spricht, soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Zusammenarbeit der österreichischen Delegierten in der Parlamentarischen Versammlung eine sehr gute und sehr freundschaftliche ist.

Der Herr Bundesminister hat anlässlich der Sitzung des Ministerkomitees des Europarates seiner Frustration darüber Ausdruck gegeben, daß die EG-Minister wieder einmal Wichtigeres zu tun gehabt hätten, als zum Ministerkomitee des Europarates zu kommen. Diese offensichtliche Mißachtung des Europarates ist für uns alle sehr bedauerlich.

Natürlich mag es manchmal Verhinderungsgründe geben, schließlich konnten ja auch Sie selbst, Herr Bundesminister, nicht am Kolloquium Ministerkomitee — Parlamentarische Versammlung teilnehmen, in dem es immerhin um ein wichtiges politisches Problem ging, nämlich, ob die Türkei weiterhin Mitglied des Europarates bleiben soll und kann. Aber was durch die EG-Minister geschehen ist, zeigte leider eine immer wiederkehrende Haltung gegenüber dem Europarat.

Und gerade auch der sogenannte Genscher-Plan zur engeren Zusammenarbeit innerhalb der EG, der sicherlich in dieser Form für die EG begrüßenswert ist — wir begrüßen auch jede Verfestigung der inneren Integration der Gemeinschaft —, hat allerdings auch einen für den Europarat sehr unerfreulichen Aspekt, weil nämlich große Teile der kulturellen Aktivitäten nunmehr in die Europäische Gemeinschaft hin verlagert werden sollten. Ich glaube, es gibt ganz einfach nicht eine EG-Kultur und eine übrige europäische Kultur, sondern nur eine einzige europäische Kultur.

Es ist allerdings einfach zuwenig, wenn man einmal im Jahr bei einer Sitzung des Ministerkomitees im Europarat bedauert, das Interesse am Europarat sei im Absinken. Sowohl von der Parlamentarischen Versammlung als auch vom Ministerkomitee müssen ohne Zweifel mehr Initiativen gesetzt werden,

Dr. Ludwig Steiner

um dem Europarat jene Bedeutung zurückzugeben, die er in einer langen und geschichtlich entscheidenden Periode der Nachkriegszeit für Europa hatte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Schuld der Parlamentarischen Versammlung ist es zweifellos, daß man sich seit einiger Zeit sehr gern auf außereuropäische Probleme allgemeiner Art stürzt und im innereuropäischen Bereich quasi alles als geregelt ansieht. Es ist wahr, viel Arbeit für Europa wurde in der Vergangenheit von europäischen Institutionen wie dem Europarat schon geleistet. In der Vergangenheit sind zahlreiche bedeutende Konventionen vom Europarat beschlossen worden, die heute für viele Europäer selbstverständlich sind. Die Parlamentarische Versammlung muß sich aber ebenso wie der Ministerrat wieder bewußt werden, daß es in der politischen Zusammenarbeit der demokratischen Staaten Europas große Mängel zu beheben gilt, damit es nicht zunehmend zu einer Separierung der EG-Staaten von den anderen Staaten des freien Europa kommt.

Dabei sollten wir allerdings auch daran denken, daß wir alle und nicht immer nur die anderen zum besseren Verständnis beitragen sollten. Ich habe den Eindruck, daß in unserer Außenpolitik die Pflege — ich wiederhole mich da immer wieder — der bilateralen Beziehungen im westeuropäischen Raum nicht so intensiv ist, wie sie sein müßte und sollte. Beziehungen, die an sich gut sind, einfach als selbstverständlich zu betrachten, ist nun einmal zu wenig. Sie unterliegen so einer gewissen Verödung. Es ist für mich immer wieder erschreckend, feststellen zu müssen, wie wenig die Probleme unserer speziellen Position in Mitteleuropa, der Position des neutralen Österreich, in den demokratischen Ländern Europas bekannt sind.

Erst jüngst habe ich ein dafür typisches Beispiel erlebt, als bei einer Tagung von EFTA-Parlamentariern mit Mitgliedern des Europaparlaments ein Europaparlamentarier seine Ausführungen damit begann, daß er feststellte, Österreich sei zum Unterschied von der Schweiz durch den Staatsvertrag zur Neutralität gezwungen worden, und die Russen hätten uns verboten, der EG beizutreten. — Damit ist es aber nicht genug! Als ich den Sachverhalt aufklärte, kamen zwei andere Europa-Parlamentsabgeordnete zu mir und meinten: Ach, Sie haben die Dinge so überzeugend dargestellt, man könnte wirklich glauben, Österreich hätte ohne jeden Zwang die Neutralität beschlossen. — Und wieder mußte mit einer Aufklärung fortgefahren werden. Derartige Äußerungen hört man im Ausland

immer wieder, auch von Abgeordneten, die in ihren nationalen Parlamenten etwa im außenpolitischen Ausschuß oder in Gremien sind, die sich mit der Integration befassen.

Man muß sich wirklich fragen, ob von unserer Seite alles geschieht, um auch einer neuen Politikergeneration in Europa die speziellen Gegebenheiten unseres Landes näherzubringen, sie davon zu überzeugen, daß die österreichische Neutralität nicht eine eigensinnige Marotte der Geiger und Tänzer und Schuhplattler ist, daß sie nicht aus egoistischen und opportunistischen Gründen weiterhin von uns vertreten wird, daß Österreich für die Stabilität Mitteleuropas von entscheidender Bedeutung ist und die Neutralität somit nicht nur in unserem, sondern im wohlverstandenen Interesse von ganz Europa liegt.

Man muß sich fragen, ob unsere Botschaften ständig entsprechende Weisungen haben, immer wieder Politikern und Journalisten in den Empfangstaaten über die Grundzüge der österreichischen Position genügende Informationen zukommen zu lassen. Schaut man sich die Reden des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Bundesministers im Ausland an, so findet man allerdings wenig, was die Sorgen Österreichs gegenüber den europäischen Problemen betrifft. Da geht es meist schon mehr um den Nahen Osten, vielleicht auch um Probleme Südostasiens und um andere Weltprobleme weit ab von Europa. Es ist schon lange eine Spezialität der Bundesregierung geworden, über die Regelung aller wichtigen Weltprobleme angeblich genau zu wissen, wie es geht, nur mit der Regelung von Problemen gegenüber europäischen Institutionen tut man sich halt manchmal ein bißchen schwer.

Österreich hat ja noch wichtige Probleme mit der EG zu lösen. Dies ist nur möglich, wenn in den Ländern der EG, in den Hauptstädten der EG und bei der EG-Kommission in Brüssel das Wissen um die Bedeutung Österreichs im mitteleuropäischen Raum für die Erhaltung des Friedens bei jenen vorhanden ist, die Entscheidungen zu treffen haben. Wir müssen uns klar sein, daß man auch wirtschaftliche Probleme der europäischen Integration nur dann lösen kann, wenn dies einem politischen Willen entspricht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein wichtiger Bereich der Außenpolitik, in dem ohne Zweifel Gemeinsamkeiten vorhanden sind, ist die Südtirolpolitik. Dies allerdings nur, wenn nicht gerade Finanzminister Salcher bei einer Tagung seiner Parteifreunde in Bozen Erklärungen abgibt, die zu der österreichischen Südtirolpolitik und der

Dr. Ludwig Steiner

Politik der überwiegenden Mehrheit der Südtiroler in klarem Widerspruch stehen.

Seit der Vereinbarung von Operationskalender und Autonomiepaket sind zwölf Jahre vergangen. Die volle Verwirklichung aller Paketbestimmungen ist schon lange überfällig. Die überaus wichtigen Bestimmungen des Autonomiepakets, die den Sprachgebrauch bei Gericht und Polizei und die Errichtung der autonomen Sektion des Verwaltungsgerichtshofes Bozen betreffen, müssen baldigst erlassen werden, soll es nicht zu einem ernsthaften Rückschlag des einmal eingeschlagenen Weges kommen.

Die 30. Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei am vergangenen Samstag hat an Österreich als Vertragspartner des Pariser Abkommens appelliert, sich in die Bemühungen zur Lösung der noch offenen Fragen einzuschalten. Nun werden die praktischen Schritte mit den gewählten Vertretern Südtirols, so wie dies bisher immer der Fall war, abzusprechen sein. Der Herr Bundesminister hat bereits ein solches Gespräch vorgeschlagen, ich danke ihm dafür und bin überzeugt, daß es bald stattfinden wird.

Ich freue mich, daß die grundsätzliche Bereitschaft besteht, von österreichischer Seite her alles zu tun, was zur vollen Verwirklichung einer echten Autonomie für Südtirol nützlich sein kann, einer Autonomie, die die Überlebenschancen der Südtiroler nach menschlichem Ermessen sichert. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es werden also diese Bestrebungen unserer Fraktion sicherlich auch von allen anderen Parlamentsparteien voll unterstützt.

Vor zwei Tagen endete auch die Frist der Volkszählung in Südtirol und damit die Frist für die Sprachenfeststellung. Die ganze Kampagne, die sich in diesem Zusammenhang gegen die Südtiroler gerichtet hat, hat sich als recht wirkungslos herausgestellt. Damit ist wieder eine normale politische Arbeit in Südtirol möglich.

Ich möchte aber nicht ohne Bedauern feststellen, daß sich auch einige österreichische Kreise dazu hergegeben haben, sich in diesen Streit in unsachlichster Weise einzumischen. Vor allem solange es für die Südtiroler Volksgruppe einen Nachholbedarf bei der Besetzung von Positionen gibt, um das richtige Gleichgewicht in allen Bereichen des öffentlichen Lebens herzustellen, wird es notwendig sein, daß man möglichst verlässliche Methoden findet, um die Volksgruppenzugehörigkeit festzustellen. Entgegen allen böswilligen Prophezeiungen vor dieser Volkszählung hat es sich auch gezeigt, daß sich niemand ängsti-

gen muß, seine Volksgruppenzugehörigkeit offen einzubekennen und dafür einzutreten.

Landeshauptmann Magnago hat wiederum dieser Tage festgestellt, daß zweifellos viel für die Südtiroler erreicht wurde, daß aber noch bedeutende Regelungen ausstehen. Er hat auch ein klares Bekenntnis zur Förderung der ladinischen Volksgruppe abgelegt und zum friedlichen Zusammenleben mit der italienischen Gruppe in Südtirol. Es ist zu hoffen, daß die italienische Regierung jene Erwartungen erfüllt, die Ministerpräsident Spadolini in seinen Ausführungen hat anklingen lassen. Es ist aber auch zu hoffen, daß die italienische Regierung auch selbst den genügend langen Atem hat, um die noch offenen Probleme zu lösen.

Ich glaube auch, das Hohe Haus sollte klar und deutlich machen, daß es voll und ganz hinter den Bemühungen der Südtiroler steht, den im Operationskalender beschrittenen Weg nach Möglichkeit fortzusetzen und abzuschließen.

Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne den Mitarbeitern des Außenministeriums den herzlichen Dank meiner Fraktion für ihre Arbeit, die oft unter außerordentlich schwierigen Bedingungen stattfindet, abzustatten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Über Fragen des Personals im Außenministerium wird heute noch zu reden sein. Gerade auf diesem Gebiet sind die Dinge leider noch lange nicht so, wie wir sie gerne sehen würden.

Das Bundeskapitel Äußeres weist im Vorschlag 1982 zwar eine Erhöhung um 17,5 Prozent aus, diese Erhöhung beruht allerdings fast zur Gänze auf einer gewaltigen Steigerung der Ausgaben, die für Konferenzen und Beiträge für internationale Organisationen notwendig sind. Für das Außenministerium selbst, dem eigentlichen Instrument der Außenpolitik, bleibt kaum etwas als Steigerung übrig.

Auch das Budget Äußeres bewegt sich im übrigen Rahmen der gesamten Budgetmisere. Wir lehnen das Gesamtbudget ab, konsequenterweise daher auch das Kapitel Äußeres. *(Beifall bei der ÖVP.)* 18.28

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Marsch. Ich erteile es ihm.

18.29

Abgeordneter Marsch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Kapitel Äußeres war lange Jahre

Marsch

die einzige Möglichkeit, über und zur Außenpolitik zu sprechen. Es ist wieder einmal Gelegenheit, daran zu erinnern, daß sich im Laufe der letzten Jahre mehrere Möglichkeiten ergeben haben, weil wir als Regierungspartei es als unsere Aufgabe gesehen haben, gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik möglichst Übereinstimmung zu erzielen.

Das wird nicht in jedem Fall möglich sein — es haben das auch die Ausführungen meines Vorredners gezeigt —, aber wir haben heute mit dieser Debatte und mit dem Außenpolitischen Bericht, der alljährlich nun schon frühzeitig kommt, sowie mit dem Außenpolitischen Rat Einrichtungen, denen die im Parlament vertretenen Parteien angehören. Mit den Gesprächen, die der Herr Minister jeweils mit den Vertretern aus den drei Parlamentsklubs führt, und mit den Nachrichten, die wir aus den Botschaften über das Außenministerium bekommen, besteht eine breite Informationsmöglichkeit und damit auch die Chance, uns auf parlamentarischer Ebene zu informieren und zu den Problemen, die ja oft so sehr verzweigt und umfassend sind, auch die notwendigen Grundlagen zu haben.

Ich glaube, das allein zeigt schon — und dafür möchte ich in erster Linie dem Herrn Bundesminister Pahr danken —, daß er immer wieder einen Weg findet, um die Vertreter, die sich mit außenpolitischen Fragen in den Parlamentsklubs befassen, zu informieren. Denn wir sind uns ganz klar darüber: Es kann eine Gemeinsamkeit in der Außenpolitik und Betrachtungen — und dazu gehört auch die Kritik, die zum Beispiel der Kollege Steiner angebracht hat — überhaupt nur geben, wenn man die entsprechenden Informationen hat.

Der Ausgabenrahmen für dieses Ressort im Vergleich zu den hervorragenden Leistungen des Außenministeriums ist gewiß eher bescheiden. Mein Vorredner hat darauf hingewiesen, daß es Steigerungen gegeben hat, aber umso mehr müssen wir dem Herrn Außenminister und allen Mitarbeitern seines Hauses, aber auch den im Ausland tätigen Diplomaten und den anderen Beamten sehr herzlich für ihre Mühewaltung danken. *(Rufe bei der ÖVP: Applaus! Applaus! Hesele, Applaus!)*

Meine Herren! Das ist selbstverständlich, und den Applaus hätte ich auch von Ihnen erwartet, weil es doch eine Tatsache ist, daß wir gerade in unseren diplomatischen Vertretungen heute Persönlichkeiten am Werk haben, die die Politik, die Außenpolitik dieses Landes würdig und sehr fest vertreten, und es ist gerade ein Zeichen einer aktiven Neutrali-

tätspolitik, daß man einen festen Standpunkt dazu hat.

Ich möchte mich aber entgegen den Ausführungen meines Vorredners doch auch mit Problemen befassen, die weit über Europa hinausgehen und gehe dabei von der Tatsache aus, daß gerade ein neutrales Land, das eine so lange Geschichte und in ihrer unmittelbaren Vergangenheit aber doch eine sehr bewegte Geschichte gehabt hat in diesem Jahrhundert, interessiert sein muß, auf der Welt das Augenmerk auch auf sich zu richten, und zwar in einer Form, wie es sich gehört, wenn man die aktive Neutralitätspolitik verfolgt.

Daher glaube ich: So gesehen hat das Madrider Folgetreffen der Europäischen Sicherheitskonferenz der KSZE für Österreich besondere Bedeutung. Es ist ja die einzige gesamteuropäische Einrichtung, die wir haben. Österreich hat wesentlich dazu beigetragen, einen ordnungsgemäßen Beginn der Madrider Konferenz zu gewährleisten. Der Herr Bundesminister Dr. Pahr war entsprechend dabei beteiligt, und seine Initiative hat sich ja positiv ausgewirkt. Aber nun ist es wichtig, zu konkreten Aussagen in allen Bereichen zu kommen. Das muß substantiell und ausgewogen sein, bei den Menschenrechten, bei wirtschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit, bei den Fragen der militärischen Sicherheit und bei den humanitären Fragen und bei den Informationsfragen des sogenannten Korbes 3, aber auch hinsichtlich der Zukunft des KSZE-Prozesses.

Wir brauchen daher immer neue Impulse für den Entspannungsprozeß, und das ist dringlich notwendig. Das Ost-West-Verhältnis, der Modus vivendi zwischen den pluralistischen westlichen und den kommunistischen Ländern, der unter dem Titel Entspannung für uns alle sich so vorteilhaft ausgewirkt hat, soll fortgesetzt werden. Wir befinden uns derzeit leider auf einem Tiefpunkt der Entspannung. Der Beginn der Verhandlungen in Genf ist gewiß ein Lichtblick. Entspannung und Abrüstung setzen ja ein Minimum an Vertrauen voraus. Es ist besonders hervorzuheben — mein Kollege Hochmair wird dann noch darauf eingehen —, daß beide Seiten, beide Großmächte nicht mehr von Vor- und Nachrüstung sprechen, sondern von Abrüstung. Und das ist beachtenswert!

Ich möchte aber sagen, daß die neutralen und paktgebundenen Staaten Europas ein besonderes Interesse an der Weiterführung des KSZE-Prozesses haben und damit an einem erfolgreichen Ausgang des Madrider Folgetreffens.

9266

Nationalrat XV. GP — 93. Sitzung — 2. Dezember 1981

Marsch

Es muß daher gerade uns mit Sorge erfüllen, wenn die Sowjetunion eine Weiterführung des Prozesses vom Zustandekommen anderer Bedingungen abhängig macht. Wir sind auch für eine Europäische Abrüstungskonferenz, wie dies 1978 von Frankreich vorgeschlagen wurde und auch von dem Warschauer-Pakt 1979 begrüßt wurde. Jedoch erscheint uns die Sicherstellung der Zukunft des KSZE-Prozesses von allererster Priorität. Ich möchte hier an die Sowjetunion appellieren, diesen Prozeß an sich außer Streit zu stellen, unabhängig von den Verhandlungen in Madrid.

Aber ebenso hat Österreich Beachtung gefunden durch die UNO, nicht zuletzt im heurigen Sommer, als unser Außenminister Vorsitzender, Leiter der Verhandlungen wurde, die sich um Kambodscha und um die Flüchtlinge gedreht haben. Ich glaube, man hat Österreich seine Festigkeit in der Neutralität bestätigt und anerkannt: Es war für uns ein weiterer Beweis für die ausgewogene Politik Österreichs. Es kann ja kein Zufall sein, daß gerade der österreichische Außenminister, noch dazu per Akklamation, zum Präsidenten dieser so wichtigen Konferenz gewählt wurde.

Es ist der Beweis dafür, daß die Politik der österreichischen Regierung, insbesondere ihre Außenpolitik, von der Welt anerkannt wird und daß jene Prinzipien, an welchen sich Österreich orientiert, nämlich dem Prinzip der Neutralität, der Verpflichtung zum friedlichen Zusammenleben, der Verpflichtung zum friedlichen Zusammenleben der Völker, der uneingeschränkten Beachtung der Menschenrechte, von der Staatengemeinschaft der UNO honoriert wurden.

Es war im Sommer noch ein zweites Ereignis, das besondere Beachtung in der Weltpolitik gefunden hat, und das war Cancun. Allein das ist schon ein Erfolg gewesen, daß es Cancun gegeben hat. In der UNO hat man sich ja in prozedurale Fragen verstrickt. Man konnte nicht mehr weiter. Es wurden Maßstäbe aus den eigenen Bereichen genommen und damit andere beurteilt. Darin lag ja ein großer Fehler vorher.

Cancun war aber auch eine erste Konsequenz der Notwendigkeit des Umdenkens, zu der die unabhängige Brandt-Kommission für Entwicklungsfragen, die sogenannte Nord-Süd-Kommission, aufgerufen hat. Eine Kommission, die sich zur Aufgabe gestellt hat, weltweite Vorstellungen zu entwickeln, wie es Brandt in seinem Bericht auch sagte. Man solle sich weder in Polemiken verlieren noch den schwierigen Themen ausweichen, man solle gründlich alles neu überdenken und zu

einer anderen Art von Beziehungen gelangen. Man ist ja in diesem Bericht von der Hoffnung ausgegangen, daß Probleme, die von Menschen geschaffen werden, auch durch Menschen gelöst werden können.

Natürlich erfordert das Mut und eine Vision von der Zukunft, ohne die große Aufgaben nie gelöst werden können, was getragen sein muß von gegenseitiger Achtung, Aufgeschlossenheit und Aufrichtigkeit. Ganz einfach: Der Brandt-Bericht gründet sich darauf, daß die Menschheit überleben will und auch die moralische Pflicht zum Überleben hat.

Durch Cancun wurde der Nord-Süd-Dialog wieder in Gang gebracht. Der amerikanische Präsident war dabei. Er war am Anfang skeptisch, aber er sagte dann, daß es ein konkretes Gespräch mit einem hohen Maß an Übereinstimmung gegeben hat. Es war China dabei, das selbst als Entwicklungsland große Erfahrungen hat und sie auch anderen zuteil werden lassen kann. Die Sowjetunion war nicht dabei, weil sie an einem uralten Standpunkt festhält, indem sie glaubt, daß Nord-Süd-Angelegenheiten nur Angelegenheiten jener Staaten sind, die früher Kolonialreiche besessen haben.

Aber jetzt geht es darum, sehr geehrte Damen und Herren — und daher halte ich das für so wichtig —, daß man erstens in den UN globale Verhandlungen über den Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen armen und reichen Ländern erzielt und daß man zweitens einen Grundkonsens erzielt, wer die Lenkungsorgane für eine neue Weltwirtschaftsordnung sind.

Die Vereinigten Staaten wollen die bestehende Weltbank und den Währungsfonds. Man muß aber verstehen — weil diese Einrichtungen von den Industriestaaten kontrolliert werden —, daß gerade bei den Entwicklungsländern Skepsis besteht. Man muß also flexibel bleiben. Die Kompromißformel, die man in Cancun erarbeitet hat, ist jedenfalls Ausgangspunkt für einen Lichtblick in die Zukunft.

Cancun war nicht als Verhandlungskonferenz konzipiert. Die Teilnehmer haben ja kein Mandat zu bindenden Vereinbarungen gehabt. Der Charakter war der eines Forums für ein freies, informelles Gespräch, für einen Meinungsaustausch, um neue Impulse für den Nord-Süd-Dialog zu setzen.

Ich glaube, das ist gelungen, und darauf können gerade wir in Österreich sehr stolz sein, weil unser Außenminister als Teilnehmer wesentlich dazu beigetragen hat, vor allem aber unser Bundeskanzler als Einlader

Marsch

gemeinsam mit dem mexikanischen Präsidenten Lopez. Dafür gebührt dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Außenminister sehr herzlicher Dank. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es gab also eine ausgesprochen sachliche und konstruktive Diskussionsatmosphäre, keine feindliche, wie es Reagan befürchtet hat. Es gab keine Gruppenbildung in Industrie- und Entwicklungsstaaten. Allein das war schon eine Voraussetzung für ein besseres Verstehen. Ich glaube, es ist nicht unbillig, wenn gerade die Entwicklungsstaaten auf einer globalen Verhandlungsgrundlage bestehen. Die Aufgabe der UNO wird es sein, nun vorsichtig daranzugehen.

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte auch noch kurz Stellung zu der Tatsache nehmen, die der Herr Kollege Steiner gebracht hat, zu dem Faktum mit den Abfangjägern.

Herr Kollege Steiner! Wir sind da nicht so weit auseinander. Auch wir sind der Meinung, daß man die Abfangjäger braucht. Nur bezeichnen wir es nicht als Theater, wenn man den Ankauf zurückstellt in einer Situation, in der man weiß, daß es darum geht, die Ausgaben sorgfältig zu setzen, und in der der Finanzminister gerade jetzt im Rahmen dieses Budgets den Beweis erbringt, daß er das Sparen sehr ernst nimmt. Das ist immerhin ein Betrag, wo es um 8 Milliarden Schilling geht. Ich glaube nicht, daß man diese Kritik richtig angebracht hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben 25 Jahre lang ohne diese Abfangjäger existiert, und man konnte in Österreich ein- und ausfliegen. Das war ja der Grund dafür, daß man das Luftüberwachungssystem Goldhaube geschaffen hat. Wir haben die Luftraumverletzungen bis dorthin gar nicht bemerkt.

Aber Faktum ist, daß wir jetzt eine Totalüberwachung haben, daß wir also feststellen können, wenn aus Nachbarländern eingeflogen wird, daß wir feststellen können, von welchem Territorium aus man uns überfliegt. Wir können nur nicht abdrängen und nachschießen; das geht nicht. Aber das so aufzuziehen, als ob das eine Katastrophe wäre?

Wir sind der Meinung, daß wir diese Flugabwehr brauchen — in welcher Form, wird sich zu gegebener Zeit herausstellen —, daß es aber jetzt nicht geht. Das ist eine Frage der Prioritätensetzung, der Maßnahmen, die jetzt Vorrang haben. Daran leidet auch nicht die Glaubwürdigkeit unserer Landesverteidigung, nicht die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität. Wir sind nach 25 Jahren so weit, daß

wir eine Totalüberwachung unseres Bundesgebietes haben, und das allein ist schon ein Erfolg. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich noch kurz mit einigen Fragen, die mein Vorredner angeschnitten hat, befassen. Über die Abfangjäger habe ich schon gesprochen. Er hat dann auch zu den Ereignissen in Polen Stellung genommen. Ich glaube, dazu zwei Feststellungen machen zu müssen.

Erstens — und das an die Adresse der Österreichischen Volkspartei gerichtet —: Wir haben für die Polen mehr getan als jeder andere Staat Europas. Das ist anerkannt.

Wenn man hier Kohleverträge zur Kritik bringt: Solche schließen ja die Firmen und nicht die Regierungen ab. Diese Verträge werden geschlossen, sie müssen nur erfüllt werden. Aber in dieser kritischen Situation, in der es in Polen eine Weiterentwicklung gegeben hat, die wir natürlich mit Sorge betrachten, haben wir jedenfalls dazu beigetragen, indem so intensive wirtschaftliche Beziehungen bestehen, die auf der anderen Seite gerade Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, so kritisieren, weil Sie glauben, wir sind dabei in unserer Verrechnung und in unserer Krediteinräumung zu weit gegangen. — Das ist die eine Sache.

Die andere Sache betrifft die Polenflüchtlinge. In der Grundeinstellung zu den Polenflüchtlingen — da stimme ich dem Herrn Kollegen Steiner zu — gehen wir gewiß konform. Aber wir sind nicht mit einer Solidarität der anderen, viel größeren und reicheren Staaten einverstanden, die nur aus dem Zustimmen, aus dem Schulterklopfen, aus dem Anerkennen und sonst nichts besteht. Hier bedarf es einer Solidarität der freien Welt, und das fordern wir als Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, daß das keine unbillige Forderung ist. Der Herr Innenminister, der ressortmäßig dafür zuständig ist, hat sich ja auch an eine Reihe von Staaten gewandt und bereits einen gewissen Erfolg erzielt. Nur sind wir eben immer die ersten, die unmittelbar aufgesucht werden. Das bringt uns eine Belastung, auf die wir auch stolz sind.

Das gleiche gilt ja auch für die Flüchtlinge, die aus dem Osten kommen, für die jüdischen Flüchtlinge. Ich glaube, man muß einmal die Tatsache anerkennen, daß Österreich dafür so viel getan hat. Erst dann kann man die Gesamtsituation in Nahost und unser Verhältnis zur PLO im besonderen betrachten.

Ich glaube, nach dem Tod Sadats, nach dem

Marsch

Mord an Sadat hat sich die Situation geändert. Aber für uns Österreicher ist es wichtig, diese Frage weiterhin im Auge zu behalten, uns um das Schicksal in Nahost zu kümmern, weil es auch unser Schicksal ist, weil dort mit über die Entspannungspolitik in Europa entschieden wird. Mehr denn je können wir das in den vergangenen Jahren feststellen.

Wenn kürzlich der Besuch von Innenminister Burg damit ausgeklungen ist, daß er gesagt hat, die Beziehungen Israels zu Österreich sind mehr als korrekt, so hat er damit ja auch eine gewisse Anerkennung dessen ausgesprochen, was Österreich leistet, nicht zuletzt für die jüdischen Flüchtlinge.

Aber wenn wir unsere Haltung zur PLO nach diesen schrecklichen Ereignissen am 1. Mai und im Sommer — sie sind heute erwähnt worden — geändert hätten, bliebe ja das Problem trotzdem bestehen. Und das ist das entscheidende. Was wir getan haben, ist nach einem Beschluß der UNO erfolgt, die die PLO anerkannt hat als Vertretung des palästinensischen Volkes, und die auch die EG anerkannt hat. Sie hat festgestellt — und das zitiere ich jetzt —, „daß bei der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens die legitimen Rechte der Palästinenser einschließlich ihres Rechtes auf ein Heimatland berücksichtigt werden müssen.“

Auch diese Staatengemeinschaft hat das festgestellt. Daher haben wir diesen politischen Akt der Anerkennung der PLO bewußt gesetzt, und ich glaube, das war notwendig.

Daß es heute die Änderung in der Situation in Nahost gibt, beweisen ja auch die amerikanischen Botschafter, wie zum Beispiel der aus Damaskus scheidende amerikanische Botschafter, der gegenüber einem Journalisten der Associated Press festgestellt hat, man solle die Camp David-Verträge zur Gänze einer neuen Friedensinitiative aufgeben und die amerikanische Regierung möge einen Dialog mit der PLO eröffnen. Ähnlich hat sich der amerikanische Botschafter in Beirut geäußert, und auch im State Department spricht man davon, an einer möglichst baldigen Lösung des Palästinenserproblems interessiert zu sein.

Man darf eben bei all diesen Fragen — auch in der Kritik — Analyse und Konsequenz nicht verwechseln. Daher ist unsere Politik hier eine geradlinige Politik, eine aufrichtige Politik, eine humane Politik, die wir nach allen Seiten zeigen und die auch gerade von der UNO, von vielen Mitgliedstaaten der UNO anerkannt wird, wo immer es nur geht.

So könnte man eine Liste von Aktivitäten

fortsetzen, die es gegeben hat und die gerade der österreichische Außenminister und seine Mitarbeiter gesetzt haben.

Aber der österreichische Außenminister hat uns heute, allen drei Parteien, auch ein Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen übermittelt, und hier zeigt sich — und ich glaube, das soll auch einmal erwähnt werden —, daß Österreich in den Gruppierungen der Abstimmungen, in seiner Position eindeutig innerhalb des Westens einzuordnen ist. Ich glaube, das ist auch wichtig, wenn man in der Gesamtheit überlegt, welche Haltung Österreich mit seiner aktiven Neutralität gerade in diesem Forum einnimmt. Das ist sehr gut, und ich glaube, man kann es gerade in dieser kritischen Zeit, in der man weiß, wie schwierig die Arbeit der UNO ist, nicht hoch genug schätzen, wie Österreich sich verhält.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich bemüht, nur zu einigen Fragen Stellung zu nehmen, da meine Kollegen Dr. Hesele und Hochmair noch auf andere Fragen zurückkommen werden. Ich glaube, es ist gerade in der Budgetdebatte unsere Aufgabe, auch zu den kritischen Fragen Stellung zu nehmen, die von anderer Seite vorgebracht werden. Ich habe es getan, dazu soll ja die Gelegenheit sein.

Dr. Steiner hat es in seinen Schlußsätzen als Konsequenz bezeichnet, daß man diesem Budgetkapitel die Zustimmung verweigert, weil man dem gesamten Budget die Zustimmung verweigert. Es konnte ihn aber, weil er selbst als politischer Direktor im Außenministerium Gelegenheit gehabt hat, maßgeblich mitzuwirken, zu Recht nicht davon abhalten, die österreichische Außenpolitik in gewissen Passagen positiv zu erwähnen.

Wenn man sich — und das sage ich vor allem an die wenigen Herren der ÖVP, die jetzt da sind; aber man kann es den anderen auch sagen (*Abg. Dr. E t t m a y e r: Viele sind von Ihnen auch nicht da!*) — kritisch mit der österreichischen Außenpolitik befaßt, so ist es gerade Ihr Recht als Opposition, das zu tun. Daß wir aber in einer ernsten Zeit der Weltpolitik unsere Anerkennung vergrößert haben, verstärkt haben in der gesamten Welt, soll uns doch dazu anhalten, daß wir das richtige Maß für die Proportionen in der Bewertung der Außenpolitik setzen. Wenn wir das tun, wenn wir das objektiv tun, dann werden wir zu einer größeren Übereinstimmung kommen als zu jener, die es heute gibt. Wir sind dazu bereit. — Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*) 18.55

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Frischenschlager. Ich erteile es ihm.

18.55

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in den letzten Jahren leider nicht mehr weit hergeholt, wenn man in einer außenpolitischen Rede die Frage der Zukunft des Friedens an die Spitze stellen muß. Wir alle kennen die äußerst bedrohliche oder zunehmend bedrohliche Situation, die uns durch den verschärften Ost-West-Konflikt aufgebürdet ist, und es ist eine klare Angelegenheit, daß die internationale Ordnung das Zusammenleben der Staaten durch den Konflikt zwischen arm und reich in zunehmenden Maße belastet wird.

Wir erleben als österreichischer Staat in unmittelbarer Nachbarschaft, welche immensen Schwierigkeiten die einzelnen Staaten haben bei der Bewältigung ihrer politischen und sozialen Probleme. Wir erleben es im Bereich Westeuropas, und wir sehen es am Beispiel Polens besonders anschaulich, mit welchen immensen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Länder dort konfrontiert sind.

Und so ist es auch richtig, sich des wichtigsten Zieles der österreichischen Außenpolitik, nämlich der Sicherheit dieses Landes im weitesten Sinne wesentlich bewußter im Zusammenhang mit der Außenpolitik anzunehmen, und nicht nur unter dem Aspekt der territorialen Sicherheit. Ich meine genauso die Sicherung unserer Lebensvorstellungen, unserer Vorstellung des politischen Zusammenlebens im Staat. All das sind Dinge, die im weiteren Sinn zur Sicherheit gehören. Und dazu muß die Außenpolitik dieses Staates ein Maximum an Aktivität entfalten. (*Präsident Thallhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn ich zunächst wie die beiden anderen Sprecher ebenfalls an die Spitze die Sorge um den Frieden stelle, so unter folgenden Aspekten: Wir sind als Österreicher, ganz gleichgültig, ob als Politiker der Regierung oder der Opposition, gleichermaßen eher Zuschauer in einer Konfrontation, die sich auf der Rüstungsebene zwischen den Großmächten abspielt. Und was besonders bedrohlich und negativ zu beurteilen ist, ist die Verschärfung der Sprache in bezug auf die Möglichkeit, auf die Denkbare militärischer Auseinandersetzungen.

So ist es nur zu verständlich, daß sich viele Bürger auf allen Kontinenten, aber daß sich vor allem in Europa, das besonders unter dem Krieg, unter Kriegen gelitten hat, so viele

Menschen verpflichtet fühlen, ihr politisches Engagement der Frage zu widmen, ob es nicht möglich wäre, durch direkte Aktion diesem Wetttrüben, dieser Friedensbedrohung ein starkes, emotionales und politisches Kontra entgegenzusetzen.

Ich teile die Meinung vieler dieser Menschen, die sich mit ehrlichem Wollen und mit echtem moralischem Anliegen und Gewissen dieser Frage annehmen. Aber es muß eines sogleich angefügt werden, auch für die österreichische Debatte: Ein Auseinanderdividieren zwischen Friedensfreunden und Friedensfeinden darf nicht hingenommen werden, und zwar auseinandergespalten nach dem Grundsatz: Wer für militärische Sicherheit ist, ist zugleich so etwas wie jemand, der so mit der linken oder rechten Hand zugleich mit dem Krieg spielen möchte, und diejenigen, die mit dem großartigen moralischen Anspruch auftreten, weil sie generell für Abrüstung sind, wären die eigentlichen Friedensfreunde. Ich glaube, es wäre unserem Staat, es wäre der westlichen Demokratie ein schlechter Dienst erwiesen, wenn man dieses moralische Auseinanderspaltens hinnehmen würde.

Die Sicherheitspolitik hat auf mehreren Beinen zu stehen. Es ist richtig, wenn Österreich in einem maximalen Ausmaß an Aktivität in den internationalen Organisationen mitarbeitet. Es ist zu begrüßen, wenn auch ein kleiner Staat wie Österreich — soweit es nicht zu Geschäftshuberei auszuarten droht — bei konkreten Konfliktsituationen versucht mitzuhelfen, um diese Konflikte wenigstens zu mäßigen.

Aber eines muß ganz klar ausgesprochen sein: Die Sicherheit dieses Landes erfordert auch eine Landesverteidigung. Das ist auch ein Instrument der außenpolitischen Sicherheit, es ist ebenfalls ein Bein, das wir brauchen, um unsere eigene Sicherheit zu bewahren. Deshalb: Es geht nicht an, daß durch die sogenannte Friedensbewegung diejenigen gleichsam ins kriegerische Out gerückt werden, die den Frieden, die Sicherheit und die Freiheit ebenso erhalten wollen, und zwar auch durch militärische Landesverteidigung, als Friedensfeinde oder als potentielle Kriegsführer diffamiert werden. Das muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einfluß Österreichs in der internationalen Politik ist zweifelsohne im Laufe der Zweiten Republik gestiegen, und unser Land muß den Spielraum, seine internationale Reputation und seinen Einfluß in internationalen Organisationen bestens ausnützen, um die

Dr. Frischenschlager

Friedenserhaltung zu unterstützen und um allen Entwicklungen, die auf militärische Konfrontation hinsteuern, entgegenzuwirken. Das ist sicherlich ein Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik, der von sämtlichen politischen Kräften getragen wird.

Es ist eine Aussage in diesem Zusammenhang zu unterstreichen, die Bundespräsident Kirchschräger bei gegebenem Anlaß, nämlich bei einem Vortrag bei der Suttner-Gesellschaft, gemacht hat. Vor diesem Gremium betonte er:

Es wäre eine Täuschung, zu glauben, daß man durch Abrüstung zum Frieden kommen könne. Man kann leider nur durch einen wirklichen Frieden zur Abrüstung kommen. Darum sind wir auch gegenwärtig so weit von dieser Abrüstung entfernt.

Das trifft meines Erachtens den Nagel auf den Kopf. Man kann Konflikte nicht unter den Teppich kehren, man kann ideologische Auseinandersetzungen, die weltweit auch mit militärischen Mitteln geführt werden, nicht unter den Tisch stecken. Wir haben der Realität in die Augen zu sehen, daß militärische Auseinandersetzungen — zwar in Europa derzeit nicht, aber in der übrigen Welt — leider Gottes in einem hohen Ausmaß zur Praxis der ideologischen Auseinandersetzung gehören.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir schauen natürlich alle sehr hoffnungsfroh auf die Gespräche, die nun zwischen den beiden Großmächten in der Frage der Rüstung aufkommen. Es ist immerhin ein Fortschritt, daß der Schlagabtausch nicht militärisch geführt wird, sondern mit Vorschlägen zur Abrüstung oder zumindest zur Rüstungsbegrenzung.

Genau das ist es, was man mit aller Realität sehen muß. Wir können nicht hoffen, daß es zu einer Abrüstung kommt. Aber wenn schon die Rüstungsbeschleunigung eingebremst wird, sich die militärischen Potentiale auf einem Gleichgewichtsniveau niedrigerer Art festsetzen sollten, dann wäre das sicherlich etwas, was sich jeder nur wünschen kann.

In diesem Zusammenhang zur KSZE, die von den beiden anderen Rednern bereits angeschnitten worden ist. Der KSZE-Prozeß ist ein Kind der Entspannung. Dieses Kind hat inzwischen deutliche Wachstumsschwierigkeiten durchzumachen im Zuge der internationalen Entwicklung. Aber jedenfalls ist festzuhalten, daß der KSZE-Prozeß eines der wenigen Instrumentarien darstellt, wo für den europäischen Raum die Hoffnung besteht, das Mißtrauen zwischen den Blöcken wenigstens

einzuschränken und geringe Fortschritte zu machen.

Ich glaube, daß die Politik Österreichs, in diesem Bereich ein Maximum an Aktivität zu setzen, eine richtige ist. Wir haben die Initiativen des Außenministers in diesem Punkt auch immer unterstützt, weil wir glauben, daß das eine Rolle ist, die auf Österreich zugeschnitten ist. Ich meine, daß wir einen Schritt weiter gehen sollten.

Damit komme ich zu einem Kapitel, das ich bereits im Budgetausschuß sehr stark kritisiert habe: Wenn wir die ganze KSZE-Frage unter einem Punkt besonders positiv bewerten, dann deshalb, weil das immerhin eine Entwicklung sein könnte für ein Vermehren des Kontaktes zwischen den Ländern von Ost und West, für einen verstärkten Austausch von Informationen und für einen verstärkten Austausch, persönliche Kontakte zwischen Bewohnern diesseits oder jenseits der Trennungslinien Europas. Wir glauben, daß der KSZE-Prozeß gerade hier eine Auflockerung erzielen könnte, und Österreich könnte in diesem Bereich auch vor endgültigen Ergebnissen ein Mehr an Vorleistungen bewerkstelligen.

Damit bin ich bei dem Kapitel, das ich besonders kritisiert habe im Ausschuß, nämlich bei der kulturellen Außenpolitik. Wenn ich mir vorstelle, daß die Mittel, die für die kulturelle Außenpolitik in diesem Budget bereitstehen, zirka 20 Millionen Schilling betragen, daß dieser Betrag real gesehen an Wert geringer ist als im Vorjahr, dann meine ich, daß damit eine Möglichkeit nicht genutzt wird, die sich für Österreich, und zwar aus dem Blickwinkel der Zielrichtung des KSZE-Prozesses, durchaus bieten könnte.

Das kulturpolitische Außenbudget beträgt 20 Millionen Schilling. Ich konnte mich in New York vor wenigen Wochen überzeugen, daß ein Kulturinstitut wie das in New York, Herr Bundesminister, für kulturelle Aktivitäten in einem so riesigen Land wie den Vereinigten Staaten ganze 600 000 S zur Verfügung hat. Ich glaube nicht, daß mich die Beamten dort angelogen haben. 600 000 S operatives Budget ist meines Erachtens für eine so große Nation, mit der wir uns verbunden fühlen, einfach zu wenig.

Aber ich möchte erst gar nicht hier im Detail auf die einzelnen Kulturinstitute zu sprechen kommen. Ich glaube — im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß —: Wir haben eine Riesenchance, einen Vorgriff auf die Ergebnisse der KSZE-Folgekonferenzen insoweit tätigen zu können, wenn wir die kul-

Dr. Frischenschlager

turelle Außenpolitik, und zwar insbesondere auch im osteuropäischen Raum, verstärken. Das Bedürfnis der Menschen dort, mit österreichischer Kultur in Kontakt zu kommen, ist groß. Es würde sich hier eine stärkere persönliche Vertrauensbasis damit herstellen lassen, und damit wäre insgesamt den friedens- und vertrauensbildenden Zielen des KSZE-Prozesses sehr gedient. Es wird damit nicht weiß Gott was erreicht. Aber das wäre eine echte Chance Österreichs, mit mehr kultureller Außenpolitik ein Mehr an Erfolg in Richtung KSZE bereits vorweg bewerkstelligen zu können.

Leider ist das Budget für kulturelle Außenpolitik innerhalb des Gesamtbudgets so klein, daß man von einem derartigen Standpunkt in keiner Weise sprechen kann.

In diesem Zusammenhang: Mir ist schon klar, daß zu einer aktiven Außenpolitik auch das gehört, was insbesondere der Bundeskanzler verfolgt, nämlich möglichst viele internationale Aktivitäten nach Wien zu ziehen. Das ist richtig. Für sich allein ist es zu wenig. Aber es ist sicherlich eine richtige Politik, in Wien die internationalen Kontakte zu verstärken und internationale Konferenzen hierher zu holen.

Wenn ich mir aber nur vorstelle, daß für die im nächsten Jahr stattfindende Konferenz über das Weltraumrecht Österreich an die 35 Millionen Schilling beitragen muß, und wenn ich das in Relation setze zu dem Budget der kulturellen Außenpolitik, dann frage ich mich, ob eine Ausgewogenheit besteht. Mit einem Teil dieses Geldes — oder wenn ich mir nur eine Verdoppelung dieser 20 Millionen Schilling auf 40 Millionen Schilling vorstelle — könnte, glaube ich, ein Maximum an Erfolg für Österreich im Interesse des Staates, aber auch im Interesse Europas erreicht werden. Hier könnte eine echte Schwerpunktverschiebung oder Schwerpunktbildung in Zukunft für Europa und für Österreich sehr viel Positives herausholen.

Damit zu Europa und zur europäischen Integration. Ich weiß, daß wir Freiheitliche hier immer einen weitgehenden Standpunkt vertreten haben. Wir sind der Auffassung, daß Österreich alles, was nur möglich ist, in Richtung EG tun müßte. Wir brauchen diese Debatte ja jetzt nicht noch einmal zu wiederholen, aber ich habe manchmal den Eindruck, daß man in der Vorstellung verhängen ist: Weil die EG auch ihre Schwierigkeiten haben, weil sie auch ihre Krisenerscheinungen haben, weil man sieht, sie kommen auch nicht weiter, können wir uns das ersparen.

Ich meine, daß ein Staat wie Österreich, der auf die europäische Integration angewiesen ist, nicht um die EG herumkommt. Ich halte es daher für falsch, daß man die Frage der Vollmitgliedschaft überhaupt nicht diskutieren will. Auch die Europäischen Gemeinschaften haben sich geändert, sie sind politisch vom Einstimmigkeitsprinzip abgerückt, auch dort sind Veränderungen im Gange. Wir sollten von uns aus nicht so tun, als ob ein Vollbeitritt überhaupt völlig außer Diskussion stehe. Wir vergeben uns damit eine Möglichkeit, die politisch sicherlich schwierig ist. Aber wir wissen nicht, wie die Zukunft ausschaut, wir wissen nicht, wie sich die Europäischen Gemeinschaften weiterentwickeln. Wir sollten uns zumindest die Option in diese Richtung offenhalten.

Dies hat auch mit dem Leitgedanken, den ich an die Spitze meiner Ausführungen gestellt habe, der Sicherheit, zu tun. Wir müssen uns über folgendes im klaren sein: Die Souveränität oder Selbständigkeit eines Staates wie Österreich besteht nicht nur darin, als selbständiger Akteur in der internationalen Politik unabhängig agieren zu können. Auch nicht die wirtschaftliche Autarkie ist das wesentliche. Wesentlich ist, ob wir als Österreich uns die Lebens-, Demokratie-, Sozial- und Wirtschaftsvorstellungen, auf denen unser Gemeinwesen aufgebaut ist, erhalten können.

Wenn wir sehen, daß parlamentarische Demokratie, daß das, was man mit freier Gesellschaft umschreibt, eigentlich nur in Europa und in Nordamerika und noch in einzelnen anderen Staaten existiert, dann müssen wir erkennen, daß die Mehrzahl der Staaten dieser Welt nicht frei, nicht demokratisch regiert wird. Das birgt auch eine Gefahr für dieses im Globalzusammenhang doch immer mehr an Bedeutung schrumpfende Europa. Es kann einmal dazu kommen, daß das, was wir als Grundordnung unseres Zusammenlebens bezeichnen, in der internationalen Auseinandersetzung untergeht. Das gilt für Europa und das gilt natürlich insbesondere auch für einen Staat wie Österreich.

Wir sind mit unseren Grundvorstellungen des Zusammenlebens auf Biegen und Brechen mit Europa verbunden. Die Vorstellung, daß wir mit der Selbständigkeit, mit der dauernden Neutralität über die Runden kommen, wenn einmal die internationale Auseinandersetzung womöglich sogar in militärische Auseinandersetzungen mündet, ist ja Illusion. Wir können mit der dauernden Neutralität vielleicht die Chance haben, uns militärisch herauszuhalten. Aber wenn in Europa militärisch

Dr. Frischenschlager

etwas passiert, wenn es auch nur zu einer konventionellen Auseinandersetzung kommt, so ist doch völlig klar, daß unsere Lebensverhältnisse ganz massiv beeinflußt werden. Zu hoffen, daß wir uns so durchhanteln könnten wie seinerzeit die Schweiz, der das relativ gut gelungen ist, ist in einer künftigen Auseinandersetzung auf keinen Fall als Muster anzunehmen. Davon müssen wir ausgehen.

Weil es eben das Zentrale unserer Sicherheitspolitik sein muß, die Lebensverhältnisse einigermaßen so zu gestalten, wie wir es von den Grundwerten aus betrachten, müssen wir einen Weg gehen, der uns in Europa integriert. Da ist ein Weg an den EG vorbei nicht zu finden.

Kollege Steiner hat auf den Europarat hingewiesen. Wir glauben auch, daß der Europarat als die Dachorganisation der Demokratien Europas natürlich ein Instrument ist, das ausgebaut werden muß. Es ist vielleicht das Instrument, mit dem ein gewisser Zwang und Druck hergestellt werden kann in Richtung auf mehr europäische Integration und vor allem Kooperation zwischen den EG und den Nichtmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft.

Ich glaube auch, daß wir als Parteien da eine ganz besondere Verantwortung haben, soweit wir in internationalen Organisationen und Parteibünden mitarbeiten. Wir haben, seitdem die Freiheitliche Partei der Liberalen Internationale angehört, bei allen möglichen Anlässen sehr bewußt die Europafrage und auch die Europaratsfrage angeschnitten. Wir hatten Gelegenheit, auf einem Kongreß der Europäischen Föderation liberaler Parteien vor einem halben Jahr den österreichischen Standpunkt klarzulegen, und wir haben Verständnis gefunden. Es hat uns besonders gefreut, in Zusammenarbeit mit den Freien Demokraten vom Außenminister der Bundesrepublik Deutschland hier in Wien eine Aussage in Richtung Europarat zu bekommen; eine Aussage, die uns hoffnungsvoll stimmt, daß die Gefahr, daß sich das EG-Europa vom Europarat abkapselt, doch nicht gegeben ist.

Genscher hat in dem Vortrag vor wenigen Wochen hier in Wien gesagt: „Wir haben weiter vor allem im Europarat eine alle europäischen Demokratien umfassende Organisation. Es muß unser gemeinsames Ziel sein, den Fortschritt der EG-Staaten zur Europäischen Union Hand in Hand gehen zu lassen mit einer Stärkung des Europarates. Europäische Gemeinschaft und Europarat ergänzen und brauchen einander. Für sie gelten die gleichen Wertvorstellungen. Beide sind der Einheit Europas verpflichtet. Das erfordert

enge Verklammerung durch gegenseitige Information und Konsultation. Das muß für die Regierungen und für die Zusammenarbeit zwischen der Beratenden Versammlung des Europarates und dem europäischen Parlament gelten.“ Ich glaube, es ist wirklich eine Aufgabe unserer Parteien, in den internationalen Parteiorganisationen diesen Standpunkt immer stark zu vertreten. Man kann auf dem Gebiet Erfolge erzielen.

Nun zu einigen besonderen Kapiteln der Außenpolitik. An die Spitze sei ebenfalls die Nahostfrage gestellt. Wir hatten ja gestern in der Fragestunde die Möglichkeit, dieses Thema schon zu diskutieren. Wir stehen nicht an zu sagen, daß es natürlich auch eine Möglichkeit Österreichs ist, in solch einem Konflikt seinen Einfluß in Richtung Friedenserhaltung und Entwicklung zum Frieden einzusetzen. Wir glauben nur, daß die Bundesregierung durch den Bundeskanzler in diesem Fall zu weit in diese Problemlage hineingeschlittert ist. Wir haben die Rückwirkungen auf Österreich gehabt, die wir alle bedauern. Ich brauche das nicht zu wiederholen, Kollege Steiner hat bereits darauf hingewiesen. Wir meinen, daß hier ein Zuviel an Aktivität gesetzt wurde. Das ist wiederholt auch von unserer Seite kritisiert worden. Ich möchte das jetzt gar nicht noch einmal wiederholen.

Ich möchte nur auf ein, ich möchte fast sagen, psychologisches Moment in dem Zusammenhang hinweisen. Wir sind Zeugen der Entwicklung einer zunehmenden politischen Isoliertheit Israels. Inwieweit das eine Konsequenz eigener falscher politischer Schwerpunkte ist oder nicht, darüber läßt sich natürlich debattieren. Faktum ist, daß dieser Staat mit dem Rücken zur Wand agiert. Da kommt meines Erachtens nun ein echt gefährdendes Moment zu der gesamten schwierigen Situation hinzu.

Ein Staat in dieser Größenordnung, der mit dem Rücken zur Wand oder zum Meer steht, ist zumindest gefährdet, in eine Art Einkreisungspsychose zu kommen. Wie gesagt, wie weit der eigene Schuldanteil Israels dabei reicht, soll hier gar nicht von mir debattiert werden. Aber wer sich eingekreist fühlt, hat zugleich auch die Psychose oder vielleicht auch das Bedürfnis, durchbrechen zu wollen. Ich sehe in dem Angriff der Israelis auf den irakischen Atomreaktor ein typisches Beispiel einer Überreaktion, die auch wir damals verurteilt haben. Aber man weiß nicht, was auf dem Gebiet noch alles denkbar ist.

Ich meine deshalb, daß man in der politischen Auseinandersetzung oder in den Kommentaren zu dem Nahostkonflikt auf die

Dr. Frischenschlager

besondere Situation Israels mehr Rücksicht nehmen sollte. Israel droht immer stärker in die Isolation zu kommen, und diese Ausbruchsmentalität könnte natürlich eine ganz vehemente Kriegsgefahr bedeuten.

Hinzu kommt, daß sich der Nahostkonflikt ja immer stärker in die Ost-West-Auseinandersetzung hineinverlagert. Ich darf nur daran erinnern, daß die Ausstattung der Saudi-Araber mit schweren militärischen Gütern aus den Vereinigten Staaten dazu führt, daß Saudi-Arabien im Begriff ist, zu einer bedeutenden Militärmacht zu werden.

Wenn man zum Beispiel mit einbezieht, daß Jordanien demnächst mit sowjetischen Raketenwaffen — Boden-Luft-Raketen — ausgestattet sein wird, so sieht man, daß sich hier das Rüstungskarussell mit Hilfe der beiden Großmächte weiterhin bedrohlich verschnebelt.

Die Kriegsgefahr in diesem Bereich ist eine ständige, und in der österreichischen Außenpolitik sollte daher auch, und zwar auch verbaliter, auf die Situation Israels Rücksicht genommen werden.

Zu den Flüchtlingen ist auch schon einiges gesagt worden, ich möchte nur einige Sätze hinzufügen. Es ist richtig, daß ein Staat wie Österreich als Asylland seine Grenzen offenhält, wir Freiheitlichen halten das auch für richtig. Es ist auch logisch, daß damit beträchtliche Belastungen verbunden sind, finanzieller Natur, auch innerpolitischer Natur, aber ich möchte nur daran erinnern, daß noch bei jeder größeren Flüchtlingsbewegung, die Österreich erreicht hat, in Österreich aus der innerpolitischen Situation heraus, Kritik gekommen ist. Auch das ist vielleicht psychologisch verständlich, allerdings ist es meines Erachtens nicht richtig, denn eines ist klar: Bei jeder größeren Flüchtlingsbewegung kommt, wenn ich mich so ausdrücken darf, auch „Ruß“ mit, es kommen kriminelle Elemente mit, die dann besonders auffallen. Daß Leute auf Grund ihrer besonderen Situation vielleicht in der einen oder anderen Verhaltensweise eben zu stark negativ aufgenommen werden, ist gleichfalls eine Realität. Das hat man 1956 im Falle der Ungarnflüchtlinge, auch 1968 im Zusammenhang mit den Tschechen und natürlich jetzt auch mit der Welle von polnischen Flüchtlingen erlebt.

Aber ein Land, das sich der Freiheit verpflichtet fühlt — da gebe ich dem Kollegen Steiner völlig recht —, das immer eine offene Grenze für Flüchtlinge gehabt hat, kann nicht einfach jetzt den Spieß umdrehen und sagen: Wenn es mir zu viel wird, dann sperre ich zu!

Es ist ja die Haltung der Bundesregierung — Außenminister Pahr hat das im Ausschuß deutlich gesagt —, daß von dieser offenen Flüchtlingspolitik nicht abgegangen wird, und das ist nur zu unterstützen.

Aber eines muß in diesem Zusammenhang gesagt werden: Wenn gerade im Ost-West-Konflikt immer vom Lager der Freiheit gegenüber dem der Unfreiheit gesprochen wird, kann aber auch die internationale westliche Welt Österreich bei diesen Belastungen nicht hängenlassen.

Es läßt sich leicht sagen: Dort drüben herrscht Unfreiheit, hier herrscht Freiheit. Wenn aber Leute dort ihr Pinkerl packen und hierher kommen, dann spießt es sich auf einmal, und dann ist von internationaler westlicher Solidarität und der Solidarität freier Länder relativ wenig zu spüren. Spüren muß es dann Österreich, das sich abstrampelt, mit gutem Willen abstrampelt.

Aber es ist ebenso klar: Einwanderungsland kann Österreich nicht sein. Wir sind daher auf die internationale Solidarität angewiesen, und die Außenpolitik Österreichs hat alles zu unternehmen, damit sich diese internationale Solidarität auch in der Praxis der Flüchtlingsaufnahme erweist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein paar Sätze noch zu Südtirol. Die Südtirol-Politik ist ein Geduldspiel, wie man weiß, und es ist einfach unverständlich, daß 36 Jahre nach dem letzten Weltkrieg, 35 Jahre nach dem ersten Versuch einer politischen Lösung über die Pariser Verträge noch immer eine Volksgruppe inmitten Europas darum kämpfen muß, ihre Rechte zu bekommen, die zur Erhaltung ihrer ethnischen Substanz notwendig sind. Man sollte das einmal wirklich in diesem europäischen Zusammenhang sehen.

Es ist einfach unvorstellbar, daß eine Kulturation wie Italien, das uns eine Rechtstradition, auch das Einhalten von Verträgen übermittelt hat, daß ausgerechnet dieses Land bei der Erfüllung von Verträgen eine derart zaudernde Praxis folgen läßt.

Österreich ist als Schutzmacht aufgerufen worden — wie bereits Kollege Steiner erwähnt hat — von der Südtiroler Volkspartei, jetzt auch ganz offiziell bei der italienischen Regierung zu intervenieren. Wir Freiheitlichen unterstützen das, wir erwarten, daß das mit entsprechendem Nachdruck, mit den entsprechenden inhaltlichen Schwerpunkten erfolgt; das ist unsere Aufgabe. Herr Bundesminister! Sie können sicher sein, in dieser Frage werden Sie sicherlich die Unterstüt-

9274

Nationalrat XV. GP — 93. Sitzung — 2. Dezember 1981

Dr. Frischenschlager

zung aller politischen Kräfte im vollsten Ausmaß haben.

Wir sehen die Gefahr, daß die Saat der Gewalt wieder aufgeht, die zu überhaupt nichts führt. Auch die Selbstbestimmungsdebatte, die gerade am Parteitag der SVP wieder ausgebrochen ist, muß ebenfalls eine realistische politische Bewertung erfahren.

Natürlich, das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler ist eine Ultima ratio, die als Grundrecht weiter bestehen bleibt, nur sehen wir bei der Selbstbestimmung die Gefahr, daß das Instrumentarium, das zwischen Österreich, Italien und der Volksgruppe entwickelt wurde, daß dieser Operationskalender, die Möglichkeit Österreichs, für die Südtiroler auf internationaler Ebene einzugreifen, womöglich durch ein vorschnelles Berufen auf das Selbstbestimmungsrecht erschwert wird.

Die Aufgabe wird sicherlich sein, mit größtem politischen Druck aus Südtirol, aber auch von Österreich her auf die Erfüllung des Paketes zu dringen. Die Autonomie ist ein Teil dieses Selbstbestimmungsrechtes, und die Verwirklichung der Autonomie, der Abschluß dieser Entwicklung, des Erhaltungswillens der Südtiroler für ihre eigene Minderheit, dieser Weg sollte mit Nachdruck begangen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit möchte ich schließen. Wir werden in der innenpolitischen parlamentarischen Debatte, was die Außenpolitik betrifft, sicherlich in Hinkunft ein größeres Interesse finden müssen, als das vielleicht heute, am ersten Budgettag, der Fall ist.

Daß die Außenpolitik ganz beinhart in die Lebensverhältnisse jedes einzelnen Bürgers eingreift, ist eine Binsenwahrheit. Daß das außenpolitische Interesse, auch die Information über Außenpolitik zu wünschen übrig läßt, weiß man auch.

Die österreichische Außenpolitik, in einem Satz charakterisiert, kann vielleicht so zusammengefaßt werden: Die außenpolitische Phantasie ist groß. Das, was real getan wird, das, was an Budgetmitteln dafür bereitgestellt wird — ich habe besonders auf die kulturelle Außenpolitik hingewiesen —, hinkt nach.

Aus diesen Gründen und deswegen, weil wir in verschiedenen Schwerpunktbereichen anderer Ansicht sind, lehnen wir das Kapitel Äußeres des Budgets ab. *(Beifall bei der FPÖ.)* 19.28

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Hesele. Ich erteile ihm das Wort.

19.28

Abgeordneter DDr. Hesele (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sozialistische Partei wird diesem Budgetkapitel die Zustimmung geben, weil wir der Auffassung sind, daß damit dem Herrn Außenminister die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die erfolgreiche Außenpolitik so wie bisher auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte nur eine kleine Berichtigung anbringen. Herr Abgeordneter Steiner! Es ist richtig, daß die Budgetansätze für die internationalen Organisationen um einen sehr hohen Prozentsatz angehoben wurden. Der Herr Bundesminister hat ja im Ausschuß erklärt, warum das so sein mußte. Aber ich bitte, auch die zwei anderen Erhöhungen, den Sachaufwand mit 8,72 Prozent Erhöhung und die Erhöhung des Personalaufwandes um 6,54 Prozent, in diesem Zusammenhang zu beachten.

Natürlich können, meine Damen und Herren, an jedes Budget mehr Anforderungen gestellt werden, als man dann tatsächlich auch erfüllen kann. Es ist kein Krisenbudget. Ich glaube, so ungefähr war die Äußerung des Abgeordneten Steiner. Nein, noch ärger: „Budgetmisere“ sagte er.

Wir bezeichnen unser Budget als Sparbudget, und diesem Sparbudget müssen sich natürlich auch die Angehörigen des Außenministeriums unterordnen. Der Herr Bundesminister hat sich diesem Sparappell auch angeschlossen. Daher kann man mit der geringen Steigerung — Sachaufwand 8,72 Prozent und Personalaufwand 6,54 Prozent — das Auslangen finden. Eine zweite Replik an den Abgeordneten Steiner: Das ist die Frage des Verhältnisses der multilateralen Außenpolitik zur bilateralen Außenpolitik. Wir beide kennen den Mechanismus der Vereinten Nationen und haben, so glaube ich, auch eine reale Einschätzung der Möglichkeiten, die eine internationale Organisation vollbringen kann. Ich verweise auf den Vortrag, den der Präsident der XXXV. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Rüdiger von Wechmar, in Wien gehalten hat, der all das aufzählte, was die Vereinten Nationen können bzw. was sie nicht können. Der Vortrag ist sehr gut. Zwei Sätze daraus, meine Damen und Herren, ohne eine UNO-Debatte zu enterieren:

Wir sollten die Vereinten Nationen nicht überfordern. Wir sollten keine Wunder von ihnen erwarten, aber wir sollten sie ernst nehmen.

DDr. Hesele

Ich glaube, das ist eine sehr vernünftige reale Einschätzung, nicht nur der Vereinten Nationen, sondern aller multilateralen Vereinigungen und Institutionen.

Noch ein weiterer Satz daraus. Ich kann nicht beurteilen, ob das, Herr Bundesminister, für unsere Außenpolitik auch zutrifft. Rüdiger von Wechmar meinte, daß wir jetzt in den achtziger Jahren in eine Phase eintreten, von der ich annehmen möchte, daß sie uns noch eine ganze Weile begleitet.

Ich möchte sie das multilaterale Zeitalter nennen. Er meint dann, daß bereits heute in den bilateralen Botschaften 75 Prozent der Tagesarbeit multilateralen Themen gelten. Sein Schlußsatz:

Das heißt, Regierungen, auswärtige Dienste, Parlament und Öffentlichkeit werden umlernen und erkennen müssen, daß hier eine Entwicklung vom Bilateralismus zum Multilateralismus im Gange ist.

Ich kann das von mir aus nicht gleich beantworten. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Bundesminister, wenn Sie vielleicht anlässlich der Debatte über den Außenpolitischen Bericht zu dieser sehr wichtigen, parteipolitisch unabhängigen Frage Stellung nehmen könnten.

Ich darf noch eine letzte Frage behandeln, bevor ich mich als Vorsitzender der Delegation zum Europarat mit Problemen Europas und des Europarates etwas ausführlicher befasse. Das ist die Frage der Flüchtlinge. Meine Damen und Herren! Wir alle bekennen uns zur humanitären Außenpolitik. Nur dürfen die Kollegen Steiner und Frischenschlager nicht darüber informiert sein, wie viele Vorsorgen innenpolitisch für die Flüchtlingsfrage getroffen worden sind, denn in Traiskirchen wird seit dem Jahre 1956 ein Flüchtlingslager aufrechterhalten; jetzt ist es auch die Kaserne in Götzendorf. Wie viele Maßnahmen getroffen werden, wie viele Transportunternehmer zum Beispiel eingesetzt werden, all das sind Vorsorgen, die man ja nicht vor fünf Jahren treffen konnte, sondern die man an Ort und Stelle im Zuge des Flüchtlingsstromes treffen muß.

Das Zusammenleben zwischen den Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung ist nicht immer friktionsfrei. Ich würde Sie bitten, meine Damen und Herren, einmal den Gemeinderat von Traiskirchen zu konsultieren, der selbstverständlich voll und ganz hinter der humanitären Außenpolitik steht. Aber alle Fraktionen, auch die Fraktion der Volkspartei, werden Ihnen sagen, wie schwierig es oft ist, an Ort und Stelle im täglichen Verkehr

mit 2 000 Flüchtlingen — bei einer Einwohnerzahl von 7 000 — auszukommen. Das sind die menschlichen Fragen, obwohl — das muß ich hier offen sagen — seitens des Innenministeriums für alles vorgesorgt wurde.

Ich kann nur unterstreichen, was der Abgeordnete Marsch und der Abgeordnete Steiner gesagt haben: Wir haben uns im Europarat schon sehr, sehr ausführlich mit der Flüchtlingsfrage befaßt. Es ist aber für Österreich immer nur beim Schulterklopfen geblieben. Wir haben Anerkennung gefunden, daß wir als Erstland so viel tun für die Flüchtlinge. Aber niemand war bereit — im Rahmen des Europarates —, auch nur eine Verwendungszusage zu geben, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, obwohl ja, meine Damen und Herren, nicht unbekannt ist, daß nicht alle Flüchtlinge aus Polen politische Flüchtlinge sind.

Die internationalen Organisationen und Staaten unterscheiden sehr genau zwischen den politischen und den Wirtschaftsflüchtlingen. Das möchte ich auch sagen. Aber ich glaube, der Betrag von 800 Millionen Schilling, der genannt wurde, ist angemessen für das österreichische Budget und ist Ausdruck einer humanitären Außenpolitik.

Eine Unterkommission der Flüchtlingskommission des Europarates hat das Lager Traiskirchen, da dieses aus allen Nähten platzt, besichtigt. Auch dort nur eher verbales Lob, ohne eine Zusage, etwas mehr zu tun. Ich wollte das aber nur am Rande bemerken und mich jetzt den Fragen der Europapolitik und unserer Tätigkeit im Rahmen des Europarates zuwenden.

Die Mittel für unsere Delegation sind im Rahmen des Budgets des Außenministeriums veranschlagt. Die 1,8 Millionen Schilling, die die Delegation kostet, ist bei einem Gesamtvolumen des Ressorts von 1,5 Milliarden nicht ein Prozentsatz, sondern nur ein Promillesatz.

Aber, Herr Bundesminister, ich will nicht über die Höhe dieses Budgetansatzes klagen, denn ich kann Sie wirklich versichern, daß wir unsere Reisen sehr sparsam gestalten. — Auch das sollte im Hohen Haus einmal in der Plenardebatte gesagt werden! — Wir werden auch im nächsten Jahr mit dem Voranschlag auskommen. Das werden sicher nur wenige Abteilungen und Vertretungsbehörden in Ihrem Haus, Herr Minister, von sich sagen können. Es ist das letzte Mal, daß dieser Voranschlagssatz beim Kapitel Äußeres aufscheint. Ab nächstem Jahr, ab 1. 1. 1983, soll die Delegation des Europarates beim Parlament veranschlagt werden. Wir bedauern die Verschiebung der Budgetpost ganz besonders,

DDr. Hesele

weil wir glauben, daß ein guter Kontakt zwischen Delegation und Beamten des Außenministeriums für den Meinungsaustausch sehr förderlich wäre.

Meine Damen und Herren! Ich darf von dieser Stelle aus als derzeitiger Vorsitzender der Delegation, aber sicher auch im Namen der anderen Mitglieder allen Bediensteten des Außenministeriums, die für unsere Delegation im ganz besonderen Maße tätig sind, meinen herzlichen Dank aussprechen, vor allem der zuständigen Abteilung im Hause, dem Büro, aber auch allen Bediensteten bei den Vertretungsbehörden, die uns bei unseren Reisen betreuen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Sorgen, Herr Außenminister, die die gesamte Delegation bewegen, sind nicht finanzieller, sondern grundsätzlicher Natur. Wir haben anlässlich der letzten Parlamentarischen Versammlung sehr ausführlich darüber gesprochen, wie wir unsere künftige Arbeit im Europarat gestalten sollen, weil wir der Auffassung sind, daß manche Entwicklungen heute anders laufen, als sich dies unsere Vorgänger vorgestellt haben. Wir glauben — da gehen sicher alle drei Fraktionen konform —, daß der Europarat in den achtziger Jahren neue Impulse für seine Tätigkeit brauchen wird.

Wir sind gut vertreten im Europarat: Wir stellen den Vizepräsidenten, wir stellen den Präsidenten der Christlichen Fraktion und des Wissenschaftsausschusses in der Person des Kollegen Blenk, wir stellen in der Politischen Kommission als Berichterstatter den Abgeordneten Steiner, wir haben einige Stellvertreter und sind sehr aktiv.

Aber, meine Damen und Herren: Wie meine beiden Vorredner Frischenschlager und Steiner gesagt haben, sollen wir trotz dieser guten Vertretung und der vielen Aktivitäten nicht betriebsblind werden — wie ich das bereits erwähnt habe — für Entwicklungen, die in Europa vor sich gehen.

Man kann dem Grundsatz zustimmen, daß Österreich den Europarat als Plattform für die Zusammenarbeit aller europäischen Demokratien betrachtet, wo wir als gleichberechtigtes Mitglied mitarbeiten können, und daß wir an der Tätigkeit des Europarates und seiner inneren Stärkung im besonderen Maße interessiert sind. Wir alle sind auch einer Meinung, daß der Europarat ein Bindeglied zwischen den 10 und den 21 Staaten in Europa sein soll.

Aber leider, meine Damen und Herren, ist es meiner Ansicht nach etwas zu milde von meinen Vorrednern ausgedrückt worden, daß

von den hohen Idealen des Europarates in der Realität und im politischen Alltag nicht viel mehr geblieben ist, weil die Entwicklung etwas anders läuft. Ich freue mich, daß der Außenminister Genscher sich so lobend über den Europarat ausgesprochen hat. Nur die Realität stimmt nicht, Steiner hat bereits zitiert, daß in der letzten Sitzung des Ministerkomitees, wo alle Außenminister hätten vertreten sein sollen, um einen politischen Meinungsaustausch zu pflegen, die 10 Minister der Gemeinschaft gefehlt haben. Es war nicht das erste Mal, daß nur die Vertreter, die Außenminister der anderen Staaten anwesend waren. Dabei sind Genscher und Colombo ja gar nicht nach Brüssel gefahren, weil Genscher am 19. November vor dem Europäischen Parlament seine Europäische Union vorgestellt hat.

Und noch etwas ist symptomatisch: Er wird ja den Vortrag nicht selbst konzipiert haben, den du zitiert hast. Die Beratende Versammlung des Europarates ist sehr wichtig, wurde gesagt. Diese Institution heißt nämlich seit fünf Jahren Parlamentarische Versammlung. Es ist auch symptomatisch, daß man nicht einmal genau die Bezeichnung dieser Institution weiß. Aber daran soll es nicht liegen. Wir freuen uns über diese Zusage des Außenministers Genscher. Die Realität ist etwas anders, und wir begrüßen, Herr Bundesminister, Ihre sehr deutliche und Ihre eindeutige Stellungnahme in dieser Angelegenheit.

Ab Mai des nächsten Jahres werden Sie auf ein halbes Jahr Präsident des Ministerkomitees sein. Wir bitten Sie, Ihren Einfluß dahin gehend geltend zu machen, daß das Ministerkomitee ein Forum des politischen Meinungsaustausches bleibt, in dem alle anstehenden politischen Fragen Europas besprochen werden sollen, aber in Anwesenheit der Funktionäre, die in ihren Ländern für die Führung dieser Angelegenheiten zuständig sind und dort die politische Verantwortung tragen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das ganze ist eine Haltungsfrage. Ich würde sie ganz einfach eine Brückierung des Ministerkomitees nennen, wenn 10 Außenminister, die maßgebenden Außenminister, fehlen.

Der Plan einer Europäischen Union, Kollege Frischenschlager, ist von der Gemeinschaft her, von den zehn Staaten der Gemeinschaft, sehr zu begrüßen, weil sie sich zum Ziel setzt, alle derzeitigen Institutionen, wie Europäische Politische Zusammenarbeit, den Rat und so weiter, in einem Vertragswerk zusammenzuführen.

DDr. Hesele

Was aber noch besonders gravierend ist in diesem Zusammenhang: Es soll auch ein Rat für kulturelle Zusammenarbeit geschaffen werden innerhalb der zehn oder sicherlich bald der zwölf Staaten der Gemeinschaft, weil man der Auffassung ist, daß der Europarat bisher kulturell überhaupt nichts zusammengebracht hat.

Der Herr Bundesminister hat im Finanz- und Budgetausschuß diesbezüglich eine sehr klare Antwort gegeben: Es gibt für uns, da kann man meinen Vorrednern zustimmen, nur eine europäische Kultur, eine einheitliche europäische Kultur, und doch nicht um Gottes Willen eine Kulturaktivität der Gemeinschaften und Kulturaktivitäten der anderen Mitglieder des Europarates. Da wird mit ja der Herr Kollege Blenk vollinhaltlich zustimmen müssen. Er ist ja der Obmann des Wissenschaftsausschusses. Ich glaube, Herr Bundesminister, es ist nicht Sache der Parlamentarier allein, sondern wir müssen auch im Ministerkomitee versuchen, diese Zersplitterung Europas auf kulturellem Gebiet abzuwehren.

Wir bekommen ja dankenswerterweise, Herr Außenminister, die Protokolle des Europäischen Parlaments und auch die Vorschau auf die Tagesordnung. Das Parlament ist eben dabei, diese europäische politische Zusammenarbeit auszubauen, die Union zu stärken. Worum es dem Parlament in Straßburg geht, ist doch, dabeizusein und Mitwirkungsmöglichkeiten zu haben. Das ist durchaus begrüßenswert.

Nur bleibt mit einem Stärkerwerden, wie es von Außenminister Genscher vorgeschlagen wird, wie es auch die anderen Außenminister befürworten, der Europarat auf der Strecke. Das ist für uns überhaupt keine Frage. Wir haben ja — Frischenschlager war leider abwesend — die Möglichkeit gehabt, mit dem Präsidenten der Kommission, die seitens des Europäischen Parlaments zuständig ist, Kontakt aufzunehmen, mit dem Ministerpräsidenten außer Dienst Goppel, und sehr ausführlich über die Fragen der Europäischen Union, der Europäischen politischen Zusammenarbeit zu sprechen.

Herr Bundesminister! Er hat doch bestätigt, daß mit einem Stärkerwerden, mit einem Ausbau der Union die Rolle des Europarates geschwächt wird und wir vor der Situation stehen, neue Wege, neue Möglichkeiten der Belebung für den Europarat zu suchen.

Diesem Informationsnotstand, den wir über die Tätigkeit des Europäischen Parlaments haben, soll abgeholfen werden durch die Kontaktgruppe, die voraussichtlich im nächsten

Jahr dem Europäischen Parlament einen Besuch abstatten soll. Alle drei Fraktionen waren der Auffassung, daß man bei diesen Gesprächen nicht nur Fachfragen, wie Agrarfragen und Transitfragen, die sehr wichtig sind, sondern vor allem außenpolitische Fragen und politische Fragen in den Mittelpunkt stellen sollte.

Herr Bundesminister! Ich glaube, dieses Unbehagen über die Rolle des Europarates hat auch Ihr Außenministerium ergriffen. Bei der Botschafterkonferenz im April haben Sie ja einen eigenen Tagesordnungspunkt geschaffen, nämlich die Rolle des Europarates in den Integrationsbestrebungen in Europa. Sie haben Grundlagen ausarbeiten lassen.

Ein Zitat aus dem Papier der zuständigen Abteilung Ihres Hauses:

Die Gefahr, daß der Europarat von den nunmehr zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und hier vor allem von den vier großen, der BRD, Frankreich, Großbritannien ..., zu einer Alibi-Institution degradiert wird, wird sich noch vergrößern.

Das ist, meine Damen und Herren, eine sehr, sehr ernste Aussage für unsere Mitwirkungsmöglichkeiten in der europäischen Integration, wenn die zuständige Abteilung zu dieser Feststellung kommt.

Ich habe aber auch die Stellungnahme des Botschafters in Straßburg. Es gibt viele Gründe dafür, und es gibt viele Gründe dagegen. Ich glaube, der wichtigste Punkt ist, daß der politische Wille bei den Großen in Europa fehlt, über die eigene Union auf das größere Europa zu schauen. Sie haben ja sehr viele Vorschläge — ich kann in der Kürze der Zeit nicht alle nennen —, daß man bilateral — da gehe ich völlig konform mit dem außenpolitischen Sprecher der ÖVP — immer wieder auf die Bedeutung des Europarates hinweisen müßte. Die Analysen der Berichte der Vertretungsbehörden aus den Mitgliedstaaten des Europarates sind durchaus positiv, wenn man auch zwischen den Zeilen lesen kann, daß der eine oder andere Staat Bedenken gegen manche Kompetenzen des Europarates hat.

Herr Außenminister! Zum Schluß drei Stellungnahmen, von denen ich glaube, daß sie sehr ernst zu nehmen sind: Die Botschaft Genf berichtet — ich will das gar nicht wörtlich vorlesen —, daß der Europarat in Genf überhaupt keine Rolle spielt, daß im Rahmen der Vereinten Nationen in Genf als geschlossene Staatengruppe nur die Europäische Gemeinschaft auftritt und daß der Europarat eine vollkommen periphere Rolle spielt — ich

DDr. Hesele

will das nicht so zitieren —, daß nur krampfhaft gesuchte Fragen seitens der Europaratmitglieder gestellt werden, wenn der Generalsekretär des Europarates gelegentlich nach Genf kommt.

Meine Damen und Herren! Zweite Stellungnahme von der OECD, auch einer Organisation, an der wir sehr interessiert sein müssen, daß wir nicht nur bilateral dort vertreten sind, sondern daß wir vor allem als Europarat dort mitsprechen können. Es wird berichtet, daß wir seitens einzelner Funktionäre der OECD eher als eine provinzielle Organisation betrachtet werden, aber es wäre für die Zukunft des Europarates bedeutsam, auch die OECD stärker als bisher zur Zusammenarbeit mit dieser Organisation zu verhalten, wobei entsprechende Initiativen aus den Hauptstädten zu kommen haben werden. Die Stellungnahme aus den Vereinigten Staaten ist uns bekannt. Wir waren vor zwei Jahren mit der politischen Kommission des Europarates im State Department. Wir haben nicht die Aufnahme gefunden, die wir uns vorgestellt haben. Wir können eben nicht konkurrieren mit dem Europäischen Parlament, das an Wirtschaftskraft sehr viel mehr zu bieten hat, oder mit der Westeuropäischen Union usw.

Ich glaube, Herr Bundesminister, wir müssen versuchen, alle diese Erfahrungen, die wir gewonnen haben, die Parlamentarier und Sie als Vertreter des Ministerkomitees, zusammen und gemeinsam zu besprechen, daß der Europarat auch in den achtziger Jahren seiner Rolle als Plattform für alle demokratischen Staaten Europas gerecht werden kann. Dazu, meine Damen und Herren, bedarf es der Zusammenarbeit aller: des Ministeriums, aber auch der Parlamentarier und der privaten Institutionen, die sich mit der Einigung Europas befassen.

Dem Budgetkapitel Äußeres geben wir gern unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)* 19.53

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ettmayer. Ich erteile es ihm. *(Ruf bei der ÖVP: Warum hat der Hesele eigentlich aufgehört zu reden?)*

19.54

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Budgetdebatte ist sicherlich geprägt von der ersten internationalen Situation, in der wir uns befinden. Wir haben erst jetzt wieder von der neuen Entwicklung in Polen gehört, und es vergeht kaum ein Tag, wo wir nicht sehen, daß gerade im internatio-

nalen Bereich die Macht immer noch ein wesentliches Mittel der Politik ist.

Es wird sehr viel vom Frieden gesprochen, aber die Rüstung steigt ständig. Wir haben immer neue Konferenzen, die einberufen werden, und nach einer kurzen Euphorie müssen wir dann feststellen, welche Ernüchterung folgt. Und vor allem eines ist nach wie vor der Fall: Der ideologische Kampf geht unvermindert weiter, vor allem deshalb, weil gerade eine Seite glaubt, daß die friedliche Koexistenz für sie einen Sieg ohne Waffen bedeuten müsse.

Darüber hinaus glaube ich, daß die Spannungen innerhalb der einzelnen Lager weiter anhalten werden. Wir wissen, daß so wie in Polen in anderen osteuropäischen Ländern eine Diskrepanz besteht zwischen den Wünschen der Bevölkerung und den Aspirationen der Regierung.

Weil Kollege Hesele meines Erachtens richtig und in richtiger Einschätzung der UNO gesagt hat, man soll nichts Unmögliches verlangen, möchte ich auch sagen, daß die Friedensordnung, wie sie 1945 konzipiert wurde, doch auf ganz anderen Voraussetzungen aufgebaut hat und heute eben weitgehend überholt und wenig effizient ist, zumindestens nicht so effizient, wie wir uns das seinerzeit vorgestellt haben.

Ich glaube, gerade in dieser internationalen Situation braucht Österreich eine Außenpolitik, die ausgewogen ist, wo die Neutralitätspolitik im Vordergrund steht und eine Außenpolitik gerade durch ihre Ausgewogenheit die Sicherheit unseres Landes erhöht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich sage dies deshalb ganz bewußt, Herr Bundesminister, weil ich gern einmal längere Zeit dafür verwendet hätte, mich der internen Führung des Hauses zu widmen: Den Fehlern, die Sie bei der Führung des Ressorts machen, beziehungsweise überhaupt einmal der Darlegung, wie Sie von innen her das Außenministerium führen. Sie sind als Minister gekommen und haben gesagt, die Strukturen des Ministeriums sind hoffnungslos überholt. Sie haben dabei nicht bedacht, daß Sie mit dem österreichischen diplomatischen Dienst wohl einen der besten, wenn nicht überhaupt den besten diplomatischen Dienst auf der ganzen Welt übernommen haben. Ich sage das nicht so von ungefähr. Der Bundespräsident Österreichs kommt aus dem diplomatischen Dienst, die Führer der beiden großen Parteien kommen aus dem diplomatischen Dienst, der Präsidentschaftskandidat der FPÖ kommt aus dem diplomatischen Dienst, und die General-

Dr. Ettmayer

sekretäre des Europarates und der Vereinten Nationen kommen aus dem diplomatischen Dienst.

Herr Bundesminister! Ich glaube, das allein zeigt schon, wie qualifiziert der österreichische diplomatische Dienst ist. (*Abg. Kittl: Der Ettmayer aber auch!*) Ich habe mich nicht erwähnt. Das können Sie jederzeit machen. Ich bin Ihnen gar nicht böse, wenn Sie das machen. Herr Abgeordneter Kittl! Sie können das bei jeder Gelegenheit erwähnen. Ich bin sehr stolz darauf. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber ich möchte hier nur eines sagen: Da kommen Sie, Herr Bundesminister, übernehmen diesen diplomatischen Dienst und sagen dann: Mit diesen Leuten kann man nicht arbeiten, mit dieser Organisation kann man nicht arbeiten!

Jetzt möchte ich Sie fragen: Was haben Sie getan, um die Organisation dieses Hauses zu verbessern? Haben Sie ein entsprechendes Konzept entwickelt, und was haben Sie dabei erreicht?

Ich kann Ihnen sagen, was in der Zwischenzeit geschehen ist, während Ihrer Amtsführung: Ich habe hier ein Schreiben, das von Beamten des auswärtigen Dienstes verfaßt wurde, und zwar an die Personalvertretung im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Es wurde von Kollegen der verschiedenen Fraktionen verfaßt. Hier heißt es:

Zahllose Gespräche mit Kollegen haben die Unterzeichner dieses Schreibens in ihrem Eindruck bestärkt, daß die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bediensteten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sich zunehmend verschlechtern. Die dadurch hervorgerufene Frustrationen und Resignationen haben nach unserem Eindruck bereits Auswirkungen auf Effizienz und Ansehen unseres Dienstes.

Sehen Sie, Herr Bundesminister: Das ist passiert! Sie sind gekommen, haben diesen hervorragenden diplomatischen Dienst übernommen, haben gesagt, mit dem kann man nicht arbeiten, und die Kollegen haben jetzt in Reaktion darauf festgestellt, daß sich die Arbeits- und Lebensbedingungen im Außenministerium ganz entscheidend verschlechtert haben.

Das waren leider nicht die einzigen Maßnahmen, die Sie intern getroffen haben. Sie haben ein Redeverbot gegenüber Abgeordneten erlassen, wo Sie in einer Weisung den Beamten mitgeteilt haben, daß der Verkehr in dienstlichen Angelegenheiten mit Mitgliedern der Parlamentsklubs und der politischen Par-

teien nur über das Generalsekretariat oder über ausdrückliche Weisung des Bundesministers erfolgen darf. (*Abg. Dr. Blenk: Aber! Aber!*)

Herr Bundesminister! Das ist doch ungeheuerlich. Wenn ich als Abgeordneter mit einem Bediensteten des diplomatischen Dienstes des Außenministeriums reden will, dann darf ich das nicht. Ich hoffe, ich darf es als Bürger noch. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das ist doch eine Diskriminierung des Abgeordneten, die meines Erachtens wirklich ungeheuerlich ist.

Wenn Sie erst gerade in letzter Zeit wieder dargelegt haben, daß Sie durch Diskriminierungen von Zeitschriften mit der Drohung, verschiedene Abonnements einzustellen, erreichen wollen, daß eine Affäre vertuscht wird, dann möchte ich Sie, Herr Bundesminister, fragen, welche Gesinnung daraus spricht, ob das eine demokratische Einstellung ist.

Ich habe bereits zu Beginn meiner Ausführungen gesagt, daß die internationale Situation zu ernst ist, als daß wir uns ausschließlich mit der internen Führung des Außenministeriums befassen können. Ich möchte daher die Frage aufwerfen, was denn in unserer Außenpolitik geschehen ist, um das Vertrauen der Welt in Österreich in dieser international schwierigen Situation zu stärken, beziehungsweise auch fragen, wo dieses Vertrauen beeinträchtigt wurde.

Das Ziel unserer Außenpolitik und unserer Neutralitätspolitik muß es sein, die Sicherheit und die Stabilität unseres Landes zu erhöhen. Neutralität muß das Ziel verfolgen, daß unsere Unabhängigkeit nach außen glaubhaft dargestellt wird, vor allem auch im Hinblick auf die Zukunft, wo es darum geht, daß wir bei möglichst vielen Staaten möglichst viel Vertrauen genießen müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Österreich muß ein Interesse daran haben, daß man unsere Politik berechnen kann, und vor allem auch daran, daß wir in möglichst wenig Konflikte hineingezogen werden.

Wir von der Österreichischen Volkspartei haben eine ganz klare Priorität. Wir wollen, daß wir möglichst gute Beziehungen, optimale Beziehungen zu den Signatarmächten des Staatsvertrages haben, daß wir gute Gesprächspartner in Washington, in Moskau, in Paris und in London vorfinden. Wir wollen unsere Beziehungen zu den Nachbarn immer weiter verbessern, und wir glauben, daß die internationale und die europäische Zusam-

9280

Nationalrat XV. GP — 93. Sitzung — 2. Dezember 1981

Dr. Etmayer

menarbeit ein breites Betätigungsfeld offenlassen.

Wir glauben aber auch eines, Herr Bundesminister: Daß die einseitige Einmischung in Konflikte, ganz gleich, wo das ist und wo diese stattfinden, nicht dazu geeignet ist, das Vertrauen in unser Land und die Sicherheit unseres Landes zu erhöhen. Nicht nur deshalb, weil wir durch diese Einmischung in Konflikte, wo immer sie stattfinden, von Afrika über Südamerika bis in den Nahen Osten, einen der Konfliktpartner uns gegenüber entfremden, sondern darüber hinaus auch Mißstimmungen bei den Großmächten hervorrufen.

Der Status der dauernden Neutralität ist sicherlich nicht unabhängig von der Gesamtsituation zu sehen. Wir haben uns 1955 zu einer Neutralität nach dem Muster der Schweiz bekannt. Ich sehe durchaus ein, und die Österreichische Volkspartei hat diesbezüglich sehr viel gemacht, etwa die Regierungen Raab und Klaus, die die internationalen Organisationen nach Österreich geholt haben, daß wir im Rahmen dieser Neutralität ein großes Feld von Aktivitäten entwickelt haben: im politischen Bereich, im wirtschaftlichen Bereich, im humanitären Bereich.

Ich glaube aber, Herr Bundesminister — und das möchte ich jetzt ganz deutlich unterstreichen —, daß Sie Österreich und unserer Neutralitätspolitik einen schlechten Dienst erweisen, wenn Sie in internationalen Konflikten einseitig Stellung nehmen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie nehmen in wichtigen Auseinandersetzungen einseitig Stellung, etwa im Nahost-Konflikt, im Verhältnis Ost-West, wenn Sie den Westen attackieren und gegenüber Übergriffen des Ostens tolerant sind. Und Sie nehmen einseitig Stellung in Entwicklungen in der Dritten Welt, etwa wenn es — ich werde dann noch näher darauf eingehen — um bürgerkriegsähnliche Situationen in Lateinamerika geht.

Ich möchte jetzt zuerst die einseitige Haltung, die Sie, Herr Bundesminister, im Nahost-Konflikt an den Tag gelegt haben, näher erörtern.

Wir haben immer wieder gehört, daß Sie und der Herr Bundeskanzler als Wegbereiter für die PLO hervorgetreten sind. Da heißt es etwa in einer großen Überschrift der „Presse“ vom 14. März 1980 bereits:

Österreich als Wegbereiter der PLO. Kreisky urgiert Palästinenserstaat.

Dann heißt es weiter:

Die nunmehrige offizielle Anerkennung der PLO durch die österreichische Bundesregierung soll den Alleinvertretungsanspruch des palästinensischen Volkes dokumentieren. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Die gefährlichen Hobbys des Herrn Dr. Kreisky!*)

Der Herr Zentralsekretär Marsch hat schon versucht, als erfahrener und dialektisch geschulter Politiker doch noch zu erklären, daß diese Politik nicht so viele Nachteile für Österreich gebracht hat, wie das verschiedentlich dargelegt wird.

Ich glaube aber, die Tatsache, daß es einem so erfahrenen Politiker — noch einmal gesagt — wie dem Herrn Zentralsekretär Marsch nicht gelingt, in wenigen Worten zu sagen, welche Vorteile diese Politik hat, das zeigt schon, daß wir uns auf einen sehr gefährlichen Weg begeben haben.

Auf einen gefährlichen Weg deshalb, weil die Situation im Nahen Osten nicht nur undurchsichtig, sondern auch unklar und verworren ist, wenn wir etwa die jüngste Gipfelkonferenz der arabischen Staatsoberhäupter betrachten, wo ein Teil der arabischen Staaten gar nicht vertretbar war. Oder wenn wir die schwierige Stellung der Palästinenser in ihrer gesamten Entwicklung betrachten, wo die Vorläuferorganisation der PLO, das palästinensische Exekutivkomitee, ursprünglich von Saudi-Arabien gegen Ägypten unterstützt wurde, dann 1968 die ägyptische Unterstützung gefunden hat, die Palästinenser im Jahre 1970 aber aus Jordanien vertrieben wurden. 1976 ist es dann zum Konflikt mit Syrien gekommen. Syrien hat später eine eigene Gruppe geschaffen, die Saika-Gruppe. Abu Nidal wurde damals vom Irak unterstützt, heute wird die Abu-Nidal-Gruppe von Syrien unterstützt. Einige arabische Staaten werfen Syrien bereits vor, daß es die PLO zu stark beherrscht.

Und in dieser verworrenen Situation glauben Sie, Herr Bundesminister, irgendwelche Lorbeeren holen zu können!

Das kann doch nicht richtig sein, weil wir uns mit dieser Politik nicht nur Feinde auf der anderen Seite schaffen, weil wir damit nicht nur einen Staat wie Israel entfremden, sondern, wie sich immer deutlicher zeigt, Konflikte, die dort stattfinden, nach Österreich transportieren und importieren, und zwar deshalb nach Österreich importieren, weil es auch innerhalb der arabischen Länder verschiedene Gruppen und verschiedene Gruppierungen gibt, die dann durchaus auch nicht, wie die jüngste Entwicklung in Österreich zeigt, positiv auf unser Land zu spre-

Dr. Ettmayer

chen sind. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte Sie daher ganz deutlich fragen: Welche positiven Ergebnisse hat Ihre einseitige, meines Erachtens nicht mehr neutralitätsgerechte Nahost-Politik gebracht, wenn etwa der langjährige österreichische Botschafter in Israel, Dr. Mussi, nach seiner Rückkehr nach Österreich darauf hingewiesen hat, daß die Beziehungen Österreichs zu Israel auf einem Tiefpunkt angelangt sind, wenn der Terror nach Österreich gebracht wurde und — das möchte ich auch ganz deutlich bei dieser Gelegenheit sagen — wenn durch die Politik der Bundesregierung im Nahen Osten auch eine Verstimmung in Drittländern, etwa in den Vereinigten Staaten, entstanden ist?

Ich glaube, daß die Nahost-Politik, die Sie heute führen, Herr Bundesminister, derart einseitig ist, daß das mit einer ausgewogenen Neutralitätspolitik nichts mehr zu tun hat. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte ein zweites Beispiel bringen, das sehr deutlich zeigt, wie einseitig Ihre Haltung in wichtigen internationalen Auseinandersetzungen ist: Sie attackieren den Westen, etwa wenn Sie die USA wegen der Neutronenbombe angreifen, und Sie unterstützen Kuba bei den Vereinten Nationen.

Ich möchte eines ganz deutlich sagen: Niemand ist für das Wettrüsten. Im Gegenteil, wir alle müssen sehr besorgt sein, vor allem deshalb, weil im Rüstungsbereich die technologische Entwicklung bereits utopische Dimensionen angenommen hat, während das politische Krisenmanagement immer noch sehr konventionell ist.

Aber noch etwas möchte ich ganz deutlich sagen: Illusionen nützen dem Frieden überhaupt nichts, und auch Attacken auf die Vereinigten Staaten nützen dem Frieden nichts. Denn als Präsident Carter auf den Bau des Bombers B 1 verzichtet und die Produktion der Neutronenbombe vertagt hat — Sie wissen, das war im letzten Jahr der Regierung Carter —, hat die Sowjetunion das sehr, sehr wohl benützt, entsprechend aufzurüsten.

Das wird nicht nur von Leuten gesagt, die sich immer diesem Lager verbunden gefühlt haben, das wird auch heute in der „Zeit“ ganz offen dargelegt. Ich habe erst in der heutigen Ausgabe von „Le Monde“ einen größeren Artikel über die Entwicklung der Sicherheit in Europa gefunden. „Le Monde“ dürfte Ihnen als Zeitung bekannt sein. Es ist eine große französische Zeitung, die innenpolitisch Mitterrass nahesteht. Und sogar diese Zeitung

schreibt, daß es das Ziel der sowjetischen Strategen ist, die europäische Verteidigung zu spalten, und zwar so zu spalten, daß sich die Amerikaner möglichst zurückziehen und dann nur mehr Europa überbleibt. Und dann heißt es hier wörtlich, daß dadurch in Europa ein militärisches Übergewicht von 1 : 5 zugunsten der Sowjetunion bestünde.

Und da glauben Sie, Herr Bundesminister, daß es etwa nützt, auf die Amerikaner loszuschlagen!

Sie kennen den Ausspruch vom früheren Bundeskanzler Julius Raab, der einmal gesagt hat, man soll den russischen Bären nicht immer in den Schwanz zwicken. — Ich glaube, das ist eine ganz richtige Aussage.

Ich möchte aber eines noch dazusagen: Man soll auch den amerikanischen Adler nicht immer in den Federn rupfen, Herr Bundesminister *(Zustimmung bei der ÖVP)*, noch dazu, wo es die Schwingen dieses Adlers sind, die das Gleichgewicht in Europa sicherstellen, und unsere Freiheit und Unabhängigkeit ist weitgehend eine Auswirkung dieses Gleichgewichtes. *(Abg. Dr. Hesele: Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten stehen überhaupt nicht zur Debatte!)* Zur sozialistischen Haltung komme ich schon zu sprechen. *(Abg. Dr. Hesele: Im Oktober waren wir in Amerika! Kollege Höchtel, du mußt wissen, welch gutes Entree wir hatten!)*

Wenn ich hier etwa, Herr Bundesminister, in der „Kronen-Zeitung“ lese: Pahr empört über Neutronenbombe — Außenminister Pahr hat in einem ORF-Interview den Bau der Neutronenbombe als bedauerliche Entwicklung zu einer neuen gefährlichen Rüstungsrunde bezeichnet und die Entscheidung Präsident Reagans als schweren Schlag gegen die Bemühungen zur Weiterführung der Entspannung kritisiert!, dann frage ich mich: Wozu machen Sie das? — Offensichtlich deshalb, um als heimatloser Politiker — um nicht zu sagen als grundsatzloser Politiker — irgendwo und irgendwann einen Halt zu finden, einen Halt zu finden bei Gruppen, von denen Sie glauben, daß Sie sich damit in einer politischen Partei in Österreich verankern können.

Ich möchte ganz deutlich sagen, daß ich mich mit den Erklärungen von Zentralsekretär Marsch zur Neutralität und zur Ausgewogenheit durchaus identifizieren kann. Ich kann mich aber nicht identifizieren mit den Äußerungen, die Sie, Herr Bundesminister, gemacht haben beziehungsweise die man manchmal in der „Arbeiter-Zeitung“ liest.

Ich habe die „Neue Zürcher Zeitung“ vom

Dr. Ettmayer

20. November 1981 vor mir. Hier steht ein großer Artikel über den wachsenden Antiamerikanismus in Österreich. Und da heißt es dann weiter in einer Zwischenüberschrift:

Tendenziöse „Arbeiter-Zeitung“. Und zur „Arbeiter-Zeitung“ wird dann folgendes gesagt:

Hier wird die amerikanische Politik nicht mehr kritisiert, sondern entweder ins Lächerliche gezogen oder als Werk von Verantwortungslosen dargestellt. Über den Inhalt der Artikel ließe sich noch diskutieren, die Überschriften hingegen verraten eine eindeutige Tendenz. In einer einzigen Ausgabe waren die folgenden Titel zu lesen: Reagan-Kurs bedroht den Weltfrieden. Haig zündelt. US-Hilfe für Umsturz in Nicaragua. Der atomare Holocaust droht. Keine Rettung durch Politik der Stärke. Und dergleichen.

Ich weiß sehr wohl, Herr Bundesminister, daß es diese Strömungen innerhalb der Sozialistischen Partei gibt. Und Sie glauben offensichtlich, Sie müssen sich, um Ihre grundsatzpolitische Leere etwas aufzufüllen, gleich diesen Tendenzen anschließen und nicht jenen gemäßigten, die es innerhalb der Sozialistischen Partei sehr wohl auch gibt.

Ich kann mir vorstellen, daß Sie mir jetzt entgegenhalten, Sie haben ja erst unlängst den amerikanischen Außenminister Haig besucht. (*Abg. Dr. Hesele: Über Einladung!*) Über Einladung. Der Kollege Hesele weiß es. Ich war gerade auch in den Vereinigten Staaten. Ich habe gehört, die Unterredung mit Außenminister Haig — so wurde gesagt — hat ganze 18½ Minuten gedauert und wird auch noch entsprechend belächelt in Washington.

Aber es ist ja nicht das einzige Beispiel dafür, Herr Bundesminister, welch einseitige Haltung Sie in einer wichtigen ideologischen Auseinandersetzung einnehmen. Es war eine Brückierung des gesamten Westens, daß auf Ihre persönliche Weisung hin Österreich in den Vereinten Nationen Kuba unterstützt hat (*Zustimmung bei der ÖVP*), worüber nicht nur die westlichen, sondern auch viele blockfreie Staaten empört waren. Ich lese Ihnen jetzt vor, was die „Neue Zürcher Zeitung“ zu dem Votum schreibt, das Kuba nach der Invasion Afghanistans durch sowjetische Truppen abgegeben hat. Hier heißt es:

Kuba meldete sich — also bei der Verteidigung dieser Invasion von Afghanistan — erst zuallerletzt zu Wort, ließ dann aber eine vehemente Verteidigungsrede für die Sowjets vom Stapel. Man werde niemals Wasser auf die Mühlen der Reaktionäre und Imperialisten

gießen, rief der kubanische Delegierte aus, und man werde nicht gegen den Sozialismus und für die Komplizen des Zionismus stimmen.

Und dieses Land, Herr Bundesminister, diese antiwestliche Haltung, haben Sie durch Ihre Weisung unterstützt. (*Abg. Fister: Er begreift die inneren Zusammenhänge nicht!*) Ich begreife die inneren Zusammenhänge sehr wohl, und ich hoffe, daß auch Sie langsam begreifen, daß diese Politik mit einer ausgewogenen Neutralitätspolitik nichts mehr zu tun hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Diese harte Kritik der Amerikaner, diese harte Kritik des Westens wird auf der anderen Seite ausgeglichen durch eine Beschönigung dort, wo es um Übergriffe des Ostens geht, die unser Land sehr wohl direkt berühren. Sie sprechen immer wieder davon, daß sich unsere Beziehungen zur ČSSR weiter positiv entwickelt haben, wie es im letzten Außenpolitischen Bericht etwa noch heißt. Trotz des Spionagefalls Hodic. Im Gegensatz — das möchte ich auch klarstellen — zu Ihrer Aussage, Sie hätten den Akt nur unterschrieben, hat der Herr Innenminister gesagt, Sie haben sehr wohl für Hodic eine Empfehlung abgegeben. Trotz der Tatsache, daß etwa der Erzbischof Jachym keine Einreisebewilligung erhalten hat, als er zur Amtseinführung des Erzbischofs nach Prag fahren wollte. Oder daß ein österreichischer Staatsbürger wie Dr. Aigner aufgehalten wurde, als er für Amnesty International zu Dissidentenprozessen in die Tschechoslowakei fahren wollte. Daß die Verhandlungen über die Kontrolle des Kernkraftwerkes, das die Tschechoslowakei in Grenznähe gebaut hat, in keiner Weise weitergegangen sind. Daß ein Vertreter der tschechoslowakischen Botschaft Österreich beschimpft und gesagt hat, wir sind auf die Tschechoslowakei sehr viel stärker angewiesen als umgekehrt.

Und es ist eine Tatsache, daß das Gastspiel des Burgtheaters in der Tschechoslowakei totgeschwiegen wurde, ja daß sogar ein ORF-Team zum Zeitpunkt, wo Sie, Herr Bundesminister, den Besuch durchgeführt haben, in Prag verhaftet wurde. Da habe ich nicht gehört, Herr Bundesminister, daß Sie entsprechend protestiert hätten. Nein, Sie gehen auf den Westen los, Sie gehen auf die Vereinigten Staaten los; offensichtlich ist das leichter für Sie.

Ich habe auch nicht gehört, Herr Bundesminister, daß Sie Syrien einmal in irgendeiner Weise zurechtgewiesen hätten, wo wir doch wissen, daß die Terrorakte, von denen wir hier in diesem Hohen Haus schon oft und

Dr. Ettmayer

immer wieder gesprochen haben, inklusive des tragischen Nittel-Mordes, inklusive des Anschlages auf das Bethaus, inklusive des Anschlages auf die israelische Botschaft von einer Gruppe ausgehen, die in Syrien ihren Sitz hat, und wo uns bekannt ist, daß heute in Syrien ein politisches System herrscht, das genau weiß und das genau kontrollieren kann, welche Aktivitäten diesbezüglich gesetzt werden.

Ich glaube, Herr Bundesminister, daß das einige Beweise dafür sind, daß Sie in der Politik, die den Nahen Osten betrifft, in der Politik, die Länder der Dritten Welt betrifft, in den ganzen Ost-West-Beziehungen heute bei weitem nicht mehr die ausgewogene Neutralitätspolitik verfolgen, von der wir glauben, daß sie die Sicherheit und die Interessen unseres Landes schützt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich sage, daß Sie auch im Hinblick auf die Dritte Welt, dort, wo bürgerkriegsähnliche Situationen herrschen, nicht ausgewogen sind, dann könnte ich Beispiele nennen von Südafrika über Namibia bis zu Kambodscha, wo, glaube ich, heute einmal gesagt wurde, Sie hätten dort eine großartige Rolle gespielt, wo ich aber weiß, daß Sie mit einem Streithelfer, nämlich mit Vietnam, nicht einmal ins Gespräch kommen konnten. Oder wenn Sie seinerzeit einmal nach einer Rückkehr aus Nicaragua gesagt haben, wie großartig die Entwicklung dort ist und wieviel Österreich für die Entwicklung der Sandinisten in diesem Land getan hat, dann können wir heute feststellen, daß die Presse dort unterdrückt wird, daß die Gewerkschaften dort verboten wurden und daß Unternehmer eingesperrt worden sind. Also auch hier kann man sehr deutlich feststellen, daß die Politik der Einseitigkeit, wie sie vom Außenminister verfolgt wurde, nichts bringt.

Wir von der Österreichischen Volkspartei wollen eine ausgewogene Neutralitätspolitik. Wir glauben, daß man insbesondere bei Konflikten nicht einseitig Stellung beziehen kann, daß man sich bei Konflikten nicht einseitig einmischen kann.

Die Aktivität und die Tatsache, daß auch ein Neutraler aktiv sein kann, soll durchaus und in keiner Weise bestritten werden. Aber die immerwährende und dauernde Neutralität dient der Verteidigung der Unabhängigkeit unseres Landes und dient, Herr Bundesminister, nicht dazu, daß Sie sich in für uns und für unsere Sicherheit gefährlicher Weise einseitig exponieren.

Es wurde in den letzten Tagen wieder einmal diskutiert, ob unsere Neutralitätspolitik

mehr nach dem Muster der Schweiz oder mehr nach dem Muster Schwedens ausgerichtet ist.

Ich darf Ihnen dazu, Herr Bundesminister, eines sagen: Wenn Sie weiterhin in so entscheidenden Fragen, wie ich sie aufgezählt habe, wie Nahost, Ost-West, Dritte Welt, eine derart einseitige Politik machen, dann ist das überhaupt keine Neutralitätspolitik mehr. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte mich an die 20-Minuten-Grenze halten, sonst hätte ich Ihnen noch eine ganze Reihe von Bereichen aufzählen können, wo Sie sich sehr wohl aktiv engagieren könnten, etwa im Bereich der Auslandskulturpolitik, wo der Name und der Begriff Sparbudget wirklich gerechtfertigt ist, weil in diesem Bereich die Mittel stark zurückgegangen sind, was den operativen Bereich betrifft. Ich könnte die KSZE anführen, wo die österreichischen Vertreter hervorragend gearbeitet haben und wo wir durchaus versuchen sollten, daß das Vertrauen, das einmal geschaffen wurde, weiter erhalten bleibt.

Ich möchte aber noch einmal zum Abschluß sagen, Herr Bundesminister: Eine Neutralitätspolitik liegt nur dann vor, wenn sie ausgewogen ist, und nur dann nützt sie den Interessen und der Sicherheit unseres Landes. *(Beifall bei der ÖVP.)* 20.23

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Pahr.

Bitte, Herr Bundesminister.

20.23

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **Dr. Pahr:** Herr Präsident! Hohes Haus! Das Budget des Außenministeriums ist, wie das ja schon zur Tradition gehört, wieder das kleinste, verglichen mit den Budgets aller anderen Ministerien. Aber immerhin sind es heuer wieder über 0,4 Prozent mehr als in den letzten Jahren. Das ist, glaube ich, auch ein Zeichen der Bedeutung, die diese Regierung der Außenpolitik beimißt.

Wir hätten uns natürlich — und ich persönlich — sehr wohl noch viel mehr gewünscht, denn es gäbe sehr viel mehr noch zu tun, wenn mehr Mittel dafür vorhanden wären.

Das gilt insbesondere für die Auslandskulturpolitik. Allerdings darf man den Umfang der Auslandskulturpolitik nicht allein an jenen Ansätzen messen, die dafür im Budget des Außenministeriums vorhanden sind. Ein sehr erheblicher Teil der Auslandskulturpolitik wird ja auf Grund von Budgetansätzen

Bundesminister Dr. Pahr

durchgeführt, die sich in den Budgets des Wissenschaftsministeriums und des Unterrichtsministeriums finden. Das Außenministerium hat ja gerade auch auf dem Gebiet der Auslandskultur neben eigenen Aktivitäten eine sehr wichtige koordinierende Funktion. Daher müßte man die Gesamtheit der Ansätze sehen, um zu wissen, wieviel diese Regierung für die Auslandskulturpolitik in Wahrheit aufwendet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Trotz des sehr sparsamen Budgets, das auch wir nur zur Verfügung haben, ist es möglich gewesen, immerhin für die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen, für den Sachaufwand heuer um 18,7 Prozent mehr vorzusehen als im vergangenen Jahr. Ich betrachte das als einen Fortschritt in den Bedingungen für die Arbeit im Rahmen des Außenministeriums.

Beim Personalaufwand muß ich zunächst feststellen, daß die schwierigen Arbeitsbedingungen vor allem im Ausland noch nicht in voller Weise abgegolten werden konnten. Aber auch hier sind es heuer trotz größter Sparsamkeit immerhin 6,54 Prozent mehr als im Vorjahr. Wenn man in Betracht zieht, daß der Personalstand gleichgeblieben ist, wenn man in Betracht zieht, daß die normale Steigerung 6 Prozent beträgt, so bedeutet dies doch eine gewisse Verbesserung bei den Auslandsbezügen, die über diesen 6 Prozent liegt — etwas, wofür ich, wenn dieses Budget angenommen wird, im Namen der Bediensteten meines Hauses schon jetzt danken möchte.

Auf dem Personalsektor kann man, glaube ich, überhaupt eine sehr positive Entwicklung feststellen, die vor allem auch darin zum Ausdruck kommt, daß im letzten Jahr das Interesse am auswärtigen Dienst überdurchschnittlich gestiegen ist. Wir haben heute mehr Interessenten beim Préalable als jemals zuvor, seit es ein Préalable gibt. Das zeigt, welches Ansehen die Arbeit im Außenministerium auch in der öffentlichen Meinung genießt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auf politischem Gebiet haben wir unsere Arbeit konsequent fortgesetzt. Wir haben konsequent unsere Sicherheitspolitik auf den Grundlagen der immerwährenden Neutralität, der Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen, der Zugehörigkeit zu den pluralistisch-demokratischen Staaten dieser Welt und vor allem auch auf der Grundlage des Staatsvertrages durchgeführt.

Und hier lassen Sie mich vielleicht zwei Probleme aus der Nachbarschaftspolitik besonders erwähnen, weil sie uns mit großer Sorge erfüllen.

Das Verhältnis zur ČSSR ist nicht so, wie wir es uns wünschen würden. Wir haben nach wie vor die Hoffnung, daß es möglich ist, durch konstruktive Verhandlungen jenen Zustand herbeizuführen, den wir im Verhältnis zu anderen Staaten haben, die ebenfalls eine verschiedene ideologische Wirtschafts- und Sozialordnung haben.

Wir haben wegen dieser Probleme den Besuch des tschechischen Staatspräsidenten in Österreich hinausgeschoben, und wir hoffen, daß es gelingt, diese Probleme so rechtzeitig zu lösen, daß es möglichst bald zu einer Nachholung dieses Besuches kommen kann. Diese Probleme sind bekannt, sie sind vor allem auch unseren tschechischen Partnern bekannt, und wir hoffen, daß sie nicht nur mit leeren Worten immer das Interesse an guten Beziehungen mit Österreich unterstreichen, sondern auch durch Taten, durch eine konstruktive Verhandlung über diese offenen Probleme.

Ein zweites Problem unserer Nachbarschaftspolitik ist Südtirol. Südtirol war und ist und wird immer ein Anliegen der österreichischen Außenpolitik sein. Das Bekenntnis zum Pariser Vertrag ist Grundlage dieser Südtirol-Politik.

Wir müssen heute nach zwölf Jahren feststellen, daß die Vereinbarung über die Autonomie Südtirols noch immer nicht voll erfüllt ist, und zwar in sehr wesentlichen Punkten nicht voll erfüllt ist, in Punkten, die für die Erhaltung des Tiroler Volkstums in Südtirol von essentieller Bedeutung sind, hier vor allem was die Frage der Verwendung der deutschen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden betrifft.

Ich habe mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß heute wieder eine aktive Mitwirkung Wiens und Österreichs bei der Regelung dieser noch offenen Fragen gewünscht wird. Ich habe von allem Anfang an eine solche Unterstützung Österreichs angeboten. Estmals im Herbst 1979 hat man sich bereit erklärt mit einer Intervention Österreichs, die wir in der Folge mehrmals wiederholt haben. Es ist in den Vereinbarungen, die wir zwischen Bozen, Innsbruck und Wien getroffen haben, stets eine formelle Intervention gewesen. Ich hoffe, daß wir in den von mir angeregten Gesprächen, wieder zwischen Bozen, Innsbruck und Wien, zu einer mehr konkreteren Intervention kommen können.

Zur Europa-Politik, um auch auf diese für uns so wichtige Frage einzugehen, möchte ich zu den Ausführungen von Herrn Abgeordneten Frischenschlager vor allem eines sagen:

Bundesminister Dr. Pahr

Wir wünschen eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft, aber wir glauben, daß eine Vollmitgliedschaft nicht in Frage kommt. (*Zwischenruf: Wer ist „wir“?*) Die Bundesregierung. (*Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*) Eine Vollmitgliedschaft kommt nicht in Frage, weil sie nach anerkannter Auffassung mit der immerwährenden Neutralität nicht vereinbar ist. Und ich glaube, daß wir gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt jede Diskussion über die Neutralität, die ja eines der Grundgesetze unserer Außenpolitik und unserer Verfassungsrechtsordnung ist, vermeiden müssen.

Im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft gibt es Fragen, die zweifellos noch nicht befriedigend gelöst sind. Das gilt für die Landwirtschaft genauso wie für das Transitproblem, und wir werden uns weiterhin für die Lösung dieser Fragen einsetzen.

Aber das Instrument der europäischen Zusammenarbeit ist für Österreich der Europarat. Daher kann ich die große Sorge, die von mehreren der Herren Abgeordneten zum Ausdruck gebracht wurde — vom Abgeordneten Steiner, vom Abgeordneten Hesele, vom Abgeordneten Frischenschlager —, nur voll unterstreichen und teilen.

Der Europarat ist für uns ein gemeinsames Forum der Zusammenarbeit aller pluralistisch-demokratischen Staaten Europas. Wir müssen mit Besorgnis feststellen, daß dieser Europarat immer mehr austrocknet. Ich darf wirklich sagen „austrocknet“, denn wenn man sich nur das heurige Budget des Europarates anschaut, das vor kurzem genehmigt wurde, sieht man: Es ist ein Budget, das in Wahrheit, wenn man die Inflationsrate in Frankreich in Betracht zieht, ein Minuswachstum aufweist, ein Minuswachstum, das noch deshalb viel größer wird, weil ja der Personalaufwand des Europarates auf Grund der bestehenden Verträge mehr als Null und mehr als Minus wächst. Das heißt, für die substantielle Arbeit des Europarates bleibt immer weniger übrig.

Besonders deutlich für die geringe Beachtung, die der Europarat heute bei den Staaten der Europäischen Gemeinschaft findet, ist nicht nur die schon erwähnte Tatsache, daß bei der letzten Sitzung des Ministerkomitees nicht nur, was auch schon in der Vergangenheit geschehen ist, wenige, ja in diesem Fall kein Minister von Staaten der Europäischen Gemeinschaft anwesend waren, sondern auch die Tatsache — und das ist erstmals in der Geschichte —, daß an dem Tag, für den der Europarat schon ein Jahr vorher die Sitzung

seines Ministerkomitees festgesetzt hatte, die Europäische Gemeinschaft kurzfristig eine andere Ministertagung einberufen hat. Das ist etwas Einmaliges und zeigt, welche geringe Beachtung der Europarat leider bei der Europäischen Gemeinschaft findet. (*Abg. Steinbauer: Und was haben Sie jetzt getan? — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Ich glaube, daß es notwendig ist (*Abg. Steinbauer: Was haben Sie getan?*), daß alle gemeinsam sich wieder für die Notwendigkeit einsetzen, daß der Europarat eben in seiner Bedeutung erhalten wird. Daher ist es notwendig, daß man auch versucht, die Arbeit des Europarates zu intensivieren. Ich habe einen diesbezüglichen Vorschlag dem Generalsekretär des Europarates unterbreitet. Dieser Vorschlag ist vom Ministerkomitee des Europarates angenommen worden. Ich bin sicher, daß der Generalsekretär Mittel und Wege finden wird, die Behinderungen, die bürokratischen Behinderungen, die sich im Laufe der Jahre hinsichtlich der Arbeit des Europarates entwickelt haben, abzubauen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. DDr. König: Können wir den auch erfahren, Herr Minister?*) Ich bin gern bereit, auf eine parlamentarische Anfrage darauf zu antworten, ich würde jetzt die mir zustehende Zeit weit überziehen. (*Abg. DDr. König: Wir haben den Generalsekretär da! Es wäre interessant, das zu wissen! — Abg. Steinbauer: Er wird sich das in der Nacht zurechtlegen!*)

Der dritte Bereich der europäischen Zusammenarbeit ist die Zusammenarbeit im Interesse der europäischen Sicherheit, und hier wurde im Rahmen von Madrid ein Forum geschaffen, das bemüht ist, Fortschritte zu erzielen. Wir müssen gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt feststellen, daß die Fortschritte in Madrid sehr gering sind. Man hat sich auf der Grundlage einer Arbeitsunterlage, die von den Neutralen und den Blockfreien vorgelegt wurde, auf etwa 80 Prozent der offenen Fragen geeinigt, weitere 20 Prozent sind offen, und hier ist die Chance für eine Lösung noch vor Weihnachten sehr gering. Wir müssen daher damit rechnen, daß diese Konferenz, die bereits mehr als ein Jahr andauert, über die Zeit hinaus andauern wird. Aber ich glaube, daß wir uns weiterhin dem KSZE-Prozeß verbunden fühlen müssen, denn dieser Prozeß hat trotz mancher Kritik, trotz mancher berechtigten Kritik uns allen, den Völkern, den Staaten und der Sicherheit, sehr viel gebracht. (*Abg. Dr. Blenk: Schade, daß Sie uns die einzig interessante Information vorenthalten!*)

Was die Weltpolitik im allgemeinen betrifft,

9286

Nationalrat XV. GP — 93. Sitzung — 2. Dezember 1981

Bundesminister Dr. Pahr

so glaube ich, daß es hier genügen soll, darauf hinzuweisen, daß es nicht möglich ist, in der Welt von heute sich zurückzuziehen und zu glauben, daß die Probleme in der Welt, die Krisen in der Welt auf uns keinen Einfluß haben. Gerade wenn wir die Sicherheit Österreichs vor Augen und als Ziel haben, müssen wir uns auch mit den Problemen in der Welt auseinandersetzen, umso mehr, als diese Probleme heute Fragen sind, die unsere Sicherheit im hohen Maße berühren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn man mir verzeiht, daß ich die 20 Minuten überschreite, will ich sehr gern auch auf die im Zwischenruf aufgeworfene Frage eingehen *(Abg. Benya: Herr Blenk, horchen Sie zu!)*, nämlich: Wie kann die Arbeit des Europarates aktiviert werden? *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Benya.)* Ich möchte nur drei Dinge kurz sagen: Weniger Komitees, weniger Pläne, mehr Arbeit.

Und zum Abschluß noch eine Frage zur humanitären Politik. Es wurde sehr richtig und sehr zutreffend darauf hingewiesen, daß sich Österreich in der Vergangenheit immer für die humanitäre Außenpolitik — dazu gehört auch eine humanitäre Flüchtlingspolitik — entschieden hat.

Aber, Hohes Haus, meine Damen und Herren: Das kann natürlich nur für politische Flüchtlinge gelten, für Menschen, die im Interesse ihrer Sicherheit zum Schutz gegen politische, rassische oder religiöser Verfolgung in unserem Land Schutz suchen. Es kann sicherlich nicht für alle Menschen gelten, die aus irgendeinem Grund ein besseres Leben suchen. Wir haben für sie sicherlich immer Verständnis, aber ich glaube, man muß doch eine Unterscheidung machen zwischen politischen Flüchtlingen, Flüchtlingen im Sinne der Flüchtlingskonventionen, und anderen Menschen, die durchaus in Not sind. Ich danke Ihnen! *(Beifall bei der SPÖ.)* 20.39

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hochmair. Ich erteile ihm das Wort.

20.40

Abgeordneter Hochmair (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zum eigentlichen Thema Abrüstung komme, einige Sätze zu Amnesty International. Ich glaube, ich brauche zu der Arbeit und zu den Erfolgen dieser Organisation nichts zu sagen. Die sind Ihnen bekannt, Sie lesen davon, Sie werden informiert.

Aber vor wenigen Stunden ist eine Information an uns gegangen, die uns doch alle mit-sammen einigermaßen berühren sollte: Eine völlig neue Form von Menschenrechtsverletzungen ist aufgetaucht durch staatlichen oder staatlich gebilligten Terror. Mißliebige Personen, unter anderem Politiker und Gewerkschafter, werden verhaftet, entführt und bleiben verschwunden. Diese Aufklärungs- und Informationskampagnen, glaube ich, die Amnesty International in dieser Angelegenheit betreibt, sollten wir uns auch angelegen sein lassen, um darüber mit den Menschen zu reden und, wenn möglich, sich auch selbst aktiv an der Mitarbeit dieser Organisation zu beteiligen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun einige Worte, die im Mittelpunkt stehen in der Diskussion 1981: Entspannung, Abrüstung, Genf 1981. Weitere Schlagworte, die im Mittelpunkt stehen: Neutronenbombe, Erstschatztheorie, begrenzter Atomschlag in Europa. Schlagworte der Vergangenheit sind Realität, jetzt, im Dezember 1981.

Ich habe mich doch einigermaßen gewundert, und mit mir werden sich in der Zukunft manch andere wundern, welche Stellungnahme von ÖVP-Politikern zur Neutronenbombe abgegeben worden sind. Ja wer denn sonst als der österreichische Außenminister sollte sich dazu äußern, wenn in einem Land die Neutronenbombe erzeugt wird? Und — Herr Abgeordneter Bergmann, Sie stehen auf — bei der Neutronenbombe lautes Lachen Ihrerseits und Zwischenrufe. Ich weiß gar nicht, wie Sie das rechtfertigen, bei der Friedensdiskussion mit der katholischen Aktion, wenn die der Meinung sind, die Neutronenbombe müßte nicht produziert werden. Haben Sie denn noch nicht begriffen, Herr Abgeordneter Bergmann, daß mit der Neutronenbombe die Schwelle zu einem neuen Krieg niedriger geworden ist? Haben Sie nicht kapiert, daß die Gefahr damit wächst? Und genau Sie reizt es zum Lachen? *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. DDr. König: Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, dazu haben wir uns nicht zu äußern als neutrales Land!)*

Aber es gibt eben Menschen, die sich dazu äußern, die mit der Angst 1981 leben. *(Abg. Dr. Blenk: Da lobe ich mir die SS 20! — Abg. Bergmann: Woher nehmen Sie die Rechtfertigung zu dieser Äußerung her?)* Weil ich Sie gehört habe, Herr Abgeordneter Bergmann. *(Abg. Bergmann: Ich bin aufgestanden, weil mich Ihre Bemerkung interessiert hat! Nehmen Sie das zurück!)* Mir ist dann wieder Ihr Zwischenruf und Ihr lautes Lachen in Erinnerung gekommen. Herr Abgeordneter Bergmann! Die Summe Ihrer Zwischenrufe

Hochmair

würde doch eine Wortmeldung ergeben. Erinnern Sie sich an die Geschäftsordnung? (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Die Argumente des Gleichgewichts des Schreckens verblassen. Plötzlich können sich die Menschen an die Katastrophe von Hiroshima wieder erinnern: Datum 6. August und 9. August 1945, sie haben Angst, und ich glaube, sie haben dazu auch Berechtigung. Sie spüren die Ohnmacht, schutzlos zu sein, wenn es tatsächlich zu einem Atomschlag kommen sollte. Daher der Zusammenschluß in Friedensbewegungen. Vielleicht haben wir manchmal nicht allzu große Freude mit den Friedensbewegungen. (*Abg. Dr. Blenk: Aber der Breschnew hat eine!*) Aber ich glaube, wir sollten diejenigen, die es ernst meinen, auch ernst nehmen, Herr Abgeordneter Blenk. Wir und ich für meine Person werden dies sicherlich in der Zukunft tun. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und Sie meinen, das wäre nur eine Angelegenheit der Großmächte. Amerika: Pershing II, Cruise-Missiles. UdSSR: SS 4, SS 5, SS 20. Wenn wir dann mit jungen Menschen diskutieren und dann aufzeigen, daß sich der nächste Kriegsschauplatz unter Umständen nicht bei den Großmächten befindet, sondern in Europa, dann, glaube ich, können wir uns durchaus der Meinung mancher anschließen.

Nukleartheater; begrenzter Atomkrieg; Spekulation, den Erstschatz zu gewinnen. In einem Bericht der medizinischen Gruppe der Bugwash-Bewegungen wird einiges ausgeführt, werden Feststellungen getroffen, die die Angschwelle sicherlich nicht senken.

Erstens: Medizinische Katastrophenplanung für Kernkraftkrieg ist völlig zwecklos.

Zweitens: Wirksame Zivilverteidigung gegen Kernwaffenangriff ist unmöglich. Es gibt keine Verteidigung gegen Kernwaffen, hat diese Bewegung festgestellt. Und daher verstehe ich die Menschen, denen es völlig egal ist, ob diese Nuklearsprengköpfe den Sowjetstern oder das Sternenbanner tragen, sie wollen überhaupt keine Nuklearwaffen und haben vor beiden Seiten gleichviel Angst. Und auch Österreich kann sich dieser Frage nicht entziehen. (*Abg. Dr. Blenk: Wir sind in einer Parlamentsdebatte!*) Herr Abgeordneter Blenk! Österreich kann sich dieser Frage nicht entziehen.

Es beschäftigt sich damit die Sozialistische Internationale, es gibt Gespräche im Ausland, es nützt der Herr Bundeskanzler im Ausland jede Gelegenheit, auf diese Probleme hinzuweisen, und selbstverständlich auch der Herr Bundesminister. Es wird an diesen Reisen, an

diesen Gesprächen oft Kritik um der Kritik willen geübt. Horchen Sie sich um im Ausland, und Sie erfahren den Stellenwert Österreichs.

Cancun hat es gezeigt. Ich möchte das noch einmal als positives Beispiel anführen: Ausgehend vom kleinen Österreich! Ich glaube, wir könnten mitsammen auf dieses Ergebnis, auf diese Aktivitäten durchaus stolz sein. — Aber nein, genau das Gegenteil passiert: Wir haben die Schlagzeilen noch in Erinnerung.

Wir haben die Palme-Kommission mit Sitz in Österreich installiert; wir haben dieser Kommission Privilegien eingeräumt. Und ich habe auch noch die Diskussion in Erinnerung vom vorigen Jahr über die negativen Einstellungen zu dieser Kommission; sie sind noch immer nicht ausgeräumt. In der Zwischenzeit liegen die ersten nichtveröffentlichten Berichte vor, einige Stellungnahmen. Interessant, wie aktiv diese Kommission arbeitet, und ich hoffe nur für meine Person, sie erreichen auch die Ziele.

Ich habe heuer im Sommer Gelegenheit gehabt, in Caux zu sein, und ich war überrascht, daß dort relativ viele Menschen aus Politik und Wirtschaft sind, 650! Ihr Parteiobmann kennt Caux und kennt das Weltzentrum für moralische Aufrüstung. Ich habe diskutiert und lange Gespräche geführt mit Radman Gandhi, mit Archibald Mackenzie, dem früheren englischen UNO-Botschafter, mit Ernest Bulle aus Zimbabwe, dem ehemaligen Finanzminister aus dem Kabinett Muzorewa, und alle äußerten sich positiv über Österreich. Da ist man als kleiner Österreicher stolz, wenn man hört, wie wir internationale Anerkennung finden, wenn Mackenzie sagt: Mir taugen die Aktivitäten, die in Österreich gesetzt werden, es taugt mir einfach, wie ihr Politik betreibt als kleines neutrales Land und ihr in der Welt gehört werdet. — Nur: In diesem Land gibt es leider allzu viele negative Kritik. Wir hoffen jetzt auf Genf; dort können wir nur hoffen. Aktiv können wir uns einschalten bei den KSZE-Verhandlungen in Madrid. Für Genf sollten wir uns keiner Illusion hingeben. Es wird Jahre dauern, bis dort die ersten Erfolge zu verzeichnen sind. Aber ich glaube, es ist doch gut, daß dort wenigstens geredet wird, daß begonnen wird, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Viele formale Fragen werden zuerst bereinigt werden müssen, um dann globale Fragen zu erledigen.

Wenn man die Pressemitteilungen liest: Washington zeigt Interesse an Null-Option!, dann fragen wir uns: Wird das genügen? Wird Amerika, die NATO, ihre Nuklearraketen mit

Hochmair

mittlerer Reichweite in Europa stationieren? — Eine Frage, die viele bewegt. Sind die Russen bereit, ihre SS 20 nicht nur hinter dem Ural zurückzuziehen, sondern sie auch zu vernichten? Wird man die Raketen zerstören? Wird man sich einigen über den Begriff „Mittelstreckenwaffen“? — Die Gespräche über die Verminderung strategischer Waffen in Genf werden das zeigen. Wichtiger aber als all diese Ausblicke in eine fürchterliche, in eine sich hoffentlich nicht ereignende Zukunft ist die Tatsache, daß überhaupt Antworten gegeben werden. Niemand, der sich davon bedrängt fühlt, soll — und das ist psychologisch wohl das wichtigste — mit den sicherheitspolitischen Fragen allein gelassen werden.

Daher ist die Frage berechtigt: Was kann so ein kleiner, neutraler Staat wie Österreich tun? — Großmächte werden wir nicht direkt beeinflussen können, aber wir müssen bewußt auf wichtige Aufgaben hinweisen. Österreich muß seine aktive außenpolitische Tätigkeit fortsetzen. Es muß sich bemühen um die Friedenssicherung im Vorfeld von Konflikten zur Stabilisierung der internationalen Lage. Wir können vielfältig unsere guten Dienste anbieten, und haben sie in der Vergangenheit angeboten.

Unsere aktive Neutralitätspolitik muß weiterhin folgende Inhalte haben: Österreich muß glaubwürdig sein, Österreich muß verlässlich sein, und unsere Außenpolitik muß berechenbar sein. Als Beweis können wir die Tätigkeit in den Vereinten Nationen, die vermittelnden Tätigkeiten und auch die KSZE-Vorbereitungskonferenz anführen.

Wir brauchen in Österreich ausreichende militärische Stärke im konventionellen Bereich. Wir müssen und wir sollen unseren Nachbarn zeigen, daß es keinen Anlaß gibt, sich Sorgen um uns zu machen, und daß auch keine Chance besteht, wohlfeile geostrategische Vorteile zu holen. Unser Land müssen wir im Falle eines offenen Konfliktes ausreichend militärisch verteidigen können.

Wir sollten das auch denjenigen vor Augen halten, die derzeit mit Eifer daran sind, das Friedensbanner zu tragen, sonst laufen sie Gefahr — jene, die das Friedensbanner tragen —, daß ihre Bemühungen, und wären sie noch so gut gemeint, dort, wo sie Wirkung haben sollten, nichts erreichen und somit vieles in Frage stellen und schwächen, was einer echten Friedenssicherung dient. *(Beifall bei der SPÖ.)* 20.52

Präsident Thalhammer: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bergmann.

Ich mache auf die geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen aufmerksam.

20.52

Abgeordneter Bergmann (ÖVP): Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat von der Neutronenbombe gesprochen und in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht, daß er jetzt ein paar Stellungnahmen von ÖVP-Politikern dazu bringen wird. Dies war in der letzten Reihe dieses Hauses für mich der Anlaß aufzustehen, weil mich interessiert hat, welche Stellungnahmen nun dargelegt werden.

Ich sage noch einmal: aufzustehen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Es tut mir leid: Es hat mich eine Rede eines Kollegen von Ihnen interessiert. Ich bedaure das trotzdem nicht. Sie hat mich interessiert. Ich bin aufgestanden, weil ein Kollege vor mir gestanden ist, und ich wollte hören, was der Redner sagt. Diese Geste hat der Herr Abgeordnete Hochmair offensichtlich mißverstanden.

Ich weiß nicht, woher er abgeleitet hat, daß ich einen Zwischenruf gemacht habe. Er ist in einer für mich nicht akzeptablen Form verbal im Anschluß über mich hergefallen ... *(Rufe bei der SPÖ: Keine tatsächliche Berichtigung!)* Die tatsächliche Berichtigung, Herr Kollege — noch einmal —, besteht darin, daß der Abgeordnete Hochmair behauptet hat, daß durch Lachen meinerseits und aus einer Summe von Zwischenrufen er eine bestimmte Haltung in der Frage der Neutronenbombe ableiten konnte.

Ich habe weder gelacht, noch einen Zwischenruf, noch eine Summe von Zwischenrufen im Zusammenhang mit den Äußerungen des Abgeordneten Hochmair und der Neutronenbombe gemacht.

Ich möchte noch einmal folgendes feststellen *(Neuerliche Rufe bei der SPÖ: Keine tatsächliche Berichtigung!)*: Das ist eine gepflegte tatsächliche Berichtigung, wenn Sie genug aufpassen. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich sage noch einmal: Ich habe im Zusammenhang mit den Bemerkungen des Abgeordneten Hochmair keinen Anlaß gegeben, der ihn zu diesem verbalen Überfall berechtigt hätte. Ich gestehe noch einmal zu, daß sich der Herr Abgeordnete Hochmair in früheren Fällen vielleicht über mich geärgert hat. Vielleicht hat er mich aber auch mißverstanden.

Ich würde ihn daher bitten, daß er das, was er hier gesagt hat, als eine solche mißverständliche Interpretation auch zurückzieht.

Bergmann

Und das ist jetzt mein Schlußsatz. Mein Schlußsatz, Herr Abgeordneter Hochmair:

Nehmen Sie bitte eines zur Kenntnis: Wenn es um Fragen geht, Krieg — Neutronenbombe, können Sie mich stundenlang ansprechen, ich werde mit Ihnen gemeinsam dagegen auftreten. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 20.54

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Steinbauer. Ich erteile ihm das Wort.

20.55

Abgeordneter **Steinbauer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir sind am Ende eines langen Arbeitstages des Parlaments, einer langen Debatte zu den Kapiteln Oberste Organe und Bundeskanzleramt und einer spät angesetzten oder am späten Nachmittag angesetzten Debatte zum Kapitel Äußeres.

Ich will trotzdem, obwohl der Zeitpunkt schon fortgeschritten ist, noch ein paar Aspekte und ein paar Dinge aus dieser für Österreich nicht unerheblichen Debatte, weil es doch in diesen schwierigen Jahren auch in der Außenpolitik gilt, gemeinsam zu überlegen, herausheben.

Da ist zuerst einmal — und in direkter Anknüpfung an die Wortmeldung des Herrn Ministers — die Frage: Herr Minister! Wir verstehen ganz einfach nicht, wie Sie hier aufstehen können an einem Tag, an dem der Generalsekretär des Europarates in Österreich ist, und an einem Tag, bevor er im Parlament zu einer Aussprache geladen ist, um uns anzudeuten, Sie hätten zum Europarat Vorschläge im Ministerrat gebracht, aber Sie könnten diese hier nicht enthüllen.

Herr Minister! Das Parlament fragt sich: Warum eine außenpolitische Debatte, warum eine Debatte, wenn der Minister in einer wichtigen Frage Vorschläge entwickelt hat? Bei einer Frage, bei der er die ganze Zeit betont, daß aus seiner Sicht die Welt schon sehr meint, der Europarat sei unbedeutend. Der Minister meinte dann, er hätte dem Ministerrat berichtet, aber hier im Parlament kann er das nicht enthüllen, weil er dazu die Zeit nicht hat.

Herr Minister! Wir bedauern das, weil morgen das Gespräch mit dem Generalsekretär des Europarates viel fruchtbarer geführt werden könnte, wenn alle Fraktionen des Hauses wissen, was der Minister hier in pectore oder in der Kammer des Ministerrats vorgetragen hat. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. König: Vielleicht erfahren wir es doch noch heute!)*

Vielleicht erfahren wir es schriftlich vor dem morgigen Gespräch mit dem Generalsekretär. Es würde uns zur Vorbereitung dienen. Wir haben auch zahlreiche Mitglieder in unserer Fraktion, die im Europarat mitarbeiten. Vielleicht würden es diese verdienen, daß man ihnen den Vorschlag vorlegt.

Aber, Herr Minister, Sie liebten ja immer schon die Vergleiche mit Metternich, und so hängen Sie eben der Geheimdiplomatie dort nach, wo es Ihnen — wie Sie glauben — am wenigsten schadet, nämlich hier im Parlament. Aber da schadet es Ihnen gerade am meisten. Das möchte ich auch betonen!

Ein zweites Thema, das heute in der Debatte eine immer wiederkehrende Rolle spielte, beschäftigt mich auch sehr, weil ich glaube, hier sollten wir versuchen, zu Gemeinsamkeiten nicht nur in den Aussagen, sondern auch im Handeln kommen: Das ist die Frage der polnischen Flüchtlinge.

Hier muß ich eines aus dem Ausschuß wiedergeben, was mich doch bestürzt hat: Im Ausschuß hat der Minister Pahr eine, wie ich meine, sehr theoretische Unterscheidung im Zusammenhang mit den Polenflüchtlingsen vorgetragen. Er hat nämlich daran erinnert, daß man unterscheidet zwischen politischen Flüchtlingen und Arbeitssuchenden, die über die Grenzen kommen.

Herr Minister! Das erinnert mich an das Problem der Chicanos in Kalifornien. Das erinnert mich an viele Probleme. Aber das deckt sicher nicht die gegenwärtige Frage der Behandlung der polnischen Flüchtlinge ab. Natürlich können wir hier nicht mit den Kategorien arbeiten, die fein theoretisch entwickelt werden: Da sind einmal politische Flüchtlinge — große Pause —, und dann kommen Menschen, die vielleicht bessere Gastarbeiter sind. Die Lage ist gerade in Polen so, und zwar besonders in diesen Stunden und Tagen, daß man nicht mehr genau unterscheiden kann, warum ein Mensch sein Heimatland verläßt und versucht, in einem anderen Land Brot zu finden.

Ich hätte mehr Verständnis für diese Situation vom Außenminister erwartet. Ich hätte erwartet, daß er zunächst das Bekenntnis seiner Fraktionskollegen zur Flüchtlingsfrage mitträgt und nicht so fein unterscheidet. Ich hätte aber auch erwartet, daß er auch in aller Konsequenz an der öffentlichen Haltung und am öffentlichen Bewußtsein mitarbeitet, um ganz einfach diesen Menschen zu helfen. Dies auch dann, wenn sie nicht genau in den feinen Raster seiner diplomatischen Unterscheidung

Steinbauer

zwischen politischen Flüchtlingen und — Pause — nur Arbeitssuchenden passen.

Wir hätten wahrscheinlich auch 1956 und noch viel mehr 1968 die Leute nicht in jedem Fall im einzelnen befragen können, warum sie jetzt gerade österreichischen Boden betreten. Wir haben das damals nicht getan, wir haben versucht zu helfen, so gut es ging und unter Übernahme von großen Belastungen. Herr Minister! Ich würde empfehlen, daß dies auch in Zukunft bei uns so gehandhabt wird, daß wir in Konsequenz der österreichischen Haltung sehr wohl an das anknüpfen, was wir 1956 und 1968 geleistet haben.

Wenn ich schon zum Thema Flüchtlinge rede, dann doch einige Worte des Dankes an all jene, die sich im Lauf der letzten zwölf Monate um die immer schwieriger, immer undurchsichtiger werdende und auch immer mehr aus dem Rampenlicht des öffentlichen Bewußtseins tretende Frage der Vietnamflüchtlinge gekümmert haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Hier haben unbedankt Menschen — auch jetzt noch, wo Vietnam nicht mehr mit schrecklichen Berichten von Boot-Flüchtlingen und von untergehenden Schiffen in der Weltpresse gehandelt wird — in den Gemeinden tatsächliche tätige Hilfe geleistet. Ich sage: Auch die Bundesregierung, aber bitte auch die Stellen des Landes, der Bürgermeister, der Pfarrer. Hier hat sich wirklich eine Kette der Hilfsbereitschaft gebildet. Ich appelliere nur daran, daß man diese Menschen nicht vergißt, nur weil das Problem international nicht mehr so im Rampenlicht steht.

Ein dritter Aspekt — wir führen darüber seit drei Jahren eine Debatte im Ausschuß —: Das ist die Frage, inwieweit sich Österreich um die wachsame Verfolgung jener Fälle kümmert, wo berichtet wird, daß Giftgas international zur Verwendung kommt. Ich darf auch hier das unterstreichen, was ich im Ausschuß gesagt habe. Mir ist sehr wohl bewußt, daß eine Arbeitsgruppe der UNO tätig ist, daß die Verwendung von Giftgas noch nicht nachgewiesen ist, daß aber zumindest Indizien dafür sowohl in Kambodscha als auch in Afghanistan vorhanden sind. Diese Verwendung wird von einer UNO-Gruppe diskutiert. Ich hätte nur eine Bitte: Daß wir als kleiner neutraler Staat gerade in solchen Fragen nicht locker lassen, sensibel danach zu forschen und mitzuhelfen, daß es auch dort zu einer klaren Beantwortung kommt, wo vielleicht die „on site“-Inspektion nicht möglich ist.

Damit bin ich bei einem vierten Punkt. Wir berühren uns sehr, ein humanitäres Land zu

sein. Trotz alledem möchte ich an die Regierung die Frage richten, ob sie noch mit jener Deutlichkeit die Ereignisse im Iran verfolgt, wie sie sie damals verfolgt hat, als es Mode war. Der Bundeskanzler selbst ist in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale mit einem spektakulären Begleitprogramm — der portugiesische Sozialistenführer und, wie ich glaube, der schwedische Sozialistenführer sind mit ihm gereist — dorthin gefahren, und es gab allerhand Erklärungen, die ich den Herren nicht mehr in Erinnerung rufen möchte, etwa wie großartig diese Revolution im Iran zu beurteilen ist. Ich hätte nur eine Bitte: Daß die Regierung heute den Mut hat, an die hymnischen Erklärungen zu Beginn der Revolution immer wieder ernste Erklärungen anzuschließen, wenn es darum geht zu fragen, wohin das führen soll.

1 600 Hinrichtungen sind bereits nachgewiesen. Hier warte ich auf die Sozialistische Internationale. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Hier warte ich auf die Bundesregierung. Hier warte ich auf ebensoviel Vehemenz wie in den Erklärungen, die soeben hier von diesem Pult aus von sozialistischen Kollegen und die damals vom Bundeskanzler abgegeben wurden. Aber Iran hat sich offensichtlich erledigt, als Ihr Vertreter und Kulturattaché Iran verließ. Als Pusch in die Heimat zurückkehrte, wurde Iran beendet.

Damit bin ich beim nächsten Punkt, wo ich auch glaube, daß sich Österreich im Grunde richtig verhalten hat, bei der Abstimmung der UNO in Sachen Afghanistan. Aber eigentlich schauen wir dem ganzen distanziert zu. Ein Fünftel der Bevölkerung ist geflohen. Noch im Juli — das ist der Grund, warum ich das erwähne — hat der Kollege Gorton eine diesbezügliche Frage an den Bundesminister gerichtet, und im Grunde haben wir keine Antwort bekommen. Ich stelle die Frage — jetzt würde ich gern den Abgeordneten Hochmair fragen, aber er ist vertieft, er hört woanders zu —, ob man es für richtig gefunden hat, daß noch im Juli 1981 die österreichische Bundesregierung ein Glückwunschtelegramm nach Afghanistan zum Jahrestag der afghanischen Regierung geschickt hat. Ich frage mich, wo die Courtoisie aufhört und wo die Menschenrechtsverletzung beginnt. Das Glückwunschtelegramm hat sicherlich nicht die richtige Ausdrucksweise unserer österreichischen Haltung zu den Ereignissen in Afghanistan dargestellt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Damit bin ich bei der Frage unseres Verhältnisses zu einigen Staaten der Dritten Welt.

Steinbauer

Ich will es nicht zu lang machen. Cancun und der Geist von Cancun: Der Herr Bundeskanzler hat gestern auch vom Ende der Sackgasse gesprochen. Nur bitte: Wer Sackgassen zu Ende geht, endet an einer Mauer. Der Geist von Cancun und das Ende der Sackgasse: Von Cancun weiß ich inzwischen, was der Bundesminister und der Staatssekretär, die dort waren, gesagt haben. Aber ich frage mich, was wirklich unter dem Strich herausgekommen ist.

Unter dem Strich ist in Cancun nicht das herausgekommen, was an Voraushoffnung etwa von der Nord-Süd-Kommission entwickelt wurde, nämlich neue Ausblicke. Neue Ausblicke hat Cancun nicht gebracht. Es hat für mich eher — von den vielen Berichten ausgehend — den Eindruck eines interessanten Familientreffens gemacht. Ich weiß seither, daß Cancun einer der schönsten Luxusbadeorte in der Karibik ist. Es war schon eher ein Hauch von Tourismus und wenig Erinnerung an Hunger über Cancun zu verspüren.

Ich frage mich, ob nicht die Erklärung der Industrienationen im Juli in Ottawa, lautend auf Verpflichtung zur Hilfe für die Entwicklungsländer, mehr gebracht hat als all das, was in Cancun geredet wurde.

Damit bin ich bei der Frage: Was hat Österreich dort wirklich überreicht? Wir haben ein Papier in Cancun verteilt. Es hieß: Programm zur Verbesserung von Infrastruktur und wirtschaftlichen Basissektoren in Entwicklungsländern.

Ich habe dieses Programm studiert. Es enthält ein Volumen von 200 Milliarden Dollar, die wir in Bewegung setzen wollen. Herr Minister! Ich verfolge diesen Marshall-Kreisky-Plan seit einigen Jahren. Ich frage mich, welche neue Wendung dieses Papier in Cancun wirklich darstellt. Ich erinnere daran, daß im Juli 1976 Dr. Veselsky — er ist inzwischen wieder in die Reihen der einfach-bürgerlichen Abgeordneten zurückgetreten — in Abidjan den Kreisky-Plan präsentiert hat. Ich erinnere daran, daß schon damals die Frage gestellt wurde, ob es wirklich geschickt war, im damaligen Kreisky-Plan, damals in Abidjan, von ungenutzten Erzeugungskapazitäten zu reden, die man den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen will. Ich habe mit Vertretern solcher Länder über diese Formeln gesprochen. Sie haben den Eindruck gehabt, daß sie die nicht mehr ausgenutzten Maschinen entweder direkt bekommen oder Waren, die keiner mehr will. So einfach geht Entwicklungshilfe nicht.

Ich habe dann diesen Kreisky-Plan Jahr für

Jahr in allen möglichen Ausschüssen verfolgt. Ich kann Ihnen sagen, es ist der größte Geisterplan, der je über Afrika hinwegzog. Einmal ging es unter diesem Titel darum, imaginäre Eisenbahnlinien über Westafrika zu ziehen. Dann wanderte es hinunter nach Südostafrika. Dann brach allerdings Uganda zusammen, und wieder wanderte der Kreisky-Plan in neue Regionen. Und wenn ich jetzt das Papier von Cancun anschau, hat man überhaupt darauf verzichtet, es irgendwie zu regionalisieren. Es hat sich nicht nur der Geist von Cancun, sondern auch der Geist des Kreisky-Plans nicht lokalisieren lassen.

Ich fürchte nur, daß das Papier mit dem 200 Milliarden Dollar-Volumen sich auch nicht materialisieren läßt, daß nämlich das Geld dazu nicht aufzutreiben ist. Ich frage mich, wie die Reaktion darauf wirklich war. Das Papier, das wir überreicht haben, ist mir im Schlußkommuniqué von Cancun nicht wieder begegnet. Es wurde nicht einmal, wenn ich dieses Kommuniqué richtig deute, dort in irgendeiner Weise angesprochen. Ich glaube — und zunehmend habe ich ernste Einwände —, daß wir etwas vorschlagen an neuer internationaler Organisation, wofür Robert Musil — die Nähe Kreisky und Robert Musil ist ja bekannt — einen bestimmten Ausdruck verwenden würde. Robert Musil würde den Ausdruck „Parallelaktion“ verwenden. Stellt nicht dieser Kreisky-Plan in Wahrheit eine Parallelaktion zur bestehenden Weltbank, zu bestehenden UNO-Einrichtungen, zu den bestehenden multilateralen Einrichtungen dar? Da frage ich mich, ob sie gerade auf uns gewartet haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn ich schon bei den Irrwegen bin, dann lassen Sie mich doch noch zwei Themen anschnitten, weil man sie ganz einfach nennen muß, damit die Kollegen von der Sozialistischen Partei ein bißchen nachdenken, ob das, was sie auf den Seiten Weltpolitik überblättern, wenn sie nach ihren täglichen Kreisky-Äußerungen suchen, wirklich von uns richtig gemacht wird.

Ich nenne nur die Signalworte „Kuba“ und „Nicaragua“. Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Wir sollten in diesem Lande nicht imaginäre Papiere vorlegen, sondern erstens einmal unsere Entwicklungshilfe wirklich steigern. Wir sollten zweitens schwerpunktmäßig diese Entwicklungshilfe in jene Länder leiten, wo die Armut und der Hunger am größten sind. Und was tun wir? — Es berichtet stolz die österreichische Presse auf Grund einer Aussendung von Staatssekretär Nussbaumer, daß er die Gelegenheit hatte, zwei Stunden mit Fidel Castro in einem

Steinbauer

Gespräch zu verweilen. Soweit ich Fidel Castro beobachten konnte: In den letzten Jahren ist der Mann zu sechs- bis achtstündigen Reden allein fähig. Er braucht den Nussbauer gar nicht zwei Stunden lang. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Dann schreitet, von zwei Stunden offensichtlich beeindruckt, dieser Staatssekretär allen Ernstes daher und verkündet in der österreichischen Presse: Er glaubt Fidel Castro, als dieser ihm sagte, Kuba entsendet nur Lehrer und Ärzte nach Südamerika. Ja bitte, frage ich nur: Haben unsere Diplomaten dem Staatssekretär Nussbauer nicht Zahlen mitgegeben: 40 000 bis 60 000 Soldaten in Afrika. Das sollen bitte alles Lehrer und Ärzte sein? Das kann doch nicht im Ernst unsere Entwicklungspolitik sein! Ich bezweifle, ob wir in Kuba richtig investieren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich bezweifle, ob wir richtig handeln, wenn wir das wenige Entwicklungshilfegeld, das wir haben, gerade dieser Militärmacht zur Verfügung stellen.

Ich bezweifle das ernstlich! Und ich bezweifle auch, ob das, was die Kollegen von der Sozialistischen Partei noch vor einigen Jahren oder vor einiger Zeit als Modell empfunden haben, nämlich Nicaragua, heute noch ein Modell ist. Meine Damen und Herren! Seit 1978 gibt die österreichische Bundesregierung jährlich 4½ Millionen Schilling dafür aus, daß Nicaragua geholfen wird. Wir sind schon bei etwa 15 Millionen, die wir für Nicaragua gespendet haben. Im Außenpolitischen Bericht steht, das Modell Nicaragua könnte beispielgebend sein.

Jetzt frage ich bitte: Was sind das für Beispiele? — Wenn der Verteidigungsminister im August 1981 sagte, und zwar stolz sagte: Wir, die sandinistische Revolution, haben uns nicht verpflichtet, Wahlen abzuhalten!, dann frage ich, weshalb eine sozialistische Regierung, die solches hört, im Ministerrat beschließt, auch für das nächste Jahr, für das kommende Jahr, Geld nach Nicaragua zu schicken. Das soll geschehen, obwohl eine führende Persönlichkeit, etwa der Verteidigungsminister, sagt: Wir haben uns nicht zu Wahlen verpflichtet!, und er fügt dazu: Wie die Oppositionellen bisweilen glauben! — Das ist die Grundhaltung.

Wir wissen, daß es dort regelmäßig Zeitungsverbote gibt, wir wissen, daß der Unternehmerverband, der sogar den Somoza bekämpft hat, verboten wurde und daß seine Führungsspitze inhaftiert wird. Wir wissen, daß dort natürlich von Recht und Ordnung schon lange nicht mehr die Rede sein kann.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Bundesregierung! Hier wird Geld in einen marxistischen Experimentierstaat totalitären Zustands hineingepumpt. Ich halte auch das nicht für richtig! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Jetzt frage ich mich, was nach Kuba und Nicaragua Pahr sagt. Pahr sagte im Ausschuß, er könne keine Unterscheidung der Empfängerländer machen, weil damit politische Elemente in die Entwicklungshilfe eingetragen werden. Bitte: Diese an sich — ich möchte wirklich ausnahmsweise persönlich werden, Herr Minister — naive Erklärung ist wirklich nicht aufrechtzuerhalten! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich komme zum Schluß. *(Ruf bei der SPÖ: Gott sei Dank!)* Weil das Thema Frieden angesprochen wurde vom Kollegen Hochmair: Herr Kollege Hochmair! Ich möchte Ihnen erstens einmal sagen: Wenn Sie hier hertreten und über den Frieden reden, dann nehme ich an, daß Sie Stunden in der sozialistischen Führungsspitze verbracht haben, um dort Reden zur Friedenspolitik zu halten. Dann müssen Sie sich nämlich erstens — was sicher für Sie schwierig ist als Gewerkschafter — mit Ihrem Präsidenten verständigen, um zu einer gemeinsamen Aussage in dieser Frage zu kommen. Zweitens: Wenn wir uns gemeinsam auf Frieden verstehen, dann ist dies doch wohl selbstverständlich. Sie können doch nicht auch nur ahnungsweise glauben und sagen, diese Hälfte des Hauses *(Redner weist auf die Reihe der ÖVP)* mit einer anderen Friedensgesinnung vor sich zu haben, als es diese *(Redner weist auf die Bänke der SPÖ)* haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Eine der großen Gemeinsamkeiten Österreichs ist die Neutralität, und wir feiern gerade in diesen Tagen Julius Raab, das Gedächtnis von Julius Raab. Aber über Julius Raab hinweg: Gemeinsam haben wir uns in diesem Land, als wir uns zur Neutralität bekannt haben, zum Frieden bekannt. Und wir lassen uns von niemandem in dieser Gemeinsamkeit auseinanderdividieren. Auch nicht von Ihnen, Herr Kollege! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es ist selbstverständlich — auch das ruht in unserer Neutralität —, daß für uns Frieden und Freiheit unabdingbar zusammengehören. Auch da sind wir in Österreich einer Auffassung. *(Beifall bei der ÖVP.)* 21.19

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Pahr.

Bitte, Herr Minister.

21.20

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Pahr: Herr Präsident! Hohes Haus! Es wurde mir der Wunsch zur Kenntnis gebracht, ich möge doch etwas mehr über die von mir erwähnte Vereinfachung der Arbeit des Europarates sagen.

Zunächst: Es handelt sich um eine Frage, die nicht etwa im österreichischen Ministerrat diskutiert wurde, sondern im Ministerkomitee des Europarates.

Zweitens: Es bezieht sich nicht auf die parlamentarische Arbeit des Europarates, sondern auf die intergouvernementale. Hier geht mein Vorschlag dahin, jene organisatorischen administrativen Vorkehrungen, die sich etwa in den letzten 15 Jahren entwickelt haben, wieder abzubauen, das System ständiger und nichtständiger Komitees mit verschiedenen Aufgaben und verschiedenen Verzahnungen abzubauen und wieder zum alten System der Expertenkomitees, die ad hoc zur Behandlung einer konkreten Frage eingesetzt werden, zurückzukehren.

Es handelt sich bei meinem Vorschlag darum, die ebenfalls seit rund 15 Jahren zunehmende Verplanung zurückzunehmen. Heute ist es ja so, daß die Arbeit des Europarates, intergouvernementaler Teil, in Fünfjahres-, in Zweijahresplänen festgelegt wird, die jedes Jahr revidiert werden müssen. Das führt dazu, daß heute die Ministerdelegierten des Europarates etwa doppelt so viele Sitzungstage haben als etwa noch im Jahre 1965.

All diese Dinge zu vereinfachen, würde zweifellos etwas jener Schlagkraft dem Europarat zurückgeben, die er in den fünfziger und sechziger Jahren gehabt hat.

Ich habe auf dieses Problem, auf diese Fragen, auf diese Schwierigkeiten im Ministerkomitee des Europarates hingewiesen und vorgeschlagen, daß das Ministerkomitee den Generalsekretär ersuchen möge, hier Verein-

fachungsvorschläge zu unterbreiten. Dieser mein Vorschlag wurde vom Ministerkomitee angenommen, und ich weiß, daß Generalsekretär Karasek sehr froh ist, daß er diesen Auftrag bekommen hat, der ihm wahrscheinlich auch die Arbeit in Zukunft erleichtern wird. *(Beifall bei der SPÖ.)* 21.23

Präsident Thalhammer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter wünscht kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe III des Bundesvoranschlages 1982.

Diese umfaßt das Kapitel 20 in 815 der Beilagen in der Fassung des Spezialberichtes 900 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 142/A und 143/A eingebracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 1532/J bis 1547/J eingelangt.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Donnerstag, den 3. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (815, Zu 815 und 900 der Beilagen):

Beratungsgruppe IV: Inneres,

Beratungsgruppe V: Justiz, und

Beratungsgruppe XII: Landesverteidigung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 25 Minuten